

12.13

**GB**

Geschäftsbericht

**INDUSTRIE.GESELLSCHAFT**

# PERSPEKTIVEN

Nichteisen-Metalle  
für eine moderne Gesellschaft



Wirtschaftsvereinigung Metalle

## 04 Gesellschaft

36

Die Nichteisen(NE)-Metallindustrie versteht sich als Partner und Akteur der modernen Industriegesellschaft. Die Balance zwischen wirtschaftlichem Erfolg und Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen steht bei Produktion, Produkten, Qualität, Forschung und Entwicklung, Wettbewerb und Effizienz im Fokus der metallerzeugenden und -verarbeitenden Unternehmen. Der WVM-Geschäftsbericht spiegelt die Verantwortung der Grundstoffindustrie für das Industrieland Deutschland und informiert über die Leistungen der Branche als Problemlöser gesellschaftlicher Herausforderungen. Sie lesen klare Positionen und Botschaften der Industrie, die zur Diskussion und zum Dialog über Lösungen einladen.

---

37

70

## Politik

Die WVM arbeitet als Interessenvertretung der NE-Metallindustrie. Als Netzwerker und in strategischen Allianzen wirken die WVM und die Branche als Teil der modernen Industriegesellschaft und führen den Dialog mit Politik, Medien und Gesellschaft. Die Schlüsselthemen der WVM drehen sich um Infrastruktur, Energie- und Rohstoffversorgungssicherheit, Umwelt-, Chemikalien- und Steuerpolitik sowie Arbeits- und Gesundheitsschutz. Sie sind von nationaler und europäischer Bedeutung. Im Kapitel „Politik“ des WVM-Geschäftsberichts erläutern wir Ihnen unsere Positionen und dokumentieren ökonomische, ökologische und gesellschaftliche Kompetenz.

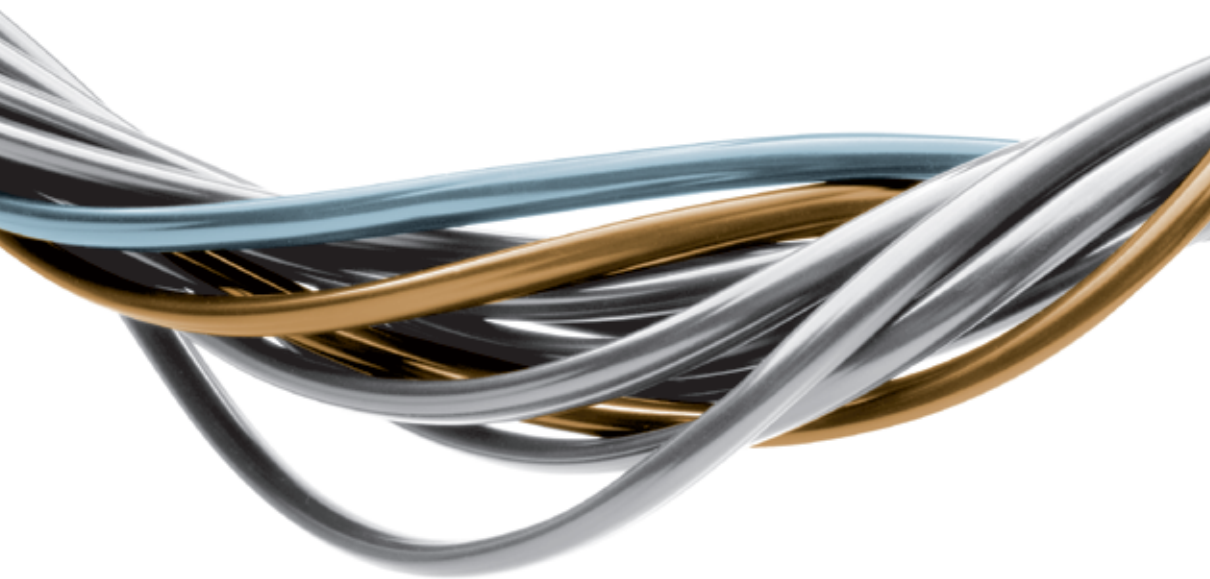
---

71

103

## Konjunktur

Die WVM vertritt die wirtschaftspolitischen Anliegen der NE-Metallindustrie mit 665 Unternehmen und 108.775 Beschäftigten. Im Jahre 2012 erwirtschaftete die Branche einen Umsatz in Höhe von insgesamt 50,5 Milliarden Euro. In „Perspektiven 12.13“ lesen Sie Aussagen zur Konjunktur. Der Statistische Anhang liefert die Zahlen und Fakten zur Lage der NE-Metallindustrie als Branche im Industrieland Deutschland. Der Konjunkturbericht zeigt, dass die innovativen Werkstoffe am Anfang der Wertschöpfungskette stehen. Die Eckdaten zur Konjunkturentwicklung lassen die NE-Metallindustrie mit vorsichtiger Zuversicht und klarem Blick für globale Märkte und Trends das Jahr 2013 überschauen.



01

---

GESELLSCHAFT

---

# Metalle für eine moderne Gesellschaft

---

**02 – 27**

Positionen zur gesellschaftlichen und politischen  
Relevanz der NE-Metallindustrie

---

## **02 Editorial**

Oliver Bell und Martin Kneer

---

## **04 Gute Infrastruktur gibt es nicht zum Nulltarif**

Oliver Bell, Präsident der Wirtschaftsvereinigung Metalle und Vorstand von Norsk Hydro

## **12 Mentalitätswechsel – Die Macht der Mentalität**

Martin Kneer, Hauptgeschäftsführer der Wirtschaftsvereinigung Metalle

## **18 Gutes Wachstum ist immer auch quantitativ**

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk des Landes Nordrhein-Westfalen im Gespräch mit Oliver Bell und Martin Kneer

## **24 Mittelstand ist mehr**

Wieland Kramer, freier Journalist

---



**„Verbände bauen Verbindungen in  
alle Richtungen auf. In die Politik.  
Zu Unternehmen. In die Gesellschaft.“**

## LIEBE LESERINNEN UND LESER,

Verbände sind Netzwerker. Verbände bauen Verbindungen in alle Richtungen auf und unterhalten diese langfristig. In die Politik. Zu Unternehmen. In die Gesellschaft. Was selbstverständlich klingt, wird in der Praxis immer komplizierter. Die Handlungsfelder weiten sich beinahe täglich aus. Neue Themen. Neue Personen. Neue Aufgaben. Wir nehmen diese Entwicklung an. Wir fühlen uns den Aufgaben gewachsen, weil wir wie die Unternehmen in unserer Branche Veränderungen und Herausforderungen frühzeitig aufnehmen, analysieren und versuchen, Antworten zu formulieren.

Im diesjährigen Geschäftsbericht der Wirtschaftsvereinigung Metalle lebt diese Kultur und Arbeitseinstellung vielfältig und auf allen Arbeitsebenen. Wir haben uns frühzeitig entschieden, das Thema Infrastruktur aufzunehmen, und sind überrascht, wie stark das Thema in den zurückliegenden Wochen und Monaten die öffentliche Meinung beschäftigt. Wir widmen uns komplizierten gesellschaftlich-mentalenen Veränderungen und betreten damit für die Industrie ein Stück Neuland. Der offene Meinungsaustausch mit der Politik findet exemplarisch Ausdruck im anspruchsvollen Dialog mit dem nordrhein-westfälischen Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk. Unsere Referenten stellen in persönlichen Beiträgen ihre Fachkompetenz unter Beweis und sind Ihre Gesprächspartner bei vielfältigen Fragen. Unternehmensvertreter machen sich Gedanken über die Rolle und Zukunft des deutschen Mittelstands und der Branche.

Wir sind stolz, Ihnen erneut einen breit aufgestellten Geschäftsbericht vorlegen zu können. Wir freuen uns, wenn Sie die Inhalte über das Hier und Heute hinaus für Ihre Arbeit nutzen. Der Bericht ist die konzentrierte Masse unserer und Ihrer Arbeit. Er gibt der Branche ein Gesicht. Wir haben eine große und interessierte Leserschaft in der Wirtschaft, der Politik, den Medien und in der Gesellschaft. Wir wissen, dass sich die Anstrengung lohnt, anspruchsvoll und offen mit allen zu kommunizieren. Wir freuen uns, dass mit Ulrich Grillo ein erfolgreicher Unternehmer und langjähriger WVM-Präsident nun als BDI-Präsident höchster Repräsentant der deutschen Industrie ist.

Oliver Bell führt als sein Nachfolger das Amt des WVM-Präsidenten in den Grundlinien mit Kontinuität und bei den Themen mit eigenen Schwerpunkten erfolgreich fort. Auch dies wird im Bericht deutlich und nachvollziehbar. Das bei der WVM langjährig bewährte Tandem-Modell: Präsident-Hauptgeschäftsführung setzt seine Arbeit gemeinsam mit einem starken Team fort.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre und freuen uns auf den Dialog mit Ihnen.



Oliver Bell  
Präsident

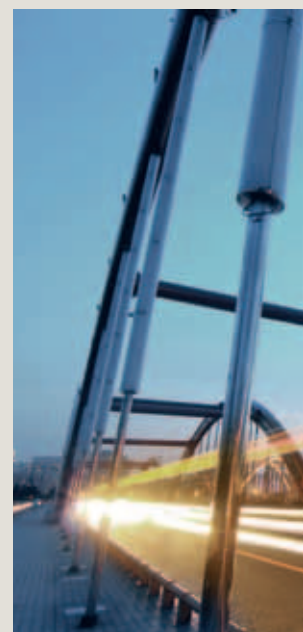


Martin Kneer  
Hauptgeschäftsführer

# Gute Infrastruktur gibt es nicht zum Nulltarif

*Überlegungen zur Infrastrukturpolitik im 21. Jahrhundert / Mehr Markt und weniger staatlich garantierte Daseinsvorsorge / Neue und faire Verteilung von Aufgaben, Risiken und Chancen / Infrastruktur als gesellschaftliche Gemeinschaftsaufgabe, Markt und Fortschrittsmotor*

von WVM-Präsident Oliver Bell



**M**arode Infrastruktureinrichtungen avancieren zum medialen Dauerbrenner: Wirtschaftsverbände rufen das Thema Infrastrukturpolitik zum Jahresthema 2013 aus. Benchmarks der OCED stufen Deutschland zur Infrastrukturwüste herab. Binnenschiffer, Spediteure und IT-Konzerne wollen die Anforderungen des Marktes ohne bessere Infrastrukturen nicht mehr bedienen können. Pauschale Problembeschreibungen und euroscharf berechnete Investitionslücken setzen die öffentliche Hand unter Druck. Denn noch immer gilt, Infrastruktur ist eine staatliche Vorleistung. Die Abwägung von Nutzen und Lasten zukünftiger Infrastruktur treibt auf einen neuen Dissens zwischen Politik, Bürgern und Industrie zu.

## DEUTSCHLAND IST EIN PROBLEMLAND

Deutschland ist eine infrastrukturelle Problemregion. Nicht weil es zu wenig, sondern weil es zu viel Infrastruktur gibt. Verantwortlich sind Fundamentalfaktoren: Knappe Flächen, hohe Bevölkerungsdichte, starke Volkswirtschaft und europäische Zentrallage. Das Überangebot an Infrastruktur resultiert zudem aus einer mentalen Zielindifferenz der Gesellschaft. Deutschland soll ein erfolgreiches Industrieland und zugleich ein vorbildliches Agrarland sein. Die Bürger fordern maximale Mobilität und ungestörte Erholungsräume. Städte wollen Technologiestandorte und Kulturoasen sein. Rücksicht auf überlappende und konkurrierende Ziele macht Infrastrukturpolitik schwierig und teuer.



**Straßen und Brücken** — Die Bundesautobahn A1 überquert nördlich von Köln den Rhein. Die zwischen 1962 und 1965 errichtete und recht elegant mehr als 1.000 Meter überspannende Rheinquerung nördlich von Leverkusen hat viele marode Schwestern im ganzen Land. Bei der Brückensanierung am Rhein geht es aber nicht nur um Stahl und Beton. Die Reparatur wird teurer und dauert länger, weil das Fahrverbot für den Schwerlastverkehr täglich hundertfach durchbrochen wird. Die staatliche Gewalt versagt, Verkehrsteilnehmer zahlen lieber eine lächerlich geringe Geldbuße, als die Baustelle weiträumig zu umfahren. Die Erschütterungen des anhaltenden Schwerverkehrs machen die Arbeit der Schweißer im Brückennern immer wieder zunichte. Eine Totalsperrung des für den reibungslosen europäischen Güterstrom unverzichtbaren Bauwerks hätte mehr als einen regionalen Verkehrsstau zur Folge.



## INFRASTRUKTURPOLITIK IST EIN POLITISCHES MINENFELD

Die öffentliche Hand zieht sich zurück. Fehlende Finanzkraft schrumpft Infrastrukturpolitik zunehmend auf Krisenmanagement. Akzeptanzprobleme bei Großprojekten können parlamentarische Mehrheiten kosten und begünstigen die Regionalisierung und Individualisierung von Politik. Probleme beim Qualitäts- und Kostenmanagement beschleunigen den Autoritätsverlust öffentlicher Verwaltung. Es verwundert nicht, dass Infrastrukturpolitik zum unbeliebtesten Handlungsfeld der Politik zählt. Infrastrukturminister rangieren als Schlusslichter auf der Popularitätsskala der Wähler.

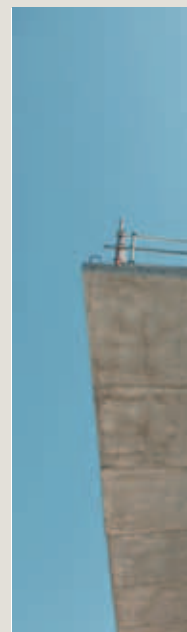
Andererseits setzt sich der Staat selbst unter Handlungsdruck. Die Zahl regulierter Märkte nimmt zu. Ein Großteil des Energiemarktes unterliegt bereits umfänglicher staatlicher Aufsicht und Vorgabe. Die ambitionierten Ziele für den Ausbau der erneuerbaren Energien greifen tief in die bestehenden Strukturen der Energieverteilung ein. Bund und Länder machen die notwendigen Anpassungsmaßnahmen in Form jährlich veröffentlichter und parlamentarisch geprüfter Netzentwicklungspläne öffentlich. Die Kosten bleiben dagegen in hohem Maße intransparent. Aus staatlichen Sondervermögen sowie über Umlagen auf die Verbraucherpreise gespeist, wird der Finanzbedarf regulierter Sektoren gedeckt. Die wenig seröse Art und stetige Zunahme dieser Finanzflüsse erhöhen die Gefahr von Fehlallokationen. Der milliarden schwere Umbau des nationalen Stromnetzes ist nur

dann sinnvoll, wenn Strom aus erneuerbaren Energien in überschaubaren Zeiträumen zu Marktpreisen erzeugt werden kann.

Der Staat steht vor einem Trilemma. Erstens: Klassische Infrastrukturaufgaben mit kurzfristigem Nutzen bleiben wegen leerer Kassen ungelöst oder werden auf die lange Bank geschoben. Zweitens: Regulierte Märkte und politische Zielsetzungen erzeugen neue Infrastrukturaufgaben, deren Nutzen für Jahrzehnte mit hohen Risiken behaftet sind. Drittens: Losgelöst von konkretem staatlichen Handeln definiert sich Infrastruktur neu. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft müssen die losen Fäden dieser Entwicklung aufnehmen, zukunftsgerichtet und auf neue Weise verknüpfen.

## INFRASTRUKTUR IM 21. JAHRHUNDERT

Die Anforderungen an Infrastrukturen verändern sich im Spiegel gesellschaftlicher Erwartungen und technisch-wirtschaftlicher Leistungskraft. Entzieht sich ein Infrastruktursystem diesen Anforderungen oder verweigert die notwendigen Anpassungen, kommt es mit exponentieller Zunahme der Problemdichte zum Abbau von Lebensqualität, Ressourcenverantwortung und Wettbewerbsfähigkeit.

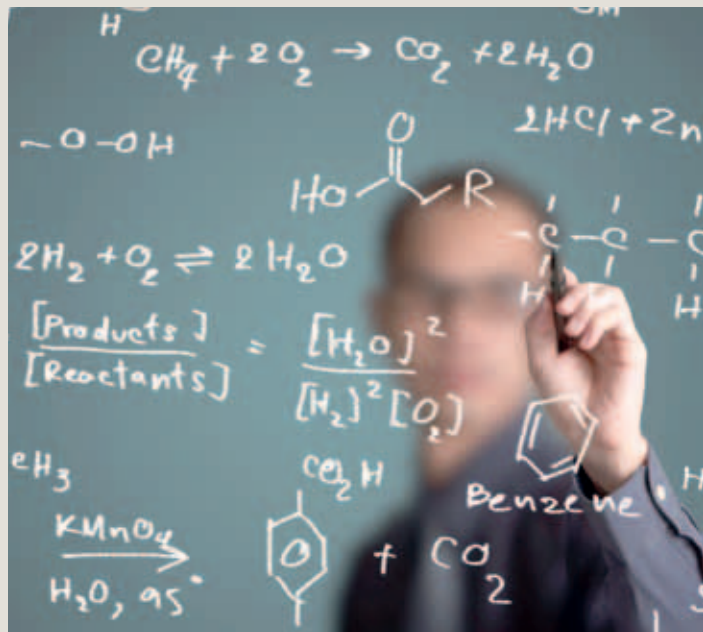


**Mensch und Natur** — Trotz Bedenken seiner Ratgeber revidierte der 16jährige Herzog Carl Eugen von Württemberg die von seinem Vorgänger in das zwölf Kilometer von Stuttgart entfernte Ludwigsburg vorgenommene Verlegung der herzoglichen Residenz: Carl Eugen kehrte 1736 mit seinem Hofstaat nach Stuttgart zurück und forderte von Stadt und Ständen ein neues Schloss. Das Vorhaben war teuer und infrastrukturelpolitisch eine Fehlentscheidung mit Langzeitwirkung. Schon im 18. Jahrhundert war klar, dass Stuttgart wegen seiner Kessellage kein guter Standort für eine expansive Residenzstadt, geschweige für eine moderne Industriestadt ist. Carl Eugens jugendlicher Eigensinn blieb bis Stuttgart 21 wirkungsmächtig. Infrastruktur muss auch mit der Geschichte leben.

In den Ballungsräumen Süd- und Westdeutschlands steht eine große Zahl von Infrastruktureinrichtungen am Ende ihres Lebenszyklus oder wird den Leistungsanforderungen nicht mehr gerecht. In vielen jüngeren Beitrittsländern der EU fehlt es an infrastrukturellen Grundlagen, oder es besteht ein massiver Modernisierungstau. Schwellenländer investieren in hochmoderne urbane Systeme an ausgewählten Standorten und vernachlässigen die regionale Entwicklung. Entwicklungsländer ersetzen Infrastruktur flächendeckend durch Improvisation oder übernutzen Vorhandenes.

Infrastruktur im 21. Jahrhundert besteht aus einem hochkomplexen Konglomerat aus technischen Vorleistungen, Wachstums- und Entwicklungschancen, gesellschaftlichen Erwartungen und Vorbehalten sowie technologischen Herausforderungen. Wer über Infrastruktur diskutiert, muss Abschied nehmen von der traditionellen Vorstellung umfassender staatlicher Vorsorge. Es ist eine bequeme Vorstellung, Infrastruktur zur Grundausrüstung einer Volkswirtschaft zu erklären und sie dem gemeinsamen Kapitalstock zuzuordnen. Gebühren und private Projektfinanzierungen weisen bereits heute den Zukunftspfad: Die Periode unentgeltlicher Infrastrukturleistungen ist vorüber. Aber auch zweckgebundene Steuern und Abgaben entbinden nicht von der gemeinsam geteilten Verantwortung für eine moderne und funktionierende Infrastruktur. Infrastruktur im 21. Jahrhundert heißt auch: Eine neue und faire Verteilung von Aufgaben, Risiken und Chancen. Das Beharren auf umfänglicher staatlicher Daseins-





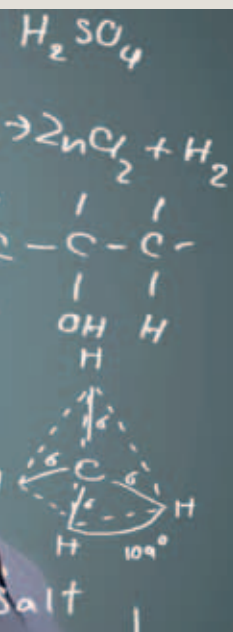
**Der Mythos wackelt** — Die deutsche Stromversorgung ist nicht mehr die sicherste der Welt. Das wollen die Abgeordneten des Deutschen Bundestags nicht akzeptieren. Abhilfe bringt jetzt das Q-Element. Es handelt sich keineswegs um eine technische Innovation, sondern um ein neues Element bürokratischer Regulierung. Der von Beamtenhand straff geführte deutsche Energiemarkt leidet unter schwachen Investitionen, weil der Staat den Netzbetreibern nur knappe Renditen zubilligt. Wer mehr investiert, wird jetzt belohnt, durch den Q-Faktor. Der Buchstabe steht für „gute Qualität“. Was bisher nur für die Verteilernetze gilt, soll jetzt auf die Hochspannungstrassen ausgeweitet werden. Nicht nur die Betreiber von Stromleitungen fragen sich, ob es richtig ist, dass sich staatliche Regulierung bis in die feinsten Verästelungen komplexer Infrastruktursysteme hineinbürokratisiert.

vorsorge ist nicht zukunftsfähig. Eines aber bleibt unveränderlich: Infrastrukturprojekte haben eine lange Nutzungsdauer und sind kapitalintensiv. Umso wichtiger ist es, die Projekte nachhaltig und effizient zu realisieren.

## GEMEINSCHAFTSAUFGABE VON POLITIK, WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT

Infrastruktur im 21. Jahrhundert ist ein Markt mit globaler Dimension. Das Handlungsfeld bietet Marktpotenzial in den Entwicklungs- und Schwellenländern, bei der weiteren europäischen Integration und bei der Modernisierung im eigenen Land. Erforderlich sind Lösungskonzepte, die weit über das traditionelle Verständnis von Infrastruktur hinausgehen. Wer sich dieser Komplexität bewusst wird, kann Infrastruktur nicht mehr als staatlich garantierte Vorleistung begreifen. Infrastruktur wird im 21. Jahrhundert zur Gemeinschaftsaufgabe von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Es geht dabei allerdings nicht nur um die Finanzierung konkreter Infrastrukturprojekte. Es geht um gemeinsame Zielvorstellungen, um Akzeptanz und Umsetzungswillen. Zur Infrastruktur des 21. Jahrhunderts gehören die Vorsorge vor den Folgen des Klimawandels und die Anpassung an veränderte meteorologische und geotektonische Risikoszenarien. Wir brauchen weltweit Maßnahmen, die besseren Schutz vor stärkeren Stürmen, höheren Fluten, stärkeren Niederschlägen und der Zerstörungskraft von Erd- oder Seebeben bieten.

Volkswirtschaften, die im 21. Jahrhundert erfolgreich sein wollen, brauchen mehr als eine funktionierende technische Infrastruktur. Infrastruktur definiert sich auch virtuell und sozial. Nur wer die Mehrdimensionalität von Infrastruktur aktiv annimmt, kann bestehende und zukünftige Probleme bewältigen.



# 60%

Der Deckungsgrad der Betriebskosten des ÖPNV lag in Deutschland 2007 bei durchschnittlich rund 60%.



Probleme bei der technischen Infrastruktur haben Evidenz, weil sie konkret und sichtbar sind. In der medialen Kommunikation können technisch-wirtschaftliche Infrastrukturprobleme zum populären Klischee oder zur Interessenpolitik mutieren. Die Abschätzung und Bewertung von Infrastrukturproblemen macht es erforderlich, Voraussetzungen, Entwicklungen und Lösungsmöglichkeiten genau zu betrachten. Bei Straßen und Brücken oder anderen Verkehrseinrichtungen gilt es zu berücksichtigen, dass viele dieser Bauwerke das Ende ihres Lebenszyklus erreicht haben. Werden Ersatzbauwerke unter Zeit- und Kostendruck mit geringerer Lebensdauer oder Qualitätsabstrichen konzipiert und verwirklicht, werden sich Investitionszyklen einschließlich der Finanzierungs- und Akzeptanzprobleme in kürzerem Abstand wiederholen.

Auf die lange Sicht betrachtet lohnt es sich, die beste verfügbare Technik, hochwertige Materialien einzusetzen, auf Nachhaltigkeitsaspekte wie die Recyclingfähigkeit und die werterhaltende Modernisierung während des Lebenszyklus zu achten. In diesem Sinne konsequente Infrastrukturpolitik vermeidet Fehlallokationen und entlastet die Budgets.

## LEISTEN STATT ZAHLEN

Jeder Wirtschaftszweig verfügt über Leistungen, die er dem Infrastrukturbereich zuordnen kann. Die NE-Metallindustrie hat mit den Leitermaterialien Kupfer und Aluminium für den Ausbau der Energieversorgungs- wie der Kommunikations-Infrastruktur



—  —  
**Groß aber nicht gut** — Berlin baut den dritten Großflughafen in seiner Geschichte. Die Standorte Tempelhof, Tegel und Schönefeld haben individuelle Kapitel der Stadt- und der Luftfahrtgeschichte geschrieben. Der Großflughafen Berlin-Brandenburg scheint diese Erfolgsgeschichte nicht fortsetzen zu können. Bau- und Planungsmängel, Sicherheitskonzepte sowie Akzeptanz- und Managementprobleme verhindern den Projektabschluss und lassen die Kosten explodieren.



#### OLIVER BELL

Präsident der Wirtschaftsvereinigung Metalle  
und Vorstand von Norsk Hydro ASA

eine Schlüsselfunktion. Die dezentral und mittelständisch aufgestellte Verzinkungsindustrie sorgt dafür, dass der Stahl- und Metallbau langlebige sowie ressourceneffiziente Werkstücke und Bauwerke bereitstellen kann. Leichtbau mit Aluminium und Magnesium im Straßen-, Schienen- und Luftverkehr schont Infrastruktureinrichtungen und Naturressourcen.

Der Ausbau der Energie- und Kommunikationsnetze lenkt den Blick auf die Bedeutung virtueller Infrastrukturen. Schnelle Datennetze definieren Arbeitsteilung neu und können Verkehrs- und Logistikprobleme vermeiden. Zu den wichtigsten Leistungen virtueller Infrastrukturen zählt ihr Beitrag zur Steigerung von Produktivität und Effizienz. Der Ausbau von Netzen und Kommunikationstechnologien einschließlich der notwendigen Energiesysteme hat schon heute Vorrang vor traditionellen Infrastrukturaufgaben. Zudem lösen virtuelle Infrastruktursysteme nur in geringem Umfang Akzeptenzdebatten aus.

### INFRASTRUKTUREN GRÜNDEN AUF WERTE UND ZIELE

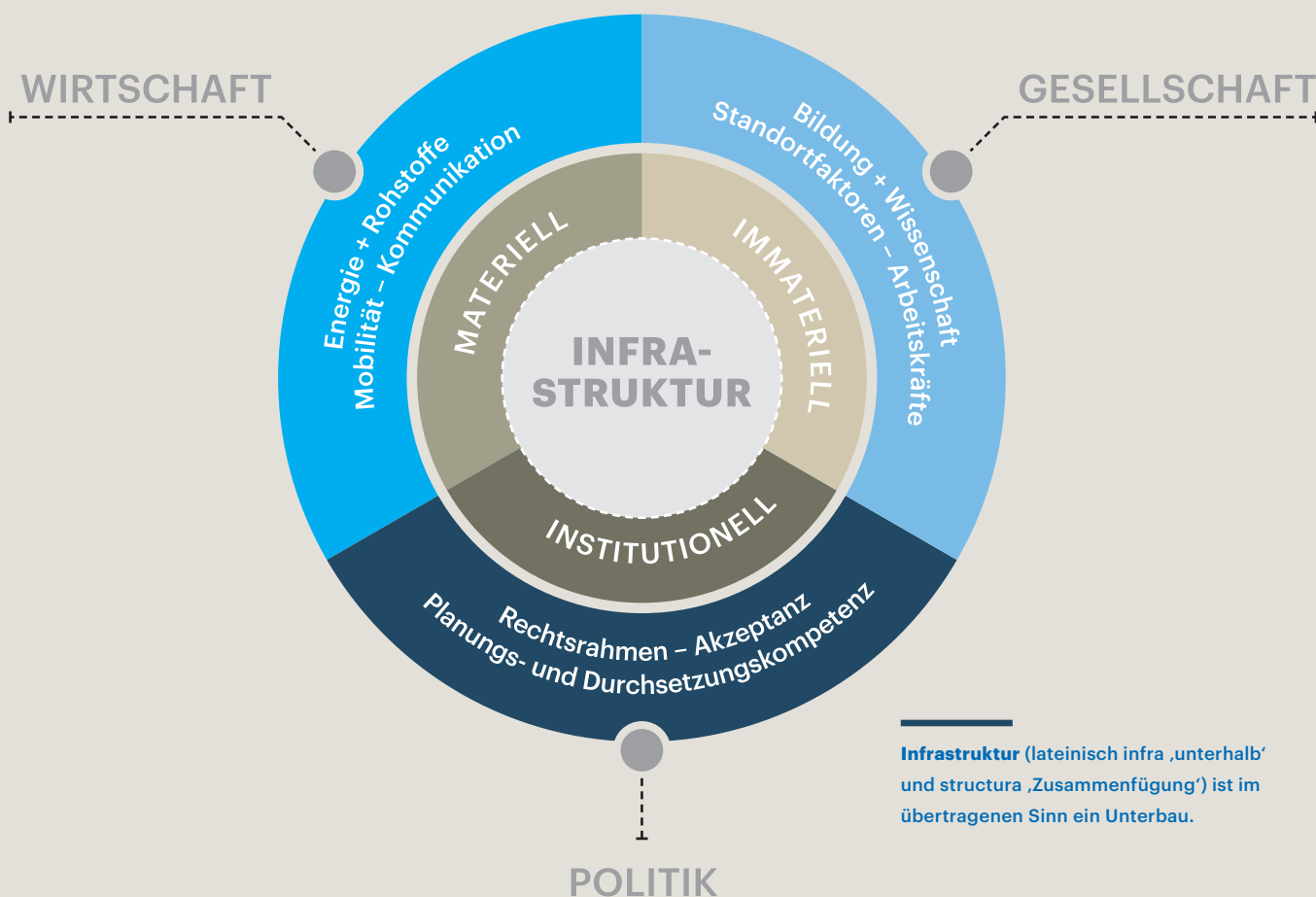
Zur Infrastruktur der Zukunft gehören auch die Human Resources. Bildung und Wissenschaft sowie gesellschaftspolitische Trends formen das Infrastruk-

tursystem. Die Summe der geistigen Leistungen von Bildung, Forschung und öffentlicher Meinung ist – die Theorie der Infrastruktursysteme konsequent fortgedacht – ebenso Grundlage des Gemeinwesens wie Straßen und Brücken. Energie- und Ressourceneffizienz und Recycling sind durchgeformte Grundbausteine einer nachhaltig denkenden und tätigen Gesellschaft. Eine Gesellschaft, die ein solches Modell in ihren Werte- und Zielekatalog aufgenommen hat, wird entsprechende Industrien, die sich der Umsetzung widmen, fördern und entwickeln und auch ihre Infrastrukturen an diesen Prinzipien ausrichten.

### EIN VORLÄUFIGES FAZIT

Aktuelle Probleme unserer technischen Infrastruktur verlangen nach schnellen, aber auch nach zukunftsfähigen Lösungen. Es reicht nicht, über Straßen und Brücken, Eisenbahnen und Flughäfen zu diskutieren. Infrastruktur ist ein Schlüsselbegriff für Zukunftsfähigkeit. Infrastruktur wird komplexer; Infrastrukturpolitik ist nicht mehr nur eine Form staatlicher Daseinsvorsorge. Wir begreifen Infrastruktur als Gemeinschaftsaufgabe, als Markt und als Motor für Fortschritt.

→|



**230.700**

Kilometer überörtliches Straßennetz  
(Autobahnen, Bundes-, Landes-  
und Kreisstraßen) gibt es in Deutschland.

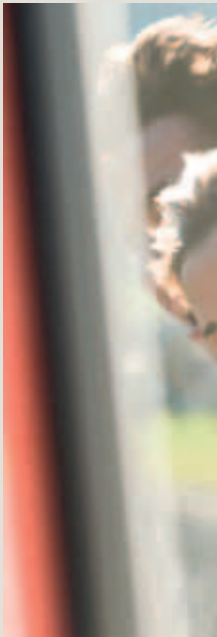
**44**

Milliarden Euro sind für Erhalt,  
Aus- und Neubau der Infrastruktur bis  
zum Jahr 2015 vorgesehen.

**223,0**

Milliarden Euro beträgt der Umsatz im  
deutschen Logistikmarkt. Deutschland  
ist damit europäischer Spitzenreiter.

Quelle: Fraunhofer SCS Top100

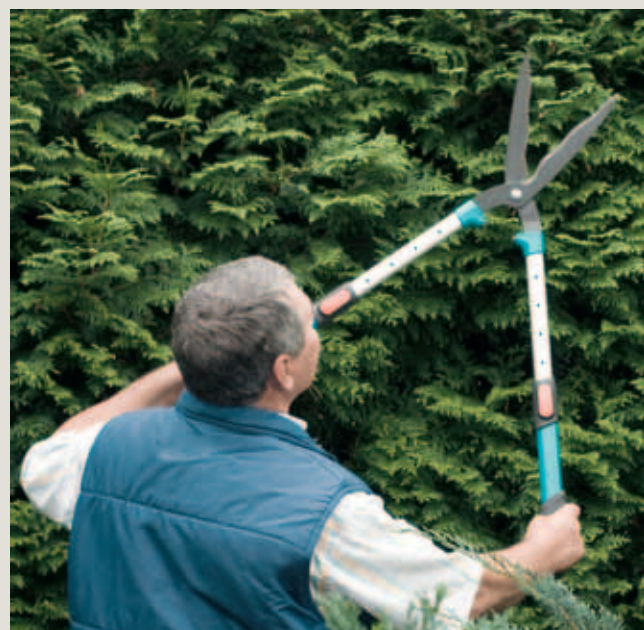


# Mentalitätswechsel

Die Macht  
der Mentalität

*Warum temporäres Lob und gesellschaftliche Akzeptanz  
den Unterschied machen / Antworten und Alternativen*

**von Martin Kneer, Hauptgeschäftsführer  
der Wirtschaftsvereinigung Metalle**



Die Beziehung zwischen Wirtschaft und Gesellschaft bleibt kompliziert. Nicht nur bei Umweltthemen ist das Meinungsfeld kontrovers, auch bei Fragen zum sozialen Ausgleich verstärkt sich das Konfliktpotenzial: Wer trägt die Kosten der Energiewende? Blockiert die Wirtschaft die Gleichbehandlung der Geschlechter? Haben Unternehmen zu viele Privilegien? Die Diskussion über Kosten und Lasten ist nicht trivial, sondern Teil einer weit ausgreifenden Industrieskepsis, die sich konzentrisch von den industriellen Kernzonen aus verstärkt und in urbanen Zentren bereits fest verwurzelt ist.

Ökologie und Ökonomie bilden keinen realen Gegensatz mehr, sondern zunehmend ein mentales Problem der Gesellschaft. Die Industrieländer haben sich erfolgreich der Ressourcenschonung und der Wiederherstellung gering belasteter Siedlungsräume gewidmet: Blauer Himmel, grüne Bäume, klares Wasser. Die ökologische Überwindung grauer Nachkriegstristesse hat sich tief in die gesellschaftliche Mentalität eingegraben. Ökonomische Tätigkeit ist ohne ökologische Risikofolgenabschätzung nahezu unmöglich. Seit gut einer Dekade gelingt sogar die Aufnahme bisher frei zugänglicher Umweltressourcen in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung. Deutschland und Europa haben es mit dem Handel von CO<sub>2</sub>-Zertifikaten der Welt gezeigt, wie die Internalisierung externer Umweltrisiken machbar wird.

Der Konflikt zwischen Ökonomie und Ökologie ist eigentlich ein natürliches Spannungsfeld zwischen Mensch und Umwelt. Auffällig ist, dass die Auflösung von Konflikten immer weniger

technologisch oder ökonomisch getrieben, sondern in wachsendem Umfang mental gesteuert wird.

Politische Kultur und industrielle Produktion verändern ihr Verhältnis dynamisch und radikal. Die klassische Ansicht, wirtschaftliche Probleme, vor allem wenn sie existenziell sind, würden die politische Kultur eines Landes oder einer Region verändern, steht vor dem Aus. Die ultimative Gefahr von Arbeitsplatzverlusten ist ein Schwert mit stumpfer Klinge. Kohlegruben, Stahlwerke, Kommunikationsunternehmen und sogar Automobilkonzerne verlassen das Land, ohne die politische Kultur im Lande nachhaltig zu beeindrucken oder gar zu prägen.

Im Gegenteil: Wechsel auf der Mentalitätsebene verändern soziale, ökonomische und technologische Strukturen. Die individuelle und kollektive Sorge um das Klima hat sich legislative Priorität erarbeitet. Kritik an industriell erzeugten Lebensmitteln schlägt sich in Gemeinschafts-Phobien nieder. Die Politik verzichtet darauf, diese Prozesse zu lenken. Sie setzt der kollektiven Mentalität keinen Rahmen, sondern liefert ihr die Grundlagen zur Entwicklung. Geforderte Schutz- und Spielräume für Wähler und Verbraucher werden bereitwillig und ad hoc bereitgestellt. Administrative Betreuung der Mentalitäten tritt an die Stelle gemeinsamer politischer Verantwortung.

→



## MENTALITÄT HAT KONJUNKTUR

Mentalität ist das komplexe Gefüge eigener Gedanken, Maßstäbe und Meinungen sowie eigener Werte. Mentalität umfasst Wissen und Gefühl. Aus individueller Mentalität können kollektive Mentalitäten entstehen, die die politische Kultur beeinflussen und letztlich sogar prägen. Wie konnte es dazu kommen, dass die Mentalitätsebene zur bestimmenden gesellschaftlichen Kraft werden konnte? Warum erlangen Meinungen, Einstellungen und Ängste eine höhere Wirkungsmacht als die Fundamentalaufgaben Ernährung, Sicherheit und Beschäftigung?

Die kollektive Mentalität ist schwerer zu fassen als der konkrete Protestbürger. Beide kennzeichnet allerdings die Distanz zu Produktion und Industrie sowie die Nähe zur Kommunikation und zur sozialen Integration. Die elektronische Infrastruktur moderner sozialer Netzwerke hat einen besonders starken Einfluss auf die mentalitätsgesteuerte Veränderung der politischen Kultur. Der Mobilisierungsindex elektronischer Netzwerke ist um ein Vielfaches höher als die konkrete Protestkundgebung.

Welche Stärke mentale Kräfte entwickeln können, lässt sich am Reformpaket Agenda 2010 darstellen. Die Reformmaßnahmen wurden ab 2003 ohne Rücksicht auf Mentalitätsebenen durchgesetzt. Das

---

**So funktioniert Mentalität** — Das Göttinger Institut für Demokratieforschung unter Leitung des Politikwissenschaftlers Franz Walter hat 2013 eine profilierte gesellschaftliche Teilgruppe erforscht. Befragt wurden mehrere hundert Aktivisten. Engagierte Demonstranten sind vor allem Bildungsbürger, eher Männer und älter, sie verfügen über eine sichere ökonomische Basis und sind oft technisch vorgebildet. Eine wichtige Voraussetzung für das Engagement ist Zeit. Demonstranten und Aktivisten können den Zeitaufwand für Erwerb und Protest selbst bestimmen oder müssen sich als Ruheständler gar nicht selbst um ihr Einkommen kümmern. Die Forscher fanden heraus, dass das Engagement vielen Teilnehmern dazu dient, den Kreis der sozialen Kontakte zu erweitern. Auf die Frage nach dem Sinn des Engagements lautete eine Antwort: „Man hat das Gefühl, man wird gebraucht; letztendlich, also persönlich, geht es mir gut damit.“ Wenn sich Protest in sozialen Netzwerken artikuliert, sind die Teilnehmer durchweg jünger. 70 Prozent aller Aktivisten sind männlich. 55 Prozent der vom Göttinger Institut Befragten haben einen Studienabschluss oder eine Promotion vorzuweisen. Die befragte soziale Teilgruppe umfasst durchweg Menschen, die früh gelernt haben, wie man wirkungsmächtig handelt, sie besitzen das Selbstvertrauen und den Optimismus sowie die Ausdauer dafür, mit anderen selbst gegen massive Widerstände ein Projekt hartnäckig zu verfolgen. Wenn es um Themen wie Energiewende, Infrastruktur oder Stadtentwicklung geht, fühlen sich vor allem technisch affine Menschen angesprochen. Sie sehen sich selbst nicht als Visionäre oder Idealisten, sondern hoffen auf zielgerichtete Planung, starke Gesetze und kompetente Politiker in ihrem Sinne.



# 32%

der Bürger sind überzeugt, dass die Wirtschaft einen Beitrag zu mehr sozialer Gerechtigkeit leisten kann.

# 65%

der Bürger sind überzeugt, dass die Politik einen Beitrag zu mehr sozialer Gerechtigkeit leisten kann.

# 53%

der Bürger sind überzeugt, dass sich in der Sozialen Marktwirtschaft Leistung im Allgemeinen lohnt.

Quelle: Institut für  
Demoskopie Allensbach (IfD), 2013

Ergebnis war eine ökonomische Renaissance des Wirtschaftsstandortes Deutschland und zugleich ein mentales Desaster. Die Agenda 2010 wurde zum gesellschaftlichen Tabuthema und reduziert auf Niedriglöhne und soziale Ungerechtigkeit. Die Agenda 2010 war der letzte sichtbare Versuch, einen politischen Reformprozess gegen die Macht der Mentalität durchzusetzen.

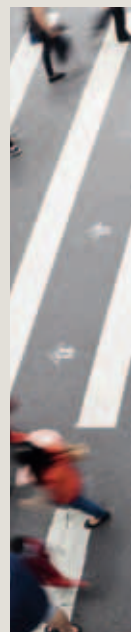
## MENTALITÄT DRÄNGT IN DIE POLITIK

Die in der Mentalität komplex gebündelten Einstellungen und Werte verlassen das Individuum. Mentalität drängt zur Handlung. In Gruppen wird Mentalität durchsetzungs- und mehrheitsfähig. In der Politik ist der Veränderungsprozess unübersehbar. Landesregierungen öffnen sich inhaltlich und personell den mentalen Strömungen in der Gesellschaft, mit Vorliebe in den Handlungsfeldern Energie, Umwelt, Landwirtschaft und Infrastruktur. Die Außen- und die Wirtschaftspolitik des Bundes verlieren an Eigenständigkeit und dienen als Plattformen zur Einlösung von mentalen Erwartungen der Gesellschaft bei der internationalen Durchsetzung allgemeiner Rechte oder im Klimaschutz.

## DIE ANTWORT DER WIRTSCHAFT: WIR BRAUCHEN AUCH EINE ÖKONOMISCHE ZUKUNFT UND DIE AKZEPTANZ DAFÜR

Mentalitätsgesteuerte Politik bleibt nicht ohne Einfluss auf die Wirtschaft. Wenn die kollektive Mentalität eher von Besorgnissen und Risikoängsten bestimmt wird, verschlechtern sich die Rahmenbedingungen für ökonomische Tätigkeit. Es stellt sich die Frage, ob eine Unternehmens- oder Branchenidentität als rational messbare Summe aus Beschäftigung, Produktivität und





Geschäftserfolg dem mentalitätsgesteuerten Veränderungsdruck standhalten kann. Möglicherweise müssen Unternehmen und Wirtschaftszweige ihre Identität um eine Mentalität ergänzen, um sich dauerhaft einen Zugang zu gesellschaftlichen und politischen Veränderungen zu sichern.

Unternehmen sollten die Fehler gescheiterter Konzepte nicht wiederholen. Wird die gelebte soziale und ökologische Verantwortung zu rational gelebt, wird sich die mentale Distanz zu Politik und Gesellschaft weiter vergrößern. Der Entfremdungsprozess kann zeitweilig sogar mit geschäftlichem Erfolg einhergehen. Dennoch erodieren kollektive Mentalitäten die Grundlagen unternehmerischer Tätigkeit. Spür- und sichtbar ist diese Entwicklung bei ressourcen- und energieintensiven industriellen Tätigkeiten: Trotz massiver Effizienzsteigerungen beim Ressourceneinsatz, verbesserte Arbeitsplatzbedingungen und sichere Beschäftigung bedarf es immenser Anstrengungen, die Ausweitung industriekritischer Mentalität einzudämmen oder zusätzliche Belastungen abzuwehren.

Entscheiden sich Unternehmen, ihre Identität mental zu ergänzen, wäre es andererseits fatal, sich mit hoher Opportunität der kollektiven Mentalität in Politik und Gesellschaft anzupassen.

## **DIE DIAGNOSE LAUTET: ZU VIELE FAKTEN, ZU WENIG MENTALITÄT!**

Mentalität in Unternehmen hat nur eine Chance, wenn Emotion und Verstand ausbalanciert werden. Zugleich wird unterstrichen, dass neben sozialgerechter und ökologischer Zukunft auch eine ökonomische Zukunft, die Wertschöpfung garantiert, stehen muss.

Operativ führen unterschiedliche Wege zu einem stärkeren Mentalitätsprofil. Der einfachste Weg führt über emotionale Marken oder Produkte. Der Besitz von Tablet-Computern oder Smartphones ermöglicht die Teilhabe an sozialen Netzwerken und ist damit ein wichtiger Bestandteil der kollektiven Mentalität. Emotionale Marken lassen sich einfacher in Mentalitäts-Welten integrieren als Investitionsgüter oder Halbzeugprodukte. Auch Unternehmensformen können Mentalität kommunizieren. Familienunternehmen, inhabergeführte Unternehmen, mittelständische Betriebsgrößen oder regionale Verankerung sind in der Lage, mentale Brückenfunktionen zu übernehmen.

## **KONSENS UND EMOTIONALE AKZEPTANZ ZWISCHEN GESELLSCHAFT UND WIRTSCHAFT FINDEN**

Die Öffnung der Industrie gegenüber individueller und kollektiver Mentalität ist eine Herausforderung. Industriepolitische Kommunikation auf der Grundlage von Meinungen, Einstellungen und Werten ist problematisch. Wird der Trend zur mentalen Gesellschaft jedoch negiert, werden sich Gesellschaft und Wirtschaft weiter entfremden. Gelingt es Unternehmen, ausbalancierte Mentalitätsmodelle zu entwickeln, kann aus Skepsis gegenüber Industrie und Veränderung ein gemeinsames Gesellschaftsbild entwickelt werden.

→|



MARTIN KNEER

Hauptgeschäftsführer  
der Wirtschaftsvereinigung Metalle



# Gutes Wachstum ist immer auch quantitativ



*Wirtschaft und Politik im Dialog / Gemeinsamkeiten bestimmen / Lösungen suchen*

**Das Verhältnis zwischen Politik und Industrie ist offen und pragmatisch. Der Dialog muss breiter und transparenter werden, forderte der nordrhein-westfälische Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk, Garrelt Duin, im Gespräch mit WVM-Präsident Oliver Bell und Hauptgeschäftsführer Martin Kneer.**

**BELL:** Politik und Wirtschaft haben eine gemeinsame Herausforderung. Beide müssen um Akzeptanz der Menschen kämpfen. Die einen wollen gewählt werden, die anderen wollen produzieren. Trotz ähnlicher Herausforderungen gibt es Trennendes. Manche sprechen sogar von zu großer Nähe zwischen Politik und Wirtschaft. Wie groß sind Ihre Berührungsängste?

**DUIN:** Ich habe vor kurzem einen Brief erhalten, der gemeinsam unterzeichnet war vom Chef der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie und Energie, Michael Vassiliadis, und von Ulrich Grillo, dem jetzigen Präsidenten des BDI und vormaligen WVM-Präsidenten. Es ist nicht das erste Mal, dass Gewerkschaften und Industrie bei allem Trennenden gemeinsam und mit Erfolg Interessen und Anliegen gegenüber der Politik vertreten.

Aus einem klar definierten Verständnis von Gemeinsamkeit heraus muss auch Politik agieren und ihr Verhältnis zur Industrie bestimmen. Es geht nicht um Verbrüderung oder darum, dass der eine Erfüllungsgehilfe des anderen ist. Ich will als Politiker verstehen, wie unternehmerische Entscheidungen getroffen werden und welche Rahmenbedingungen dafür relevant sind. Wenn ich das nicht kann, gibt es keine klugen politischen und gesetzgeberischen Entscheidungen. Ich muss mir jederzeit im Klaren sein, welche Auswirkungen und Konsequenzen meine politische Entscheidung haben könnte. Ich glaube, wir können uns darauf verständigen, dass Wohlstand das zentrale Thema für uns ist. Armut ist eine Katastrophe, für jeden einzelnen und für die gesamte Volkswirtschaft. Wenn das Konsens ist, dann brauchen wir ein Höchstmaß an gut bezahlten Arbeitsplätzen. Die Industrie leistet dazu den entscheidenden Beitrag.

**BELL:** Gegenüber ihren Wählern signalisiert Politik nicht selten ein distanziertes Verhältnis zur Industrie. Fühlen sich Politiker zu schnell vereinnahmt, wenn sie den Argumenten der Wirtschaft folgen?

**DUIN:** Wir dürfen nicht zulassen, dass die öffentliche Diskussion Einzelfälle zum Gesamtbild formt. Ich sehe in der Diskussion über Managergehälter Auswüchse, die es Politikern ratsam erscheinen lassen könnte, auf zu große Nähe zu verzichten. Vielleicht haben einzelne Manager ihre gesellschaftspolitische Verantwortung in der jüngeren Vergangenheit nicht ganz richtig eingeschätzt. Das gilt es zu korrigieren, über die Aufsichtsräte und Aktionärsversammlungen oder über die Medien, vielleicht sogar über die Gesetzgebung. Da muss sich die Wirtschaft auch selbst hinterfragen.

**KNEER:** Wenn wir über die Tagespolitik hinaus und hinter die Schlagzeilen blicken, macht mir ein Trend Sorge. Industrie hat einen guten Klang. Aber ich höre Lob am Wochenende und Kritik am Werktag. Wie konsistent ist unsere Industriepolitik eigentlich?

**DUIN:** Wir müssen erkennen, dass Industrie nicht als abstraktes Ganzes wahrgenommen wird, sondern vor allem über ihre Repräsentanten. Nicht das EBIT schafft Akzeptanz, sondern die gelebte gesellschaftliche Verantwortung. Der Erste Bürgermeister

→

## GARRELT DUIN

Minister für Wirtschaft, Energie,  
Industrie, Mittelstand und Handwerk des  
Landes Nordrhein-Westfalen



Erfolgreich ist  
Politik nur dann,  
wenn Linien  
durchgehalten  
werden.

— GARRELT DUIN

der Freien und Hansestadt Hamburg, Olaf Scholz, will das Bild vom ehrbaren Kaufmann revitalisieren. Im Industrieland NRW brauchen wir vielleicht ein anderes Leitbild. Die Botschaft ist identisch: Die Menschen möchten stolz sein auf ihren Chef oder auf den Unternehmer in ihrer Region. Diesen Stolz und diese Anerkennung muss man sich aber verdienen.

**BELL:** Der Dialog zwischen Politik und Wirtschaft läuft umso besser, je näher die Diskussion an den Standorten stattfindet. Je weiter wir uns von den Produktionsstätten entfernen, desto stärker werden Vorbehalte und Wissensdefizite. Vor allem, wenn Themen bewusst risikoorientiert adressiert werden, reagiert die Politik nicht selten ad hoc und verlässt den geraden, perspektivischen Weg.

**DUIN:** Gerade hier in Nordrhein-Westfalen habe ich ein sehr positives Gefühl, dass Politik und Industrie den Weg gut und gemeinsam gehen. Politik braucht und beansprucht Entscheidungsfreiheit, aber die Entscheidungen zum Wohl des Landes sind oft auch positiv für die Industrie. Wohlstand wird kreiert durch Industrie. Das Modell Deutschland ist durch Industrie und Export geprägt. In diesem Rahmen sind wir erfolgreich – wenn wir den richtigen Rahmen setzen und sichern.



## OLIVER BELL

Vorstand von Norsk Hydro ASA und Präsident  
der Wirtschaftsvereinigung Metalle sowie des  
europäischen Dachverbandes Eurométaux

**BELL:** Wenn wir den Blick auf den einzelnen Standort richten, können wir eine gute Bilanz ziehen. Dort pflegen wir den offenen Dialog. An den Standorten diskutierten wir die direkten Auswirkungen politisch gesetzter Rahmenbedingungen und tauschen uns ständig aus. Ich finde auch, der Mut der Politik, die Wörter Industrie und Industriepolitik offen und vor allem positiv auszusprechen, ist deutlich gewachsen.

**KNEER:** Wie balanciert Politik den langfristigen Gestaltungswillen und die tagespolitische Aufregung aus? Ist Reaktion auf jedes gesellschaftliche „Grummeln“ ein guter Ratgeber für einen Politiker?

**DUIN:** Erfolgreich ist Politik nur dann, wenn Linien durchgehalten werden. Dazu gehört auch, Tendenzen aufzunehmen und auf Veränderungen zu reagieren. Gerade aus der parlamentarischen Opposition heraus müssen Themen über längere Perioden wiederholt werden, um sie nach einem Wahlsieg entschlossen umzusetzen. Dafür gibt es nicht immer Beifall auf der Strecke, aber der Prozess ist transparent und nachvollziehbar. Orientiert sich Politik ausschließlich am kurzfristigen Stimmungsbarometer der Gesellschaft, führt der Weg schnell in die Widersprüchlichkeit. Der entscheidende Faktor für erfolgreiche Politik ist ihre Erkennbarkeit. Vielleicht haben wir da auch eine weitere wichtige Gemeinsamkeit zwischen Politik und Wirtschaft.

**BELL:** Erkennbar sind aber auch viele Herausforderungen, denen wir uns künftig stellen müssen. In den USA, einem unserer wichtigsten Handels- und Technologiepartner, vollzieht sich derzeit die größte volkswirtschaftliche Veränderung seit Jahrzehnten. Die Erschließung der neuen unkonventionellen Energieressourcen löst eine Welle der Re-Industrialisierung aus. Quasi nebenbei werden wichtige Beiträge zum Klimaschutz geleistet. Deutschland diskutiert bisher ergebnislos über die gesetzlichen Rahmenbedingungen zur Erschließung unkonventioneller Öl- und Gasvorräte, von einer industriepolitischen Antwort auf die erkennbaren weltwirtschaftlichen Veränderungen einmal ganz abgesehen.

**DUIN:** Wir nehmen hierzulande sehr schnell eine risikobetonte Abwehrhaltung ein, wenn es um Neues geht. Die Bildsprache in den Medien betont fast immer das Risiko und potenzielle Gefahren. Wir befördern Skepsis und übersehen nicht selten die positive reale Entwicklung wie bei der Reinhaltung von Luft, Wasser und Böden. Unsere gemeinsame Aufgabe muss es sein zu zeigen, wie viel Wohlstand wir gewinnen oder verlieren werden. Eine sofortige Dekarbonisierung der Gesellschaft würde beispielsweise mit einem unglaublichen Anstieg der Arbeitslosigkeit einhergehen.

**BELL:** Seit dem erfolgreichen Management der Bankenkrise hat staatliche Regulierung wieder Konjunktur. Wird der Staat seinen Einfluss auf die Wirtschaft weiter ausbauen? Ich sehe den Treiber staatlicher Regulierung vor allem in Europa.

→

**DUIN:** In Deutschland gab es schon immer eine starke Bewegung zu umfassender staatlicher Fürsorge und zu Dezentralisierung. Auf der europäischen Bühne besteht ein gewisses Risiko, dass staatlicher Dirigismus auf die Industriepolitik ausgeweitet wird. Das hat auch damit zu tun, dass in vielen Ländern mangels Masse keine aktive Industriepolitik mehr stattfindet. Kein Land hat einen so hohen Grad an industrieller Wertschöpfung wie Deutschland. Wahrscheinlich muss Deutschland die Diskussion über das richtige Verhältnis von Freiheit und Regulierung anstoßen. Dieses Handlungsfeld eint übrigens Wirtschaft, Bürger und Ordnungspolitik. Viele Bürger und Politiker beschleicht das Gefühl, dass Europa viele Dinge überreguliert und vieles in eigener nationaler Verantwortung besser geregelt werden könnte. Hier lohnt sich eine Debatte, die sachgerecht und frei von europa-feindlichen Ressentiments bleibt.

**BELL:** Wir haben mehrmals den Begriff Wachstum gestreift. Manche meinen, im Rahmen umfassender staatlicher Fürsorge ist Wachstum entbehrlich oder sogar schädlich. Unter Ausblendung der realen Entkopplung von wirtschaftlicher Entwicklung und sinkendem Ressourcenverbrauch wird Wachstum zum gesellschaftlichen Negativbegriff.

**DUIN:** Ein gutes Wachstum muss immer auch quantitatives Wachstum umfassen. Das ist meine persönliche und feste Überzeugung. Selbstverständlich gehören Ressourcenverbrauch, soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit zum Wachstumsbegriff. Aber diese Elemente zwingen uns doch nicht, uns gegen das quantitative Wachstum zu stellen. Wir müssen vielmehr fragen: Wie beteiligen wir möglichst viele am Wachstum? Das gilt binnenwirtschaftlich, zunehmend aber auch für unsere Handelspartner. Neue Handelsabkommen mit Entwicklungs- und Schwellenländern werden auch soziale und ökologische Standards enthalten, die auf beiden Seiten eingehalten werden müssen. Wir werden uns die jeweiligen Finanzmärkte unserer Partnerländer genau ansehen. Gutes und nachhaltiges Wachstum ist eine globale Aufgabe, hier werden neue Aufgaben und Verantwortlichkeiten auf die deutschen Unternehmen zukommen.

## Der Dialog zwischen Politik und Wirtschaft läuft umso besser, je näher wir an den Standorten sind.

— OLIVER BELL

**KNEER:** Europa und die Globalisierung schaffen neue Aufgaben und Probleme. Auf der anderen Seite droht uns der weitere Verlust an Akzeptanz für die Realwirtschaft im eigenen Lande. Wir setzen in der NE-Metallindustrie auf den lokalen Dialog und die Arbeiten in den Regionen und nutzen dabei die stark mittelständisch geprägte Struktur unserer Branche.

**DUIN:** Überzeugungsarbeit kann nur lokal geleistet werden, davon bin auch ich überzeugt. Je dichter das Netz lokaler Aktivität ist, desto stärker wird sich Industriepolitik bei den Menschen etablieren. Schon die Vermutung, es gäbe eine heimliche Allianz von Politik und Wirtschaft, ist schädlich. Wir dürfen niemals an den Menschen vorbei kommunizieren. Hier gilt im Wort- und im übertragenen Sinne, die Werkstore müssen offen gehalten werden.

**BELL:** Da kann die Industrie noch mehr tun. Gerade unsere Beschäftigten haben Potenzial, unsere Beiträge zur Energiewende, zum Klimaschutz und zum Wohlstand mit hoher Glaubwürdigkeit breiter bekannt zu machen. Was uns fehlt, ist ein erfolgreiches Instrumentarium, um mit institutionalisierter Kritik umzugehen. Nicht selten verbergen sich hinter dem Schutz von Gemeinwohl und natürlichen Lebensgrundlagen aber auch ganz profane Einzelinteressen. In den sozialen Netzwerken verhin-

Martin Kneer, Hauptgeschäftsführer  
der Wirtschaftsvereinigung Metalle,  
im Gespräch mit Minister Duin



dern Quantität und Emotion jeglichen fairen Diskurs. Die Kommunikationskultur der Gesellschaft ändert sich mit hohem Tempo.

**DUIN:** Ich habe da eine Idee. Wenn wir gesellschaftliche oder individuelle Betroffenheit durch ein Neubauvorhaben oder ähnliches auslösen, werden nach geltender Rechtslage die Kosten, die Auswirkungen auf die Umwelt sowie die Rechtskonformität berücksichtigt. Nutzen und Vorteile einer solchen Maßnahme bleiben zumeist im Hintergrund. Wir brauchen einen verlässlichen und nachprüfbaren Index für den positiven volkswirtschaftlichen Effekt, an dem sich die Menschen – ob konkret betroffen oder nicht – verlässlich orientieren können.

**BELL:** Bei unserer Suche nach industriepolitischen Gehör finden wir in Deutschland immer weniger Gesprächspartner. Gerade in den letzten Monaten beobachte ich immer stärker, wie uns in Ländern mit ökonomischen und finanziellen Problemen die Türen weit geöffnet werden. Werden wir in Deutschland gerade auch wegen des hohen wohlstandssichernden Anteils industrieller Wertschöpfung träge?

## Wir setzen als Industrie auf den lokalen Dialog in Regionen und in Zentren.

— MARTIN KNEER

**DUIN:** Die gesamte europäische Industrie muss verstehen, dass es zu nichts führt, unter sich zu bleiben und sich gegenseitig die Richtigkeit der eigenen Positionen zu versichern. Der Dialog muss expansiv sein. Nehmen Sie nur das Beispiel der EEG-Härtefallregelung. Wir hätten uns viele Diskussionen und Missverständnisse sparen können, wenn ein breites Grundverständnis zur realen Wettbewerbssituation der betroffenen Unternehmen in allen Fachressorts vorhanden gewesen wäre.

**BELL:** Herr Minister, im Namen der Wirtschaftsvereinigung Metalle danke ich Ihnen für dieses Gespräch.

→|



*Strategien und Konzepte / Märkte und Standorte*  
**von Wieland Kramer**

# Mittelstand ist mehr

**1 PAUL NIEDERSTEIN**

GESCHÄFTSFÜHRENDER GESELLSCHAFTER DER  
SIEGENER VERZINKEREI HOLDING GMBH, BOCHUM

**2 DR.-ING. KARL-HERMANN BRUCH**

GESCHÄFTSFÜHRER DER  
SCHOLZALU TRADING GMBH, ESSINGEN

**3 CARL PFEFFER**

VORSITZENDER DES VORSTANDES DER  
ALUMINIUM-WERKE WUTÖSCHINGEN AG & CO. KG, WUTÖSCHINGEN

**4 RUPPRECHT KEMPER**

GESCHÄFTSFÜHRER UND PERSÖNLICH HAFTENDER GESELLSCHAFTER DER  
GEBR. KEMPER GMBH & CO. KG METALLWERKE, OLPE-BIGGESEE

Mittelstand ist brandaktuell. Kein ökonomischer Terminus genießt in Politik und Gesellschaft eine vergleichbar hohe Wertschätzung. German Mittelstand ist fast so populär wie Made in Germany. Der Finanzmarkt legt Mittelstands-Fonds auf, weil die Banken auf die positive Ausstrahlungskraft des Begriffs und der mittelständischen Tugenden vertrauen. Arbeitnehmer schätzen die Stakeholder-Philosophie und Kommunen die Standortfestigkeit. Ohne innovative Mittelständler fehlt der deutschen Industrie das feste Fundament. Die positive Bilanz kontrastiert zum altmodischen Namen. Doch dem deutschen Mittelständler bleibt kaum Zeit, sein Selbstverständnis zu reflektieren und terminologisch aufzupolieren. Die Märkte warten nicht, sondern treiben.

## UNTERNEHMERISCHE GRUNDSÄTZE FÜHREN ZUM ERFOLG

Paul Niederstein hat sich für die Teilnahme an den deutsch-brasilianischen Wirtschaftstagen entschieden. In São Paulo geht er auf direkte Tuchfühlung zu einem der weltweit spannendsten Märkte. Niederstein befindet sich in guter Gesellschaft. Fast die gesamte deutsche Industrie – von der Energiewirtschaft über die Automobilindustrie bis zu Chemie und Elektrotechnik – hat Südamerika und in besonderer Weise Brasilien und Chile in den Blick genommen. Starkes Wachstum, hohe Binnennachfrage und vor allem der Bedarf an Infrastruktur begeistern den jungen Familienunternehmer. Der 38jährige Kaufmann hat die Erfahrung von fünf Generationen im Gepäck. Die Siegerner Verzinkerei zählt sich zu den zehn ältesten Unternehmen des Siegerlandes. Von Bochum aus leitet Niederstein seit 2004 das Unternehmen. Ob und wann die Siegerner Verzinkerei den Fuß geschäftspolitisch auf den südamerikanischen Kontinent setzt, wird Paul Niederstein sicher nicht ohne Beratung im familiären Gesellschafterkreis fällen. Internationalität und familiäre Unternehmertradition sind bei der Siegerner Verzinkerei Holding seit Jahrzehnten untrennbar miteinander vereint.

99,7%

aller deutschen Unternehmen zählen sich zum Mittelstand.

„Wir machen unser Geschäft um den Kirchhof, aber wir machen keine Kirchturmpolitik“, formuliert Niederstein zwei auf den ersten Blick gegensätzliche Unternehmensgrundsätze. Ein für die Verzinkungsindustrie typisches Strukturmerkmal ist die Dezentralität. Die Kunden scheuen lange Wege und hohe Transportkosten. Wachstum bedeutete in den zurückliegenden Jahren vor allem Expansion in Europa. Die Siegerner Verzinkerei baute ihre Position vornehmlich in Benelux aus. Seit Mitte der 90er-Jahre hält sie Beteiligungen in der Tschechischen Republik und der Slowakei. 2008 gelang der Sprung in die Emerging Markets mit einem erfolgreichen Investment in der Türkei. Für Paul Niederstein ist die sorgfältige Analyse des südamerikanischen Marktes ein folgerichtiger Schritt in der Unternehmensentwicklung. Der riesige Bedarf an Energienetzen, Anlagen in der chemischen und petrochemischen Industrie, bei der Rohstoffgewinnung und der Automobilindustrie hat für einen Verzinker einen besonderen Reiz. „In den äquatorialen Klimazonen ist ein wirksamer Schutz der Industrieanlagen und Gebrauchsgüter vor Korrosion von entscheidender volkswirtschaftlicher Bedeutung, wenn der industrielle Aufschwung nachhaltig sein soll“, meint Niederstein. Die Begeisterung für Südamerika kann aber die Verantwortung für den heimischen Markt nicht verdrängen. „Wir leben von den langfristigen Investitionsentscheidungen unserer Kunden, das hat uns gut durch die vergangenen Krisen geführt“, sagt Niederstein. Auch die eigenen unternehmerischen Grundsätze tragen zum Erfolg des Unternehmens bei. „Wir bleiben für unsere Kunden das Unternehmen vor Ort und vermitteln ein Ownership-Gefühl“, erläutert Niederstein. Aber auch ein Unternehmen mit mehr als hundertjähriger Geschichte muss die Zukunft klar in

→

# Best Practice ist unser Benchmark.

— PAUL NIEDERSTEIN

# 83,3%

aller Ausbildungsplätze  
in Deutschland  
stellt der Mittelstand.

den Blick nehmen. Die strukturelle Krise der europäischen Stahlindustrie lässt Niederstein nicht unbeeindruckt. Die Mehrjahresplanung des Unternehmens muss die Risiken erkennen und berücksichtigen. „Umso wichtiger ist es, dass die Politik jetzt nicht durch Pläne zur Substanzbesteuerung oder strukturelle Fehlentscheidungen die Risiken erhöht“, hofft Niederstein.

## RAHMENBEDINGUNGEN UND STANDORTFAKTOREN

Carl Pfeffer macht kein Geheimnis um seine unternehmerischen Grundüberzeugungen. Kunden, Mitarbeiter und Gesellschaft bilden die Eckpunkte seiner ausgeprägten Stakeholder-Philosophie. Pfeffer kennt sich aus. Nach zwölf Jahren in Fach- und Führungspositionen bei einem der bekanntesten deutschen Automobilkonzerne und weiteren acht Jahren als Vorstand in der Edelstahlindustrie hat Pfeffer bei der Aluminium-Werke Wutöschingen AG & Co. KG (AWW) hinreichend Abstand zur Shareholder-Welt. 2010 holte die Unternehmer-Familie von Salmuth den erfahrenen Manager nach Südbaden. „Mir gefällt die Nachhaltigkeitsstrategie eines mittelständischen Familienunternehmens“, sagt Pfeffer, und seine präzise Sprache lässt keine Zweifel am Ernst dieser Aussage. Dennoch baut Pfeffer Brücken. AWW ist erfolgreich, wenn die Kunden in der Investitions- und Konsumgüterindustrie erfolgreich sind. Pfeffer kennt seine

Verantwortung. „AWW muss innovativ sein und so eng an den Kunden dran bleiben, dass kein Blatt Papier dazwischen passt. Zugleich versuchen wir, so viel Wertschöpfung wie möglich im eigenen Unternehmen zu halten oder uns zurückzuholen.“ AWW hat seine Position in der Wertschöpfungskette klar definiert. Es werden Basis-Profile gefertigt, komplexere Systemkomponenten produziert, Butzen für die Verpackungsindustrie sowie Schmiede-Vormaterial hergestellt. Die Herausforderungen liegen im metallurgischen Bereich und bei der Prozessstabilität von Werkstoff und Werkstück über die gesamte Produktionskette. „Hier übernehmen wir bewusst eine hohe Verantwortung“, sagt Pfeffer.

Als Vorstandsmitglied der Wirtschaftsvereinigung Metalle vertritt Pfeffer, zusammen mit Paul Niederstein (Siegener Verzinkerei Holding) und Uwe Lüke (Befesa Steel Services GmbH), die NE-Metallindustrie im Mittelstandsausschuss des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI). Er kennt und artikuliert nicht nur die Branchenprobleme. Als Manager eines südwestdeutschen Unternehmens sind ihm die Probleme des Kernenergieausstiegs, sicherer und bezahlbarer Energie sowie Fragen der Infrastruktur besonders nahe und drängend. „Wir können unsere Stellung mitten in der Wertschöpfungskette nur erfolgreich halten, wenn die Rahmenbedingungen und Standortfaktoren stimmen“, sagt Pfeffer.

## ENERGIEEFFIZIENTE SEKUNDÄRMETALLE

Karl-Hermann Bruch konzentriert sich im Alltag auf das Recycling und Raffinieren von Aluminium. Aber auch politisch heiße Eisen sind dem Geschäftsführer der ScholzAlu Trading GmbH nicht fremd. Als Tochter der Scholz AG, einem auf allen Konti-

## WIELAND KRAMER

Wieland Kramer arbeitet als freier  
Wirtschaftsjournalist. Sie erreichen ihn unter  
info@kramer-kommunikation.de

60,8%

der Beschäftigten arbeiten  
in mittleren und  
kleineren Unternehmen.

51,8%

der industriellen Wertschöpfung  
entfallen in Deutschland auf kleinere  
und mittlere Unternehmen.

Quelle der Zahlen im Artikel: IfM Bonn



nenten vertretenden Metallrecycler und -händler, sind ihr die Metallflüsse und der Bedarf der Märkte wohl bekannt. Sekundärmetalle gelten als besonders energieeffizient und tragen dazu bei, die Klimabilanz und den ökologischen Foot-Print eines Produktes zu verbessern. „Wenn die Folge eine akute Altmetallknappheit ist und die Schließung von Stoffkreisläufen immer schwieriger wird, weil Schrotte in Länder mit stark wachsendem Metallbedarf abfließen, ist dies weder nachhaltig noch klimaschonend“, beschreibt Bruch die aktuelle Lage auf dem Schrottmarkt. ScholzAlu zählt beim Metallrecycling zu den Leistungsträgern auf dem Markt. „Die beim Einschmelzen und Raffinieren von Alt-Aluminium entstehende Salzschlacke wird bei uns vollständig recycelt. Dieser Prozess wurde bei ScholzAlu Stockach stetig weiterentwickelt und optimiert. Die heutige Anlagentechnik ist mittlerweile so leistungsfähig, dass nicht mehr nur die eigenen Schlacken recycelt werden, sondern diese Dienstleistung von zahlreichen anderen Schmelzwerken in Anspruch genommen wird“, erläutert Bruch die Technologiestärke seines Unternehmens. Bruch möchte die Rohstoffquelle Altmetall noch stärker nutzen. Alte Gebäude, Deponien sowie Rest- und Abfallstoffe der Industrie haben noch bedeutende Potenziale. Sein Ansatz geht über Urban Mining hinaus. Auch Bruch setzt auf neue Marktregionen wie Mittel- und Südamerika. In diesen Ländern sind kapital- und technologiestarke Partner aus der Recyclingbranche erwünscht und begehrt.

## KEINE PATENTLÖSUNGEN

Rupprecht Kemper hat sich entschieden. Der Standort Olpe in der südöstlichsten Ecke von Nordrhein-Westfalen kann sich auf Investitionen in zweistelliger Millionen-Höhe freuen. Die

Gebrüder Kemper GmbH & Co. KG baut praktisch auf der grünen Wiese ein neues Armaturenwerk mit integrierter Logistik. „Wir sehen eine stabile Marktentwicklung für unsere Produkte und Systeme im Bereich der effizienten Wasserversorgung und Hygiene“, begründet Rupprecht Kemper die bedeutenden Investitionen. Es gehört zu den Zielen des Familienunternehmens, möglichst viel Wertschöpfung am heimischen Standort zu halten. Doch die bisherige Fertigung platzt aus allen Nähten. Die umfangreiche Ersatzinvestition war die einzige Möglichkeit, die Ressourcen am Standort den Markterfordernissen anzupassen. Kemper will nicht nur rund um das Thema Wasser wachsen. Auch bei der zweiten Säule des Geschäfts, der Herstellung dünner Kupferbänder, stehen die Zeichen auf Expansion. Schon heute gehen 1,5 Monatsproduktionen nach China und Fernost. Von den insgesamt rund 800 Beschäftigten arbeiten derzeit 670 am Standort Olpe. „Hier sitzt unser Know-how, auf dessen Grundlage wir expandieren“, sagt Rupprecht Kemper.

Für Mittelständler gibt es keine Patentlösungen. Mittelstand in Deutschland steht für Vielfalt, Einfallsreichtum, Zielorientierung und Verantwortung. Technologiestärke, Investitionsfreudigkeit und Marktoffenheit sind die Attribute, mit denen deutsche Mittelständler aus der NE-Metall-Branche zu Hause und weltweit punkten.

→|

02

---

POLITIK

---

# Politische Rahmenbedingungen

---

**28 – 79**

Ökonomische, ökologische und industriepolitische  
Positionen der NE-Metallindustrie

---

---

**30 Energie – ein Produktionsfaktor unter politischem Einfluss**

Dr. Michael Niese

**36 Europäische Industriepolitik braucht  
einen präzisen ordnungspolitischen Kompass**

Rolf Kuby

**40 Die Welt wartet nicht auf Deutschland**

Franziska Erdle

**46 Europäische Produktpolitik – ein Irrtum?**

Rainer Buchholz

**50 Luftreinhaltung ist ein Erfolg der Industrie**

Daniel Quantz

**54 REACH – Stand der Dinge**

Dorothea Steiger

**58 Der Mitarbeiter als Mensch steht im Fokus**

Dr. Martin Wieske

**64 Lifo bleibt eine notwendige sinnvolle Bewertungsmethode**

Monika Setzermann

**72 Metalle für die moderne Gesellschaft – mitten im Leben**

Melanie Dillenberg

**76 Industrie.Kommunikation**

Dirk Langolf

---



---

ENERGIE — DR. MICHAEL NIESE

# Energie – ein Produktions- faktor unter politischem Einfluss

Politik

---

*Die Diskussion über die Kosten der Energiewende hält an. Die Entlastungen der Grundstoffindustrie stehen im Fokus. Schärfere EU-Klimaziele verschlechtern die internationale Wettbewerbsfähigkeit.*

---

02.1



Energie – sicher, sauber und bezahlbar für  
die Grundstoffindustrie.

**D**ie Industrie ist in Deutschland Motor der wirtschaftlichen Entwicklung. In den Güter produzierenden Unternehmen wird fast jeder dritte Euro erwirtschaftet. Dieser im europäischen Vergleich hohe Anteil ist Vorbild für Staaten, die in der Schuldenkrise versuchen, ihre hohe Abhängigkeit vom Finanzsektor zu reduzieren. Die deutsche Industrie ist in Produkten und Produktionsbedingungen führend. Eine besondere Stärke sind die integrierten Wertschöpfungsketten, die vom Grundstoff bis zum Automobil gemeinsam neue Technologien entwickeln und weltweit vermarkten. Dabei ist die hohe Energie- und Ressourceneffizienz ein Markenzeichen der Grundstoffindustrie. Höchste Standards bei Arbeitssicherheit, Umwelt- und Gesundheitsschutz, soziales Engagement sowie stabile und gut bezahlte Arbeitsplätze kennzeichnen die Industrie als wertvollen Sozialpartner, der vor Ort und auf Bundesebene hohes Ansehen genießt.

## EINEN RUCKSACK VOLLER ENERGIE FÜR DIE GESELLSCHAFT

Die NE-Metallindustrie ist integraler Bestandteil des industriellen Erfolgs. Eine Unterteilung in grüne und graue Industrien führte in die Irre. Nutzen und Image klimaschonender und umweltfreundlicher Produkte haben ihre Keimzelle in der Grundstoffindustrie. Sie trägt für die nachfolgenden Produzenten und Exportbranchen einen schweren Rucksack – gefüllt mit Energie, Rohstoffen und Umweltauswirkungen. Auch bei höchster Effizienz bleiben diese Faktoren auf die Erzeugung von Grund- und Werkstoffen konzentriert. Die positiven und von der Gesellschaft nachgefragten Eigenschaften der NE-Metalle werden den sichtbaren Endprodukten und deren Herstellern zugeschrieben.

Gesellschaftliche Wahrnehmung und Leistung der NE-Metallindustrie driften auseinander. Die öffentliche Debatte hofiert sichtbare Produkte und verbindet mit den Grundstoffen den Rucksack. Chancen wachsen bei den Anwendungen, Risiken werden am Beginn der industriellen Wertschöpfungskette lokalisiert. Auf dieser Projektionsfläche gilt es, mit differenzierter Argumentation einen fairen Ausgleich von Chancen und Risiken, von Belastungen und Entlastungen zu gestalten.

## HOHE ENERGIEPREISE ALS MITTEL DER POLITIK

Aktuell ist der Ausgleich industrie- und gesellschaftspolitischer Interessen in Gefahr geraten. Die Beratungen zur sogenannten Strompreislösung und die anstehende Reform des EEG sind dafür ein Lackmustest. Seit mehr als zehn Jahren werden höhere Energie- und besonders Strompreise als entscheidender Hebel für den Klima- und Umweltschutz instrumentalisiert. Dabei sollten gesellschaftliche Aufgaben aus Steuermitteln finanziert werden. Auf diesem Weg orientieren sich die Beiträge von Bürgern und Unternehmen an ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Starke Schultern tragen mehr, ein sozialer Ausgleich ist gewährleistet. In der Energie- und Klimapolitik weicht die Finanzierung von diesem Grundsatz ab. Neben fiskalischen Gründen ist die ökologische Lenkungswirkung nach dem Grundsatz des Verursacherprinzips in den Mittelpunkt gerückt. So wurde zum Beispiel die Förderung zum Ausbau erneuerbarer Energien

→

in der Stromerzeugung als Umlage konzipiert. Wer viel Energie verbraucht, soll einen hohen Beitrag zur Finanzierung der ökologischen Steuerreform bzw. der Energiewende leisten. Doch eine strenge Auslegung des Polluter Pays-Prinzips hat in einer offenen Volkswirtschaft erhebliche Schwächen.

Von Anfang an war den Entscheidungsträgern bewusst, dass Energie nicht nur das Leben bequem und annehmlich macht, sondern einen unverzichtbaren Produktionsfaktor für die Grundstoffindustrie darstellt. Die Lenkungswirkung ist bei energieintensiven Unternehmen gering, da sie Vorreiter in der Energieeffizienz sind und die zusätzlichen Energiekosten das Investitionsbudget beschneiden. Höhere Preise für Energie sind für die NE-Metallindustrie ein Wettbewerbsnachteil, der Investitionen an andere Standorte lenkt und langfristig Arbeitsplätze gefährdet. Dauerhaft hohe Preisdifferenzen bringen deutsche Werke und Unternehmen in existenzielle Gefahr.

Deshalb wurde bei allen gesetzlichen Maßnahmen eine Entlastungsregel für die Grundstoffindustrie eingebaut. Es herrschte Konsens, die Lenkungswirkung zurückzustellen, sofern sie mit unerwünschten Effekten wie dem Verlust an Wettbewerbsfähigkeit verbunden war. Seit 1999 trat nach diesem Muster ein Strauß an verschiedenen Belastungen auf den Produktionsfaktor Energie in Kraft, denen jeweils eine Entlastungsregel gegenüber steht. Die Entlastungen kommen einem unterschiedlichen Kreis von Unternehmen zugute und führen nur im Falle von Umlagesystemen zu höheren Belastungen für andere Energieverbraucher.

Der Kreis der entlasteten Unternehmen wird in der Regel anhand zweier Kernfragen abgegrenzt: Wie hoch ist die Kostenbelastung, und können die Zusatzkosten an die Kunden weiter gegeben werden? Bei Unternehmen des produzierenden Gewerbes geht man grundsätzlich davon aus, dass sie durch Energiekostensteigerungen stark betroffen sind und ihre Produkte im internationalen Wettbewerb stehen. Höhere Energiekosten können höchstens in geringem Umfang durch höhere Preise verdient werden. Je nach gesetzlicher Regelung werden diese Fragen eng gefasst und durch Kriterien geschärft. Unter allen Umlagen

und Steuern besteht die schärfste Abgrenzung beim EEG. Für nur knapp zwei Prozent der Industrieunternehmen wird die Umlage begrenzt.

## TREFFSICHERE ENTLASTUNGEN

In der Öffentlichkeit werden die unterschiedlichen, historisch mit der Einführung der gesetzlichen Regelungen gewachsenen Entlastungsinstrumente als undurchsichtig und in der Tendenz als ungerecht wahrgenommen. Es fehlt ein Überblick, welche Begründung jeweils hinter den Entlastungen steht und wie die Hürden für eine Entlastung festgelegt wurden. Einheitliche Entlastungsregeln könnten Vertrauen schaffen. Allerdings scheint der Ruf nach einer Vereinheitlichung auch davon motiviert, über die Verteilung steigender Kosten der Energiewende und der Förderung erneuerbarer Energien zu diskutieren. Die Ursachen wären dadurch nicht gelöst.

## BELASTUNGSADDITION

Die Unternehmen der NE-Metallindustrie werden in eine energiepolitische Sackgasse gedrängt. Jede einzelne Entlastung gleicht internationale Wettbewerbsverzerrungen aus. Einzelne Entlastungen mögen für sich unbedeutend scheinen. Es kommt aber immer auf die Summe der vermiedenen Belastungen an. Investitionsentscheidungen in energieintensiven Unternehmen haben einen Planungshorizont von zehn und mehr Jahren und werden maßgeblich vom Preisverhältnis für Strom und Gas bestimmt. Entscheidend ist die Planungssicherheit. Als richtig anerkannte Entlastungen müssen Bestand haben und dürfen nicht in Frage gestellt werden. Allein die Diskussion über die Strompreissbremse sowie eröffnete und angekündigte beihilferechtliche Untersuchungen der Europäischen Union sind Investitionsbremsen.



# Gesellschaftliche Wahrnehmung und Leistung der Industrie driften auseinander.

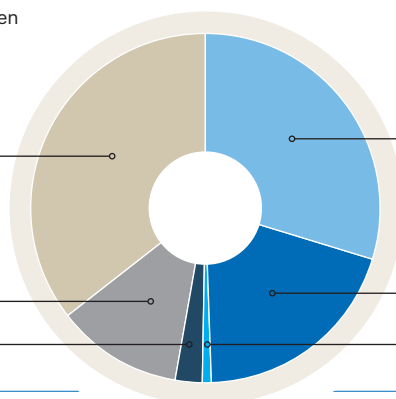
## WER TRÄGT DAS ERNEUERBARE-ENERGIEN-GESETZES (EEG)?

Von den Verbrauchern zu tragende Kosten  
für das EEG 2013: 20,4 Mrd. €

Private Haushalte: 7,2 Mrd. €

Öffentliche Einrichtungen: 2,4 Mrd. €

Landwirtschaft: 0,5 Mrd. €



Industrie: 6,1 Mrd. €

Gewerbe, Handel,  
Dienstleistungen: 4,0 Mrd. €

Verkehr: 0,2 Mrd. €

Quelle: BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V., Berlin

Investitionssicherheit muss für alle Glieder der Wertschöpfungskette gelten. Die Sicherheit des einen, darf nicht zur Unsicherheit für den anderen werden.

Angesichts der robusten Entwicklung wird die Belastbarkeit der Grundstoffindustrie überschätzt. Zuweilen werden die Entlastungsregeln sogar als wesentliche Preistreiber für andere Energiekunden dargestellt. Dies verzerrt die tatsächlichen Verhältnisse, zum Beispiel beim EEG, das die höchste Umverteilungswirkung hat. Das EEG ist mit über 20 Mrd. Euro Förder-summe die größte Subvention außerhalb des Bundeshaushalts. Etwa ein Viertel des Fördervolumens wird durch Ausnahmeregelungen für stromintensive Industrieunternehmen und die Eigenstromerzeugung auf andere Verbrauchergruppen einschließlich der Industrie gewälzt. Ohne Ausnahmeregelungen wäre die Umlage rein rechnerisch 1,5 ct/kWh geringer. Damit ließe sich noch nicht einmal der Anstieg des laufenden Jahres auffangen. Die Streichung aller Ausnahmen wäre ein einmaliger und teils auch fiktiver Effekt, weil ein wesentlicher Teil der Grundstoffindustrie unmittelbar die Produktion einstellen müsste.

### VERTRAUENSSCHUTZ FÜR DIE GRUNDSTOFFINDUSTRIE

Wer die Entlastungen undifferenziert an den Pranger stellt, macht die energieintensiven Industrien gezielt zum Sündenbock. Eine Verteilungsdebatte verdeckt die Systemfehler des EEG, das im Zentrum der Kostenentwicklung steht. Diese werden als wahre Kostentreiber des Strompreises verschwiegen. Überforderte Anlagen der erneuerbaren Energien dürfen Investitionsvorhaben der Grundstoffindustrie nicht vorgezogen werden. Der Vertrauensschutz muss in gleichem Umfang für Investitionen von Unternehmen in der besonderen Ausgleichsregelung gelten.

Die Kompetenzinitiative Energie des BDI hat eine nüchterne Analyse vorgelegt. Durch mutiges energiepolitisches Handeln kann die Energiewende den Stresstest bestehen und Marktchancen eröffnen. Weder ein Ausbaustopp für erneuerbare Energien noch sofortige Subventionen für den Bau und den Betrieb von Reservekraftwerken wäre eine vernünftige Lösung. Die notwendige Harmonisierung von Netzausbau und dem Ausbau erneuerbarer Energien folgt aus Rahmenbedingungen, die dem Investor Eigenverantwortung für eine bedarfsgerechte Produktion sowie für Vermarktung und Netzanschluss abverlangen.

### EEG-REFORM ANPACKEN

Im Interesse der Akzeptanz der gesamten Energiewende müssen die Systemfehler des EEG beseitigt werden. Notmaßnahmen zur Begrenzung der Systemkosten sollten noch vor der Bundestagswahl in Kraft gesetzt werden. Eine Umverteilung zulasten stromintensiver Unternehmen griffe zu kurz und wäre aus volkswirtschaftlicher Sicht ein Kostenbumerang. Die NE-Metallindustrie ist integraler Bestandteil des industriellen Erfolgs der Energiewende. Ohne die Grund- und Werkstoffe der energieintensiven Industrien wären Klimaschutz und Energieeffizienz nicht möglich.

### EMISSIONSHANDEL WIRTSCHAFTSPOLITISCH FLANKIEREN

Das EU-Parlament hat sich im Frühjahr 2013 gegen kurzfristige Eingriffe in den Handel mit CO<sub>2</sub>-Emissionszertifikaten ausgesprochen und damit

→

# 53%

des Energieverbrauchs im  
verarbeitenden Gewerbe schultern die  
energieintensiven Industrien.

# 83%

der Industrieunternehmen  
beziehen Produkte der energie-  
intensiven Industrien.

# 1,7%

der Industrieunternehmen  
erhalten eine Entlastung  
beim EEG.

Quelle: Energieintensive Industrien in Deutschland (EID)

wirtschaftspolitische Verantwortung bewiesen. Gleichwohl hält die Diskussion über das europäische Emissionshandelssystem an. Die EU-Kommission wünscht sich mehr Knappheit, um die Erlöse für die Mitgliedstaaten aus den Auktionen zu verbessern, die internationale Attraktivität dieses bisher weltweit einmaligen Klimaschutzinstruments zu stärken und mehr Investitionen in die CO<sub>2</sub>-Einsparung zu lenken. Auch national finden Verknappungsszenarien Befürworter. Das Umweltbundesamt möchte dauerhaft eine größere Anzahl von Zertifikaten aus dem Markt nehmen. Die ökonomischen Auswirkungen auf energieintensive Standorte und exportstarke Branchen werden zu wenig beachtet.

## INSTRUMENTENKASTEN VORGELEGT

Die EU-Kommission hat ihre für 2013 vorgesehene Bewertung des Handels mit Emissionszertifikaten vorgezogen und Ende 2012 einen Bericht zur Lage des CO<sub>2</sub>-Marktes in der EU (COM(2012)652 final) vorgelegt. Es bestehe akuter Bedarf, in das System einzugreifen, da durch die anhaltende ökonomische Krise in der EU ein Überschuss an Zertifikaten und internationalen Gutschriften angehäuft wird. Zwischen 2008 und 2011 erreichten die von den nationalen Emissionshandelsstellen geprüften Emissionen eine Gesamthöhe von 7.765 Millionen Tonnen (Mio. t) CO<sub>2</sub>-Äquivalenten. Dem standen zuteilungsfähige Zertifikate in einer Menge von 8.720 Mio. t gegenüber. Damit befanden sich Anfang 2012 etwa 955 Millionen nicht genutzte Zertifikate im Markt, was von der EU als wesentliche Ursache für den Preisverfall und als Risiko für weitere Effizienz- und CO<sub>2</sub>-Minderungsmaßnahmen eingestuft wurde. Die Kommission hat mehrere Möglichkeiten für Markteingriffe erarbeitet und diese zur Diskussion gestellt.

Der Überschuss an Zertifikaten könnte verringert werden, indem eine bestimmte Zahl von Zertifikaten endgültig stillgelegt wird. Die Umsetzung dieses Vorschlages greift tief in die vertraglich geregelte Umwelt- und Klimaschutzgesetzgebung

der Union ein. Das Emissionshandelssystem ist fest eingebunden in die Energie- und Klimastrategie der EU, die bezogen auf das Ausgangsjahr 1990 eine Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen um 20 Prozent bis 2020 vorsieht. Eine Stilllegung von Emissionszertifikaten würde, so auch die Einschätzung der Kommission, das Reduktionsziel für 2020 auf bis zu 27 Prozent anheben. Eine Verschärfung der europäischen Klimaschutzziele ist jedoch (noch) an den Abschluss eines internationalen Abkommens zum Klimawandel gebunden, das anderen Staaten vergleichbare Leistungen im Klimaschutz abverlangt. Ein solches Abkommen ist derzeit nicht in Sicht.

Dass die EU-Kommission eher eine Verschärfung des Reduktionsziels unter Umgehung des Primärrechts anstrebt, macht der zweite Vorschlag zur Beseitigung des Zertifikate-Überschusses deutlich: Um die europäischen CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2020 sicher um 20 Prozent zu reduzieren, wird die jährlich zu versteigernde Menge an Emissionszertifikaten um einen festen Prozentsatz vermindert. Der lineare Faktor könnte variiert werden und damit das Angebot an Zertifikaten zusätzlich verknappen. Dieser Ansatz zur Beseitigung von Überschüssen macht eine Änderung der europäischen Emissionshandels-Richtlinie erforderlich.

Ferner schlägt die Kommission eine Ausweitung des Emissionshandels auf Kraftstoff verbrauchende Bereiche vor, die Beschränkung des Zugangs zu internationalen Emissionsgutschriften, auf die etwa ein Viertel des gegenwärtigen Überschusses entfällt, sowie die Einführung „diskretionärer Preisregulierungsmechanismen“. Darunter fallen Mindest- und Höchstpreise für Zertifikate sowie eine zur Preis-

regulierung einsetzbare Reserve an Zertifikaten. Diese Maßnahmen gelten als besonders komplex und in ihren Auswirkungen und Zusammenwirken noch als ungeprüft.

## KURZFRISTMASSNAHMEN GESCHEITERT

Angesichts der erheblichen Rechtsprobleme bei der Umsetzung der Vorschläge hat die Kommission zunächst auf kurzfristig wirkende Maßnahmen wie die Veränderung des Versteigerungskalenders und ein verändertes Versteigerungsprofil gesetzt, ist damit aber an der wirtschaftspolitischen Vernunft des EU-Parlaments gescheitert. Dennoch wird aktuell in Brüssel ein erneuter Anlauf für einen Eingriff in das Emissionshandelssystem unternommen. Noch vor der Sommerpause sollen der Unterausschuss und das Plenum des EU-Parlaments über einen überarbeiteten Entwurf zur zeitweisen Zurückhaltung von Zertifikaten abstimmen.

Das Votum des EU-Parlaments setzt ein wichtiges Signal, nunmehr grundsätzlich über eine Reform des Emissionshandelssystems und die Wechselwirkung der Klimaschutzinstrumente zu diskutieren. Für die weitere Diskussion wäre es wichtig zu klären, welche Aufgaben der Emissionshandel künftig übernehmen soll: Soll der Handel die vereinbarten CO<sub>2</sub>-Ziele durch Kosteneffizienz erreichen oder darüber hinausgehen? Sollen höhere Erlöse für die Mitgliedstaaten erzielt werden, oder sollen De-Industrialisierung und De-Karbonisierung in der EU beschleunigt werden?

## DIE INDUSTRIEPOLITISCHE INITIATIVE

Das derzeitige Preistief auf dem CO<sub>2</sub>-Markt ist ein klares Indiz für die Effizienz des Handelssystems. Die infolge der europäischen Wirtschaftskrise gesunkene Nachfrage nach Emissionszertifikaten spiegelt sich in der Preisentwicklung. Bei anziehender Wirtschafts-

leistung werden infolge steigender Nachfrage auch die Preise für die Emissionszertifikate wieder anziehen. Zusätzliche Eingriffe in das Emissionshandelssystem würden Industrie und Stromerzeugung in der EU in ihrer Wettbewerbsfähigkeit schwer belasten.

Neben den wirtschafts- und konjunkturpolitischen Konsequenzen könnten administrative Eingriffe in das Emissionshandelssystem zu einer innergemeinschaftlichen Krise führen. Im April 2002 hatten die damals 15 EU-Mitgliedstaaten entschieden, dass sie ihre Verpflichtungen aus dem internationalen Kyoto Protokoll gemeinsam erfüllen. 2007 verabschiedete die inzwischen auf 25 Mitglieder angewachsene Union eine energie- und klimapolitische Strategie unter der Überschrift 20-20-20. Nach diesen Beschlüssen wurden die zuvor bestehenden Spielräume der Mitgliedstaaten deutlich eingeschränkt, über individuelle Modifikationen der Zuteilungsregeln ihre energie- und industriepolitischen Ziele umzusetzen.

Die aus dem Emissionshandel über die Stromerzeugungskosten auf die energieintensive Industrie weiter gewälzten Belastungen können durch die Mitgliedstaaten kompensiert werden. Der Ausgleich ist beihilferechtlich geprüft, aber im Durchschnitt erreicht das Kompensationsniveau nur eine Höhe von etwa 60 Prozent. Die Industrie wird die weitere Entwicklung deshalb nicht nur im Hinblick auf die handelspflichtigen Anlagen verfolgen, sondern auch hinsichtlich der indirekten Auswirkungen weiterer Markteingriffsplanungen.

→



### AUTOR

Dr. Michael Niese ist Referent für Energie- und Klimapolitik bei der Wirtschaftsvereinigung Metalle. Sie erreichen ihn unter [niese@wvmetalle.de](mailto:niese@wvmetalle.de)

EUROPAPOLITIK — ROLF KUBY

# Europäische Industriepolitik braucht einen präzisen ordnungspolitischen Kompass

Politik

*Europa muss mit einer neuen Industriepolitik, die kurzfristige Konjunkturentwicklung und längerfristige Wachstumspotenziale berücksichtigt, den richtigen Weg einschlagen.*

## 02.2

Die EU-Kommission verfolgt das Ziel, den Industrieanteil in der EU zu steigern.





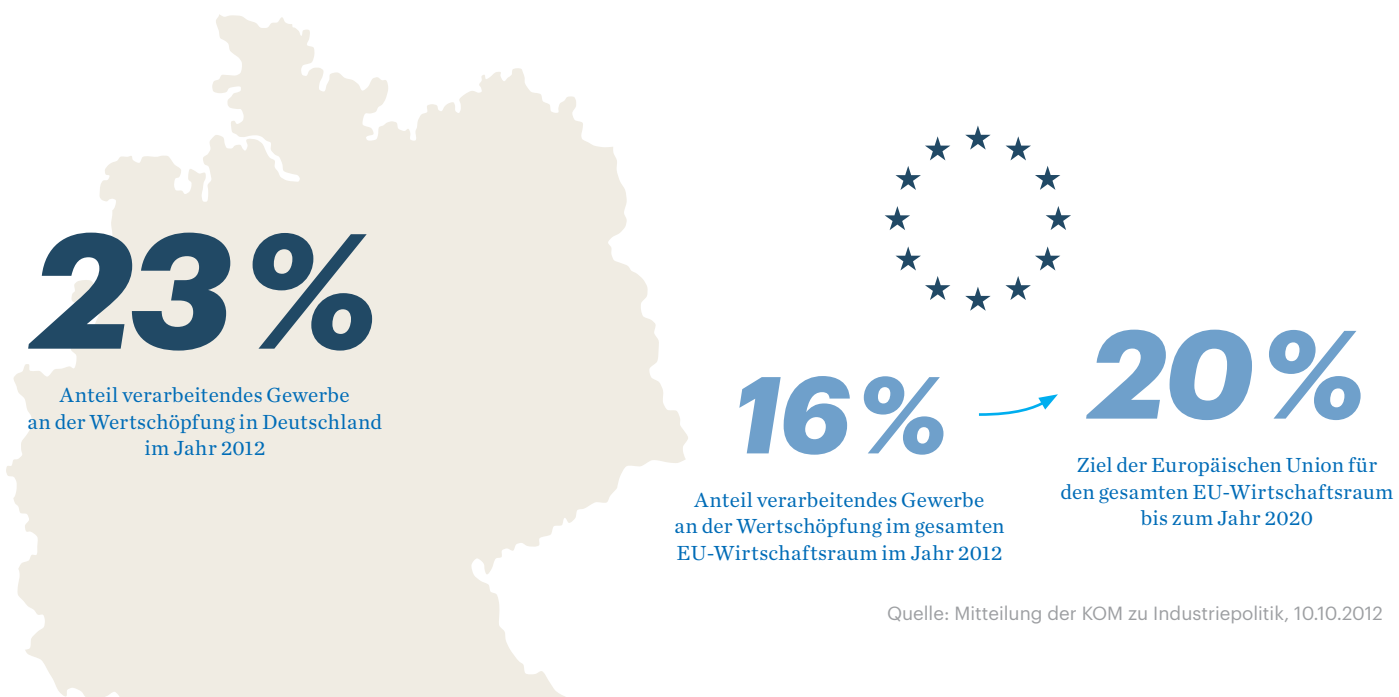
Die Europäische Kommission legt nicht nur eine Roadmap nach der anderen vor und treibt die Regulierung zahlreicher Wirtschaftsbereiche voran, sondern initiiert regelmäßig Strategien zur Industriepolitik für die EU und die Mitgliedstaaten. Die Kommission will eine Re-Industrialisierung Europas einleiten. Ob ihre industriepolitischen Maßnahmen hierzu die richtigen sind, erscheint fraglich. Europa muss die Prioritäten bei der Industriepolitik setzen und dazu den richtigen Weg einschlagen.

## RE-INDUSTRIALISIERUNG ALS ZIEL

Die EU-Kommission setzt sich immer wieder ambitionierte Ziele. Der Anteil industrieller Wertschöpfung am Bruttoinlandsprodukt (BIP) soll bis 2020 auf 20 Prozent und der Anteil der Bruttoanlageinvestitionen bis 2020 auf 23 Prozent des BIP steigen. Deutschland ist mit einem Anteil von 23 Prozent am Gesamt-BIP erneut Vorreiter und Vorbild für die gesamte EU.

Mit dieser 20-Prozent-Vorgabe gilt es, die Industrie in der ganzen EU zu stärken. In ihrer jüngsten Mitteilung hebt die Europäische Kommission die Bedeutung der Industrie hervor. Staaten mit einer starken industriellen Basis kommen besser durch die anhaltende Finanz- und Wirtschaftskrise, doch die Stärke der Industrie ist in Europa sehr unterschiedlich ausgeprägt. Die Kommission will Investitionen und Innovationen einerseits in sechs prioritären Bereichen fördern, andererseits mit horizontalen Maßnahmen die Bedingungen für die Industrie verbessern. Sie hat sich mit der Re-Industrialisierung Europas das richtige Ziel gesetzt, doch es ist fraglich, ob alle Akteure in den Generaldirektionen diese Vorgabe leben. Mit einem Ansporn für mehr Investitionen kann die Krise schneller überwunden werden, aber dafür müssen die richtigen Rahmenbedingungen für Industrie und Unternehmen geschaffen werden. Es geht um die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandortes Europa sowie um den Zusammenhalt der Union. Wohlstand, Arbeitsplätze – auch und gerade in der Industrie – und soziale Sicherung sind die Säulen der Stabilität für ein starkes Europa im globalen Wettbewerb. Die Kommission hat das Problem erkannt, nun muss sie es umsetzen.





23%

Anteil verarbeitendes Gewerbe  
an der Wertschöpfung in Deutschland  
im Jahr 2012

16%

Anteil verarbeitendes Gewerbe  
an der Wertschöpfung im gesamten  
EU-Wirtschaftsraum im Jahr 2012

20%

Ziel der Europäischen Union für  
den gesamten EU-Wirtschaftsraum  
bis zum Jahr 2020

Quelle: Mitteilung der KOM zu Industriepolitik, 10.10.2012

## KOMMISSIONSPLÄNE GREIFEN ZU KURZ

Die vorgeschlagenen Initiativen lassen kaum erkennen, welche Wege zu mehr Wachstum und Investitionen führen sollen. Einige Vorschläge, wie etwa die Förderung von Schlüsseltechnologien, sind nützlich, aber nichts wirklich Neues. Hingegen sind andere Maßnahmen eher belastend. Dazu gehört die Ausweitung der Öko-Design-Richtlinie. Die Ideen der Kommission greifen insgesamt zu kurz. Denn die gewollte Stärkung der Industrie wird in der Praxis durch Maßnahmen in anderen Politikfeldern konterkariert. Die Kommission beklagt höhere Energiepreise in Europa im Vergleich zu anderen Industrieländern, die die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft belasten. Sie zieht auch den richtigen Schluss, dass bei der Gestaltung künftiger energiepolitischer Maßnahmen die Auswirkungen auf den Energiepreis in Europa genau zu bedenken sind. Gleichzeitig setzt sie sich aber dafür ein, Emissionshandelszertifikate zurückzuhalten, um deren Preis – und damit die Strompreise – künstlich nach oben zu treiben. Diese Widersprüche in den Politiken gilt es aufzulösen. Eine für die Industrie wettbewerbsschädliche Maßnahme muss einen fairen Abwägungsprozess durchlaufen, um ein gesamtgesellschaftliches Ziel zu erreichen.

## WETTBEWERBSFÄHIGKEITS-CHECK FÜR EUROPAS FITNESS IM GLOBALEN WETTBEWERB

Die Re-Industrialisierung darf kein leeres Versprechen bleiben. Es muss die Möglichkeit bestehen, eine wettbewerbsschädliche Gesetzgebung auch wieder zurückziehen zu können. Dafür sollte die Kommission ihren Wettbewerbsfähigkeits-Check stärker in den Mittelpunkt ihrer Strategie rücken, um die drei Ziele Ressourcenschonung, Energieeffizienz und Klimaschutz kosteneffizient zu erreichen. Da der Großteil der entsprechenden Investitionen aus der Industrie kommt, braucht diese gute Standortbedingungen statt immer mehr Belastungen. Auch der von der Kommission vorgeschlagene „Fitness-Check“, eine Über-

prüfung des EU-Regelwerks und seiner Auswirkungen auf einzelne Industriesektoren, kann helfen. Die Aluminiumindustrie ist als einer der ersten Sektoren hieran beteiligt. Es ist zu hoffen, dass damit ein reales Bewusstsein für die Probleme der Industrie erkannt und diese angegangen werden. Wenn alle Akteure die Ursachen für Wettbewerbslücken verstehen, dann kann die Krise Europa voranbringen.

## BINNENMARKT IST SÄULE DER EU

Der Binnenmarkt ist die zentrale Säule und eine der größten Erfolgsgeschichten der EU, neben dem Frieden in Europa. Seit 1993 gibt es keine Schranken für Güter, Dienstleistung, Kapital und Personen mehr. Hierdurch wurden die Wachstumseffekte für Bürger und Wirtschaft optimiert. Für den Binnenmarkt gelten einheitliche Umwelt- und Wettbewerbsregeln. Dies ist der sinnvolle Ordnungsrahmen, um eine „saubere“ und „gerechte“ Entwicklung innerhalb des Binnenmarktes zu ermöglichen. Dieser Binnenmarkt hat seine Funktion erfüllt, aber führt heute mehr und mehr zu Schwierigkeiten für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der EU-Industrie.

Die Wechselwirkung zwischen ambitionierter Umwelt- und Klimapolitik und der Kostenexplosion bei Steuern und Abgaben für Energie haben zu einer grotesken Situation geführt: Energieintensive Unternehmen müssen von diesen Steuern und Abgaben teilweise freigestellt werden, um eine Bestandsgrundlage zu haben. Für die Allgemeinheit tragbare Kosten durch Abgaben und Steuern erfüllen einen lenkenden Effekt (Energieeinsparungen). Für energieintensive Unternehmen ist das durch die relative und absolute Höhe der Energiekosten gegeben. Hier sind Mehrbelastungen nicht mehr lenkend, sondern sie verhindern Investitionen. Die EU-Wettbewerbspolitik lässt

aber nur bedingt eine Freistellung von nationalen Steuern und Belastungen zu. Die Teilbefreiung von der EEG-Umlage und von Netzentgelten stehen daher auf dem Prüfstand in Brüssel. Wir erreichen sehr schnell die Grenzen des Machbaren, wenn in den Wettbewerbsregeln die Komponente der internationalen Wettbewerbsfähigkeit unberücksichtigt bleibt. Für den Binnenmarkt nach dem Wettbewerbsrecht verboten, aber unter Berücksichtigung der Wettbewerbsfähigkeit mit Drittländern zwingend notwendig, werden die Freistellungen dennoch untersagt. Diesen Widerspruch sollte der Wettbewerbs-Check offen legen und die Akteure in der EU auf diese Problematik aufmerksam machen.

### INDUSTRIEPOLITIK ALS HORIZONTALES INSTRUMENT ODER MITTEL ZUM UMBAU ZUR „GREEN ECONOMY“?

Weitere Sorge bereitet der wachsende Anspruch der Kommission, Forschung und Investitionen staatlich zu lenken, um den Umbau zu einer „green economy“ zu fördern. Insgesamt hinterlassen viele der von der Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen den Eindruck, die Kommission begreife Industriepolitik weniger als horizontales Instrument, um Wachstum und Industrie wirksam zu stärken, sondern mehr als Mittel, um einen selektiven Umbau hin zu einer „grünen Wirtschaft“ zu erreichen. Diese Trennung in grau und grün macht keinen Sinn. Es gibt nur eine Industrie, die einen verlässlichen Rahmen für Innovationen und Investitionen in Europa braucht. Für die Kommission stehen im Zentrum ein Umbau und eine Modernisierung der europäischen Volkswirtschaften mit dem Ziel, energiearm, carbonfrei und ressourcenschonend zu wirtschaften und uns damit langfristig von Brennstoffimporten unabhängig zu machen. Die europäischen Staaten haben sich bereits dazu verpflichtet. So will die EU bis 2020 die CO<sub>2</sub>-Emissionen um 20 Prozent senken und den Anteil erneuerbarer Energien an der Stromproduktion auf 20 Prozent steigern.

Es wird angestrebt, bis 2050 den CO<sub>2</sub>-Ausstoß sogar um 80 Prozent bis 95 Prozent unter den Stand von 1990 zu senken. Hierfür hat die Europäische Kommission einen „Energiefahrplan 2050“ vorgelegt und weitere Grünbücher mit Vorschlägen zu 2030-Zielen. Doch mit langfristigen Fahrplänen, die als „unantastbar“ gesetzt gelten, sind die Probleme der Krise Europas nicht zu lösen. Europa muss sich an der internationalen Wettbewerbsfähigkeit messen. Hier kann der Wettbewerbs-Check seinen Sinn und Zweck erfüllen.

Die Mitgliedstaaten haben im Europäischen Rat die Industriepolitik der Kommission positiv kommentiert, aber zudem eine Führungsrolle des Rates gefordert. Gerade auf nationaler Ebene müssen jetzt entscheidende Weichen zur Stärkung der Industrie gestellt werden. Dabei darf der Wettbewerb um die besten Standortbedingungen nicht ausgehebelt werden, er darf aber auch nicht in Subventionswettläufe münden. Die Angleichung der Mitgliedstaaten muss dazu führen, dass die schwächeren Industriestandorte aufholen, und nicht dazu, dass die stärkeren Ökonomien schwächer werden. Gefragt ist eine politische Strategie, die kurzfristige Konjunktorentwicklung und das längerfristige Wachstumspotenzial berücksichtigt. Nur wenn die Rahmenbedingungen stimmen, sind Wachstums- und Beschäftigungseffekte und eine sich selbsttragende höhere Wachstumsdynamik möglich. Europa muss mit einer neuen Industriepolitik den richtigen Weg einschlagen. Europa neu denken, heißt eben auch, Industriepolitik neu denken. Mehr Gemeinschaft, mit nationaler Stärke zu Innovationen und Wettbewerbsfähigkeit. Europa kann nur so wettbewerbsfähig sein, wie es seine Unternehmen sind.

→



#### AUTOR

Rolf Kuby leitet das Europabüro der Wirtschaftsvereinigung Metalle in Brüssel. Sie erreichen ihn unter [kuby@wvmetalle.de](mailto:kuby@wvmetalle.de)

ROHSTOFFE/AUSSENHANDEL — FRANZISKA ERDLE

# Die Welt wartet nicht auf Deutschland

Politik

*In Zeiten der Krise steigt die Tendenz zu Alleingängen und Abschottung – auch in Europa. Der Unternehmens- und Standortwettbewerb ist in vollem Gange. Der Zugang zu Rohstoffen ist entscheidend.*

# 02.3



Hamburger Hafen: Die Logistikbranche hat  
2011 in Deutschland 3,8 Mrd. Tonnen und damit  
223 Mrd. Euro Marktvolumen umgesetzt ...

## DIE KRISE ALS BESCHLEUNIGER DES PROTEKTIONISMUS

Für die exportorientierte deutsche Wirtschaft ist der freie Handel ein hohes und notwendiges Gut. Deutschland ist auf offene und effiziente Märkte angewiesen. Der Freihandel hat jedoch erheblich unter den Entwicklungen der letzten Jahre gelitten. Denn die Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich als Beschleuniger des Protektionismus erwiesen. In Zeiten der Krise steigt die Tendenz zu Alleingängen und Abschottung – auch in Europa. Die Staaten haben eine deutlich gestiegene Bereitschaft, unter dem Label der Konjunkturpolitik einseitige Bevorzugungen des eigenen Standorts durchzusetzen.

Nicht überraschend, aber dennoch alarmierend liest sich daher die jüngste Untersuchung der EU-Kommission über den Marktzugang in den 31 Haupthandelsländern der EU: Der Protektionismus hat weltweit massiv zugenommen. Das Einführungsstempo zusätzlicher Maßnahmen steigt, während sich die Rücknahmerate weiter verlangsamt. Im Untersuchungszeitraum der Studie wurden pro Monat mehr neue beschränkende Maßnahmen eingeführt, als über den gesamten Zeitraum von acht Monaten zurückgenommen wurden. Die Folge ist ein inflationärer Anstieg handelsbeschränkender Maßnahmen. Die EU-Kommission zählt heute insgesamt 534 protektionistische Maßnahmen. Dabei sind der Kreativität keine Grenzen gesetzt. Es wird nicht nur mit Zöllen und Exportquoten gearbeitet, sondern – wie im Fall von St. Petersburg – kurzerhand auch mal ein ganzer Hafen für Sekundärmetall-Verschiffungen geschlossen.

Der Welthandel wird durch den Protektionismus in eine Zwangsjacke gesteckt, die sich negativ auf Wachstum und Wettbewerb auswirkt. Ziel muss es also sein, Handelsbeschränkungen abzubauen und offene und faire Märkte zu erreichen. Mit großen Erwartungen in diese Richtung sind im Jahr 2001 die Verhandlungen der Doha-Runde gestartet. 158 der von der UN anerkan-

ten 193 Staaten sitzen mit am Verhandlungstisch. War es illusorisch zu glauben, dass man eine Einigung unter dieser Vielzahl von Akteuren und divergierenden Interessen erreichen könnte? Die Doha-Runde und mit ihr das System des Multilateralismus stecken heute jedenfalls fest.

## MULTILATERALER VS. BILATERALER FREIHANDEL?

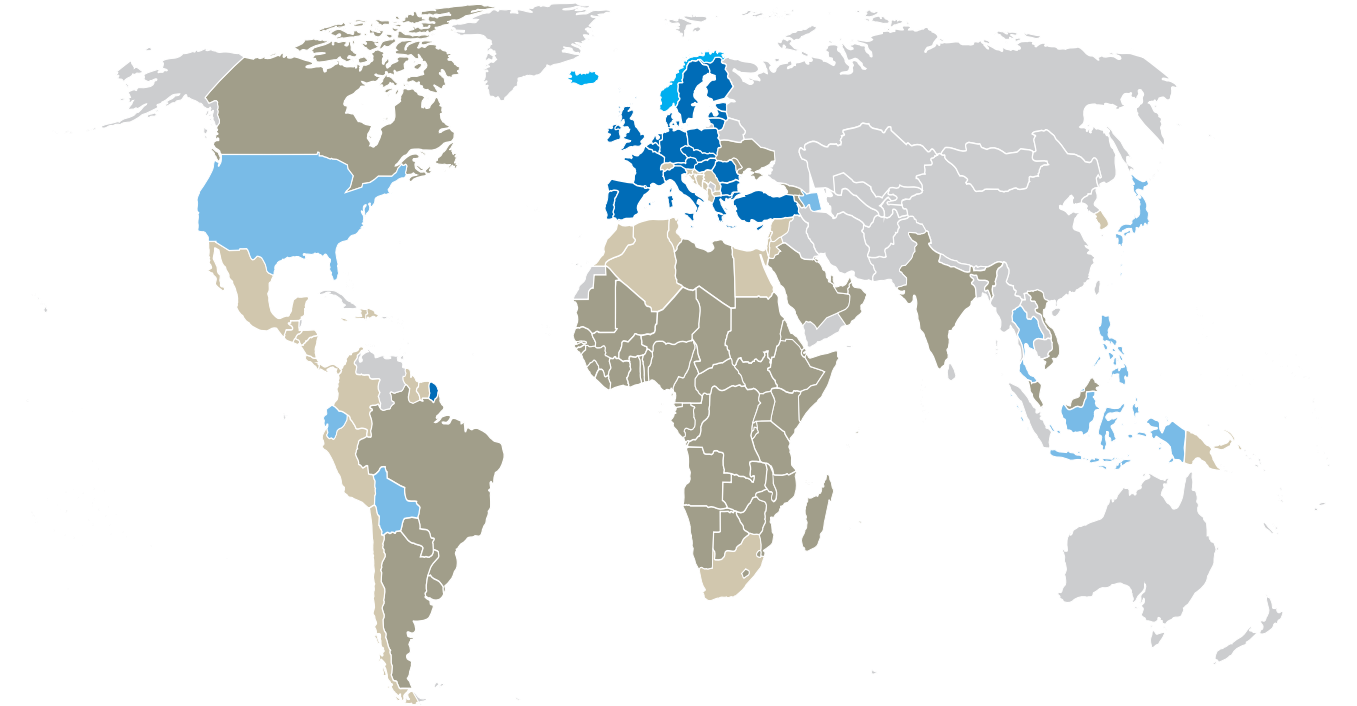
Auswege können bilaterale Freihandelsabkommen sein, die derzeit so mannigfach zwischen der EU und den Partnerstaaten verhandelt werden. Die Landkarte derjenigen Staaten, mit denen die EU Abkommen abgeschlossen hat, verhandelt oder anstrebt, ist beeindruckend. Jedoch birgt der Aufbau einer solchen zur WTO parallelen Systematik nicht unerhebliche Risiken. Allein die Anzahl der bilateralen Freihandelsabkommen mit ihren individuell ausgehandelten Regularien gleicht einem verworrenen Wollknäuel. Den roten Faden zu finden und zu verfolgen, ist zumindest eine Herausforderung, für kleine und mittelständische Unternehmen nahezu unmöglich. Hinzu kommt: Einigen sich große Wirtschaftsräume auf eine Freihandelszone, dann verringert dies zwangsläufig den Druck auf die Verhandlungen der Doha-Runde. So kann man die jüngste Ankündigung von den USA und der EU, ein transatlantisches Handels- und Investitionsabkommen anzustreben, als einen deutlichen Dämpfer für den multilateralen Freihandel werten.

Trotzdem und zu Recht werden die Bemühungen um ein transatlantisches Abkommen von allen Seiten begrüßt. Nicht von ungefähr, erhofft sich die EU doch einen deutlichen Wachstumsschub des BIP um einen halben Prozentpunkt pro Jahr und damit einen deutlichen Wohlstandsgewinn. Die Voraussetzungen für solch eine positive Entwicklung sind zweifelsfrei vorhanden. Zwar sind die tarifären Handelsbarrieren zwischen den USA und der EU gering (der gewichtete Durchschnittszollsatz lag 2007 bei 2,8 Prozent), erlangen durch das enorme Handelsvolumen aber erhebliches Gewicht: Die USA sind nach Frankreich der zweitwichtigste Exportmarkt Deutschlands. Gelobt wird auch die Ähnlichkeit beider Länder in ihrer grundsätzlichen Kosten- und Produktivitätsstruktur, was eine umfangreiche Handelsliberalisierung begünstigt.

→

## ABGESCHLOSSENE, LAUFENDE UND BEABSICHTIGTE HANDELSABKOMMEN DER EU

- EU and Customs union
- European Economic Area
- Countries with which the EU has concluded preferential trade agreements
- Countries with which the EU is currently negotiating preferential trade agreements
- Countries with which the EU is considering opening preferential negotiations



Quelle: DG Trade, Overview of FTA and other trade negotiations, 5. Februar 2013

### SCHIEFERGAS-BONANZA IN DEN USA

Für den Faktor der Energie- und Strompreise gilt diese Vergleichbarkeit der Standorte jedoch nicht. Die USA erleben derzeit ein Schiefergas-Bonanza. Die Gewinnung von unkonventionellem Erdgas durch Fracking ist in Amerika nicht nur gesellschaftsfähig geworden, sondern macht das Land schon heute unabhängig von Gasimporten. Die traditionellen Lieferanten aus dem Nahen Osten und aus Russland geraten dadurch unter Druck. Zum Vorteil Europas. Erste positive Preiseffekte beim Rohstoff Gas sind bereits spürbar.

Dies darf jedoch nicht über die massiven Kostensteigerungen hinwegtäuschen, die sich Deutschland unilateral durch die Herausforderungen der Energiewende aufgebürdet hat. Die Subventionierung erneuerbarer Energien und die Kosten für den Netzausbau kompensieren die positiven Preiseffekte des US-amerikanischen Gasbooms bei weitem.

Vielmehr werden wir aufgrund der unterschiedlichen Energiepreise einen erhöhten Wettbewerbsdruck in der Grundstoffindustrie, aber auch bei den Weiterverarbeitern in Deutschland erleben. Energieintensive Unternehmen, die am Standort Deutschland produzieren, sind durch die hohen

deutschen Industriestrompreise unmittelbar im internationalen Wettbewerb belastet.

Es gilt nun darauf zu achten, dass der energiepreisbedingte Industrialisierungsschub der USA nicht zulasten des deutschen Standortes geht. Schon heute finden die Neuinvestitionen der energieintensiven Industrie nicht mehr am Standort Deutschland statt. Das zeigen die Zahlen: im Schnitt der Jahre 2000 – 2010 deckten die Gesamtinvestitionen der energieintensiven Industrie nur 85 Prozent ihrer Abschreibungen. Bei anderen Industrien sind es immerhin 99 Prozent. Einen solchen Vertrauensentzug kann sich der Standort Deutschland nicht dauerhaft leisten.

### ZUKUNFTSTHEMA TRANSPARENZ

Die USA stehen im Standortwettbewerb gut da, obwohl sie ihren Unternehmen Regulierungen wie den Dodd-Frank-Act zumuten. Die Kosten dieses Gesetzes für die amerikanische Wirtschaft werden auf bis zu 9 Mrd. US-Dollar geschätzt, vor allem bedingt durch zusätzliche Bürokratie.

Ziel der namensgebenden Herren Dodd und Frank war es, die Finanzierungen von Rebellen Gruppen aus dem Bergbau im Kongo zu unterbinden. Das hört sich sehr speziell an, und das ist es derzeit auch noch, denn nur Gold, Tantal, Wolfram und Zinn sind betroffen.

Allerdings beobachten wir eine generelle Entwicklung zur Transparenz entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Diese wird nicht nur die Konfliktfinanzierung betreffen, sondern auch Anforderungen an Menschenrechte und den Naturschutz. In der Zivilgesellschaft wird bereits über weitere Rohstoffe wie Bauxit und Kupfer und über weitere Herkunftsregionen wie Südamerika oder Asien diskutiert. Am Ende dieser Entwicklung werden umfassende Transparenzanforderungen in der gesamten Lieferkette eines Produkts stehen, auf die sich alle Unternehmen der Nichteisen-Metallindustrie vorbereiten müssen.

Schon heute ist die deutsche Industrie mittelbar als Zulieferer von US-amerikanischen Unternehmen von den Regulierungen des Dodd-Frank-Act betroffen. Auch eine Übernahme in europäisches Recht und damit eine unmittelbare Anwendung auf deutsche Unternehmen sind bereits intensiv in der Diskussion. Dabei können sowohl an die Zielerreichung als auch an die Praktikabilität des Dodd-Frank-Act große Fragezeichen gemacht werden. Die Kleinbergbauern im Kongo erleben den Dodd-Frank-Act als de facto Embargo, welches ihnen ihre Einkommensgrundlage entzieht. Zusätzlich ist die Rechtsgültigkeit der Regulierung vor dem U.S. Court of Appeals in Zweifel gezogen worden. Unser Appell an die Europäische Kommission lautet in diesem Zusammenhang, sich die USA nicht zum Vorbild zu nehmen, sondern einen praktikablen Ansatz zu wählen, der vor Ort im Kongo positiv wirkt.

Der gesellschaftliche Wunsch nach Transparenz und dessen politische Um- und Durchsetzung sind auch Treiber im Bereich

der Finanzmarktregulierung. Eine größere Transparenz im Handel mit Finanzinstrumenten soll die Märkte in Financial Instruments Directive (MiFID) nach Auffassung der EU-Kommission sicherstellen. Damit soll eine weitere Finanzkrise verhindert werden.

Mit in den Fokus geraten sind der Rohstoffhandel und damit die Sicherungsgeschäfte der Unternehmen der NE-Metallindustrie. Übermäßige Spekulationen an den Rohstoffmärkten sollen verhindert werden, das ist das Ziel. Dabei wurde jedoch übersehen, dass die Sicherungsgeschäfte für die Unternehmen der NE-Metallindustrie Antispekulationsinstrumente sind, mit denen sie die Risiken aus schwankenden Rohstoffpreisen auffangen. Das Europäische Parlament hat diesen Widerspruch im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens erkannt und vorgeschlagen, dass physisch erfüllte Kontrakte nicht als Finanzinstrumente gelten sollen. Im Trilog zwischen Kommission, Parlament und Rat ist diese Regelung nun unbedingt beizubehalten.

## RISIKOABSCHÄTZUNG BEI DER ROHSTOFFVERSORGUNG HAT SICH WEITER VERBESSERT

Deutsche Unternehmen importieren technologie- und innovationsgetrieben eine Vielzahl an kritischen Rohstoffen. Die EU klassifiziert solche Rohstoffe als kritisch, bei denen das Risiko eines Versorgungsengpasses besonders groß ist. Viele Rohstoffbezüge konzentrieren sich auf wenige Länder oder auf solche mit potenziellen oder konkreten politischen Risiken. Zunehmend verengt sich zudem die Zahl der in der Primärgewinnung tätigen Unternehmen. Dies gilt



---

**Die Unternehmen der NE-Metallindustrie bauen auf den Zukunftsstandort Deutschland und stehen bereit, ihren Beitrag zu leisten.**



... davon entfallen 13,9 Mrd. Euro auf den  
Bereich Seefracht und 23,6 Mrd. Euro auf den  
Bereich Terminaldienste.

insbesondere für Seltene Erden, Wolfram, Antimon, Niob und Metalle der Platingruppe. Die Konzentration der Rohstoffproduktion auf wenige Länder oder Firmen kann zu erhöhten Lieferrisiken oder zu einer Verschiebung in der Preisgestaltung führen, warnt die Deutsche Rohstoffagentur. Mögliche Konsequenzen für deutsche Unternehmen könnten Lieferausfälle oder -verzögerungen sowie unerwartete Preiserhöhungen sein. Ein optimales Risikomanagement trägt dazu bei, Versorgungs- und Preisentwicklungen frühzeitig zu erkennen und einzuschätzen. Die Aktivitäten von Politik und Wirtschaft haben die Qualität der Risikoerkennung in den zurückliegenden Jahren deutlich verbessert.

Eine Reaktion auf die gestiegene Rohstoffsensibilität sind die stärkere Nutzung heimischer Rohstoffe und des Recyclings. Deutschland verfügt durchaus über ein nennenswertes primäres Rohstoffpotenzial. Die inländische Rohstoffproduktion erreichte 2011 einen Wert von 20,8 Milliarden Euro, knapp 18 Prozent mehr als 2010. Die heimischen Rohstoffe decken einen großen Teil des Bedarfs im Bereich des Bau- und Infrastruktur- und des Energiesektors – bei Braunkohle kann Deutschland den Eigenbedarf vollständig decken. Bei wichtigen Industrierohstoffen ist Deutschland jedoch auf lange Sicht nahezu ausschließlich auf Importe und die Nutzung von Recycling angewiesen. Bei Metallerzen ist Deutschland zu 100 Prozent Nettoimporteur. Während die Importmengen nahezu gleich bleiben, haben sich die Kosten allein 2011 um rund ein Viertel erhöht. Deutschland importierte 2011 Energierohstoffe im Wert von rund 89 Milliarden Euro sowie mineralische Rohstoffe (Erze, Konzentrate, Metalle, Nichtmetalle) im Wert von 48,5 Milliarden Euro. 2012 gerieten die Rohstoffpreise unter Druck, der sich 2013 tendenziell fortsetzte. Dennoch bleibt die Rohstoffimportrechnung ein Risikofaktor für die Volkswirtschaft.

## CHINA ERREICHT ZENIT BEI DER ROHSTOFFINTENSITÄT

Die BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien und China) zählen seit rund zehn Jahren zu den Shooting Stars der Weltwirtschaft. Ihr Anteil an der globalen

Wirtschaftsleistung hat sich seit 2000 auf über 32 Prozent erhöht und damit nahezu verdoppelt. Gleichzeitig haben diese Länder durch ihren steigenden Ressourcenbedarf maßgeblichen Einfluss auf die internationalen Rohstoffmärkte. Die Entwicklung der BRIC-Staaten hat positive Wirkungen auf den deutschen Handel und Export. Die dynamische Entwicklung der Länder löst aber auch rohstoffpolitische Besorgnisse aus. Ein besseres Verständnis der Märkte ist wichtig, um sich im Wettbewerb um Rohstoffe und Ressourcen für die richtigen Strategien zu entscheiden.

Seit Beginn des neuen Jahrtausends ist China zum Land mit dem größten Einfluss auf die Rohstoffmärkte aufgestiegen, während Nordamerika deutlich an Einfluss verloren hat. Der Einfluss Chinas auf die Rohstoffmärkte wird laut der deutschen Rohstoffagentur zumindest auf der Nachfrageseite nicht wesentlich stärker ansteigen, sondern sich eher auf dem heutigen hohen Niveau stabilisieren. Die Materialintensität wird nach Einschätzung der Rohstoffexperten – mit Ausnahme von Aluminium – wieder abnehmen und der absolute Gebrauch deutlich schwächere Zuwächse erleben. Da der „Überraschungseffekt“ durch Chinas schnelle Industrialisierung sich nicht wiederholen wird und sich das Rohstoffangebot durch neue Bergwerke ausgeweitet hat, wird das zukünftige Wachstum in China deutlich weniger Einfluss auf die Rohstoffpreise haben als in den zurückliegenden Jahren, lautet die Prognose. Dennoch bleibt China der bestimmende Faktor in der globalen Rohstoffwelt.

Die Experten der deutschen Rohstoffagentur vermuten zudem, dass Brasilien, Indien und Russland weit davon entfernt sind, einen ähnlich starken Einfluss wie China auf die Nachfrageseite zu gewinnen. Ein wichtiger Indikator für die Rohstoffintensität eines Landes ist das Pro-Kopf-Einkommen. Während Indien nur geringe Zuwächse, Russland sogar fallende Einkommen verzeichnet, bleibt Brasilien als Land mit wachsendem Einfluss auf die Rohstoffnachfrage. Nach Ansicht der deutschen Rohstoffagentur wäre es sinnvoll, die Rohstoffpartnerschaften mit den BRIC-Staaten strategisch auszubauen.

## INTELLIGENTE STANDORTPOLITIK

Deutsche Unternehmen müssen sich international mit ihren Wettbewerbern messen. Nationale oder europäische Regulierungen geben diesem freien Wettbewerb schon heute eine Schlagseite zulasten der hier ansässigen Unternehmen, Beispiel Energiewende und steigende Industriestrompreise. Die aktuelle Entwicklung bei der zitierten MiFID Richtlinie zeigt, dass es auch anders geht, und sollte beispielgebend sein.

Die Welt wartet nicht auf Deutschland. Nicht nur bei den Unternehmen, sondern auch auf Ebene des Standortes ist der Wettbewerb in vollem Gange. Notwendig ist eine intelligente Standortpolitik, die nicht nur die Entwicklungen der aufstrebenden BRIC-Staaten, sondern auch die geänderten Rahmenbedingungen in den USA im Blick hat. Die Unternehmen der NE-Metallindustrie bauen auf den Zukunftsstandort Deutschland und stehen bereit, ihren Beitrag zu leisten. Mit Rahmenbedingungen, die diese Zukunftsinvestitionen in der gebotenen unternehmerischen Freiheit zulassen, können wir die Erfolgsgeschichte Deutschlands weiterschreiben.

→|



### AUTORIN

Franziska Erdle ist Geschäftsführerin und Außenwirtschaftsexpertin der Wirtschaftsvereinigung Metalle. Sie erreichen sie unter [erdle@wvmetalle.de](mailto:erdle@wvmetalle.de)

# Europäische Produktpolitik – ein Irrweg?

Politik

*Produktpolitik muss marktgesteuert bleiben und darf kein umfassend reguliertes Handlungsfeld des Staates sein. Die NE-Metallindustrie entwickelt Werkstoffe für innovative Produkte des modernen Lebens.*

# 02.4



**V**erfechter der Ökologischen Produktpolitik vertreten die These, dass Produktinnovationen nicht dem Markt überlassen bleiben können, sondern maßgebend vom Staat und seinen Akteuren vorangetrieben und gesteuert werden müssen. Oft wird dabei vergessen, dass Innovationen nicht auf Knopfdruck oder als Ergebnis politischen Willens generiert werden können, sondern Ergebnis eines dezentralen Findungsprozesses zahlloser Marktakteure sind, die miteinander im Wettbewerb stehen, bei dem politische Vorgaben aber durchaus eine innovationslenkende Rolle spielen können. Ein besonders eindruckliches Beispiel für erfolgreichen Innovationswettbewerb ist z.B. die ständige Reduzierung des Gewichts von Aluminiumgetränkedosen auf jetzt unter 10 g.

## OHNE NE-METALLE KEINE PRODUKTINNOVATIONEN

Die Herstellung von Werkstoffen für funktionale und innovative Produkte ist letztlich das Ziel jeder industriellen Produktion. Die führende Position Deutschlands im globalen Wettbewerb steht und fällt mit der Fähigkeit der deutschen Industrie, sich immer wieder neu zu erfinden, neue Produkte herzustellen und weiterzuentwickeln, die die sich ständig wandelnden gesellschaftlichen Bedürfnisse befriedigen.

Metalle spielen in Produkten für den Endkonsumenten, aber auch in B2B-Produkten seit jeher eine unverzichtbare Rolle. Es sind vor allem ihre spezifischen Eigenschaften, wie Strom und Wärme weitestgehend verlustfrei zu leiten, ihre Leichtigkeit, Strom zu speichern oder auch immer wieder andere Werkstoffeigenschaften durch Kombinationen einzelner Metalle in Metalllegierungen zu ermöglichen. Steigende Anforderungen an Produkte sind ohne Metalle nicht lösbar.

---

Die Energieeffizienz der meisten Elektrogeräte basiert unter anderem auf der Verarbeitung von Nichteisen-Metallen. Die wertvollen Metalle sind in vielen Fällen die eigentlichen Treiber des Produktrecyclings.

Nicht nur die Anforderungen an Produkte durch den gesellschaftlichen Wandel steigen. Auch die regulatorischen Anforderungen durch den Gesetzgeber nehmen ständig zu. Über technische, funktionale und Sicherheitsaspekte hinaus sind dies unter dem Begriff „Greening the Markets“ vor allem neue Anforderungen an „grüne“ Produkte und „grüne“ Märkte. Stichworte sind Ökodesign, Ökolabel, Grüne Beschaffung, CO<sub>2</sub>- oder Wasser-Footprints, Ökobilanzen, ressourceneffiziente Produkte usw. sind die entsprechenden Stichworte.

## REGULIERUNG NIMMT ZU

Zum „Greening the Market“ verfügt die EU über eine ganze Batterie an Instrumenten bzw. entwickelt diese weiter oder schafft sie neu. Hierzu gehört zum einen das Ökolabel für die aus Sicht der EU „grünsten“ 10 Prozent der Produkte einer bestimmten Produktgruppe. Als (noch) freiwillige Instrumente entwickelt die EU Methoden zur Messung des Footprints von Produkten (Product Environmental Footprint, PEF) und ganzer Unternehmensstandorte (Organisation Environmental Footprint, OEF).

Das Schlüsselinstrument der EU für die Optimierung von Endkonsumentenprodukten ist und bleibt aber die EU-Ökodesignrichtlinie. Der Geltungsbereich dieser Richtlinie umfasste bisher nur stromverbrauchende Geräte und wurde auf sogenannte energieverbrauchsrelevante Produkte erweitert. Damit rücken nicht nur Kühlschränke, sondern auch nur mittelbar Energieverbrauchende Produkte, wie Duschköpfe, Fensterrahmen oder Wasserhähne, in den Fokus des Regulierers. Die Richtlinie legt Mindestanforderungen für Produkte fest, d.h. die Richtlinie determiniert faktisch den Marktzugang. Ineffiziente Produkte, welche die Minimalanforderungen nicht erfüllen, dürfen gar nicht mehr auf den Markt kommen. Die Richtlinie verpflichtet die Hersteller, von der EU erarbeitete Vorgaben an die Produktgestaltung, die verwendeten Werkstoffe, die Nutzung und an das Recycling einzuhalten. Positiv ist dabei lediglich die realistische Entscheidung, dass die geplante Erweiterung der Richtlinie auf ausnahmslos alle Produkte aus Kapazitätsgründen vorerst nicht weiterverfolgt wird.

## PRODUKTPOLITIK MUSS MARKT- GESTEUERT BLEIBEN

Produktpolitik darf kein umfassend reguliertes Handlungsfeld des Staates sein, sondern muss marktgesteuert bleiben. Eine staatliche Angebots- oder Bedarfslenkung bis hin zu Produktverboten wird in der Konsequenz nie widerspruchsfrei sein können, wie das Beispiel des Glühbirnenverbots deutlich macht. Nur Unternehmen können

→



die vielfältigen Aspekte integrieren, kosteneffizient arbeiten und gleichzeitig die Bedürfnisse der Verbraucher beachten. Außerdem kann nur der in die richtige Richtung lenken, der die richtigen Lenkungsinstrumente hat. Für eine korrekte Betrachtung von Metallen in Produkten müssen für Metalle angepasste Bewertungsinstrumente geschaffen werden. Dazu gehören als besonders wichtige Stellschrauben vor allem Bilanzierungen „von der Wiege bis zur Bahre“ sowie die Betrachtung des Recyclings am Ende der Nutzungszeit von Produkten statt verbindlich vorgeschriebener Mindestrecyclatanteile („Recycelt Content“).

## PRODUKTION UND RECYCLING VON NE-METALLEN IN DEUTSCHLAND

Die Produktion, die Verarbeitung, die Nutzung in Produkten und das Recycling von NE-Metallen bilden eine nahezu lückenlose Wertschöpfungskette für Rohstoffe ab. Die Unternehmen der deutschen NE-Metallindustrie erfüllen diese Funktion nicht als isolierte Inseln im Industriepark Deutschland, sondern sind eng mit diesem vernetzt. Sie versorgen den technologiebasierten Standort nicht mit gesichtslosen Rohstoffen, sondern mit auf konkrete Abnehmerwünsche angepassten strategisch wichtigen Schlüsselwerkstoffen in einzigartig hoher Qualität. Mit metallischen Rohstoffen werden aber nicht nur Produkte erzeugt, sondern auch Werte, Wohlstand und gesellschaftliche sowie soziale Qualität geschaffen. Einer Industriepolitik, die auf dem rohstoffpolitischen Auge blind ist, fehlt damit ein essenziell wichtiges Standbein.

## IMPORT PRIMÄRER ROHSTOFFE NÖTIG

Angesichts zunehmend geschlossener Kreisläufe ist der Einsatz von NE-Metallen in Produkten wie der Gebäudeinfrastruktur, dem Verkehr oder auch der Elektro- oder Elektrotechnik keine

Ressourcenvernichtung, sondern eine werterhaltende Investition in kommende Generationen, denn Metalle lassen sich ohne Qualitätsminderung sehr leicht im Kreislauf führen. Deutschland verfügt seit Jahren über das modernste und leistungsfähigste Recyclingsystem mit enormer Vorbildfunktion auf der ganzen Welt. Mehr als 50 Prozent der heutigen Produktion wird hierzulande bereits aus sekundären Rohstoffen gespeist. Trotz aller Erfolge bei der Kreislaufschließung und dem Recycling machen aber in Deutschland wachsende Märkte auch in Zukunft den Zufluss von primären Rohstoffen nötig. Denn meist lange Nutzungs- und Bindungsdauern vor allem in der Infrastruktur und wachsende Märkte verhindern, dass die zur Deckung des Bedarfes notwendigen Mengen an Recyclingmaterial wieder schnell genug zurückfließen. Daher ist Deutschland neben dem ungehinderten Import und der maximalen Ausschöpfung aller verfügbaren Sekundärrohstoffquellen auch weiterhin auf Importe primärer Rohstoffe angewiesen.

## NE-METALLE TREIBEN RECYCLING

Auch für die Zukunft bleibt das Recycling aber unbestritten ein unverzichtbarer Beitrag zur Erhöhung der Effizienz beim Umgang mit metallischen Ressourcen. Metallrecycling spart Rohstoffe, Energie und Deponieraum. Trotz aller Bestrebungen zur Minimierung und zum Down-Sizing von Produkten: Die Verwendung von ausreichenden Mengen an Metallen macht in vielen Fällen das Recycling von immer kleineren und komplexeren Produkten erst möglich. Wertvolle NE-Metalle sind die eigentlichen Treiber für das Produktrecycling.



## ZUNEHMENDE REGULIERUNGSDICHTE

Die dominantesten Impulse für neue Umweltschutzvorschriften kommen seit Jahren aus der EU. Mehr als 80 Prozent der die deutsche Industrie betreffenden Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften haben ihren Ursprung in den Köpfen und auf den Schreibtischen der Generaldirektion Umwelt der EU-Kommission in Brüssel. Dies umfasst nicht nur den klassischen medienorientierten Umweltschutz (Wasser/Boden/Luft/Abfallpolitik), der ständig weiterentwickelt und ausdifferenziert wird, sondern auch den Bereich der Stoff- und Klimapolitik und das Feld der Ressourcen- und Energieeffizienz. Die Regulierungsdichte nimmt ständig zu. Ein Ende ist nicht abzusehen. Neue Regelungen für den Rohstoffbereich zeichnen sich – ausgelöst von den USA – bereits heute konkret am Horizont ab. Damit ist der komplette Lebenszyklus von Metallen durchreguliert.

Insbesondere Deutschland verfügt als „Vorreiter“ über ein besonders dichtes Netz an umwelt-, gesundheits- und arbeitsschutzrechtlichen Regelungen. Umso dringender ist es, Transparenz und

Kohärenz im immer dichten und unübersichtlicheren Geflecht der Umweltregelungen zu schaffen. Negative Einflüsse auf die Wettbewerbsfähigkeit durch nationale Sonderlasten sind nicht von der Hand zu weisen, trotz Hinweisen aus der Politik, dass es doch eigentlich die Regulierung und nicht der Unternehmer sei, welche die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft steigert. Doch je mehr Transparenz durch die Vielzahl gesetzlicher Regulierungen verloren geht, desto unverzichtbarer ist eine widerspruchsfreie Umwelt-, Arbeitsschutz, Energie- und Rohstoffpolitik, um unnötige Reibungsverluste und Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden.

## WETTBEWERBSFÄHIGKEIT SICHERN

Damit Deutschland diese Spitzenstellung beibehalten und ausbauen kann, sind neben der Schaffung von Wertschätzung und Akzeptanz für industrielle Tätigkeiten wichtige Weichenstellungen auch in der Umweltpolitik vorzunehmen. Ein geeigneter Anknüpfungspunkt könnte hierfür das 7. Umweltrahmenprogramm der Europäischen Union sein. Hier müssen zentrale Forderungen der Metallindustrie, wie 1:1 Umsetzung internationaler Vorgaben, risikobasierter Ansatz, verbindlich durchzuführende Folgenabschätzungen, weltweit harmonisierte Umweltstandards, konsequenter Vollzug des Umweltrechts in allen Mitgliedstaaten und kohärente Gesetzgebung als wesentliche Voraussetzungen für faire Wettbewerbsbedingungen verankert werden. Sofern sowohl der europäische als auch der deutsche Gesetzgeber diese Leitplanken einhalten, wäre dies ein wichtiger Beitrag zu Erhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Denn diese Wettbewerbsfähigkeit ist die wichtigste Voraussetzung dafür, dass deutsche Unternehmen auch in Zukunft ihre Vorbildfunktion erfüllen können.

→



### AUTOR

Rainer Buchholz ist Referent für Produktpolitik der Wirtschaftsvereinigung Metalle. Sie erreichen ihn unter [buchholz@wvmetalle.de](mailto:buchholz@wvmetalle.de)

# Luftreinhaltung ist ein Erfolg der Industrie

Politik

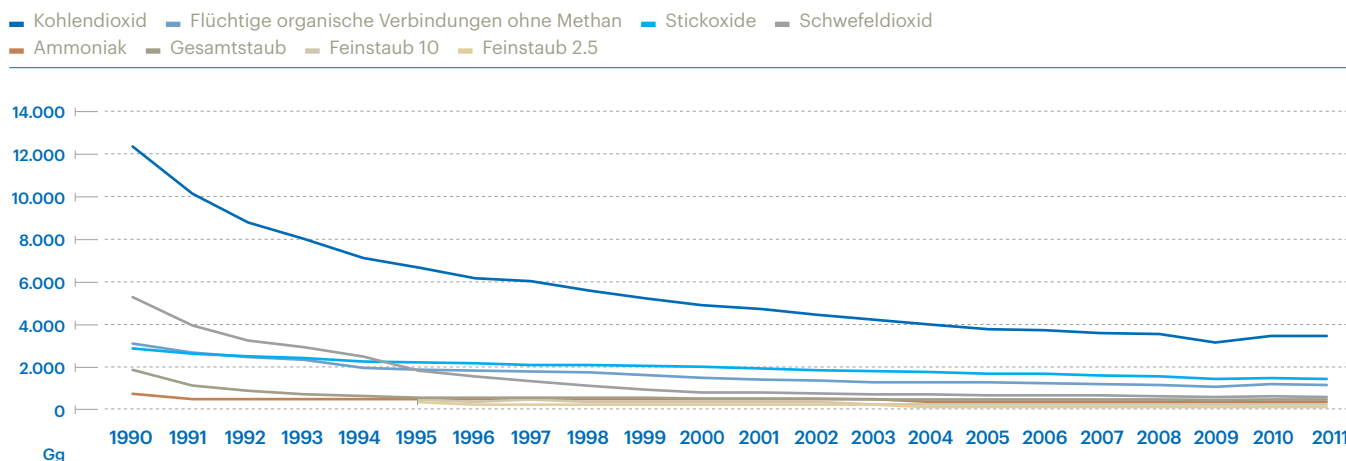
*Industrieunternehmen reduzieren maßgeblich energie- und industriebedingte Emissionen. Die rechtlichen Vorgaben zur Luftreinhaltung und das Umweltrecht insgesamt bleiben komplex.*

## 02.5

Unternehmen betreiben hohen Aufwand zur Bestimmung und Messung von Emissionen.



## EMISSIONSVERLÄUFE SEITE 1990 – KLASSISCHE LUFTSCHADSTOFFE



Die Europäische Kommission hat das Jahr 2013 als „Jahr der Luft“ ausgerufen. Im Rahmen einer mehrmonatigen öffentlichen Konsultation konnten EU-Bürger eigene Vorschläge zur Verbesserung der Luftqualität äußern. Von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht haben auch zahlreiche Nichtregierungsorganisationen, die ähnlich wie die EU-Kommission die Luftqualität am Maßstab der Years of Lost Life (YOLL) messen. Der von der europäischen Umweltagentur seit längerem benutzte Risiko-Index berechnet die statistisch möglichen Auswirkungen von Luftverschmutzungen auf die menschliche Lebenserwartung innerhalb der EU oder in bestimmten Räumen.

Anders als in der Wissenschaft bisher üblich, werden nunmehr die statistischen Risiken zu konkreten Todesfällen hochgerechnet und einzelnen Emissionsquellen zugeordnet. Dieser neue politische Ansatz ermöglicht die direkte Einflussnahme auf Planung und Genehmigung von neuen Anlagen, aber auch auf bestehende und genehmigte Anlagen. Deutlich erkennbar ist die Konzentration der Diskussion auf Emissionsquellen, die fossile Energien einsetzen. Die Luftreinhaltepolitik wird damit zum Instrument der Energiepolitik.

Die Europäische Kommission will mit dem Regionalbüro für Europa der Weltgesundheitsorganisation (WHO) enger zusammenarbeiten und die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse zu den Gesundheitsfolgen der wichtigsten Luftschadstoffe wie Feinstaub, bodennahes Ozon und Stickstoffdioxid überprüfen.

### INDUSTRIE SETZT LUFTREINHALTUNG UM

Luftreinhaltepolitik hat im Industrieland Deutschland eine lange Tradition. Auch in der EU ist die Reinhaltung der Luft seit den 1970er Jahren Thema und Handlungsfeld. Die energie- und industriebedingten Emissionen an Staub, Schwefeldioxid, Stickoxiden sowie an Metallen und organischen Verbindungen wurden maßgeblich reduziert. So sank der industriebedingte Ausstoß an Schwefeldioxid in Deutschland zwischen 1990 und 2010 um 50 Prozent. Bei Feinstaub bis zu einer Größe von 10 Mikrometer lag die Emissionsminderung der Industrie im selben Zeitraum bei rund 43 Prozent und bei Feinstaub mit einer Größe von bis zu 2,5 Mikrometern sogar bei rund 52 Prozent. Aktivitäten zur Luftreinhaltung konzentrieren sich deshalb derzeit vor allem auf den Verkehr und die Verbesserung der Immissionssituation in den verkehrsreichen urbanen Zonen.

### AKTUELLE AKTIVITÄTEN DER EU

Eine der wesentlichen Maßnahmen der Europäischen Kommission ist die Überarbeitung der Richtlinie über Luftqualität und saubere Luft für Europa. Zusätzlich dazu werden in diesem Jahr die so genannte NEC-

→

## 10 INTERESSANTE FAKTEN ZUR LUFT

---

### 1: 2,5

2,5 µm ist die maximale Größe von lungengängigen Feinstaubpartikeln.

### 2: 21

Die Atemluft enthält 21 Volumenprozent Sauerstoff.

### 3: 33

33 BVT-Merkblätter Bester Verfügbaren Techniken stehen für die aus Umweltsicht bedeutendsten Industriebranchen zur Verfügung.

### 4: 643

An 643 Messstationen wird derzeit in Deutschland täglich die Luftqualität gemessen.

### 5: 85,6

Um 85,6 Prozent sind die Gesamtstaubemissionen in Deutschland seit 1990 gesunken.

### 6: 70

Ca. 70 Prozent des gesamten chinesischen Energieverbrauchs wurden 2009 durch die Verfeuerung von Kohle gedeckt.

### 7: 1.376

Der dritte Entwurf der Nichteisenmetall-BREF umfasst 1.376 Seiten.

### 8: 1649

1649 erfand Otto von Guericke die Luftpumpe.

### 9: 9.188

9.188 Industrieanlagen sind derzeit nach der IVU-RL in Deutschland genehmigt.

### 10: 4.000.000

Pro Jahr atmet ein erwachsener Mensch durchschnittlich ca. 4.000.000 Liter Luft.

---

Quelle: Umweltbundesamt

Richtlinie und auch die Umweltverträglichkeitsprüfungsrichtlinie (UVP-Richtlinie) neu gefasst. Die NEC-Richtlinie (National Emission Ceilings) legt nationale Emissionshöchstmengen für die Luftschadstoffe Schwefeldioxid, Stickstoffoxide, Ammoniak und flüchtige organische Verbindungen fest. Neben neuen nationalen Emissionsobergrenzen für die bisher geregelten Stoffe wird die Neufassung auch für Feinstaub (PM<sub>2,5</sub>) nationale Emissionsobergrenzen festlegen.

Die Umsetzung der EU-Richtlinie zu Industrieemissionen (Industrial Emissions Directive, IED-Richtlinie) in nationales Recht hat sich verzögert. Während das Gesetz bereits alle parlamentarischen Hürden überwand, unterlagen die Umsetzungsverordnungen zahlreichen Änderungen, denen sowohl die Bundesregierung wie auch Bund und Länder jeweils neu zustimmen müssen. Am 2. Mai 2013 trat die Umsetzung in Kraft, deren zweijährige Umsetzungsfrist allerdings Anfang 2013 ablief.

Derzeit sind in Deutschland 9.188 Industrieanlagen nach der bisherigen Richtlinie über die integrierte Vermeidung und Verminderung von Umweltverschmutzung (IVU-Richtlinie) genehmigt. Mit der Nachfolge-Richtlinie über Industrieemissionen kommen weitere hinzu. Ziel ist die weitgehende Harmonisierung von Emissionsgrenzwerten in der EU. Mit dem verabschiedeten Artikelgesetz und den beiden Artikelverordnungen kommen

zahlreiche neue Rechte und Pflichten auf deutsche Betriebe und Behörden zu. Vorgeschrieben sind neben der Information der Öffentlichkeit auch regelmäßige Berichte der Mitgliedstaaten an die EU-Kommission, wie sie die Richtlinie rechtlich umgesetzt haben und welche emissionsbegrenzenden Anforderungen sie aus den BVT-Merkblättern ableiten. Änderungen im nationalen Recht für die Genehmigung, die Überwachung und die Stilllegung von Industrieanlagen sind nun in Kraft. Einheitliche europaweite Umweltstandards, geändertes Zulassungsrecht für Anlagen und konsequentere Anlagenüberwachungen sind die Folge. Bei Anlagenstillegungen gelten künftig neue Anforderungen.

### AUFWERTUNG BVT-MERKBLÄTTER

Verabschiedung und Umsetzung der IED-Richtlinie verändern den Status und die Bedeutung der BVT-Merkblätter (Merkblätter zur besten verfügbaren Technik). Betreiber immissionsrechtlich genehmigungsbedürftiger industrieller Anlagen sind verpflichtet, zur Gewährleistung eines hohen Schutzniveaus für die Umwelt insgesamt, ihre Anlagen so zu

errichten und zu betreiben, dass schädliche Umwelteinwirkungen und sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft nicht hervorgerufen werden können (Schutzgrundsatz) und Vorsorge gegen schädliche Umwelteinwirkungen und sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen getroffen werden (Vorsorgegrundsatz).

Dieses soll durch den Stand der Technik gewährleistet werden, der in der Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA Luft) abgebildet wird. Bei der regelmäßigen Fortentwicklung der TA Luft, waren die sogenannten BVT-Merkblätter (englisch "best reference documents", kurz BREF-Dokumente) bisher eine Referenz. Die BVT-Merkblätter erhalten durch die IED-Richtlinie einen anderen Status und werden nun direkt in die Gesetzgebung einbezogen.

Die BVT-Schlussfolgerungen werden in Zukunft den gesetzlichen Rahmen prägen. Emissionswerte, die aus den BVT-Schlussfolgerungen resultieren, sind innerhalb von 4 Jahren umzusetzen. Die Dynamisierung der Vorschriften in Abhängigkeit vom technischen Fortschritt birgt für die Industrie erhebliche Investitionsrisiken. Die Industrie hat deshalb den Dialog mit den zuständigen Bundesbehörden deutlich intensiviert, um Probleme frühzeitig erörtern und lösen zu können.

## VORGABEN ZUR LUFTREINHALTUNG BLEIBEN KOMPLEX

Die EU-Kommission hat im Oktober 2012 einen Vorschlag zur Änderung der UVP-Richtlinie vorgelegt. Die UVP-Richtlinie enthält Regelungen, wonach bei bestimmten öffentlichen und pri-

vaten Projekten vor der Genehmigung eine Prüfung der möglichen Umweltauswirkungen vorgenommen werden muss. Zu diesen Projekten gehören neben zahlreichen Industrievorhaben auch Planungen im energiewirtschaftlichen Bereich wie der Netzausbau sowie Verkehrs- und sonstige Infrastrukturprojekte.

Der Vorschlag sieht eine erhebliche Ausweitung der Prüfungsvoraussetzungen vor. So soll es zur massiven Ausweitung des Informationsumfangs bei der Vorprüfung sowie bei der Umweltverträglichkeitsprüfung kommen. Die Folge sind erhebliche Mehrbelastungen und Kosten für die Projektträger ohne erkennbaren zusätzlichen Nutzen für die Umwelt. Die WVM plädiert dafür, dass die Novelle der UVP-Richtlinie genutzt wird, um durch klar definierte Rechtsbegriffe, Leitfäden der Kommission und andere Vorgaben eine höhere Planungs- und Rechtssicherheit für Projekte und Investitionen in Europa zu schaffen, ohne Abstriche bei der Akzeptanz und der Ressourcenschonung zu machen.

Die Aktivitäten zum „Jahr der Luft“ sowie die vorlaufende Überarbeitung verschiedener Richtlinien zur Luftreinhaltung haben die Planung und den Betrieb genehmigungspflichtiger Industrieanlagen erneut komplexer gemacht. Das Nebeneinander von emissions- und immissionsrechtlichen Vorgaben und der dynamische BVT-Ansatz erfordern eine hohe politische Aufmerksamkeit und eine starke industrielle Beteiligung, um auch in Zukunft am Industriestandort Deutschland unsere Produkte herstellen zu können.

→



### AUTOR

Daniel Quantz ist Referent für allgemeines Umweltrecht bei der Wirtschaftsvereinigung Metalle. Sie erreichen ihn unter [quantz@wvmetalle.de](mailto:quantz@wvmetalle.de)



EUROPÄISCHE STOFFPOLITIK — DOROTHEA STEIGER

## REACH – Stand der Dinge

Politik

*Die EU-Stoffpolitik hält Industrieunternehmen weiter in Atem. Deutschland beabsichtigt, die Listung von zehn Stoffen pro Jahr voranzutreiben.*

# 02.6

136 Stoffe wurden bis Ende 2012 von der Europäischen Chemikalienagentur als Kandidaten für das Zulassungsverfahren gelistet.

**D**as Jahr 2012 gilt als Revisionsjahr für den Geltungsbereich der REACH-Verordnung. Lange war offen, ob zu den bereits bestehenden REACH-Pflichten weitere Belastungen für die Industrie hinzukommen. Letztlich entschied die Europäische Kommission und gewichtete die industriepolitischen Ziele für einen stabilen Binnenmarkt stärker als dessen Einschränkung durch eine überambitionierte Stoffpolitik.

### REACH WEITERHIN MIT HOHER DYNAMIK

Eine kleine Atempause während eines endlosen Marathons, der die Unternehmen bei der Umsetzung der durch REACH gesetzten Anforderungen an die Grenzen des Machbaren führt. REACH entfaltet weiterhin eine hohe Dynamik. Das Thema Zulassung wird immer brisanter, die ersten NE-Metalle wie Beryllium und der Halbleiterwerkstoff Galliumarsenid werden bewertet, und bereits die zweite Registrierungsphase war für die Unternehmen zu bewältigen. Bis 2020 sollen neben den 30.000 zu registrierenden Stoffen mehr als 400 Stoffe auf die „Kandidatenliste“ kommen. Deutschland will nach der Energie- und Klimapolitik auch in der Chemikalienpolitik eine Vorreiterrolle einnehmen. Das Industrieland Nr. 1 in Europa beabsichtigt, die Listung von zehn Stoffen pro Jahr voranzutreiben.

Die European Chemicals Agency (ECHA) denkt in Zahlen statt in Unternehmensrealitäten. Das erklärte Ziel der höchsten europäischen Instanz in Sachen Stoffpolitik lautete, bis Ende 2012 136 Stoffe als Kandidaten für das Zulassungsverfahren zu listen. Sie konnte dieses Ziel erreichen, indem sie gleich 21 Blei-Verbindungen auf die Liste katapultierte. Angebote der Industrie, mit den Behörden zusammenzuarbeiten, wogen weniger, als eine politische Vorgabe zu erfüllen. Unter den derzeit gelisteten 138

Stoffen befinden sich zahlreiche Metallverbindungen; neben den genannten Blei-Verbindungen sind dies Kobaltsalze sowie Verbindungen von Bor, Arsen und Chrom. Die beiden letzteren sind bereits jetzt für die Zulassung vorgesehen.

### WANDEL BEI DER AUSWAHL DER STOFFE

Das von der Europäischen Kommission getriebene hohe Tempo bei der Listung wurde von einigen Mitgliedstaaten, darunter auch Deutschland, als überstürztes Vorgehen gewertet.

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) ermittelte auf maßgebliche Initiative der Wirtschaftsvereinigung Metalle (WVM), welche Konsequenzen die Listung von Stoffen als Kandidaten und die spätere Zulassungspflicht auf Markt und Unternehmen hat. In einem zweiten Schritt wurde ein Lösungsvorschlag erarbeitet, wie Umwelt und Gesundheit geschützt werden können, ohne die Industrie überzubelasten. Klare Botschaft: Wenn das Risiko beim Umgang mit den Stoffen angemessen beherrscht werden kann, ist keine Regelung notwendig. Regelungen sollten zudem entfallen, wenn das betreffende Risiko bereits in anderen Rechtsbereichen geregelt wird. Das betrifft zum Beispiel Arbeitsplatzgrenzwerte, die Batterie-Richtlinie oder auch die Richtlinie über Industrieemissionen.

### UNNÖTIGE STIGMATISIERUNG VON STOFFEN VERMEIDEN

In der Diskussion kaum wahrnehmbar sind die Alternativen zur Zulassungspflicht, die das europäische Chemikalienrecht und REACH selbst bieten. In manchen Fällen könnten bereits eine harmonisierte Einstufung und Kennzeichnung des Stoffes ausreichend sein. Wenn nur ein enger Bereich der Anwendung eines Stoffes zu regeln ist, sollte das Instrument der Beschränkung (Verbot einer speziellen Verwendung des Stoffes) gewählt werden, anstatt sämtliche Verwendungen unter die Zulassungspflicht zu nehmen. Die Industrie konnte die Behörden bei den Kobaltsalzen davon überzeugen, dass hier eine Zulassungspflicht über das Ziel hinausschießt.



---

## PRAXISBEISPIELE

### Unter den derzeit für die Zulassung gelisteten 138 Stoffen befinden sich zahlreiche Metallverbindungen.

---

#### 1 Bleiverbindungen

Vier für die Herstellung bleibasierter Batterien nötige Stoffe sind Kandidatenstoffe. Beim Herstellungsprozess werden diese Stoffe weitgehend umgewandelt.

Die von der Produktion ausgehenden Risiken für die Umwelt sind durch bestehende Umweltschutzregelungen der EU und der Mitgliedstaaten bereits umfangreich kontrolliert. Beim Arbeitsschutz bestehen auf europäischer Ebene bereits Grenzwerte für Blei. Darüber hinaus verfolgt die europäische Batterieindustrie seit Jahren ein freiwilliges Programm zur stetigen Absenkung des Risikos für ihre Mitarbeiter.

#### 2 Chromtrioxid und Chromsäuren

Diese Stoffe werden ab September 2017 der Zulassungspflicht unterliegen. Damit darf man sie nur noch verwenden, wenn für die betreffende Verwendung eine Zulassung gewährt wird.

Sie sind insbesondere für die Hartverchromung relevant. Nach dem Galvanisierungsprozess sind die Stoffe als Metall Chrom vorhanden. Damit unterliegt der Import von fertigen hart verchromten Produkten keinerlei Einschränkungen unter REACH. Die Gefahr besteht, dass Hartverchromungsprozesse aus Europa abwandern.

#### Kandidatenliste

Vor der Aufnahme eines Stoffes in die Zulassungspflicht muss ein Mitgliedstaat zunächst darlegen, dass seiner Meinung nach ein Stoff schwerwiegende Wirkungen auf die menschliche Gesundheit oder die Umwelt haben kann.

Nach einem öffentlichen Konsultationsverfahren entscheiden die Mitgliedstaaten gemeinsam, ob der Stoff auf die Liste der Kandidaten für das Zulassungsverfahren aufgenommen wird. Allerdings kann ein Stoff auch auf der Kandidatenliste verbleiben, ohne jemals für das Zulassungsverfahren vorgesehen zu werden. Mit der Veröffentlichung auf der Kandidatenliste ergibt sich zwar noch keine Zulassungspflicht, aber Informationspflichten in der Lieferkette.

Doch auch die Behörden reagieren. Der Verlust an Glaubwürdigkeit wurde wahrgenommen und eine Roadmap erarbeitet: Zukünftig soll zunächst geprüft werden, ob ein Risiko besteht und mit welcher Maßnahme diesem Risiko am besten begegnet werden kann. Nur wenn ein Risiko durch andere Maßnahmen nicht ausreichend beherrschbar erscheint, soll eine Listung als Kandidat für die Zulassung erfolgen. Eine unnötige Stigmatisierung von Stoffen mit weitreichenden Folgen für die gesamte nachfolgende Wertschöpfungskette und den Konsum kann so vermieden werden.

Risiken sind nur auf Basis von Daten, die von der Industrie erhoben werden, zu beurteilen. Damit ist auch ein Dialog mit der Industrie frühestmöglich im Prozess angeraten. Gerade im Industrieland Deutschland, das auf Transparenz und Beteiligung setzt, herrscht an dieser Stelle aus Sicht der Nichteisen(NE)-Metallindustrie dringender Nachholbedarf.

Zulassung bedeutet das prinzipielle Verwendungsverbot des Stoffes, es sei denn, die Europäische Chemikalienagentur hat eine bestimmte Verwendung des Stoffes explizit erlaubt.

Eine solche Erlaubnis ist von den Unternehmen zu beantragen. Ungewiss bleibt den Unternehmungen bis zum Schluss, ob dem Antrag entsprochen und wie lange die Zulassung gelten wird. Die Arbeit an einem Zulassungsantrag ist zudem sehr umfangreich und außerordentlich kostenintensiv.

#### STOFFE UNTER ZULASSUNGSPFLICHT ZWANGSLÄUFIG TEURER

Auf beiden Seiten fehlen Erfahrungswerte zum Zulassungsverfahren. Das Konsortium, das den Zulassungsantrag für Chromtrioxid für die sieben wichtigsten Verwendungen stellen wird, rechnet mit Kosten von insgesamt 1,5 Millionen Euro für das gesamte Verfahren. Auch wenn noch kein Antrag das komplette Zulassungsverfahren durchlaufen hat, so machen die hohen Kosten deutlich: Stoffe unter Zulassungspflicht werden zwangsläufig teurer werden.

Bei Chromtrioxid trifft das insbesondere Galvanik-Unternehmen und somit vor allem auch kleine Unternehmen. Doch gerade die Hartverchromung ist für die NE-Metallindustrie oft unverzichtbar. Die Galvaniker trifft es doppelt. Nach der Verchromung sind keine kritischen Stoffe mehr im Produkt vorhanden. Damit unterliegt der Import von hart verchromten Gegenständen aus nicht EU-Staaten keinerlei Einschränkungen durch REACH, während über der Produktion in Europa das Damoklesschwert der Zulassung schwebt. Es besteht die Gefahr der Verlagerung der Produktion ins Ausland. Ein Pyrrhussieg der europäischen Stoffpolitik, der die vermeintlich gefährlichen Stoffe und den Umgang damit einfach nur an die Außengrenzen der EU verlagert und inländische Wertschöpfung und Arbeitsplätze in der EU vernichtet.

## ZIELKONFLIKTE IN DER UMWELTPOLITIK

REACH und andere Umweltgesetzgebungen stehen nebeneinander, wirken teilweise gegeneinander und lassen Zielkonflikte entstehen. Es gibt keine vernetzte Umweltpolitik. Die Chemikalienverordnung vermag es, Stoffe vom Markt verschwinden zu lassen, obwohl sie ökonomisch, ressourceneffizient oder auch energiesparend sind. Bereits die Diskussion um zu regelnde Stoffe kann zu einem Ausweichen auf Stoffe führen, die letztlich ganzheitlich betrachtet umweltpolitisch die schlechtere Wahl sind. Obwohl bei ihrer Verwendung kaum ein Risiko besteht, sind beispielsweise bestimmte Bleiverbindungen als Kandidaten für die Zulassung gelistet. Das verunsichert und schwächt diesen Markt. Gleichzeitig sind diese Stoffe für die Herstellung von dezentralen Energiespeichertechnologien kaum ersetzbar.

## WIDERSPRÜCHE GEMEINSAM AUFLÖSEN

Um den eigenen Fortschritt zu verwirklichen, ist der Umgang mit beherrschbaren Risiken, die von Stoffen ausgehen könnten, zu verantworten. Dieser Weg führt über das Auflösen von Ziel-

konflikten durch verantwortungsvoll abwägendes Risikomanagement. Die europäische Stoffpolitik und ihre Protagonisten stoßen an die Grenzen ihrer Eingriffs- und Regulierungsmöglichkeiten. Zielkonflikte sind vorprogrammiert. Die Industrie kann als Partner unterstützen und zur Auflösung der Widersprüche beitragen. Das gelingt dann, wenn die europäische Stoffpolitik als gemeinsam zu verantwortende Aufgabe erkannt und nicht als Marktsteuerungsinstrument missbraucht wird.

## EIN AUSBLICK

Stoffregulierung zur Minimierung von Risiken bei Herstellung und Verwendung ist ein Beitrag zur Stärkung einer modernen Industriegesellschaft. Die Eigendynamik von REACH als Superregulierungsinstrument zwischen Umwelt und Markt ist jedoch bereits mit seinem jetzigen Pflichtenkatalog schwer zu überschauen und bringt Unternehmen an den Rand der Belastbarkeit. Die Anforderungen und Aufgaben der Stoffpolitik gehen von der unbeschränkten Leistungs- und Lösungskraft der betroffenen Unternehmen und Branchen aus. An die Stelle einer Regulierungslawine und knapper Umsetzungsfristen sollte ein planvolles und Erfahrungswissen aufbauendes Verfahren treten, das effizient und ohne Doppelregelungen in die Praxis integriert wird.

Außerdem ist mehr Bedacht bei der Stoffauswahl notwendig. Im Vordergrund muss die Frage stehen: Was ist notwendig, um die Risiken beim Umgang mit den Stoffen angemessen zu beherrschen?

Wie bei allen Risiken ist etwas mehr Gelassenheit auch bei der Umsetzung der Chemikalienverordnung angebracht.

→



### AUTORIN

Dorothea Steiger ist Referentin für europäische Stoffpolitik bei der Wirtschaftsvereinigung Metalle. Sie erreichen sie unter [steiger@wvmetalle.de](mailto:steiger@wvmetalle.de)

# Der Mitarbeiter als Mensch steht im Fokus

Politik

*Der Arbeits- und Gesundheitsschutz beansprucht eine besondere Anpassungsfähigkeit. Es geht um die Interaktion zwischen Menschen und ihren individuellen Stärken und Schwächen.*

# 02.7

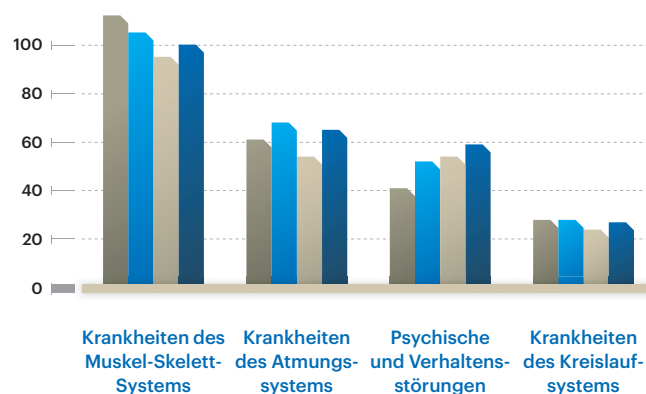


Unser Verständnis von Arbeits- und Gesundheitsschutz: die Menschen erledigen die Arbeit, und jeder Erfolg ist Menschen gemacht.

## ENTWICKLUNG DER ARBEITS- UNFÄHIGKEIT NACH AUSGEWÄHLTEN DIAGNOSEGRUPPEN

■ 2008 ■ 2009 ■ 2010 ■ 2011

AU-Tage in Mio.



Quelle: Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin 2010, 2011, 2012.

Letztlich sind Investitionen in den Arbeits- und Gesundheitsschutz immer lohnend: Laut Studie der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV) aus dem Jahre 2012 hat jeder Euro, den ein Unternehmen in betriebliche Präventionsarbeit investiert, ein durchschnittliches ökonomisches Erfolgspotenzial von 2,20 Euro. Damit ist bewiesen, dass Arbeitgeber nicht nur gesetzlich für die Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz verantwortlich sind und es sozial verantwortlich tun, sondern dass dieses Engagement auch zum Unternehmenserfolg beiträgt. Für das Management bedeutet dies die klare Verpflichtung, Verantwortung zu übernehmen und mit gutem Beispiel voranzugehen. Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels, von Erfahrungsverlusten durch Mitarbeiterwechsel oder geänderter Wahrnehmung von Risiken am Arbeitsplatz und im privaten Umfeld ist diese Aufgabe komplex. Maßnahmen mit starken und langfristigen Veränderungskonsequenzen können nur im makroökonomischen Umfeld betrachtet werden. Auch wenn alle Trends im Arbeits- und Gesundheitsschutz den Menschen selbst in das Zentrum rücken und damit einen Eigenwert haben, dürfen die sich oft kurzfristig ändernden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht vergessen werden. Denn gerade stabile wirtschaftliche Verhältnisse tragen maßgeblich zu psychisch gefestigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei.

## HERAUSFORDERUNG GESUNDHEIT

Im Anfang 2013 veröffentlichten Bericht über Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit für das Jahr 2011 bestätigt die Bundesregierung einen leichten Rückgang der Arbeitsunfälle in Deutschland. Bei den Wegeunfällen gab es einen stärkeren Rückgang von 14 Prozent, der im Wesentlichen mit einem sehr milden Winter begründet wird. Insofern wird es interessant sein, diese Ergebnisse mit den Experten aus unseren Unternehmen nach dem neuerlich strengen Winter 2012/2013 zu diskutieren. Im Arbeitschutzausschuss der WVM ist es seit vielen Jahren gelebte Praxis, solche aktuellen Themen aufzunehmen und in den multimetallischen Kontext unserer Industrie zu stellen. Dieser Erfahrungsaustausch kann als Kennzeichen unseres Verständnisses von Arbeits- und Gesundheitsschutz gesehen werden: die Menschen erledigen die Arbeit, und jeder Erfolg ist Menschen gemacht!

Dass bei Anwendung dieser Grundsätze frühzeitig neue Trends erkannt, diskutiert und in die betriebliche Praxis eingeführt werden müssen, ist evident. Insofern ist die Meldung aus dem Unfallbericht der Bundesregierung stimmig, dass für Prävention und Erste Hilfe von den Versicherungsträgern im Berichtsjahr erstmals mehr als eine Milliarde Euro bereitgestellt

→

## PRÄVENTION LOHNT SICH

Quelle: Internationale Vereinigung für soziale Sicherheit, IVSS

in €, pro Mitarbeiter/in und Jahr

### Betriebliche Präventionskosten

|                                                         |     |
|---------------------------------------------------------|-----|
| Persönliche Schutzausrüstungen                          | 168 |
| Sicherheitstechnische und arbeitsmedizinische Betreuung | 278 |
| Bestimmte präventionsbedingte Qualifizierungsmaßnahmen  | 141 |
| Vorsorgeuntersuchungen                                  | 58  |
| Organisationskosten                                     | 293 |
| Investitionskosten                                      | 274 |
| Anlaufkosten                                            | 123 |

**Gesamtkosten 1.335**

### Betrieblicher Präventionsnutzen

|                                                                                       |     |
|---------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| Kosteneinsparungen durch vermiedene Betriebsstörungen                                 | 566 |
| Kosteneinsparungen durch vermiedenen Ausschuss und geringere Nacharbeit               | 414 |
| Wertzuwachs durch gestiegene Motivation und Zufriedenheit der Beschäftigten           | 632 |
| Wertzuwachs durch nachhaltige Qualitätsorientierung und verbesserte Produktqualitäten | 441 |
| Wertzuwachs durch Produktinnovationen                                                 | 254 |
| Wertzuwachs durch höheres Image                                                       | 632 |

**Gesamtnutzen 2.939**

**1:2,2**

Kosten-Nutzen-Verhältnis

wurde. Dieser Bereich kommt damit auf einen Anteil von 7,5 Prozent an den Gesamtaufwendungen, und das ist offensichtlich auf die gestiegenen Anforderungen der betrieblichen Praxis an die Unfallversicherer zurückzuführen.

Zentrales Zukunftsthema ist die psychische Gesundheit am Arbeitsplatz. Nicht nur das Bundesarbeitsministerium (BMAS) hat dies zum Thema gemacht, wie es in einer Auftaktveranstaltung der neuen Periode der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie im Januar 2013 hieß. Auch der Schwerpunkt des genannten Berichtes der Bundesregierung widmet sich diesem auch in der Öffentlichkeit immer stärker wahrgenommenen Problem.

Gerade in den Metallberufen ist es längst bekannt, dass Menschen besonders leistungsstark und motiviert sind, wenn es ihnen sowohl physisch wie auch psychisch gut geht. Daher gehen die begonnenen Projekte der Bundesregierung in die richtige Richtung, wenn sie Best Practice-Beispiele oder Handlungshilfen beinhalten. Das Anliegen der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie, die Betriebe

und die Sozialpartner sowie explizit auch die Fachkräfte für Arbeitssicherheit aktiv mit einzubeziehen, ist besonders zu begrüßen. Wir werden unsere Möglichkeiten, hierzu Input zu liefern, gemeinsam mit den Experten der Unternehmen intensiv beleuchten und dazu auch Impulse externer Fachleute mit Praxiserfahrung einbinden.

Wie weit inzwischen die Überlegungen zur Verringerung der psychischen Belastungen am Arbeitsplatz gehen, zeigt die aktuelle Initiative einiger Bundesländer, die hierzu gar eine gesonderte Verordnung vorschlagen. Daneben laufen bereits die Arbeiten zur Novellierung der Betriebssicherheitsverordnung und der Arbeitsstättenverordnung. Die dort geplante Einbeziehung der altersgerechten Gestaltung von Arbeitsmitteln sowie die Berücksichtigung psychischer Belastungen bei der Gefährdungsbeurteilung werden von der Industrie nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Bei der Einführung solcher Platzhalter in den Verordnungen ist jedoch unbedingt darauf zu achten, dass die neuen Aspekte ausreichend konkretisiert und dem Arbeitgeber über das entsprechende

# Eine sachliche Diskussion zum Risiko- konzept mit allen Beteiligten führen.

technische Regelwerk auch praxisgerechte Kriterien für die Umsetzung an die Hand gegeben werden. Andernfalls ist absehbar, dass insbesondere bei kleinen und mittelgroßen Unternehmen externe Dienstleister diesen Bereich als ein neues Geschäftsfeld entdecken.

## RISIKOKONZEPT WIRD SCHARF GESCHALTET

Das Grenzwert-Konzept für krebserzeugende Stoffe tritt im laufenden Jahr in eine entscheidende Phase. Die Zwischenbilanz des zurzeit noch nicht in die Gefahrstoffverordnung eingebundenen Konzeptes fällt durchwachsen aus: In vielen Unternehmen, aber auch in den Behörden, sind die Prinzipien nicht verstanden und die Umsetzungsstrategien noch nicht angekommen. Gleichzeitig wird im Ausschuss für Gefahrstoffe (AGS) aber bereits über die Fortentwicklung diskutiert.

Die WVM wirkt aufgrund der hohen Betroffenheit bei den Bewertungen der Metalle und Metallverbindungen intensiv an allen Handlungssträngen des Konzeptes und der Ausgestaltung für die Praxis kritisch und zugleich konstruktiv mit. Unsere Industrie ist damit zum zentralen Prüfstein der neuen Methodik geworden. Wenn das Konzept mit seinen anspruchsvollen Werten

in den Unternehmen etabliert werden kann, ist praktisch die Feuerprobe bestanden. Auf dem Weg dahin sind allerdings noch einige Hürden zu nehmen. Wir bestehen dabei konsequent auf dem Realitäts-Check, insbesondere vor der Veröffentlichung von Risikowerten für Metalle und Metallverbindungen. Nicht zuletzt durch diese Intervention ist jetzt die Erarbeitung einer speziellen Metall-Rahmenregel auf den Weg gebracht worden, die die WVM federführend betreut. In Verbindung mit branchenspezifischen Informationen der Unfallversicherungsträger können wir so zukünftig den Umgang mit krebserzeugenden Metallen und Metallverbindungen in den Praxiskontext stellen und notwendige Maßnahmen zur Verringerung der Belastungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gezielt beschreiben.

Bei der Bewertung des Risikokonzeptes reift inzwischen auch bei den Behörden mehr und mehr die Erkenntnis, dass die für die Menschen an den Arbeitsplätzen entscheidende Größe der obere Risikowert (Toleranzkonzentration) ist. Hier beginnt der Bereich, der mit einer gefährlichen Belastung einhergehen kann und den wir den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in keinem Fall zumuten werden. Demgegenüber ist der niedrige Risikowert (Akzeptanzkonzentration) mit dem allgemein verbleibenden Umweltisiko verbunden und in den meisten Fällen bei den Metallen schon messtechnisch problematisch. Realitätssinn bedeutet nach unserer Meinung, dass bei krebserzeugenden Stoffen ein risikobasiertes Konzept richtig ist, wenn es erlaubt, die positiven Eigenschaften von Stoffen bei gleichzeitiger Kontrolle der negativen Eigenschaften zu nutzen. Eine Minimierung bis zum Hintergrundniveau ist bei offenen oder halboffenen Prozessen, wie sie in unserer Industrie üblich sind, nicht möglich und nicht notwendig. Die Industrie ist sich dabei der Verantwortung für die Menschen in den Unternehmen bewusst. Die gesellschaftspolitische Entscheidung des Ausschusses für Gefahrstoffe für ein Risikokonzept bedeutet daher, dass auch alle anderen Beteiligten zu einer sachlichen Diskussion über Krebsrisiken beitragen und helfen, praxisgerechte Lösungen zu entwickeln. Dann hat das Konzept als Konsensinstrument für den Umgang mit krebserzeugenden Stoffen am Arbeitsplatz eine Chance.

→

---

## **BAUSTELLE RISIKOKONZEPT**

### **Aktuelle Aspekte des Risikokonzeptes des Ausschusses für Gefahrstoffe (AGS) einschließlich ihrer Auswirkungen auf die gefahrstoffrechtliche Praxis der Unternehmen**

---

#### **1 Einbindung in die Gefahrstoffverordnung**

Nachdem das Konzept mehrere Jahre der Erprobung hinter sich hat, ist für das laufende Jahr eine Einbindung in die Gefahrstoffverordnung vorgesehen.

Damit wird ein verbindlicher Rechtsbezug des risikobasierten Konzeptes für krebserzeugende Stoffe hergestellt, den es bislang nicht gibt.

#### **2 Vorbereitung einer Technischen Regel zum Risikokonzept**

Zurzeit finden sich die Prinzipien des Konzepts und die konkret abgeleiteten Werte in einer unverbindlichen Bekanntmachung. Bei Umstellung auf eine Technische Regel für Gefahrstoffe werden die in der Gefahrstoffverordnung aufgenommenen Vorgaben mit der Vermutungswirkung geadelt.

Bei der Umstellung werden gleichzeitig verschiedene Anpassungen vorgenommen, die sich aus den Erfahrungen der Praxis ergeben haben.

#### **3 Erarbeitung einer metallspezifischen Technischen Regel**

Wegen der besonderen Betroffenheit bei den Metallen und insbesondere der außerordentlich niedrigen Werte wird eine gesonderte Technische Regel erarbeitet.

Die WVM leitet den für die Erarbeitung dieser Technischen Regel zuständigen Arbeitskreis.

Ergänzend hierzu werden Branchenregeln der Unfallversicherungsträger erarbeitet, um die Anforderungen des betrieblichen Arbeitsschutzes abzubilden.

## 4 **Anpassung des Leitfadens zur Ableitung der risikobasierten Werte**

Die wissenschaftlichen Konzepte, die hinter der Werteableitung stehen, sind in diesem Leitfaden zusammengestellt. Auch hier wird es Klarstellungen geben, z. B. kann eine Ableitung nur für erwiesenermaßen krebserzeugende Stoffe erfolgen.

## 5 **Ableitung von Risikowerten für Metalle und Metallverbindungen**

Als Ergebnis der wissenschaftlichen Diskussion werden Risikowerte für krebserzeugende Stoffe abgeleitet. Diese Werte werden dann als im Unternehmen zu berücksichtigende Toleranz- und Akzeptanzkonzentrationen veröffentlicht.

Bei Metallen sind die Diskussionen erfahrungsgemäß besonders tiefgründig und komplex und die resultierenden Werte meist außerordentlich niedrig.

## 6 **Übertragung des Risikokonzepts auf die europäische Ebene**

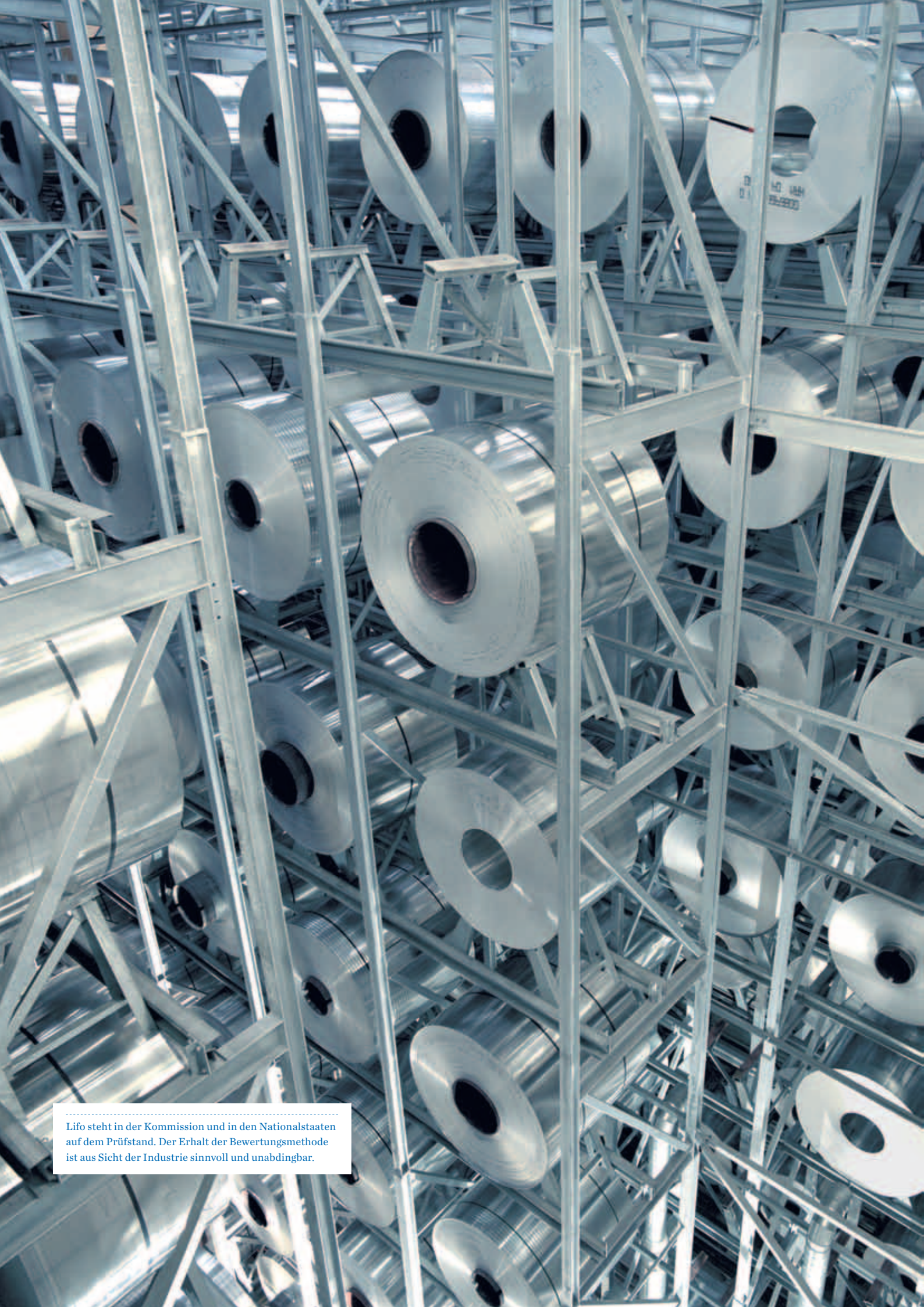
Die Prinzipien des Konzeptes sollen im Rahmen der Krebsrichtlinie auch im europäischen Kontext angewendet werden.

Unter REACH könnten zukünftig risikobasierte Werte eine Erleichterung für zulassungspflichtige Stoffe darstellen.



### **AUTOR**

Dr. Martin Wieske leitet das Projekt „Arbeits- und Gesundheitsschutz“. Sie erreichen ihn unter [wieske@wvmetalle.de](mailto:wieske@wvmetalle.de)



.....  
Lifo steht in der Kommission und in den Nationalstaaten  
auf dem Prüfstand. Der Erhalt der Bewertungsmethode  
ist aus Sicht der Industrie sinnvoll und unabdingbar.

STEUERN – MONIKA SETZERMANN

# Lifo bleibt eine notwendige sinnvolle Bewertungsmethode

Politik

*Das Lifo-Verfahren (Last in – first out) sichert ein reales Bild der Ertragslage der Unternehmen der NE-Metallindustrie.  
Die Lifo-Bewertung vermeidet die Besteuerung von Scheingewinnen.*

02.8

Die Anwendung des Lifo-Verfahrens (Last in – first out) als Vereinfachungsregel ist im Handelsrecht seit 1965 anerkannt und findet heute ihre gesetzliche Grundlage im § 256, S. 1 HGB. Im Steuerrecht ist Lifo seit 1990 durch die Einführung des § 6, Abs. 1, Nr. 2a EStG zulässig. Damit wurde nach der Aufhebung der Preissteigerungsrücklage gem. §74 EStDV den Unternehmen weiterhin die Möglichkeit gegeben, durch Anwendung von Lifo den Effekt einer Scheingewinn- bzw. Substanzbesteuerung zu vermeiden. Die Anwendung von Lifo als Vereinfachungsregel für die Bewertung des Umlaufvermögens wird trotz Zulässigkeit im Handels- und Steuerrecht immer weiter erschwert. Internationale Bemühungen zur Harmonisierung der nationalen Rechnungslegungsvorschriften setzen Lifo stärker unter Druck. Während nach dem Konzept der US-amerikanischen Rechnungslegung (US GAAP) Lifo als Bewertungsmethode noch zugelassen ist, wurde sie bereits nach International Financial Reporting Standards (IFRS) untersagt. Im Rahmen der aktuellen Überlegungen der EU-Kommission zur Einführung der GKKB (Gemeinsame Konsolidierte Körperschafts-Bemessungsgrundlage) steht nun auch dort Lifo auf dem Prüfstand. Obwohl in einigen EU-Ländern neben Deutschland Lifo als Bewertungsmethode zulässig ist, wird eine generelle Versagung diskutiert.

National ist die Anwendung von Lifo für die steuerliche Gewinnermittlung seit dem BFH Urteil vom 20. 06. 2000 mit hoher Unsicherheit behaftet. Nach diesem Urteil ist Lifo nicht zulässig, wenn hohe (absolut betrachtet) Anschaffungskosten vorliegen, die Anschaffungskosten einfach identifizierbar sind und eine klare Kostenzuordnung auf Vermögensgegenstände möglich ist.

Für die Metallbranche hat dieses Urteil, obwohl der Auslöser der Handel mit Gebrauchtwagen war, einen nicht unerheblichen Druck auf die Bewertung des Umlaufvermögens ausgelöst. Im Laufe der Jahre kristallisierte sich heraus, dass aufgrund interner Arbeitsanweisungen der Finanzverwaltung die Betriebsprüfer die Warenbestände einer sehr intensiven Prüfung unterzogen. Mit der Argumentation hoher Anschaffungswerte, aber auch einer besseren Identifizierbarkeit infolge EDV-gestützter Managementsysteme für Qualitätssicherung und/oder Lagerhaltung, wurde zunehmend für Teile des Vorratsvermögens die Anwendung von Lifo untersagt. Lediglich bei Vermischungsfällen gab es keine Beanstandung.

## ABBILDUNG DER REALEN WIRTSCHAFTSLAGE GEFÄHRDET

Die Bemühungen der WVM zusammen mit namhaften Repräsentanten aus Wirtschaft und Wissenschaft, die Finanzverwaltung von der Notwendigkeit der Anwendung des Lifo-Bewertungsverfahrens zu überzeugen, trafen durchaus auf Verständnis. Dennoch wurde der Schwerpunkt bei Betriebsprüfungen immer häufiger auf die Bewertung des Vorratsvermögens gerichtet. Anerkannte Argumentationen, wie die Vermeidung von Scheingewinn- und Substanzbesteuerung, wurden nicht akzeptiert. In Zeiten knapper Staatskassen keine überraschende Reaktion, für die



betroffenen Unternehmen jedoch im Einzelfall von hoher wirtschaftlicher Bedeutung.

In jüngster Zeit häufen sich die Fälle, bei denen für einzelne Geschäftsvorfälle die Anwendung der Lifo-Methode versagt wird. Das Unternehmen hätte dann zwar noch die Möglichkeit, über den Klageweg gegen die Entscheidung gegen Lifo vorzugehen. Aus der Praxis ist der WVM aber kein Fall bekannt, bei dem dieser Weg eingeschlagen wurde. Aus Kostenüberlegungen wird auf die Klage verzichtet, und die Prüfungsfeststellungen werden mit ihren finanziellen Auswirkungen als Gesamtpaket akzeptiert.

## WURDE DER SCHLEICHENDE ABSCHIED VON LIFO BEREITS EINGELEITET?

Für die Praxis bedeutet dies aber, dass in vielen kleineren Fällen nicht um Lifo gekämpft wird. Da sich die Finanzverwaltungen in regelmäßigen Treffen länderübergreifend über Prüfungsinhalte und -ergebnisse austauschen, ist davon auszugehen, dass auch über die „Erfolge“ bei der Versagung von Lifo berichtet wird. In der Konsequenz könnte damit ein Katalog über Geschäftsvorfälle erstellt werden, bei denen Lifo nicht mehr zulässig ist, unabhängig davon, ob sie einer rechtlichen Prüfung standhalten würden. Auf diesem Weg besteht die Gefahr, dass Lifo nach und nach als Bewertungsmethode abgeschafft wird. Denn von der Aushöhlung der Anwendungsmöglichkeiten bis hin zur Veränderung der gesetzlichen Norm ist es dann kein weiter Weg mehr.

---

## DIE NE-METALLINDUSTRIE KÄMPFT FÜR DEN ERHALT VON LIFO

Die Wirtschaftsvereinigung Metalle versucht zusammen mit Vertretern aus der Stahlindustrie und der Edelmetallbranche, der Zermürbung von Lifo entgegenzutreten. Für den Erhalt der Lifo-Methode sprechen wichtige Argumente:

---



### VERMEIDUNG VON SCHEINGEWINN- UND SUBSTANZBESTEUERUNG

Das Lifo-Verfahren ist für die deutsche NE-Metallindustrie ein unverzichtbares Stabilisierungsinstrument, um die Entstehung von steuerpflichtigen Scheingewinnen zu verhindern, die durch marktbedingte oder auch spekulative Preisschwankungen an den Metallbörsen entstehen können.

Aus produktionstechnischen Gründen müssen unsere Unternehmen stets größere Metallmengen vorrätig halten, um z.B. Schmelzöfen betreiben und Bearbeitungsprozesse durchführen zu können. Diese Metallbestände verbleiben ständig im Produktionskreislauf – verhalten sich also wie Anlagevermögen – und können nicht veräußert werden, ohne die Produktion einzustellen. Diese betriebsnotwendige Art und Weise der Vorrathaltung rechtfertigt eine gleichmäßige Bewertung der Vorräte. Preisschwankungen an den Metallbörsen würden ohne das Lifo-Verfahren dazu führen, dass die Metallbestände erheblichen Bewertungsschwankungen unterliegen, die bei steigenden Preisen zunächst zu hohen Buchgewinnen führen. Diese Buchgewinne wären voll zu versteuern, ohne dass sie tatsächlich zu realisieren

sind, es sein denn, man würde die Produktion einstellen. Die Scheingewinnbesteuerung führt zu einem erheblichen Liquiditätsabfluss, der durch Fremdkapital zu finanzieren ist. Insbesondere in Kombination mit eventuellen Einschränkungen der Möglichkeiten zur Verlustverrechnung könnte so eine Substanzbesteuerung entstehen, die dem Prinzip der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit widerspricht.



### ZUTREFFENDE DARSTELLUNG DER ERTRAGSLAGE

Die Erlöse für die Gewinnung und Verhüttung z.B. von Kupfer-, Blei-, Zink-, Zinn- und Nickelerzen in der Erzeugungsstufe sind im Vergleich zum Rohstoffwert gering. Gleiches gilt für die erste Verarbeitung von NE-Metallen, z.B. durch Walzen, Ziehen, Pressen und Gießen zu Blechen, Bändern, Drähten, Rohren, Stangen und Profilen oder zu gegossenen Teilen.

Die Unternehmen der NE-Metallindustrie beschaffen ihren Ersatz für veräußerte Metallbestände nach dem so genannten Deckungsprinzip: Der veräußerte Metallinhalt wird regelmäßig auf gleicher Preisbasis in zeitlichem und sachlichem Zusammenhang mit der Auftragserteilung oder der Auslieferung des erzeugten Produktes von den Unternehmen im Einkauf rückgedeckt. Reale Gewinne oder Verluste aus Kursänderungen der NE-Metalle werden auf diese Weise vermieden.

Daraus folgt: Den metallerzeugenden und -verarbeitenden Unternehmen bleiben nach Abzug der Kosten im Vergleich zum Metallwert nur relativ geringe Erträge.

Die Anwendung der Lifo-Methode führt somit zu einer zutreffenden Darstellung der Ertragslage.

3

### REALITÄTSGERECHTE STEUERZAHLUNG

Die Anwendung des Lifo-Verfahrens gleicht Bilanzschwankungen, die durch Börsenbewegungen entstehen, aus und führt zu einer realitätsgerechten Steuerzahlung auf Basis der tatsächlichen Wertschöpfung. Der Fiskus leidet darunter, dass Steuereinnahmen sehr unregelmäßig fließen. In konjunkturstarken Jahren steigt das Steueraufkommen signifikant an, während es in konjunkturschwachen Jahren wegen Verlustrückträgen überproportional sinkt. Das Lifo-Verfahren trägt dazu bei, Spitzen auszugleichen, und wirkt somit auch positiv im Sinne einer gleichmäßigen Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit.

4

### BILANZSCHWANKUNGEN ERSCHWEREN DIE KAPITAL- BESCHAFFUNG

Die ohne das Lifo-Verfahren auftretenden erheblichen Bilanzschwankungen müssen Investoren und Kapitalgebern erläutert werden und führen zu einer erheblich erschwerten Mittelbeschaffung, welche ohnehin bereits durch die Auswirkungen von Basel II problematischer geworden ist.

5

### NOTWENDIGKEIT EINES STABILISIERUNGSTRUMENTS BISHER IMMER ANERKANNT

Gesetzgeber und Justiz haben in der Vergangenheit die Notwendigkeit eines Stabilisierungsinstruments für die NE-Metallindustrie immer anerkannt (Eisener Bestand, Preissteigerungsrücklage, Importwarenabschlag, Umlaufmetallstock). Im Ergebnis hat dies zur Einführung der Lifo-Methode geführt, wodurch vorherige Instrumente abgelöst wurden. An der Notwendigkeit eines solchen Stabilisierungsinstruments hat sich bis heute nichts geändert.

→

Für die NE-Metallindustrie ist durch Lifo garantiert, dass die Metallbestände dem Prinzip der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit folgend veranlagt werden.

6

### LIFO-METHODE WIRD AUCH IM AUSLAND ANGEWENDET

In den USA, ebenso wie in einigen Ländern Europas, ist das Lifo-Verfahren zulässig und weit verbreitet. Dieser Gesichtspunkt sollte auch bei einer internationalen Harmonisierung der Rechnungslegungsvorschriften beachtet werden.

7

### GESETZGEBUNGSVERFAHREN ZUM STEUERVERGÜNSTIGUNGSABBAUGESETZ (StVergAbG) ZEIGT BESONDERE SITUATION DER NE-METALLINDUSTRIE

Das Gesetzgebungsverfahren zum StVergAbG im Jahr 2003 mit dem Ergebnis der Erhaltung des Lifo-Verfahrens im Steuerrecht zeigt, dass die damalige Bundesregierung und die Regierungsfractionen die Notwendigkeit der Lifo-Methode anerkannten.

8

### EINZELBEWERTUNG IST PHYSIKALISCH NICHT MÖGLICH

Die Metalle werden in den Unternehmen innerhalb der verschiedensten Bearbeitungsprozesse vermischt und sind somit einer Einzelbewertung nicht zugänglich. Seit vielen Jahren hat deshalb die Finanzverwaltung in der NE-Metallindustrie ein Abweichen vom Prinzip der Einzelbewertung akzeptiert.

9

### MISSBRAUCH IST ABZULEHNEN

Eine offensichtlich missbräuchliche Anwendung der Lifo-Methode, wie sie dem im BFH-Urteil vom 20.06.2000 (VIII R 32/98) behandelten Fall zugrunde liegt, wird auch von uns abgelehnt. In solchen Konstellationen ist das Lifo-Verfahren deshalb nicht zulässig und sollte nicht akzeptiert werden.

---

## ZULÄSSIGKEIT VON LIFO ERNEUT WISSENSCHAFTLICH BESTÄTIGT

---

An der Diskussion über die Zulässigkeit von Lifo beteiligen sich auch wissenschaftliche Experten. Neben namhaften Wirtschaftsprüfungsgesellschaften unterstützt auch das Institut Finanzen und Steuern (IFSt) den Erhalt der Lifo-Methode im Steuerrecht. Neben der IFSt-Schrift Nr. 401 aus dem Jahr 2002 befasst sich das IFSt mit dem Lifo-Thema erneut in einer aktuellen Schrift (IFSt-Schrift Nr. 486, 2013). Dr. Rainer Hüttemann, Professor am Institut für Steuerrecht der Universität Bonn, und Dr. Carsten Meinert, Richter am Finanzgericht Köln, untersuchen in der jüngsten IFSt-Schrift die Zulässigkeit der Vorratsbewertung unter Anwendung der Lifo-Methode nach Handels- und Steuerrecht.

Die Autoren kommen zu dem Ergebnis, dass es aus handelsrechtlicher Sicht keinen zwingenden Grund für die Abschaffung der Lifo-Methode gibt.

„Ferner spricht das mit den Verbrauchsfolgemethoden verfolgte Vereinfachungsanliegen dafür, den Unternehmen die Wahl zwischen mehreren grundsätzlich denkbaren Verbrauchsfolgefiktionen zu belassen. Solange die Lifo-Methode handelsrechtlich anerkannt bleibt, sollte das Steuerrecht schon mit Rücksicht auf den Grundgedanken der steuerlichen Maßgeblichkeit die Lifo-Methode ebenfalls als Verfahren zur vereinfachten Bewertung zulassen.“ (IFSt-Schrift Nr. 486, Seite 137)

### LIFO VERMEIDET SCHEINGEWINN-BESTEuerung

Obwohl die wissenschaftliche Bewertung zu dem Ergebnis führt, dass die Vermeidung einer Scheingewinnbesteuerung zwar eine Folge der Anwendung von Lifo ist, aber nicht sein gesetzgeberischer Zweck (vgl. IFSt-Schrift Nr. 486, Seite 84 ff), ist dieses Argument für die NE-Metallindustrie von hoher Bedeutung, um weitere Risiken und Belastungen von den Unternehmen fernzuhalten.

→I

## +++ STEUERNEWSTICKER +++

## Die Steuergesetzgebung 2012 und ein Ausblick auf 2013

Aufgrund der verschobenen Mehrheitsverhältnisse in Bundestag und Bundesrat wurden insbesondere das geplante Jahressteuergesetz 2013 und das **„Gesetz zur Änderung und Vereinfachung der Unternehmensbesteuerung und des steuerlichen Reisekostenrechts“** mehrmals in Bundestag, Bundesrat und Vermittlungsausschuss behandelt.

Letztendlich stimmte der Bundesrat am 01.02.2013 dem Vermittlungsvorschlag den **Reformen bei der Organschaft und im steuerlichen Reisekostenrecht** zu.

Die wesentlichen Eckpunkte hierzu:

**Bei der ertragsteuerlichen Organschaft**

- Aufgabe des doppelten Inlandsbezugs,
- Ausweitung der Verlustbeschränkung in Organschaftsfällen,
- Änderung der formalen Voraussetzungen beim Abschluss eines Gewinnabführungsvertrags,
- Einführung eines Feststellungsverfahrens und
- Ausweitung des Verlustrücktrags.

**Beim Reisekostenrecht**

- Zweistufige Staffelung bei den Pauschalen für Verpflegungsmehraufwendungen,
- Definition „erste Tätigkeitsstätte“.

Darüber hinaus stimmte der Bundesrat am 01.02.2013 der Erhöhung des **steuerfreien Grundbetrags zur Sicherung des Existenzminimums** zu. Der Grundfreibetrag steigt von 8.004 € auf 8.130 € im Jahr 2013 und auf 8.354 € ab 2014.

**WAS BESCHÄFTIGT UNS 2013?**

Als Reaktion auf das gescheiterte Jahressteuergesetz 2013 beschloss im Februar 2013 das Bundeskabinett den **„Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Amtshilferichtlinie sowie zur Änderung steuerlicher Vorschriften“**. In diesem Gesetz sollen die unstrittigen Themen aus dem Jahressteuergesetz 2013 umgesetzt werden.

**Diese betrifft insbesondere**

- das EU-Amtshilfegesetz,
- die Anpassungen an die Neufassung der Mutter-Tochter-Richtlinie,
- die Dienstwagenbesteuerung bei Elektroautos,
- die Übergangsregelungen bis zur Anwendung des elektronischen Verfahrens ELStAM (Elektronische Lohnsteuer Abzugs Merkmale) sowie
- die Einführung des Reverse-Charge-Verfahrens bei der Lieferung von Gas über das Erdgasnetz und bei der Lieferung von Elektrizität.

Der Bundesrat legte zum Jahresende 2012 den Entwurf eines Gesetzes zur weiteren Vereinfachung des Steuerrechts 2013 (StVereinfG 2013) vor.

**Die wesentlichen Eckpunkte sind**

- eine Erleichterung beim Abzug der Kosten für ein häusliches Arbeitszimmer,
- die Erhöhung des Arbeitnehmerpauschbetrags,
- eine zweijährige Gültigkeit von Freibeträgen im Lohnsteuerabzugsverfahren und
- Vereinfachungen beim Nachweis von Pflegekosten.

**Weitere steuerliche Themen für 2013 sind**

- die Änderung der Umsatzsteuer-Durchführungsverordnung bzgl. Gelangenheitsbestätigung und alternativen Nachweisen bei innergemeinschaftlichen Lieferungen,
- die Einführung einer Finanztransaktionssteuer im EU-Raum und
- insbesondere die Diskussion über die Wiedereinführung einer Vermögensteuer im Rahmen des Bundestagswahlkampfes 2013.

**AUTORIN**

Monika Setzermann ist Referentin für Steuerpolitik bei der Wirtschaftsvereinigung Metalle. Sie erreichen sie unter [setzermann@wvmetalle.de](mailto:setzermann@wvmetalle.de)

---

# „Steuergerechtigkeit“ und Wählerstimmen

---

*Die Besteuerung von Vermögen ist populär und riskant, die Debatte entsolidarisiert.*

---

**D**er Bundestagswahlkampf 2013 setzt auf soziale Gerechtigkeit, dazu gehört auch mehr Steuergerechtigkeit. Die Oppositionsparteien haben sich in der Debatte bereits auf konkrete Zahlen festgelegt. Die Regierungskoalition hat zwar noch nicht eindeutig Stellung zu ihren Steuerplänen genommen. Die laufenden Diskussionen, Beratungen und Verhandlungen über bestehende und neue Steuergesetze weisen aber in eine Richtung. Parteiübergreifend wird unter dem Motto der Steuergerechtigkeit eine Verschiebung der Steuerlast von Arm zu Reich von allen Parteien angestrebt, wenn auch mit unterschiedlich hohen Einstiegsschwellen.

Gibt es Steuergerechtigkeit? Bereits heute erbringen Bezieher mit einem Einkommen ab 70.000 Euro 55 Prozent des Steueraufkommens. Neben den Bemühungen, gemeinsam mit anderen Industrieländern auf internationaler Ebene gegen sogenannte aggressive Steuerplanung und Steuervermeidung vorzugehen, rücken auf nationaler Ebene insbesondere Einkommensteuer, Abgeltungssteuer, Erbschaftsteuer und Vermögensteuer in den Blickpunkt. Die Opposition im Deutschen Bundestag ist sich einig, den Grenzsteuersatz der Einkommensteuer anzuheben. Bei der Höhe bzw. Staffelung gibt es unterschiedliche Ansätze. Während die SPD einen Steuersatz von 49 Prozent bei einem Einkommen von 100.000 Euro anstrebt, setzen Bündnis 90/Die Grünen schon bei

einem Einkommen von 80.000 Euro den Spitzensteuersatz von 49 Prozent an. Die Links-Partei geht noch einen Schritt weiter. Hier soll bereits ab einem Einkommen von 65.000 Euro der Steuersatz 53 Prozent betragen und zusätzlich eine Reichensteuer von 75 Prozent eingeführt werden. Weitere Diskussionspunkte sind die Anhebung des Freibetrags sowie die Abschaffung des Ehegattensplittings. Auch wenn die Regierungsparteien noch nicht eindeutig Position bezogen haben, ist eine Anpassung der Einkommensteuersätze auch bei einer Fortführung der bisherigen Regierungskoalition wahrscheinlich.

Im Bereich der Abgeltungssteuer beabsichtigen die Oppositionsfractionen, künftig Einkommen aus Kapitalerträgen genauso zu besteuern wie Einkommen aus Arbeit.

Das Aufkommen aus der Erbschaftsteuer soll nach den Vorstellungen von Bündnis 90/Die Grünen verdoppelt werden. Höhere Einnahmen aus der Erbschaftsteuer wollen auch SPD und die Links-Partei erzielen. Die SPD zielt dabei auf die Eindämmung von steuerlichen Gestaltungsmöglichkeiten und die Rücknahme von Ausnahmetatbeständen bei gleichzeitiger Förderung des Erhalts von Arbeitsplätzen. Mit anderen Worten: die Besteuerung des Betriebsvermögens rückt wieder in den Vordergrund.

Die größte Veränderung in Deutschlands Steuerwelt droht durch eine Wiedereinführung der Vermögensteuer. In repräsentativen Umfragen begrüßen es rund zwei Drittel der Befragten, dass sich große Vermögen stärker an der Finanzierung von öffentlichen Aufgaben beteiligen sollen. Allerdings bereitet es Probleme, die Gruppe der Vermögenden exakt zu bestimmen. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin hat



## STEUERN:

Bundestagswahl 2013:  
Steuerpolitik – alles eine Frage der Gerechtigkeit

ermittelt, dass ein Netto-Vermögen ab 222.000 Euro ausreicht, um zum oberen Zehntel der Vermögenden zu gehören.

Die Vermögensteuer trifft entgegen der politischen Aussagen nicht nur vermögende Privatpersonen, sondern zu 90 Prozent Betriebsvermögen. Dabei spielt die Rendite eines Unternehmens eine wesentliche Rolle. Je geringer die Rendite ist, desto stärker wirkt die Vermögensteuer. Bei Verlusten würde die Steuer sogar die Substanz angreifen, da sie unabhängig von der Ertragslage zu zahlen wäre. Unabhängige Berechnungen haben ergeben, dass durch die Vermögensteuer bei einer Rendite von 2 Prozent die steuerliche Belastung des Ertrags knapp über 98 Prozent betragen würde. Bei einer Rendite von 10 Prozent läge die Ertragsteuerbelastung bei knapp über 58 Prozent.

Die Vermögensteuer gefährdet nicht nur betriebsnotwendige Investitionen und damit auch die Schaffung von Arbeitsplätzen am Standort Deutschland, sondern auch die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen auf den Exportmärkten und gegenüber Importen.

Die Einführung einer Vermögensteuer oder einer Vermögensabgabe hätte eine weitere Belastung des Mittelstands und damit eine Strapazierung des ohnehin nur schwachen Wachstums in Deutschland zur Folge.

→I

## POLITISCHE KONZEPTE ZUR VERMÖGENSSTEUER / -ABGABE

### Eckpunkte Vermögensteuer

- Steuersatz: 1 Prozent
- Steuerpflicht für alle natürlichen und juristischen Personen
- Freibetrag: 2 Mio. € pro Person/4 Mio. € für Ehegatten
- Lineares Abschmelzen des Freibetrages bis auf 500.000 €, wenn das Gesamtvermögen 2 Mio. € übersteigt
- Freibetrag für Kapitalgesellschaften: 200.000 €
- zusätzlich sog. Halbvermögensverfahren
- Bemessungsgrundlage: in- und ausländisches Vermögen
- In der Diskussion: Verschönerung des Betriebsvermögens

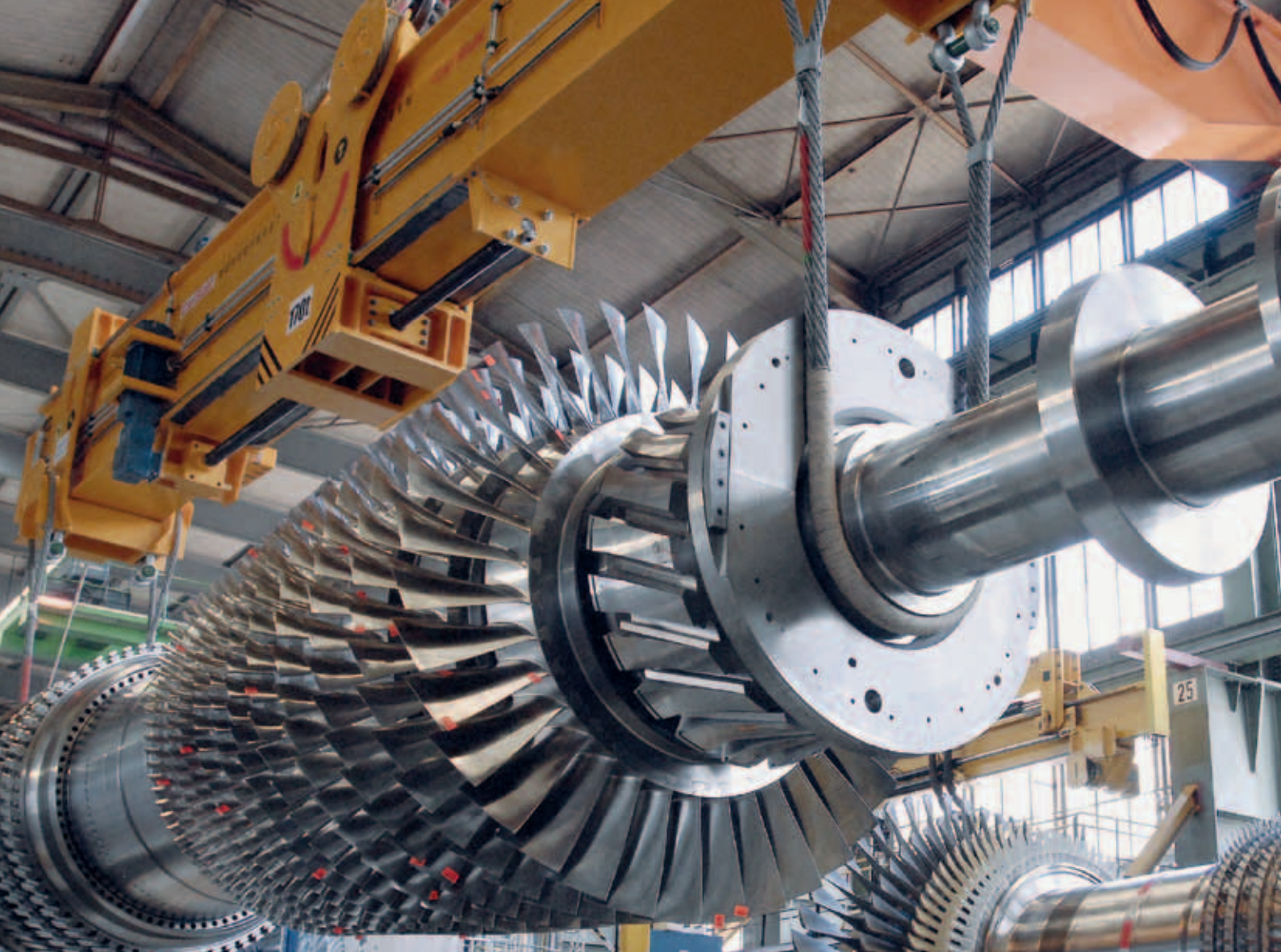
### Eckpunkte Vermögensabgabe

- Einmalige Festsetzung der Höhe, stichtagsbezogen
- Verteilung der Zahlung über 10 Jahre
- Steuersatz ca. 1 bzw. 1,5 Prozent p.a.
- Freibetrag: 1 Mio. € (Privatpersonen), 2 bzw. 5 Mio. € (Betriebe)
- Bemessungsgrundlage: Nettovermögen (Verkehrswerte)
- Begrenzung bei Betriebsvermögen: max. 35 Prozent des Gewinns

### Dient die Vermögensteuer einer gerechten Besteuerung?

#### Die Vermögensteuer ...

- ... belastet insbesondere Unternehmen
- ... führt zu geringeren Investitionen und ist ein Risiko für die Beschäftigung
- ... ist wachstumshemmend
- ... wäre ein Sonderweg in der EU
- ... benachteiligt deutsche Unternehmen im internationalen Wettbewerb und gegenüber Importen
- ... überfordert ertragsschwache Unternehmen
- ... wirkt krisenverschärfend
- ... ist verwaltungsaufwändig und bürokratisch



METALLE  
PRO KLIMA

KLIMAPOLITIK – MELANIE DILLENBERG

# Metalle für die moderne Gesellschaft – mitten im Leben

Politik

„Metalle pro Klima“ ist die Initiative von Unternehmen der  
Nichteisen-Metallindustrie für Energie- und Ressourceneffizienz  
sowie zum Klimaschutz: [www.metalleproklima.de](http://www.metalleproklima.de)

# 02.9

Höchster Wirkungsgrad durch Nichteisen-Metalle:  
Die Turbinenschaufeln erhalten eine extrem bruchfeste,  
höchsttemperaturbeständige Nickellegierung, die in  
der Gaskraftwerksturbine in Irsching/Bayern für einen  
hohen Wirkungsgrad sorgen.

Die Unternehmensinitiative „Metalle pro Klima“ ist seit fünf Jahren aktiv. Das öffentliche, fachliche und politische Interesse an der Arbeit der Initiative ist stetig gewachsen. Innerhalb der Unternehmen und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wird die Mitgliedschaft bei der Initiative mit besonderer Aufmerksamkeit registriert. „Metalle pro Klima“ eröffnet die Möglichkeiten, Know-how zu präsentieren und die Identifikation mit dem Unternehmen zu stärken. Die Initiative lebt vom Wissen und von der Erfahrung der Belegschaften. Diejenigen, die sich in den Unternehmen im Team zur Vorbereitung von Veranstaltungen oder Best Practice-Beispielen engagieren, tragen zusätzliche Verantwortung und geben diese weiter an die Kolleginnen und Kollegen. Sie erkennen, dass es sich auszahlt, ihr Unternehmen kompetent darzustellen, um den Blick der Gesellschaft auf das Unternehmen zu verändern.

## DER NE-METALLINDUSTRIE STIMME UND GESICHT GEBEN

Zum anhaltenden Erfolg von „Metalle pro Klima“ trägt die Multiplikatorenkraft der engagierten Teammitglieder in den Unternehmen entscheidend bei. Die Initiative inner- und außerhalb der Unternehmen bekannter zu machen, bedeutet, der Industrie konkret und individuell Stimme und Gesicht zu verleihen. Die Werte und Ziele der Initiative können auf diesem Weg multipliziert weitergetragen werden – dies gilt insbesondere für die Erfolge bei der Steigerung von Energie- und Ressourceneffizienz. Mitarbeiterinnen

und Mitarbeiter sind als Botschafter die inhaltlichen Säulen von „Metalle pro Klima“, verankern diese stärker und tragen die Botschaften als Kompetenz einer ganzen Branche nach außen. Die Mitgliedschaft bei „Metalle pro Klima“ zahlt sich in Form einer hohen gesellschaftspolitischen Dividende aus.

Durch ihre kontinuierliche Arbeit erfährt die Unternehmensinitiative Zuspruch, mittlerweile von allen gesellschaftlichen Akteuren. „Metalle pro Klima“ hat eine anerkannte Kompetenz entwickelt, Personen aus unterschiedlichen Verantwortungsbereichen zusammenzuführen. Die Erfahrung der vergangenen Jahre zeigt, dass Veranstaltungen an den Unternehmensstandorten die Glaubwürdigkeit steigern und die Akzeptanz erhöhen. Dazu trägt die fakten- und wissensbasierte Kommunikation bei. Aktuelle Beispiele: Das Feedback nach der regionalen Pressekonferenz bei der Aurubis AG in Lünen im Dezember 2012 und nach der Industrie-Exkursion zur Wieland-Werke AG im März 2013 ist eindeutig: Das direkte Gespräch und die Schilderung der Betroffenen führen zu einer Akzeptanzsteigerung und dem damit eng verbundenen „Aha-Effekt“. Es wird mit Vorurteilen gegenüber der Industrie aufgeräumt, die gerade im Zuge der öffentlichen Diskussionen rund um die Energiewende weit verbreitet sind.

## VON DER REGION IN BALLUNGSRÄUME

Die Strategie dieser „Bottom-up-Philosophie“ geht auf: Über die Veranstaltungen in den Regionen, auch an kleinen Unternehmensstandorten, bildet sich ein



## STIMMEN ZU METALLE PRO KLIMA

Auf der einen Seite steht die unvermeidbare Umweltbelastung, die mit der Metallerzeugung und -verarbeitung verbunden ist. Demgegenüber ist unbestritten, dass gerade diese Branche zu den Schlüsselindustrien der nahen und mittleren Zukunft zählt, auf die ein ernst zu nehmender Industriestandort nicht verzichten kann.

Nach außen tragen soll diese Aktivitäten die Initiative „Metalle pro Klima“, welche die WVM 2008 ins Leben gerufen hat. Mit dieser Initiative will sich die Branche der Diskussion stellen und konkret Aktivitäten zur Reduzierung von Treibhausgasen nachweisen. Dabei kommt es darauf an, für die Präsentation den richtigen Rahmen zu wählen. Hochglanz-Prospekte, in denen vom „grünen“ Aluminium gesprochen wird, reichen in dieser Auseinandersetzung nicht aus. „Metalle pro Klima“ setzt deshalb auf den Dialog mit industrie-kritischen Kreisen.

Mit sichtbarem Erfolg: Umweltschützer und Grüne sitzen heute bei zahlreichen Diskussionsveranstaltungen der Initiative auf dem Podium. Sie gehen in die Unternehmen und sprechen mit den handelnden Personen. Kritik an der Metallindustrie gibt es zwar nach wie vor, aber sie ist nicht mehr so schrill wie vor Jahren. Man spricht miteinander und hört einander zu. Mehr darf man angesichts der Ausgangslage zum Zeitpunkt des Beginns dieser Initiative kaum erwarten.

Auf dem weiteren Weg wird auch das Verständnis für die Anliegen der Gegenseite wachsen. Spätestens dann wird dieses Ziel der Initiative erreicht sein.



**DR.-ING. PETER JOHNE,**  
AUTOR ALUMINIUM KURIER,  
FACHZEITUNG FÜR  
VERARBEITUNG UND INDUSTRIE

breites Netz über ganz Deutschland. An den Kreuzungspunkten treffen die Akteure aus Politik, Medien und Gesellschaft mit den betroffenen Unternehmern der Nichteisen-Metallindustrie zusammen. Über die Botschaften von „Metalle pro Klima“ wird auf den Regionalveranstaltungen diskutiert. Aus den Teilnehmern der Veranstaltungen, den Unternehmen und der Unternehmensinitiative wird ein Netzwerk, das den kontinuierlichen Austausch pflegt. Die logische Konsequenz der regionalen Pressekonferenzen sind die Landesveranstaltungen in den Landeshauptstädten. Im Dezember 2012 wurde in Düsseldorf deutlich, dass die Themen von „Metalle pro Klima“ parteiübergreifend von allgemeiner Bedeutung sind: Die Nichteisen-Metallindustrie wird als Problemlöser erkannt, der die Weichen für eine Industrie der Zukunft und die moderne Industriegesellschaft stellt und dabei die Balance von Ökonomie und Ökologie im Blick hat. Es zeigt sich insgesamt, dass die übergreifende Strategie des „Grassrootings“ – von der Region in die Bal-

lungsräume – von Erfolg gekrönt ist. Durch die Schaffung eines Bewusstseins für die Leistungen und Beiträge der Industrie im Rahmen der Regionalveranstaltungen an den Unternehmensstandorten und in den Landeshauptstädten wächst der Bekanntheitsgrad bei allen Akteuren: in der Politik, bei den Medien, aber auch bei Nichtregierungsorganisationen und Verbänden.

## KOMMUNIKATION IN STARKEN NETZWERKEN

Es freut uns, dass unser Konzept Nachahmer findet, was eine besondere Form der Anerkennung ist. Nach fast fünf Jahren kann eine erste Zwischenbilanz gezogen werden. Eine Bilanz, die nicht als Abschluss gedacht ist, sondern als Wegmarke einer sehr erfolgreichen Entwicklung im Kontext der Wirtschaftsvereinigung Metalle. Die Unternehmensinitiative hat sich bisher in den Unternehmen insbesondere bei den Themenbereichen Klimaschutz, Energieeffizienz und Ressourceneffizienz positioniert. Diese Themenfelder haben in den zurückliegenden Jahren eine große Konjunktur erfahren. Die positive direkte und mediale Resonanz auf die Veranstaltungen macht deutlich, dass die Initiative auf

dem richtigen Weg ist. Durch die Zusammenarbeit mit den beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entsteht in den Phasen der Vorbereitung und der Durchführung ein nachhaltiges Teamgefühl. Das gemeinsame Erfolgserlebnis schafft ein belastbares Verhältnis und erweitert das Netzwerk „Metalle pro Klima“.

Insbesondere die stetige Präsenz der Unternehmensvertreter auf den Veranstaltungen trägt zu dem positiven Weg der Initiative bei. Oliver Bell und Peter Willbrandt setzen als Vorsitzende der Unternehmensinitiative in Berlin, Brüssel und Düsseldorf auf Veranstaltungen deutliche und persönliche Akzente. Oliver Bell, Vorstand Norsk Hydro ASA, setzt sich für die Belange der NE-Metallindustrie auch auf europäischem Parkett verstärkt ein – unterstützt durch seine Präsidenten-Funktionen in der Wirtschaftsvereinigung Metalle, für Eurométaux und „Metalle pro Klima“. Die dezidierte Schilderung der Betroffenheit der Unternehmen durch mit Zielkonflikten behaftete Politiken auf nationaler und europäischer Ebene aus der Sicht eines hochrangigen Unternehmensvertreters hinterlässt Eindruck und Nachdenklichkeit. Deutlich wurde dies vor allem bei den Veranstaltungen in Brüssel in der Diskussion mit Europaabgeordneten sowie Vertretern der Kommission.

Gleichermaßen agiert auch Peter Willbrandt, Vorstandschef der Aurubis AG, der im Dezember 2012 „seine“ Werkstore geöffnet und zur regionalen Pressekonferenz nach Lünen eingeladen hatte. Die Teilnehmer konnten sich anhand der standortnahen Schilderung ein Bild von der anspruchsvollen Recyclingstrategie machen. Die hohe Beteiligung hat gezeigt, dass die Arbeit der Initiative auf breites Interesse stößt.

## EFFIZIENZWELTMEISTER IN DEN UNTERNEHMEN GESUCHT

Die Themen Klimaschutz, Energie- und Ressourceneffizienz sowie Nachhaltigkeit werden als wesentliche Arbeitsfelder von Industrieunternehmen seitens der Teilnehmer akzeptiert. Die Themenfelder sind fester Bestandteil der Veranstaltungen und werden als Inhalte in die jeweilige Unternehmensstrategie aufgenommen. Auf diesen Säulen fußt „Metalle pro Klima“. Während in den Anfängen der Unternehmensinitiative der Fokus auf den Themenkomplex Klimaschutz gerichtet war, hat im Laufe der Jahre eine Erweiterung stattgefunden. Das Bewusstsein für neue Themenbereiche ist in dieser Zeit gewachsen. Die Themen Energie- und Ressourceneffizienz sind unmittelbar mit den Zielen der Initiative verknüpft. So ist es konsequent, dass international „Metals pro Climate“ mit dem Untertitel „Metals for Society“ arbeitet. Es zeigt sich immer wieder, dass die Technikerinnen und Techniker in den Unternehmen wahre „Effizienzweltmeister“ sind. In der stetigen Erweiterung der Best Practice-Datenbank liegt das Kernstück von „Metalle pro Klima“.

Die Unternehmen beweisen durch die Arbeit und ihre Darstellung über „Metalle pro Klima“, dass Energieeffizienz und Klimaschutz kontinuierliche Prozesse sind. Sie werden dabei von einem kleinen schlagkräftigen Team und von der WVM unterstützt.

→



### AUTORIN

Melanie Dillenberg leitet das Projekt „Metalle pro Klima“. Sie erreichen sie unter [dillenberg@metalleproklima.de](mailto:dillenberg@metalleproklima.de)

# Industrie. Kommunikation

Politik

*Die Industrie setzt im gesellschaftlichen Dialog neben Fakten zunehmend auf Emotionen und klare Botschaften. Pro-aktive und offensive Industriekommunikation ist der Schlüssel für Akzeptanz.*

## 02.10

**D**ie Kultur pflegt seit Jahren die Nacht der Museen, des Theaters und der Literatur. Auch die Industrie öffnet mit wachsendem Erfolg ihre Tore zur Nachtzeit. Werksbesuche in der Nacht vermitteln eine besondere Sicht auf Mensch und Maschine. In der Dunkelheit wird vieles klarer und steht in einem hellen Licht als im grauen Alltag.

### METALLE PRO KLIMA ÖFFNET FABRIKTORE

Ungewohnter Kontext und ungewöhnliche Perspektiven sind auch eine Stärke von „Metalle pro Klima“. Die Unternehmensinitiative der WVM öffnet seit bereits fünf Jahren bundesweit die Tore der Fabrikhallen der NE-Metallindustrie. Bis zu vier Mal im Jahr lädt die Initiative für Klimaschutz, Energie- und Ressourceneffizienz gemeinsam mit Mitgliedsunternehmen an die Standorte der Unternehmen ein. Im Blickpunkt stehen die Erzeugung und Verarbeitung von Metallen auf höchstem technischen Niveau. Respekt vor dem Werkstoff, Verantwortung gegenüber den Umweltressourcen und der Dialog mit den Beschäftigten machen die Veranstaltungen einzigartig. Parlamentarier, Vertreter aus Ministerien und Behörden, Nichtregierungsorganisationen, Kirchen, Bildung sowie aus Wirtschaft und Wissenschaft zählen zu den Gästen der Veranstaltungen und gehen selten ohne einen Zugewinn an Erkenntnissen und Kontakten. Über „Metalle pro Klima“ wird industrielle Wertschöpfung (be)greifbar, glaubwürdig und identifikatorisch. Auf die Regionalveranstaltungen bei den Unternehmen vor Ort folgen zentrale in den Landeshauptstädten der Bundesländer. Der industriepolitische Dialog wird sowohl in Berlin als auch in Brüssel fortgesetzt.

Die Lange Nacht der Industrie und die Initiative Metalle pro Klima folgen demselben Prinzip: Sie nutzen das Grassroots-Campaigning. Nur wenn Menschen in die Museen und Theater gehen, wird Kultur lebendig. Nur wenn die Menschen in die Unternehmen kommen, hat Industrie die Chance auf Akzeptanz und Zukunft. Akzeptanz setzt immer den Dialog voraus. Je authentischer dieser ist, umso größer sind die Erfolge.

### INDUSTRIE SETZT AUF DIALOG UND EMOTION

Die Kommunikationsarbeit der Industrie wird neu ausgerichtet. Es reicht nicht mehr aus, sachlich und faktengestützt zu informieren. Die Industrie muss deutlich stärker auf Dialog und Emotion setzen. Sie ist als gesellschaftlicher Akteur erst einmal aufgerufen zu überraschen. Industrie überrascht an Orten und zu Zeiten, die es der Gesellschaft ermöglichen, mehr über die Industrie zu erfahren.

Wer sich die Frage stellt, wohin sich die Kommunikation von Verbänden und Unternehmen entwickeln sollte oder gar muss, der ist bei unkonventionellen Ansätzen auf der richtigen Spur. Diese Form der Kommunikation bleibt unerwartet und trägt in erster Linie in der Grundstoffindustrie noch immer pionierhafte Züge. Sie ist wider Erwarten offensiv. Industriekommunikation hat das Potenzial zu überraschen.

# PERSPEKTIVEN

## NICHTEISEN-METALLE: DNA DES WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG METALLE

Proaktive Industriekommunikation lebt davon, dass die Unternehmen und Verbände gemeinsam der Industrie Stimme und Gesicht geben. Es kommt auf die Inhalte, die Botschaften, aber im gleichen Maße auf diejenigen, die sie überbringen, die Botschafter an.

Ausgangspunkt einer nachhaltigen Kommunikationsstrategie für die Mitgliedsunternehmen der Wirtschaftsvereinigung Metalle und der Unternehmensinitiative Metalle pro Klima ist die klare Botschaft, dass die metallherstellenden und -bearbeitenden Unternehmen die Problemlöser für die Herausforderungen der modernen Industriegesellschaft sind. Das prägt unterdessen das positive Image der gesamten Nichteisen-Metallindustrie.

Unsere Industrie muss sich für ihre Leistungen nicht verstecken. Dennoch schraubt insbesondere die Politik die gesellschaftlichen und gesetzlichen Rahmenbedingungen immer weiter nach oben. Bis zu dem Punkt, an dem für Industrieunternehmen kaum noch Luft zum Atmen bleibt.

## AKZEPTANZ DURCH GESELLSCHAFTLICHEN DIALOG

Wer sich dem dringend notwendigen gesellschaftlichen Dialog zu spät oder gar nicht öffnet, hat kaum eine Chance, im zukünftigen politischen Alltag die Akzeptanz zu erfahren, die er in Krisenzeiten als Garant von Arbeitsplätzen und Wohlstand verbuchen konnte.

Ohne die Realwirtschaft stünde Deutschland im Konzert der europäischen Staaten kaum so gut da, wie es jetzt der Fall ist. Selbst wenn die Konjunktur erst 2014 wieder volle Fahrt aufnimmt, könnte das Industrieland Deutschland die Zeit nicht überbrücken, wenn die Grundstoffindustrie nicht weiterhin die Rolle

eines Stabilitätsankers in Zeiten der Krise und eines Motors während des Aufschwungs wahrzunehmen in der Lage ist.

Zudem machen wir zurzeit die Erfahrung, dass die Industrie sonntags gelobt und wochentags neu belastet und reguliert wird. Das ist keine schöne, wenn auch wenig überraschende Erfahrung.

## STRATEGISCHE ALLIANZEN UND STARKE NETZWERKE

Die Kommunikation der Wirtschaftsvereinigung Metalle erfährt durch die strategischen Allianzen mit anderen Industrie- und Wirtschaftsverbänden und vor allen Dingen durch die Verknüpfung mit der Unternehmenskommunikation der Mitgliedsunternehmen eine stärkere Vernetzung und dadurch weit aus mehr Gehör als vor einer Dekade. Zu den Netzwerken und Allianzen zählen der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und die Energieintensiven Industrien in Deutschland (EID). Die strategische Allianz aus dem Dachverband der deutschen Industrie, der 38 Mitgliedsverbände vereinigt, und sechs Verbänden der Grundstoffindustrie, darunter die Wirtschaftsvereinigung Metalle, schweißt die Kommunikationsarbeit durch gemeinsam zu vertretende Interessen enger zusammen. Sie geben der Industrie gemeinsam Stimme und Gesicht in der öffentlichen Debatte.

→



Die Lange Nacht der Industrie 2012: 10.000 Besucher in 229 Industrieunternehmen in 10 Regionen Deutschlands.

Zentraler Grund für die gute Positionierung der WVM im öffentlichen Meinungsbild ist die Kommunikation des Führungstandems „Präsident und Hauptgeschäftsführung“. Beide Repräsentanten kommunizieren schnell, differenziert und gut. Sie geben der Branche als Persönlichkeiten und durch Präsenz in den Medien Gesicht und Stimme.

Offensive Industriekommunikation wird auf nationaler und auf europäischer Ebene praktiziert. In Verbindung mit neuen Formaten und Kooperationen, wie der Langen Nacht der Industrie, und den strategischen Allianzen mit anderen Verbänden gelingt es durch die Kommunikation, als Transmissionsriemen für Industrieunternehmen in die Gesellschaft und Politik zu wirken.

## OFFENSIVE INDUSTRIEKOMMUNIKATION IM NETZWERK „PRO INDUSTRIE“

Der Grundsatz dieses belastbaren Netzwerkes „Pro Industrie“, das Bewusstsein für die Industrie und ihre Leistungen zu steigern, bildet für die Unternehmen der NE-Metallindustrie und der energieintensiven Industrie insgesamt wesentliche Mehrwerte. Sie überzeugen damit regelmäßig die Gesprächspartner aus Politik,

Medien und Gesellschaft, weil gerade dort verlässliche Dialogpartner aus der Industrie geschätzt werden.

Die Kommunikation dient dabei in Feinabstimmung mit der Unternehmenskommunikation der Mitgliedsunternehmen als Plattform für die Umsetzung zentraler Botschaften der Industrie. Zentrale Handlungs- und Themenfelder sind der Klimawandel, die Energiewende und dadurch bedingt in Deutschland, aber auch in Europa, der Umbau der Energieinfrastruktur. Das zu thematisieren, bedeutet für Industrieunternehmen ein hohes Maß an Veränderungsbereitschaft.

Der Wert der ehrlichen und transparenten Kommunikation steigert sich, wenn sich während der auf Dialog ausgerichteten Kommunikation etwas bewegt oder gar etwas zu verändern scheint. Dazu zählt auch die Diskussionsbereitschaft mit den Gesprächspartnern der Mitgliedsunternehmen und des Verbandes, um die eigenen Botschaften zu erklären und zur Diskussion zu stellen.

## KOMMUNIKATION ALS STRATEGISCHES INSTRUMENT

Die Wirtschaftsvereinigung Metalle nutzt Kommunikation als strategisches Instrument, um nach innen und außen zu wirken. Kommunikation wirkt als Radarsystem für neue Themen und Trends. Kommunikation bereitet Komplexität verständlich auf und trägt sie zu den Zielgruppen.

Botschafter und Botschaften der NE-Metallindustrie prägen das klare Profil und die Vertrauenswürdigkeit der Branche bei den vielfältigen industriepolitischen Dialogen gemeinsam mit der WVM. Unternehmenskommunikation und Kommunikation des Dachverbandes der NE-Metallindustrie bilden hier eine wichtige Schnittmenge aus Grundsätzen und Werten, die das Handeln als Branche bestimmen und die Zuverlässigkeit ausstrahlen, die Grundstoffindustrie zu einem verlässlichen Dialogpartner zu machen. Die Unternehmenskultur der Unternehmen der NE-Metallindustrie begründet die aktive und überzeugende Kommunikationsarbeit der Branche. Unternehmenskommunikation und Verbandskommunikation gehen Hand in Hand und funktionieren letztlich nur gemeinsam.

## TRANSPARENTE UND EHRLICHE KOMMUNIKATION

Bei allen Kommunikationsstrategien darf eines nicht in Vergessenheit geraten: Wir führen den Dialog immer mit Menschen, deren Bedürfnisse unterschiedlicher nicht sein können. Das fängt bei Mandatsträgern der unterschiedlichen Ebenen an, geht über die NGOs bis hin zu Medienvertretern als Meinungsmacher. Den industriepolitischen Dialog mit diesen gesellschaftlichen Gruppen haben

sich die Spitzen der NE-Metallindustrie zur Daueraufgabe gemacht. Es hilft hier, mit Fakten und nachvollziehbaren Argumenten zu arbeiten. Das zählt letztlich zu einer ehrlichen und transparenten Kommunikation.

Die Nichteisen-Metallindustrie legt größten Wert auf langfristigen Erfolg in der Kommunikation. Dazu gehören Dialogpartner, die merken, dass von der Idee bis zur Kritik alles ernst genommen und vor allen Dingen aufgenommen wird. Der direkte Austausch mit Menschen, das Gespräch, ist durch kaum eine andere Aktivität zu ersetzen. Das setzt voraus, dass wir nicht nur senden, sondern auch empfangen und zuhören. Vorschläge und Feedback aus den Reihen der Kommunikationspartner der Wirtschaftsvereinigung Metalle und der Mitgliedsunternehmen werden konstruktiv aufgegriffen und weiterverfolgt. Wir vereinbaren mit unseren Gesprächspartnern einen regelmäßigen Austausch und korrigieren gemeinsam getroffene Einschätzungen, wenn das notwendig erscheint und den Fakten entspricht. Die Zuverlässigkeit von Aussagen der NE-Metallindustrie ist deshalb schwerlich zu hinterfragen. Das verstehen wir unter nachhaltiger Kommunikation und Wertschätzung unserer Diskussionspartner. Das prägt den Kommunikationsstil der WVM – offen, direkt und respektvoll.

Wir fühlen uns der Nachhaltigkeit verpflichtet, uns pro-aktiv für die Industrie und den gesellschaftlichen Dialog zu engagieren. Wir setzen nicht auf Defensive, sondern auf kontrollierte Offensive.

→



### AUTOR

Dirk Langolf ist Pressesprecher der Wirtschaftsvereinigung Metalle und der Unternehmensinitiative „Metalle pro Klima“. Sie erreichen ihn unter [langolf@wvmetalle.de](mailto:langolf@wvmetalle.de)

03

---

KONJUNKTUR

---

# Konjunktur und Statistik

---

**80 – 115**

Eckdaten zur Konjunkturentwicklung sowie Zahlen  
und Fakten zur Lage der NE-Metallindustrie

---

---

## **82 Die Branche im Fokus**

Die deutsche Nichteisen-Metallindustrie im Jahr 2012

## **83 Die Lage der Weltwirtschaft**

Weltkonjunktur kühlt im Jahresverlauf 2012 ab

## **91 Die nächsten Stufen der Wertschöpfung**

Die Entwicklung in den Abnehmerindustrien

## **96 Die Lage der NE-Metallindustrie**

Die Entwicklung der NE-Metallindustrie

Die Entwicklung nach NE-Metallbranchen

## **103 Statistischer Anhang**

Eckdaten und Kennzahlen der deutschen NE-Metallindustrie

---

# Die deutsche Nichteisen-Metallindustrie im Jahr 2012

## DIE ECKDATEN DER DEUTSCHEN NE-METALLINDUSTRIE 2012

**108.775**

Beschäftigte

**665**

Unternehmen

**7,8 Mio. t**

Produktion

**50,5 Mrd. €**

Umsatz

**22,0 Mrd. €**

davon Auslandsumsatz

**24,2 Mrd. kWh**

Energieeinsatz (2011)

**13,3 Mrd. kWh**

davon Stromeinsatz

Quellen: Statistisches Bundesamt,  
Wiesbaden, und eigene Erhebungen

Die Zuversicht in der deutschen Nichteisen(NE)-Metallindustrie trübt sich im Vergleich zum Jahresbeginn im Mai 2013 zwar leicht ein, bleibt aber auf hohem Niveau. Im Jahr 2012 erzielte die NE-Metallindustrie mit 108.775 Beschäftigten (plus zwei Prozent gegenüber dem Vorjahr) in 665 Unternehmen eine Produktion von 7,8 Millionen Tonnen (minus vier Prozent) und einen Umsatz von 50,5 Milliarden Euro (minus acht Prozent), davon 22,0 Milliarden Euro (minus zehn Prozent) im Ausland. Das entsprach einer Exportquote von 44 Prozent. 66 Prozent der Ausfuhren gingen in die Euroländer – das sind zwei Prozentpunkte weniger als im Vorjahr. Die Umsatzentwicklung wurde deutlich von den Börsennotierungen der NE-Metalle beeinflusst. So wie die Preise im Jahr 2011 den Umsatz in die Höhe getrieben haben, wirkten sie sich im Jahr 2012 dämpfend aus. Die Nachfrage aus wichtigen Absatzmärkten wie Italien und Spanien blieb schwach. Selbst eine leichte Belebung in den Schwellenländern kompensierte dies nicht. Im Mai 2013 beurteilen gut 73 Prozent der befragten Unternehmer aus der NE-Metallindustrie ihre Geschäftslage als gut oder saisonüblich. Die Geschäftserwartungen auf Sicht von sechs Monaten haben sich seit ihrem Tiefpunkt im Sommer 2012 deutlich verbessert – über 80 Prozent der Befragten sehen günstigere oder etwa gleiche Geschäfte. Für 2013 erwartet die Branche ein ähnliches Produktionsniveau wie im Vorjahr.

Als moderne Grundstoffindustrie steht die NE-Metallindustrie am Anfang der Wertschöpfungskette und ist von der konjunkturellen Entwicklung ihrer Abnehmerindustrien abhängig. Entsprechend der Nachfrage aus den Schlüsselbranchen Automobil-, Bau-, Elektrotechnik- und Elektronikindustrie, Maschinen- und Anlagenbau sowie Luft- und Raumfahrtindustrie war 2012 zweigeteilt in ein auskömmliches erstes Halbjahr und ein kraftloses zweites Halbjahr. Erst im Januar 2013 kam es zu einer Belebung, die nicht nur auf saisonale Effekte zurückging. Industriemetalle werden seit 2004 zunehmend gehandelt. Der Umsatz einiger Metalle an der London Metal Exchange ist etwa 50 mal größer als deren globale Jahresproduktion.



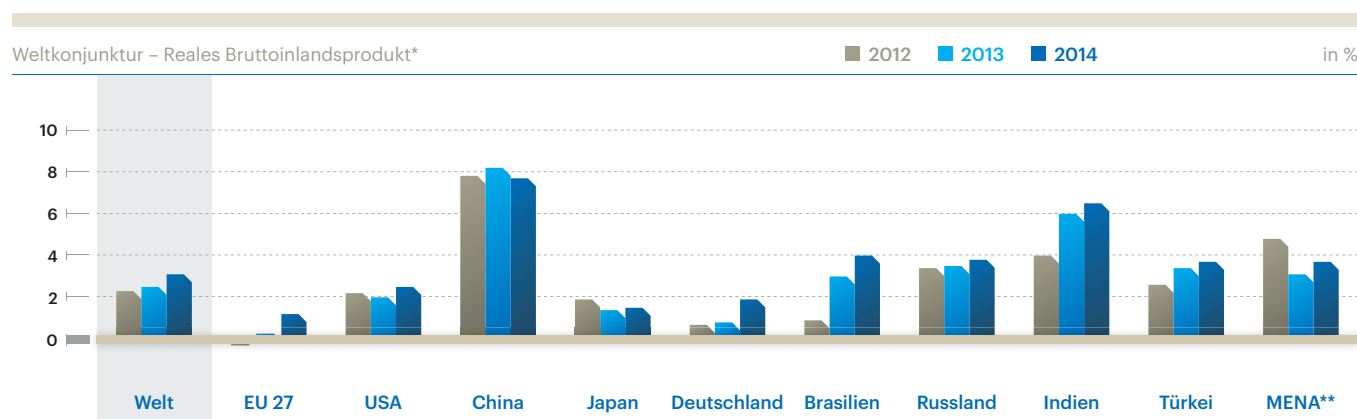
### WEITERE INFORMATIONSGRAFIKEN

Den Statistischen Anhang mit Eckdaten und Kennzahlen der NE-Metallindustrie sowie weiteren Grafiken finden Sie ab Seite 103.

## DIE LAGE DER WELTWIRTSCHAFT

# Weltkonjunktur kühlt im Jahresverlauf 2012 ab

*Die Staatsschulden- und Finanzkrise in den entwickelten Volkswirtschaften und vor allem die Krise im Euroraum beeinträchtigten die Weltkonjunktur insgesamt.*



\* Änderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; 2013, 2014: Prognosen; Länder/Regionen sortiert nach dem BIP von 2012 in US-Dollar.

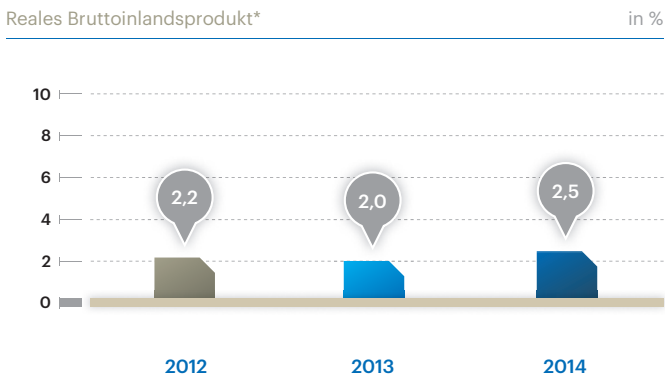
\*\* MENA steht für Middle East and North Africa: Ägypten, Algerien, Bahrain, Dschibuti, Iran, Irak, Jemen, Jordanien, Katar, Kuwait, Libanon, Libyen, Mauretanien, Marokko, Oman, Saudi Arabien, Sudan, Syrien, Tunesien und Vereinigte Arabische Emirate.

Quellen: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, 18. April 2013; Internationaler Währungsfonds (IWF), World Economic Outlook, 16. April 2013

Im Jahr 2012 stieg das globale Bruttoinlandsprodukt gemäß Frühjahrsgutachten der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose um real 3,2 Prozent. Insgesamt war das Jahr 2012 geprägt von hohen öffentlichen Haushaltsdefiziten, hoher Arbeitslosigkeit und einer daraus resultierenden schwachen Nachfrage, vorwiegend in Südeuropa und Großbritannien, aber auch in vielen mittel- und osteuropäischen Staaten. In den Vereinigten Staaten führten die anhaltend angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt und das hohe öffentliche Defizit zum mangelnden Vertrauen in die Wirtschaftspolitik. Dieses ungünstige Geschäftsklima in einem Großteil der Weltwirtschaft drückte auch in den exportorientierten

Schwellenländern die Wachstumsraten. Anfang 2013 hellten sich die Aussichten für die Weltwirtschaft zwar auf, wurden in Europa im März allerdings von der Zypernkrise wieder eingetrübt. Somit erwarten die Institute, dass die Weltkonjunktur voraussichtlich erst allmählich Tritt fassen wird, und rechnen für das Jahr 2013 mit einem Wachstum des weltweiten Bruttoinlandsprodukts um 3,5 Prozent und für das kommende Jahr mit einem Plus von 4,1 Prozent. Nach einem schwachen Wachstum des **Welthandels** um 2,8 Prozent im Jahr 2012 erwarten die Institute für das Jahr 2013 eine leichte Belebung auf 3,8 Prozent. Erst im Jahr 2014 dürfte der Welthandel wieder um 5,5 Prozent zulegen.

## USA

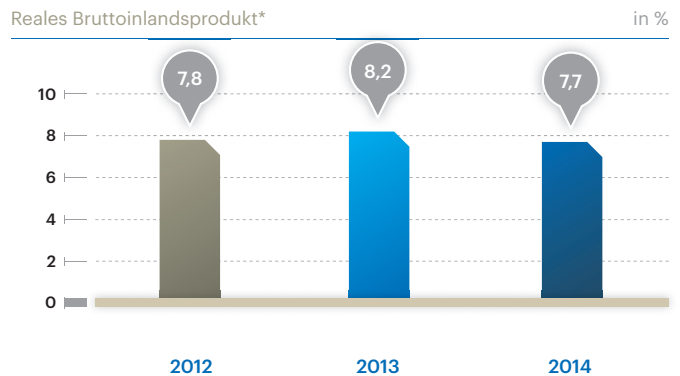


\* Änderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; 2013, 2014: Prognosen.  
Quelle: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, 18. April 2013.

↳ In den Vereinigten Staaten blieb die wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2012 verhalten. Insgesamt stieg das reale Bruttoinlandsprodukt der USA in 2012 um 2,2 Prozent. Maßgeblich hierfür waren ein Exportwachstum in Höhe von 3,4 Prozent und ein Anstieg des privaten Konsums – der zu mehr als zwei Dritteln zum Bruttoinlandsprodukt der Vereinigten Staaten beisteuert – um 1,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Exportindustrie profitierte von den im Vergleich zu Europa niedrigen Strom- und Erdgaspreisen in den USA. Die Importe wuchsen mit 2,4 Prozent weniger stark als die Exporte, sodass das Handelsbilanzdefizit der USA abnahm. Das robuste Wachstum der privaten Konsumausgaben überraschte vor dem Hintergrund der zu Beginn 2013 drohenden Steuererhöhungen.

Die Arbeitslosenquote fiel im Dezember 2012 auf 7,7 Prozent – der niedrigste Stand seit Februar 2009. Damit war sie aber immer noch bedeutend höher als in den Jahren 2006/2007. Für das Jahr 2013 gehen die Institute von einem etwas niedrigeren Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts um etwa zwei Prozent aus. Die Unternehmen profitieren von günstigen Finanzierungsbedingungen und einer guten Ausstattung mit Liquidität. Die Finanzpolitik hat die fiskalische Konjunkturbremse, die für 2013 angelegt war („Fiscal Cliff“) nur zum Teil in Kraft treten lassen. So werden die Steuersenkungen für geringe und mittlere Einkommen auf Basis des im Januar 2013 verabschiedeten US-Steuerreformgesetzes fortgeführt. Die Beendigung der vergünstigten Abschreibungsmodalitäten für Unternehmen und der verlängerte Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung wurden vorerst um ein Jahr aufgeschoben. Andererseits wurden die Reduktion der Sozialversicherungsbeiträge und die Steuerermäßigungen für hohe Einkommen beendet. Ebenso traten die in 2011 beschlossenen automatischen Ausgabenkürzungen („Sequester“) im März 2013 in Kraft. Für das kommende Jahr trauen die Institute der US-Volkswirtschaft dennoch ein Wachstum von 2,5 Prozent zu.

## CHINA



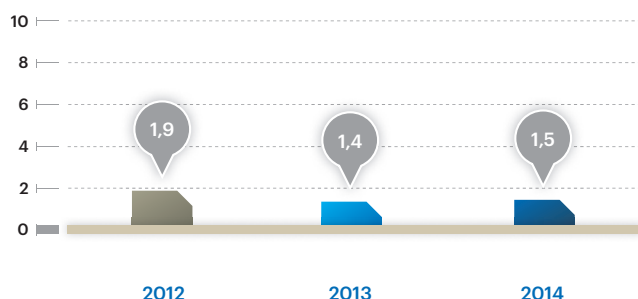
\* Änderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; 2013, 2014: Prognosen.  
Quelle: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, 18. April 2013.

↳ Mit einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in Höhe von 7,8 Prozent im Jahr 2012 war die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung Chinas geringer als in den Jahren 2010 und 2011. Allerdings zog die Konjunktur zum Jahresende 2012 wieder an. Maßgeblich für die konjunkturelle Belebung war die Binnenwirtschaft, vor allem der Konsum. Folglich nahm auch wieder die Industrieproduktion zu. Die Exportwirtschaft hat zum Jahresende deutlich an Schwung verloren. Im Gesamtjahr 2012 verzeichnete die Auslandsnachfrage mit acht Prozent das niedrigste Wachstum seit 2009. Zwar wurden im Handel mit Asien und Afrika hohe Steigerungsraten verzeichnet, die Ausfuhren in die entwickelten Volkswirtschaften, im besonderen Maße in die Europäische Union, sind aber deutlich rückläufig. Die Europäische Union ist weiterhin der wichtigste ausländische Markt für Chinas Waren. Der Wohnimmobilienmarkt erholte sich. Die Wirtschaftspolitik stützte die Konjunktur mit einem umfangreichen Investitionsprogramm und mit Hilfen für Exporteure. Auch die Geldpolitik wurde gelockert. Der jährliche Anstieg der Verbraucherpreise hat sich zum Jahreswechsel beruhigt und lag im Januar 2013 bei zwei Prozent.

Für das laufende Jahr rechnen die Institute für China mit einem kräftigen Wachstum in Höhe von 8,2 Prozent. Wachstumsimpulse für den Konsum könnten sich aus den hohen Lohnsteigerungen und einer Verbesserung der Arbeitsmarktlage ergeben. Für 2014 gehen die Institute von einer Wachstumsabschwächung auf 7,7 Prozent aus – unter anderem aufgrund der Beendigung des staatlichen Investitionsprogramms.

## JAPAN

Reales Bruttoinlandsprodukt\* in %

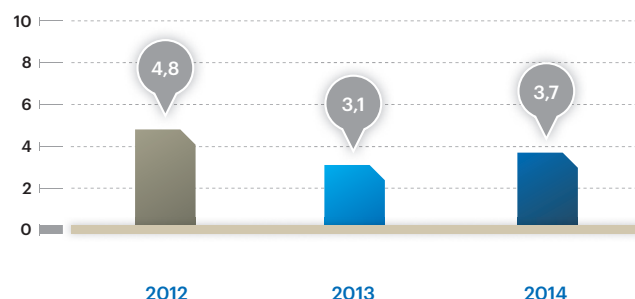


\* Änderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; 2013, 2014: Prognosen.  
Quelle: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, 18. April 2013.

↳ Die japanische Wirtschaftsleistung stieg im Jahr 2012 um 1,9 Prozent, hat sich aber fast zwei Jahre nach der Natur- und Atomkatastrophe noch immer nicht erholt. Der Exportsektor enttäuschte einmal mehr. Belastend wirkte nach wie vor der starke Yen, der vor allem gegenüber Unternehmen aus Südkorea zu Wettbewerbsnachteilen führte. Gleichzeitig blieb die Nachfrage aus Europa schwach. Der Inselstreit mit Japans größtem Absatzmarkt China führte zu Boykottaufrufen gegen japanische Waren und in der Folge zu einem einbrechenden Export nach China. Die seit langem andauernde Deflation konnte nicht überwunden werden und schwächte die Inlandsnachfrage. Die jährliche Änderungsrate der Verbraucherpreise lag im Dezember 2012 bei minus 0,1 Prozent. Angesichts der niedrigen Kapazitätsauslastung vieler Unternehmen wurden Investitionen in Ausrüstungen und Anlagen unterlassen. Die staatliche Förderung zum Kauf umweltfreundlicher Autos lief im dritten Quartal aus, und die Mehrausgaben im Rahmen des Wiederaufbaus in den vom Tsunami betroffenen Gebieten waren deutlich rückläufig. Ungeachtet der hohen Staatsschulden von mehr als 230 Prozent des Bruttoinlandsprodukts hat die neue Regierung ein Konjunkturprogramm von umgerechnet 90 Milliarden Euro aufgelegt – das entspricht etwa zwei Prozent des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts. Vor allem Exporthilfen für Unternehmen, Investitionen in die öffentliche Infrastruktur und in neue Technologien sollen damit finanziert werden. Für das laufende Jahr erwarten die Institute ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von nur 1,4 Prozent und im Jahr 2014 von 1,5 Prozent. Das geldpolitische Umfeld dürfte im Prognosezeitraum expansiv bleiben. So hat die neue Regierung ein Inflationsziel von zwei Prozent ausgegeben. Damit soll der starke Yen unter Abwertungsdruck gesetzt werden, um die Wettbewerbsfähigkeit japanischer Exporteure zu verbessern.

## NAHER OSTEN UND NORDAFRIKA

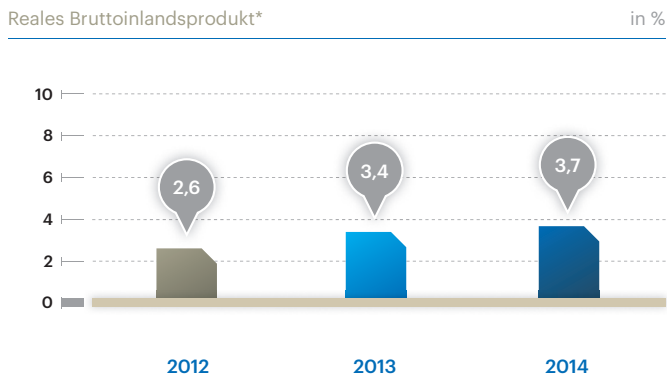
Reales Bruttoinlandsprodukt\* in %



\* Änderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; 2013, 2014: Prognosen.  
Quelle: IWF, World Economic Outlook, 16. April 2013.

↳ Für den Nahen Osten und Nordafrika weist der IWF im Jahr 2012 ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 4,8 Prozent aus. Im laufenden Jahr könne die Region um 3,1 Prozent und in 2014 um 3,7 Prozent wachsen. Seit etwa zwei Jahren profitieren die Erdöl exportierenden Länder in dieser Region von sehr hohen Erdölpreisen bei im Schnitt 110 US-Dollar je Barrel. Die Prognose der Ölnachfrage im Jahr 2013 wurde jüngst nach oben angepasst – nachdem die Ölnachfrage im vierten Quartal 2012 noch gestiegen war. Allerdings wird eine steigende Förderung in Nordamerika den Preisdruck mittelfristig mildern. Die gesamte Region ist weiterhin geprägt von politischer Instabilität. Die Investitionsbedingungen fallen entsprechend schlecht aus, wodurch die mittelfristigen Wachstumsperspektiven sich eintrüben.

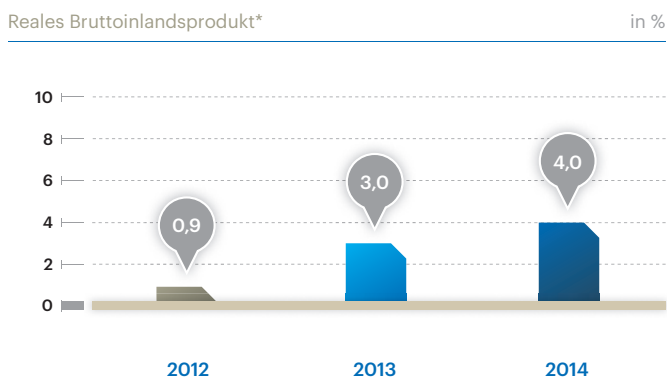
## TÜRKEI



\* Änderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; 2013, 2014: Prognosen.  
Quelle: IWF, World Economic Outlook, 16. April 2013.

↳ Die Dynamik der türkischen Volkswirtschaft hat im Berichtsjahr 2012 nachgelassen. So wuchs das Bruttoinlandsprodukt nur noch um 2,6 Prozent – nach einer Wachstumsrate von 8,5 Prozent im Vorjahr. Insbesondere die schwache inländische Nachfrage führte zu einer Wachstumsabflachung im zweiten Halbjahr 2012. Die rückläufigen Bestellungen aus den Euroländern wurden teilweise durch anziehende Drittlandsexporte kompensiert. Der IWF erwartet für das laufende Jahr ein Wirtschaftswachstum von 3,4 Prozent und für 2014 von 3,7 Prozent.

## BRASILIEN

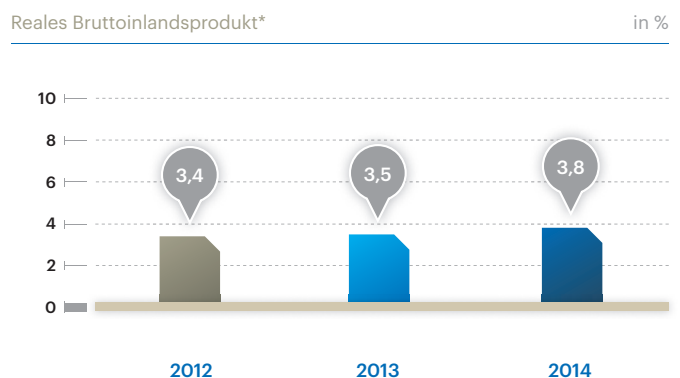


\* Änderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; 2013, 2014: Prognosen.  
Quelle: IWF World Economic Outlook, 16. April 2013.

↳ Die brasilianische Volkswirtschaft hat sich im Berichtsjahr 2012 deutlich abgekühlt auf ein Wachstum von 0,9 Prozent. Allerdings hat eine expansive Geldpolitik in Verbindung mit stark abgesenkten Leitzinsen dazu geführt, dass die Wirtschaft nach dem schwachen ersten Halbjahr 2012 im zweiten Halbjahr

wieder deutlich Tritt fasste. Die sinkende Arbeitslosigkeit und höhere Reallöhne führten zu einem Anstieg der privaten Konsumausgaben. Die wachsende Binnennachfrage zog auch zunehmende Importe nach sich. Die schwache Weltkonjunktur, insbesondere die ausbleibenden Bestellungen aus den Euroländern, führte zu sinkenden Exporten, sodass der Handelsbilanzsaldo im November negativ wurde. Um die brasilianische Autoindustrie vor ausländischen Wettbewerbern zu schützen, erhöhte die Regierung im Dezember 2011 die Steuer auf Importautos um 30 Prozent. Im laufenden und im kommenden Jahr ist ein starker Anstieg der Infrastrukturinvestitionen im Vorfeld der Fußballweltmeisterschaft 2014 und der Olympischen Spiele 2016 zu erwarten. Folglich rechnet der IWF mit einem stetigen Aufwärtstrend mit Wachstumsraten von drei Prozent in 2013 und von vier Prozent in 2014.

## RUSSLAND

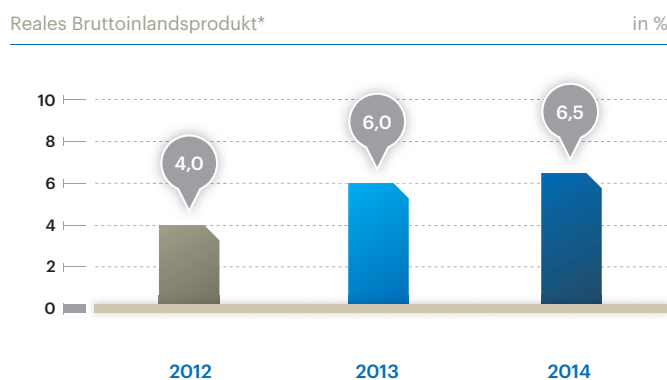


\* Änderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; 2013, 2014: Prognosen.  
Quelle: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, 18. April 2013.

↳ Im Jahr 2012 stieg das russische Bruttoinlandsprodukt um 3,4 Prozent. Die anziehende Inflation drückte die Realeinkommen und sorgte trotz einer Arbeitslosenquote von derzeit nur gut fünf Prozent für eine schwache Konsumnachfrage. Eine gedämpfte Nachfrage nach Rohstoffen aus der Europäischen Union und aus China, das mittlerweile Russlands zweitwichtigster Handelspartner ist, bremste im Jahr 2012 die russische Wirtschaft. Bis 2018, zur Fußballweltmeisterschaft in Russland, sind erhebliche Investitionen in eine wettbewerbsfähige Infrastruktur (u. a. Schienennetz und Hochgeschwindigkeitstrassen) vorgesehen. Der deutschen Wirtschaft fällt hierbei eine Schlüsselrolle zu. Bereits im Jahr 2012 war der deutsch-russische Außenhandel ein Wachstumstreiber für den deutschen Exportsektor: So wuchsen die deutschen Exporte nach Russland im vorigen Jahr um gut zehn Prozent auf 38 Milliarden Euro. Mittelfristig dürften deutsche Exporteure von der Abschaffung der russischen Einfuhrzölle

profitieren – infolge des Beitritts Russlands zur Welthandelsorganisation im August 2012. Die Institute gehen davon aus, dass die gesamtwirtschaftliche Produktion Russlands im Jahr 2013 um 3,5 Prozent und im Jahr 2014 um 3,8 Prozent wachsen wird.

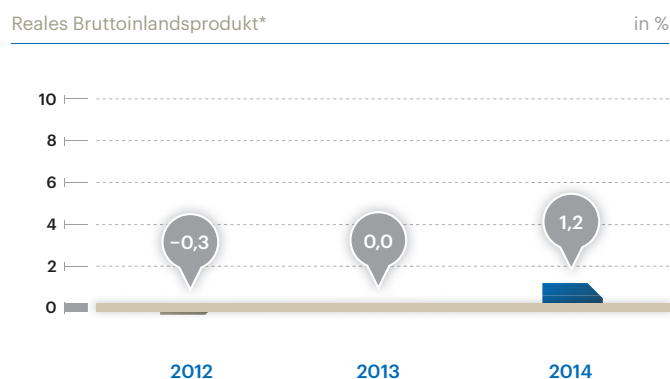
## INDIEN



\* Änderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; 2013, 2014: Prognosen.  
Quelle: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, 18. April 2013.

↳ Auch Indien konnte sich im Berichtsjahr 2012 nicht von der globalen Konjunkturschwäche abkoppeln: So wuchs das indische Bruttoinlandsprodukt nur noch um vier Prozent. Die bei knapp acht Prozent verharrende hohe Inflation schwächte die Kaufkraft und damit die Konsumnachfrage. Die wirtschaftliche Dynamik wurde weiterhin von dem hohen Leitzins in Höhe von acht Prozent zum Jahresende gebremst. Das hohe Zinsniveau dämpfte wegen steigender Finanzierungskosten die Investitionsnachfrage der Unternehmen. Die fortschreitende Abwertung der Rupie gegenüber dem Euro und dem US-Dollar zog deutliche Preissteigerungen bei importierten Vorprodukten nach sich. Indien ist durch seine relativ niedrige Exportquote im Zusammenhang mit einer dienstleistungsorientierten Exportstruktur und einem großen Binnenmarkt weniger von der weltweiten Entwicklung abhängig als z. B. China, Japan oder Südkorea. Die Institute erwarten erst für das laufende Jahr wieder ein Plus von sechs Prozent und für das Jahr 2014 von 6,5 Prozent.

## EUROPÄISCHE UNION (EU 27)



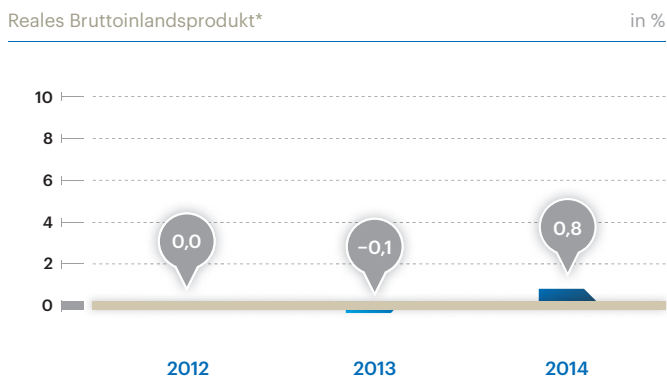
\* Änderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; 2013, 2014: Prognosen.  
Quelle: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, 18. April 2013.

↳ In der EU 27 ging das reale Bruttoinlandsprodukt im Berichtsjahr 2012 um 0,3 Prozent zurück – davon gehen die Institute aus. Für das laufende Jahr rechnen sie mit einem Nullwachstum und für das Jahr 2014 mit einem Wachstum von 1,2 Prozent. In den einzelnen Mitgliedstaaten blieb die Lage in 2012 sehr unterschiedlich: Moderate Wachstumsimpulse gingen von Deutschland aus. Die Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die hohe Arbeitslosigkeit, insbesondere in Südeuropa, aber auch in Frankreich, Großbritannien und vielen mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedsländern, bremsen das wirtschaftliche Wachstum. Der Schuldenschnitt in Griechenland und die Verabschiedung des zweiten Rettungspakets über 130 Milliarden Euro im Februar 2012 haben die Finanzmärkte nur zeitweilig beruhigt. Im September 2012 trat der neue dauerhafte **Euro-Rettungsschirm**, der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM), in Kraft. Der ESM kann 700 Milliarden Euro an Euro-Länder in finanzieller Schieflage ausleihen. Vorausgesetzt werden Wirtschaftsreformen in den betreffenden Ländern. Die provisorische Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) wird voraussichtlich im Juni 2013 auslaufen. Am 1. Januar 2013 trat der **Fiskalpakt** in Kraft. Dieser schreibt den Euroländern vor, nationale Schuldenbremsen einzuführen. Damit sollen Haushaltssünder künftig automatisch bestraft werden. Im März 2013 flammte die Krise in den Euroländern mit der Rettungsaktion für Zypern wieder auf. Von der **Geldpolitik** der Europäischen Zentralbank (EZB) gingen im Jahr 2012 weiterhin expansive Impulse aus. Im Juli 2012 senkte die EZB den Leitzins um 25 Basispunkte auf 0,75 Prozent und im Mai 2013 auf das seit Einführung des Euro historisch niedrige Zinsniveau von 0,5 Prozent, um den eingetrübten Konjunkturaussichten und den damit einhergehenden rückläufigen Inflationserwartungen Rechnung zu tragen. Erstmals seit zwei Jahren fiel die Inflation in der Eurozone im Februar 2013 mit 1,8 Prozent unter die Marke von zwei Prozent, bis zu der die

EZB von stabilen Preisen spricht. Die EZB ließ den Banken im Dezember 2011 und im Februar 2012 insgesamt rund eine Billion Euro für drei Jahre zu einem Zins von einem Prozent, wodurch die Renditen der Staatsanleihen der Euro-Südländer spürbar zurückgegangen sind. Die Anleihekäufe der EZB in Höhe von 218 Milliarden Euro, wovon ein kleiner Teil bis dato ausgelaufen ist, konnten in keinem Land nachhaltig den Zinsanstieg bremsen. Im Januar 2012 halbierte die EZB den Mindestreservesatz für Geschäftsbanken von zwei auf ein Prozent. Die Summe dieser Maßnahmen hat die Liquidität der europäischen Banken deutlich erhöht. Der Euro wurde nach seinem Jahreshöchststand bei knapp 1,35 US-Dollar je Euro Ende Februar 2012 infolge der Zuspitzung der Eurokrise gegenüber dem US-Dollar um zehn Prozent abgewertet bis auf 1,21 US-Dollar je Euro im Juli 2012. Bis Ende April 2013 stabilisierte sich der Kurs wieder bei 1,31 US-Dollar je Euro. Für den Euroraum belaufen sich die Wachstumsprognosen der Institute für die gesamtwirtschaftliche Produktion nach -0,4 Prozent im Berichtsjahr 2012 auf -0,2 Prozent im laufenden Jahr und +1,0 Prozent im Jahr 2014.

Die wirtschaftliche Lage in vielen der **neuen mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedsländer** hat sich in 2012 weiter verschlechtert. Gerade stark exportorientierte Länder wie die Tschechische Republik und Ungarn konnten sich von der nachlassenden Nachfrage ihrer Handelspartner im Euroraum nicht abkoppeln und wiesen negative Wachstumsraten von jeweils über einem Prozent aus. Die Wirtschaft Kroatiens, das Mitte 2013 der EU beitrifft, sank in 2012 um zwei Prozent. Die hohe Arbeitslosigkeit in fast allen Balkanländern überstieg bereits 2012 mit mehr als 25 Prozent die hohen Raten Griechenlands und Spaniens und zieht ein steigendes Risiko sozialer Unruhen in Südosteuropa nach sich. Wachstumsraten von mindestens zwei Prozent verbuchten 2012 nur Polen, die Slowakei und die baltischen Staaten.

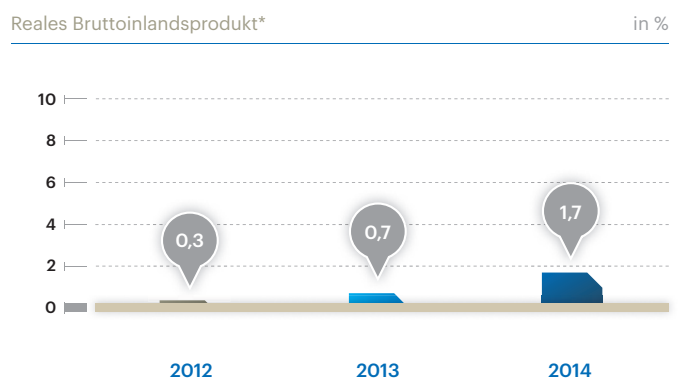
## FRANKREICH



\* Änderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; 2013, 2014: Prognosen.  
Quelle: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, 18. April 2013.

↳ Frankreichs Wirtschaft stagnierte im Jahr 2012. Der private Konsum blieb trotz einer zunehmenden Arbeitslosigkeit und erhöhter Abgaben auf Kapitalerträge stabil. Maßgeblich hierfür waren gestiegene Realeinkommen infolge der Erhöhung des Mindestlohns um preisbereinigt 0,6 Prozent im Juli 2012. Die Investitionen blieben schwach. Ende 2012 billigte das Parlament das Haushaltsgesetz 2013, dessen Konsolidierungsmaßnahmen größtenteils auf Steuererhöhungen in Höhe von etwa 1,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts basieren. So wird zum 1. Januar 2014 der allgemeine Mehrwertsteuersatz auf 20 Prozent erhöht. Dies dürfte Ende 2013 zu Vorzieheffekten beim privaten Verbrauch führen. Die im Wachstumspakt geplante Entlastung der Unternehmen um sechs Prozent der Bruttolohnsumme dürfte sich unter günstigen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen positiv auf Investitionen und Beschäftigung auswirken. Die Institute gehen von einem minimalen Wachstumsrückgang von 0,1 Prozent im Jahr 2013 und einem Wachstum von 0,8 Prozent im Jahr 2014 aus.

## GROSSBRITANNIEN

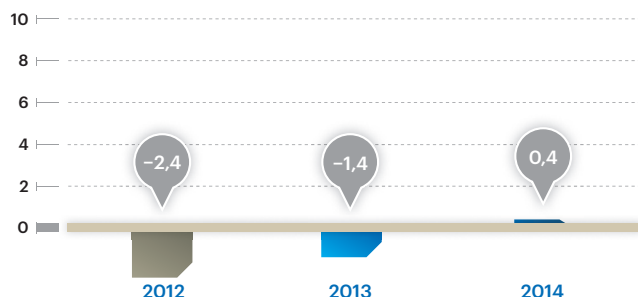


\* Änderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; 2013, 2014: Prognosen.  
Quelle: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, 18. April 2013.

↳ Die Wirtschaft in Großbritannien wuchs im Jahr 2012 um 0,3 Prozent. Maßgeblich für den schwachen privaten Verbrauch waren der zögerliche Abbau der Arbeitslosigkeit, stetige Reallohnverluste in einem Umfeld schwacher Lohnabschlüsse und eine weiterhin hohe Inflation von 2,8 Prozent im Durchschnitt des Jahres 2012. Investitionen wurden durch die restriktiven Finanzierungsbedingungen gehemmt. Einzig die anziehenden Exporte in die Schwellenländer konnten sogar die fehlende Nachfrage aus der EU 27 mehr als ausgleichen. Die Immobilienpreise bewegten sich seitwärts. Die jüngste Abwertung des Pfund Sterling führte zu steigenden Importpreisen und dürfte ebenso wie die weiter expansive Geldpolitik den Abbau der Inflation mittelfristig dämpfen. Für das laufende Jahr erwarten die Institute einen leichten Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion um 0,7 Prozent und für das Jahr 2014 um 1,7 Prozent.

## ITALIEN

Reales Bruttoinlandsprodukt\* in %

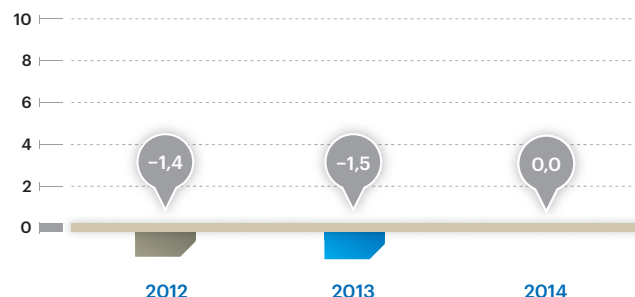


\* Änderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; 2013, 2014: Prognosen.  
Quelle: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, 18. April 2013.

↳ Das hochverschuldete Italien steckt 2012 weiter in einer Rezession. So schrumpfte die Wirtschaftsleistung im Berichtsjahr 2012 um 2,4 Prozent. Das italienische Konsolidierungsprogramm könnte zwar das Haushaltsdefizit wie geplant bis 2014 unter ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts drücken, allerdings würde damit die Wirtschaft stark belastet. Ein Sparpaket in Höhe von 33 Milliarden Euro mit einer neuen Luxussteuer, einer Erhöhung der Immobiliensteuer, einer Anhebung des Renteneintrittsalters und Maßnahmen gegen die Steuerflucht dämpfte die Binnennachfrage deutlich. So sanken der private Konsum, Ausrüstungsinvestitionen und staatliche Ausgaben. Die Arbeitslosigkeit liegt inzwischen bei über elf Prozent, besonders die hohe Jugendarbeitslosigkeit ist problematisch. Hoffnung gaben die steigenden Exporte, vor allem nach Deutschland, aber auch in die Schwellenländer. Die Institute erwarten im laufenden Jahr noch einmal ein Minus von 1,4 Prozent und im Jahr 2014 ein kleines Plus von 0,4 Prozent.

## SPANIEN

Reales Bruttoinlandsprodukt\* in %



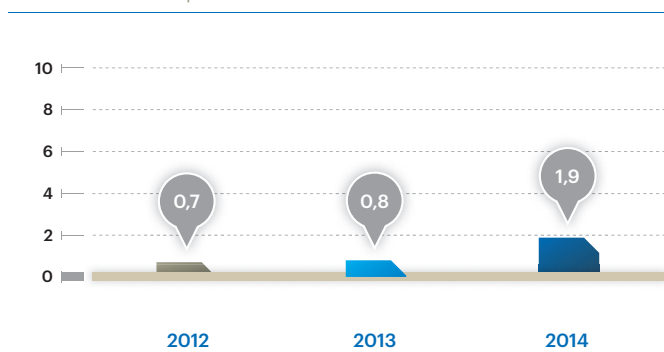
\* Änderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; 2013, 2014: Prognosen.  
Quelle: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, 18. April 2013.

↳ Spaniens Volkswirtschaft schrumpfte im Jahr 2012 gemäß Frühjahrsgutachten der Institute um 1,4 Prozent. Spanien litt weiter unter sinkenden Investitionen und einer steigenden Arbeitslosigkeit von mittlerweile über 25 Prozent, davon zählten rund 65 Prozent zu den Langzeitarbeitslosen mit über zwölf Monaten Arbeitslosigkeit. Besonders gravierend ist die hohe Jugendarbeitslosigkeit von gut 55 Prozent. Die Neuverschuldung betrug 6,7 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt – ohne die Unterstützungsmaßnahmen für die Banken. Diese eingerechnet lag das Defizit bei etwa zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Anfang 2012 wurden weitere Einsparungen und Steuererhöhungen in Höhe von 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts beschlossen. Nach der Einrichtung einer Schuldenbremse und Sanierungsmaßnahmen für die Finanzindustrie wurde auch eine Arbeitsmarktreform angestoßen. Einziger Lichtblick waren die sinkenden Lohnstückkosten, die in 2012 die Wettbewerbssituation spanischer Exporteure spürbar verbessert haben. Die Institute rechnen auch für das laufende Jahr nochmals mit einem negativen Wachstum in Höhe von 1,5 Prozent. 2014 wird mit einer Stagnation gerechnet.

## DEUTSCHLAND

Reales Bruttoinlandsprodukt\*

in %



\* Änderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; 2013, 2014: Prognosen.  
Quelle: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, 18. April 2013.

→ Die deutsche Volkswirtschaft ist im Berichtsjahr 2012 nur um 0,7 Prozent gewachsen, nach einem Anstieg im Jahr 2011 um drei Prozent und einer deutlichen Erholung im Jahr 2010 um 4,2 Prozent – dem höchsten Wachstum seit dem Wiedervereinigungsboom.

Der größte Wachstumstreiber war auch im Jahr 2012 wieder der Export. Die rückläufige Entwicklung im Euroraum wurde durch eine kräftige Nachfrage aus anderen Ländern deutlich überkompensiert. Insgesamt legten die Ausfuhren preisbereinigt um 3,7 Prozent zu. Dabei kam den deutschen Unternehmen abermals ihr passendes Angebotssortiment an hochwertigen Investitionsgütern (Maschinen und Anlagen), langlebigen Konsumgütern (Automobile) und spezialisierten Vorleistungen zugute, oftmals auch die Präsenz in den Absatzmärkten. Da die Importe vor allem wegen der schwachen Investitionstätigkeit nur um 1,8 Prozent zunahmen, war der Wachstumsbeitrag des Außenhandels zum Bruttoinlandsprodukt insgesamt positiv. Die Binnenwirtschaft entwickelte sich dagegen uneinheitlich: Der private Konsum legte um 0,6 Prozent zu – vor allem wegen der über der Inflationsrate liegenden Lohnsteigerungen, die die verfügbaren Einkommen erhöhten. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg im Jahresdurchschnitt um gut 400.000 Personen auf nunmehr 41,6 Millionen Personen. Auch die Konsumausgaben des Staates wurden um 1,4 Prozent gesteigert. Auf der anderen Seite sorgten die erneute Zuspitzung der Krise in der Eurozone zur Jahresmitte und die damit verbundene Verunsicherung für einen Tiefpunkt bei den Geschäftserwartungen der Unternehmer. Auch die unerwartet deutliche Eintrübung der Weltkonjunktur hat die Konjunktur im zweiten Halbjahr gebremst. Entsprechend wurden trotz des günstigen Finanzierungsumfeldes Ausrüstungsinvestitionen um 4,8 Prozent und Investitionen in Bauten um 1,5 Prozent verrin-

gert. Die Bauindustrie litt zusätzlich unter dem frühen Winter-einbruch Ende 2012. Trotz der expansiven Geldpolitik der EZB ging die Inflation im Jahresverlauf konjunkturbedingt spürbar zurück und lag im Dezember 2012 bei zwei Prozent – genau auf der Zielmarke.

Die Geschäftserwartungen der Unternehmer stiegen seit ihrem Tiefpunkt im September 2012 bis zum Februar 2013 deutlich an. Die in den Monaten März und April 2013 eingetretene leichte Eintrübung spiegelt die enttäuschende Entwicklung der harten Frühindikatoren wider. So waren die Auftragseingänge für Vorleistungs- und Investitionsgüter bis zuletzt kontinuierlich zurückgegangen. Somit ist zumindest die weitere Entwicklung der industriellen Produktion im ersten Halbjahr 2013 vorbelastet, und es wird vorerst zu keiner nennenswerten Besserung der Investitionstätigkeit kommen. Die immer noch optimistischen Geschäftserwartungen der Unternehmer sprechen allerdings für eine konjunkturelle Belebung im Jahresverlauf 2013. Die nach wie vor stabile Lage auf dem Arbeitsmarkt in Verbindung mit der Aussicht auf Lohnzuwächse im Rahmen der aktuellen Tarifverhandlungen stärkt die Kaufbereitschaft der privaten Haushalte weiterhin.

Risiken bestehen vor allem in einer zögerlichen Erholung in der EU 27 wegen der Schulden- und Vertrauenskrise einiger Staaten im Euroraum.

Infolge der schwierigen Wirtschaftslage in Europa und den USA erwarten die Institute für das Jahr 2013 eine Konjunkturabkühlung auf ein Wachstum von 0,6 Prozent. Erst im kommenden Jahr dürfte sich der Aufschwung mit 1,4 Prozent fortsetzen.

## VERWENDUNG DES INLANDSPRODUKTS\*

|                            | 2012 | 1. Vj | 2. Vj | 3. Vj | 4. Vj |
|----------------------------|------|-------|-------|-------|-------|
| PRIVATE KONSUMAUSGABEN     | 0,6  | 1,7   | 0,6   | -0,3  | 0,6   |
| KONSUMAUSGABEN DES STAATES | 1,4  | 1,9   | 0,9   | 1,4   | 1,4   |
| AUSRÜSTUNGEN               | -4,8 | 2,4   | -3,8  | -7,2  | -9,3  |
| BAUTEN                     | -1,5 | 0,1   | -2,2  | -1,0  | -2,6  |
| EXPORTE                    | 3,7  | 3,5   | 5,0   | 4,2   | 2,0   |
| IMPORTE                    | 1,8  | 3,2   | 2,5   | 1,2   | 0,5   |
| BRUTTOINLANDSPRODUKT       | 0,7  | 1,7   | 0,5   | 0,4   | 0,1   |

\* Preisbereinigt; Änderung gegenüber dem Vorjahr in %; Vj = Vierteljahr.  
Quelle: Deutsche Bundesbank, Frankfurt am Main,  
Monatsbericht März 2013, 15. März 2013.

## DIE NÄCHSTEN STUFEN DER WERTSCHÖPFUNG

# Die Entwicklung in den Abnehmerindustrien

*Die NE-Metallindustrie beliefert alle modernen Schlüsselindustrien und bildet somit die Basis für funktionierende Wertschöpfungsketten.*

## AUTOMOBILINDUSTRIE

### VERWENDUNGSBEREICHE

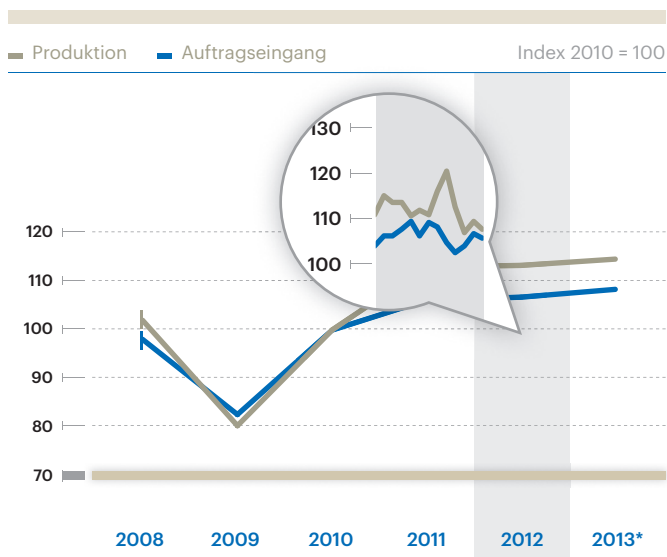
Die Automobilindustrie ist eine der wichtigsten Abnehmerbranchen der NE-Metallindustrie. Etwa 30 Prozent aller Erzeugnisse aus NE-Metallen werden in diese Branche eingebracht. Derzeit enthält ein durchschnittliches Fahrzeug neben Aluminium, Kupfer und anderen Metallen etwa 10 Kilogramm Zink. Besondere Bedeutung kommt dabei der Aluminiumindustrie zu. 37 Prozent des verarbeiteten Aluminiums fließen in Deutschland in diesen Verwendungsbereich. Im Jahr 1978 wurden gerade einmal 32 Kilogramm Aluminium pro Pkw in Deutschland verwendet. Dieser Wert ist ständig gestiegen und lag im Jahr 2010 bei rund 160 Kilogramm. Der Anteil von Kupfererzeugnissen, die in der Automobilindustrie verwendet werden, liegt bei neun Prozent. Der stärkere Einsatz von elektrisch und elektronisch betriebenen Bedienelementen lässt den Anteil von Kupfer weiter steigen, nach Einschätzung von Sachverständigen in den nächsten 20 Jahren von heute 25 Kilogramm auf 40 Kilogramm je Pkw. Für die Verwendung von Blei stellt die Automobilindustrie den wichtigsten Einsatzbereich dar. Etwa drei Viertel des in Deutschland eingesetzten Bleis werden zur Herstellung von Akkumulatoren verwendet. Als Starterbatterie wird der Blei-Akku seine Marktposition halten, möglicherweise kommen weitere Anwendungen in der Elektromobilität hinzu. Die Elektromobilität wird an Bedeutung gewinnen. Im Vergleich mit dem klassischen Pkw wird der Kupfer-Anteil bei einem Elektroauto bei 65 Kilogramm je Fahrzeug liegen. Die stärker in den Vordergrund tretende Lithium-Batterie würde den Einsatz von Aluminium um bis zu 50 Kilogramm, von Kupfer um 40 Kilogramm und von Nickel um zehn Kilogramm erhöhen.

### LAGE UND PROGNOSE

Die deutsche Automobilindustrie kann auf ein gutes Jahr **2012** zurückblicken, obgleich der Gegenwind zugenommen hat. In den letzten Monaten des vergangenen Jahres wurde die Produktion deutlich zurückgenommen. Somit ging die Inlandsproduktion im Gesamtjahr 2012 um vier Prozent auf knapp 5,4 Millionen Pkw zurück. Der Export sank um drei Prozent auf 4,1 Millionen Pkw. Damit lag die Exportquote bei 77 Prozent. Konjunkturbedingt ging die Kapazitätsauslastung gemäß Ifo Institut, München, von 90,4 Prozent im Januar 2012 auf 84,4 Prozent im Januar 2013 zurück. Die schwache Nachfrage in Südeuropa wurde durch Marktanteilsgewinne in China, Russland, Südkorea und den USA kompensiert. Mittlerweile liegen die Marktanteile deutscher Konzerne in Brasilien, China und Russland jeweils bei etwa einem Fünftel. Ermöglicht wurde dies durch die spürbar gestiegene Auslandsfertigung der deutschen Hersteller, die in 2012 erstmals die Marke von acht Millionen Pkw übersprang. Das sind elf Prozent mehr als im Jahr 2011. Die Weltproduktion von Pkw stieg im Berichtsjahr um sechs Prozent auf 70,5 Millionen Einheiten. Die höchsten Wachstumsraten erzielten die USA und Japan mit jeweils 19 Prozent auf gut zehn bzw. 8,6 Millionen Pkw, Kanada mit 15 Prozent auf 2,5 Millionen Pkw, Mexiko mit 13 Prozent auf 2,9 Millionen Pkw und China mit 8 Prozent auf 13,2 Millionen Einheiten.

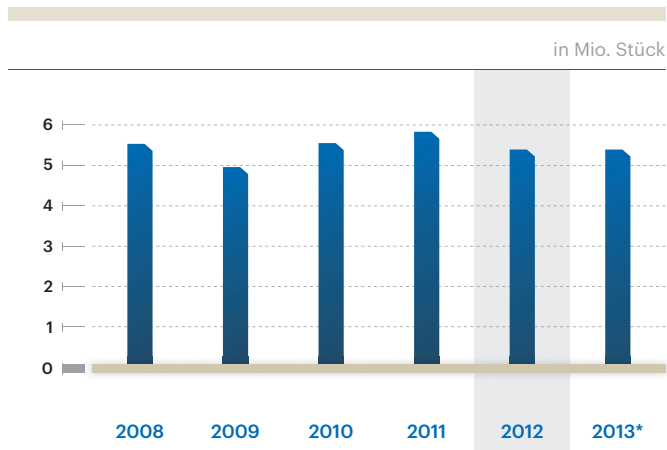
Für das Jahr **2013** rechnet der Verband der Automobilindustrie mit einer rückläufigen Inlandsproduktion von Pkw um drei Prozent auf 5,2 Millionen Pkw. Auch die Exporte werden mit 4,0 Millionen Pkw zwei Prozent unter dem Vorjahresniveau liegen. Die Auslandsfertigung der deutschen Autokonzerne wird weiter wachsen. Getragen von der Nachfrage aus den USA und China wird der Weltmarkt für Pkw im Jahr 2013 auf etwa 70 Millionen Pkw steigen.

## AUTOMOBILINDUSTRIE



Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; eigene Berechnungen;  
\* IKB Deutsche Industriebank AG, Düsseldorf, Prognose.

## AUTOMOBILINDUSTRIE – PKW-INLANDSPRODUKTION



Quelle: Verband der Automobilindustrie;  
\*2013 Prognose.

## BAUWIRTSCHAFT

### VERWENDUNGSBEREICHE

Die Bauwirtschaft ist der zweitgrößte Abnehmer der deutschen NE-Metallindustrie. Dabei werden die NE-Metalle aufgrund ihrer hochwertigen Optik zunehmend in der modernen Architektur verwendet. Ihre Stärken liegen zusätzlich in ihrer Langlebigkeit

und der leichten Verarbeitbarkeit. Kupfer und Kupferlegierungen sind bewährte Werkstoffe im Bauwesen. Der bedeutendste Verwendungsbereich ist die Sanitär- und Installationstechnik: Kupferinstallationsrohre, Messingarmaturen und -zubehöre, Kupfer- und Messingfittings spielen eine wichtige Rolle. Daneben sind Gestaltungselemente aus Kupferblechen und -bändern für Fassaden- und Dacheindeckungen, Regenrinnen und -fallrohre nicht wegzudenken. Gestalterische Elemente aus Messing werden auch aus hygienischen Gründen immer beliebter, z. B. Türgriffe, Handläufe und Beschläge. Hierbei kann man die antibakterielle Wirkung von Kupferoberflächen nutzbringend einsetzen. Erste Krankenhäuser wurden bereits mit diesen innovativen Produkten ausgestattet. Die deutsche Aluminiumindustrie liefert ebenfalls einen bedeutenden Teil ihrer Erzeugnisse in Höhe von 14 Prozent in die Bauwirtschaft. Oftmals wird Aluminium in Verbindung mit Glas oder mit anderen Metallen angewendet. Die daraus hergestellten Bauelemente zeichnen sich durch besondere Korrosionsbeständigkeit und Leichtigkeit aus. Dazu gehören Fenster und Fassadensysteme, Türen, Gitter, Geländer, Beschläge, Jalousien, Dach- und Wandinlektungen sowie Fensterprofile. Zink wird als hochwertiger, gut und gleichbleibend sicher zu verarbeitender Werkstoff in der Bauwirtschaft in hohem Maß geschätzt. Dacheindeckungen, Fassaden und Entwässerungssysteme aus Zink werden vielfach als gestalterische Elemente eingesetzt. Darüber hinaus ist der Werkstoff Zink durch seine neutrale, assoziativ wertfreie Farbigkeit und seine Wartungsfreiheit überzeugend. Blei wird bevorzugt im Denkmalschutz zur Dacheindeckung bei Kirchen und sonstigen öffentlichen Gebäuden verwendet. Es spielt eine wichtige Rolle zur Abdichtung von Dachgauben und Kaminen, auch zur optischen Anpassung an die Umgebung. Aufgrund seiner außerordentlichen Werkstoffeigenschaften dient Blei als Material für Fugendichtungen und zum Lötten.

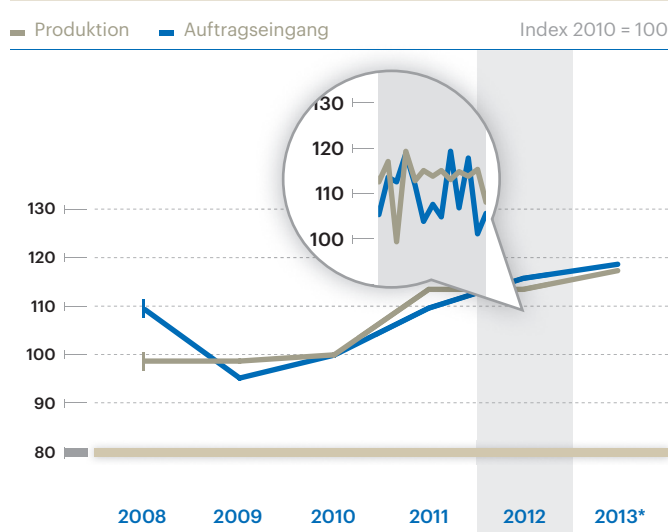
### LAGE UND PROGNOSE

Das deutsche Bauhauptgewerbe konnte sich im Jahr **2012** der konjunkturellen Eintrübung nicht entziehen. Nach dem Rekordjahr 2011 stieg der Branchenumsatz zwar um 0,5 Prozent (nominal) auf 92,6 Milliarden Euro. Preisbereinigt entsprach dies aber einem Rückgang um 1,9 Prozent. Wachstumstreiber war der Wohnungsbau mit einem nominalen Umsatzwachstum von 4,7 Prozent auf 32,4 Milliarden Euro. Der Wirtschaftsbau entwickelte sich mit einem Plus von 1,4 Prozent auf 34,1 Milliarden Euro zufriedenstellend. Die auslaufenden Konjunkturprogramme führten zu einem deutlichen Rückgang der öffentlichen Bautätigkeit um nominal 5,5 Prozent auf 26,1 Milliarden Euro.

Für **2013** erwartet der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie ein Umsatzwachstum von nominal zwei Prozent auf etwa 94,5 Milliarden Euro (preisbereinigt: Stagnation). Wachstums-

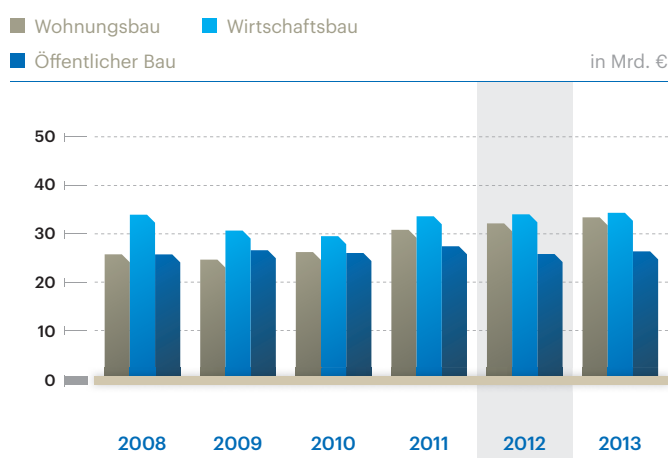
treiber bleibe der Wohnungsbau mit einem Plus von nominal 3,5 Prozent auf 33,6 Milliarden Euro. Historisch niedrige Bauzinsen, ein stabiler Arbeitsmarkt und steigende Einkommenserwartungen begünstigen diese Entwicklung. Der Wirtschaftsbau dürfte um nominal ein Prozent auf 34,5 Milliarden Euro zulegen. Im öffentlichen Bau werde trotz eines Investitionsstaus nur mit einem Investitionsvolumen knapp über dem Vorjahresniveau gerechnet (nominal plus 1,5 Prozent auf 26,5 Milliarden Euro).

## HOCHBAU



Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; eigene Berechnungen;  
\* IKB Deutsche Industriebank AG, Düsseldorf, Prognose.

## BAUINDUSTRIE – UMSATZ NACH SPARTEN



Quelle: Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e.V., Berlin;  
Bauhauptgewerbe, Deutschland, in jeweiligen Preisen, 2013: Prognose.

## ELEKTROTECHNIK UND ELEKTRONIKINDUSTRIE

### VERWENDUNGSBEREICHE

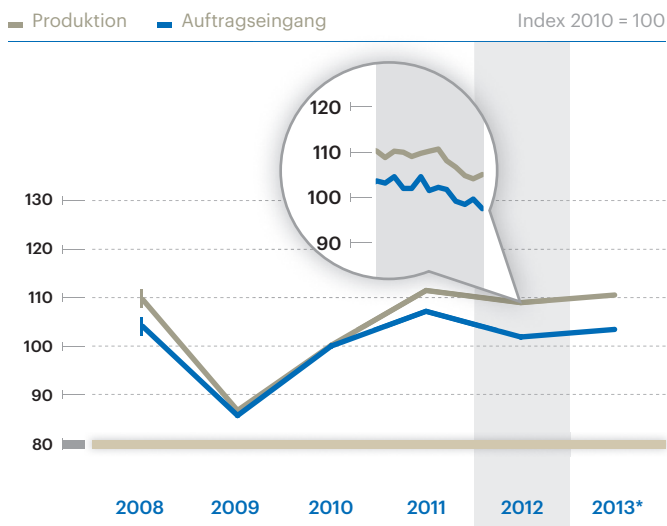
Die meisten Erzeugnisse aus Kupfer und Kupferlegierungen – nämlich 57 Prozent – werden im Bereich der Elektrotechnik und Elektronikindustrie einschließlich der Kabelindustrie sowie der Informationstechnologie und Telekommunikation verwendet. In der elektrotechnischen Industrie steigt der Bedarf an Energiekabeln aus Kupfer kontinuierlich. Der Transformatorenbau und die Telekommunikation benötigen in zunehmendem Maß das rote Metall. Die Verwendung von Kupferdraht teilt sich auf in die Bereiche: Energieleitungen etwa 70 Prozent, Wickeldraht rund 20 Prozent und Kommunikation ca. zehn Prozent. Stranggussformate aus Kupfer werden als Vorprodukte für die Herstellung von Kabelbändern, Industrie- und Trafobändern sowie als Spezialprodukte für die Elektronikindustrie benötigt. Bei der Stromübertragung spielen außerdem Freileitungen aus Aluminium neben Kupfer nach wie vor eine bedeutende Rolle. Kabelummantelungen aus Blei dienen bei elektrischen Leitungen dem Schutz des Leitmaterials vor Umwelteinflüssen. Als Legierungsbestandteil für Bronze ist Zinn wichtiger Bestandteil von Anlagen und Einrichtungen in der Nachrichtentechnik. Die Verbreitung des bleifreien Lötens und der weltweit starke Zuwachs der Elektronikindustrie haben die Nachfrage nach Zinn deutlich erhöht.

### LAGE UND PROGNOSE

Bedingt durch die Krise im Euroraum und die weltweite Konjunkturertrübung sank die preisbereinigte Produktion der deutschen Elektroindustrie im Jahr **2012** unerwartet deutlich um drei Prozent gegenüber dem Vorjahr – so der Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie. Die Auftragseingänge der Branche gingen sogar um neun Prozent zurück. Außergewöhnlich viele inländische Großaufträge im Jahr 2011 führten zu diesem deutlichen Minus im Jahr 2012. So bestellten im Jahr 2012 inländische Abnehmer 14 Prozent weniger, ausländische Kunden reduzierten ihre Aufträge nur um drei Prozent. Der Branchenumsatz sank um drei Prozent auf 173 Milliarden Euro – auch hier war der Rückgang der Inlandserlöse um vier Prozent auf 91 Milliarden Euro größer als das Umsatzminus im Ausland in Höhe von drei Prozent auf 82 Milliarden Euro. 2012 erreichte die Kapazitätsauslastung der Unternehmen im April mit 84 Prozent der betriebsüblichen Vollausslastung ihren Höhepunkt. Konjunkturbedingt ging sie bis Januar 2013 auf 81 Prozent zurück.

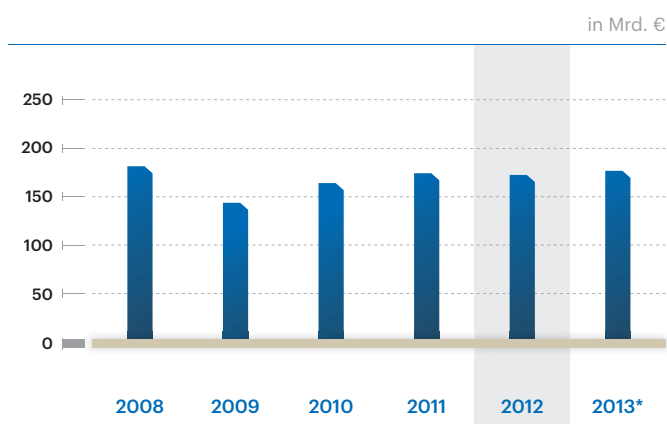
Für **2013** rechnet die Branche mit einem leichten Wachstum der preisbereinigten Produktion um 1,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Der Umsatz dürfte um 2 Prozent auf 177 Milliarden Euro steigen – gut zwei Prozent mehr als im vergangenen Jahr.

## ELEKTROTECHNIK UND ELEKTRONIKINDUSTRIE



Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden,  
\* eigene Prognose.

## ELEKTROTECHNIK UND ELEKTRONIKINDUSTRIE – UMSATZ



Quelle: Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie e.V., Frankfurt am Main; \* 2013: Prognose.

## MASCHINEN- UND ANLAGENBAU

### VERWENDUNGSBEREICHE

Besonders bei gewichtskritischen Anwendungen wird Aluminium wegen seines geringen spezifischen Gewichts häufig eingesetzt. Rohre aus Kupfer und Kupferlegierungen sowie aus Alumi-

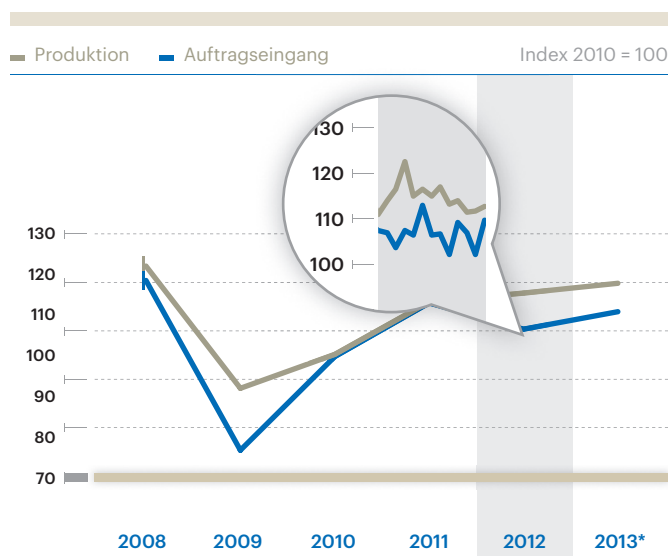
nium spielen für die Herstellung von Wärme- und Kühlanlagen eine wichtige Rolle. Bei der Herstellung von Armaturen werden erhebliche Mengen von Kupferlegierungen, z. B. Messing, benötigt. Kraftwerke, der Apparatebau in der chemischen Industrie sowie Meerwasserentsalzungsanlagen sind ohne die speziellen Eigenschaften von Erzeugnissen aus Kupfer und Kupferlegierungen nicht denkbar. Blei kann seine spezifischen Eigenschaften im Maschinenbau positiv zur Geltung bringen. Dieser Werkstoff ist besonders geeignet für die Verwendung in Röntgen-Praxen, auf Flughäfen und für Transportbehälter zur Abwehr radioaktiver Strahlen. Anlagen und Aggregate mit Bleiauskleidungen und Homogen-Verbleiung sind vor aggressiven Stoffen geschützt und verlängern die Lebensdauer von Anlagen. Auch im Schallschutz hat sich Bleiwalzmaterial als besonders wirksam bewährt. Korrosionsbeständige Werkstoffe aus Nickel und Nickellegierungen spielen in zukunftsorientierten Hightech-Industriezweigen eine zunehmend bedeutsame Rolle. Zu nennen sind Abwassertechnik, Öl-, Gaswirtschaft und Energietechnik, Petrochemie, Rauchgas-Entschwefelung, thermische Müllentsorgung, Abwasseraufbereitung, Klärschlammbehandlung, Gasturbinen und Reaktoren.

### LAGE UND PROGNOSE

Im Berichtsjahr **2012** wuchs die preisbereinigte Produktion der deutschen Maschinen- und Anlagenbauer um 0,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr – so der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau. Der nominale Branchenumsatz stieg um drei Prozent auf 207 Milliarden Euro – preisbereinigt: plus ein Prozent. Dabei legten die Exporte um fünf Prozent auf 149 Milliarden Euro zu – preisbereinigt: plus drei Prozent. Die Auftragseingänge wiesen in 2012 ein Minus von real drei Prozent aus. Dabei hat die Inlandsnachfrage vermutlich mit einem Rückgang im Gesamtjahr um acht Prozent die Talsohle erreicht. Die Auftragseingänge aus den Nicht-Euro-Ländern stagnierten zwar über das Jahr gesehen, profitierten aber zuletzt von einer anziehenden Nachfrage. Die Bestellungen aus den Euro-Ländern gingen allerdings um real drei Prozent zurück. Im Berichtsjahr 2012 erreichte die Kapazitätsauslastung ihren Höhepunkt im April mit 88,0 Prozent – gemäß Ifo Institut. Konjunkturbedingt sank sie bis Januar 2013 auf 84,7 Prozent und lag damit unter dem langjährigen Durchschnitt von 86,2 Prozent.

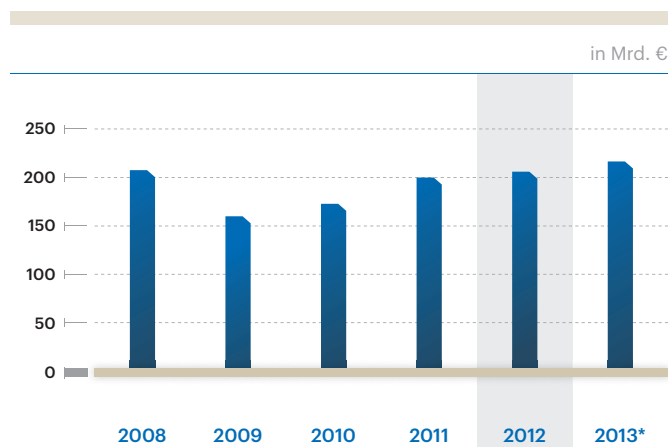
Für das Jahr **2013** erwartet die Branche ein preisbereinigtes Produktionswachstum von zwei Prozent. Um jeweils etwa fünf Prozent (nominal) könnten sowohl der Umsatz als auch die Exporte auf 217 Milliarden Euro bzw. 157 Milliarden Euro zulegen. Zuletzt verbuchten einige Maschinenbaubranchen wieder deutlich mehr Aufträge, so die Bereiche Bergbaumaschinen, Power Systems (Turbinen), Gießereimaschinen, verfahrenstechnische Maschinen und Apparate, Holzbearbeitungsmaschinen und Fördertechnik.

## MASCHINEN- UND ANLAGENBAU



Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; eigene Berechnungen;  
\* IKB Deutsche Industriebank AG, Düsseldorf, Prognose.

## MASCHINEN- UND ANLAGENBAU – UMSATZ



Quelle: Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V., Frankfurt am Main; nominaler Umsatz; \* 2013: Prognose.

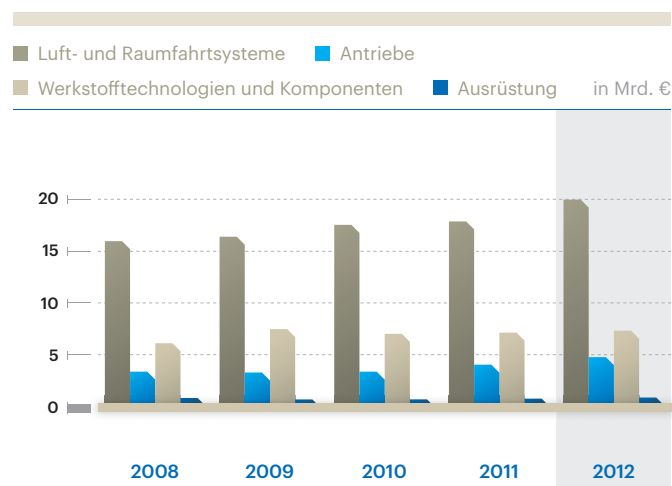
## LUFT- UND RAUMFAHRTINDUSTRIE

### LAGE UND PROGNOSE

Von deutlichen Wachstumsimpulsen aus der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie konnte die NE-Metallindustrie im Jahr 2012 profitieren: So wuchs der Umsatz der Gesamtbranche in 2012 um vier Prozent auf 28 Milliarden Euro. Die einzelnen Hersteller-

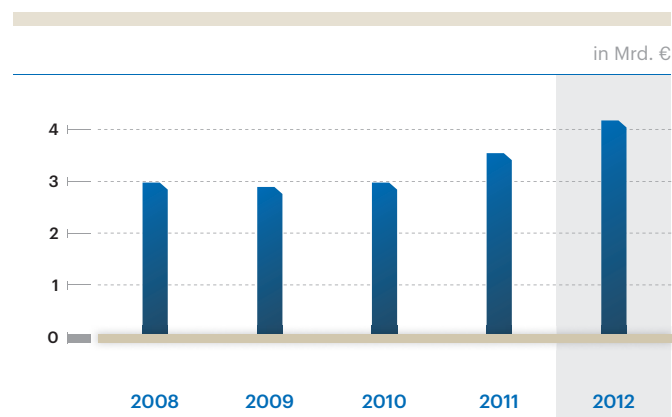
gruppen haben sich dabei unterschiedlich entwickelt: So legten Luft- und Raumfahrtssysteme um 12 Prozent auf 17 Milliarden Euro, die Herstellergruppe Ausrüstung um drei Prozent auf sechs Milliarden Euro und Werkstofftechnologien/Komponenten um 11 Prozent auf eine Milliarde Euro zu. Wachstumstreiber war die Herstellergruppe Antriebe mit einem Plus von 17 Prozent auf vier Milliarden Euro. Für die Produktion von Antriebssystemen werden u.a. hoch nickelhaltige Werkstoffe eingesetzt. Im Laufe der letzten 20 Jahre gab es zum Teil starke Auf- und Abwärtsbewegungen in dieser Herstellergruppe. Der leichte Umsatzrückgang um gut zwei Prozent in der Wirtschafts- und Finanzkrise 2009 wurde bereits im Folgejahr annähernd ausgeglichen.

## LUFT- UND RAUMFAHRTINDUSTRIE – UMSATZ NACH HERSTELLERGRUPPEN



Quelle: Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie e.V.

## LUFT- UND RAUMFAHRTINDUSTRIE – UMSATZ ANTRIEBE



Quelle: Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie e.V.

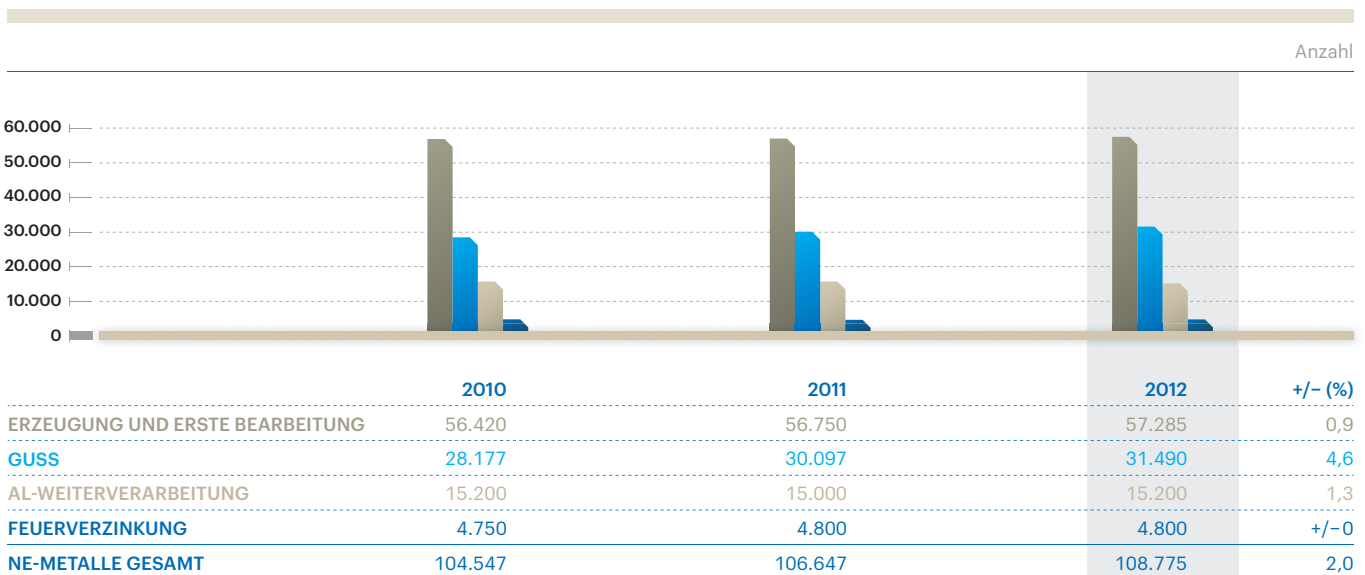
# Die Entwicklung der NE-Metallindustrie

*Die NE-Metallindustrie steht als moderne Grundstoffindustrie am Anfang der Wertschöpfungskette und erweist sich oftmals als Frühindikator für die wirtschaftliche Entwicklung. Im ersten Halbjahr 2012 profitierte die NE-Metallindustrie von der robusten Nachfrage ihrer Abnehmer. Nach dem saisonal bedingten Sommerloch zog die Nachfrage der Abnehmer nicht wie erwartet wieder an.*

Im Jahr 2012 waren in der NE-Metallindustrie durchschnittlich 108.775 **Beschäftigte** registriert, das entspricht einem Beschäftigungswachstum von zwei Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Anzahl der Beschäftigten in Unternehmen mit 50 und mehr tätigen Personen erreichte im August ihren Höhepunkt und ging danach bis Dezember zwar kontinuierlich, aber nur sehr moderat zurück. Somit betrug das Plus im Dezember 2012 gegenüber Januar 2012 immer noch knapp ein Prozent. Neben den direkten Beschäftigungsverhältnissen hängen weitere Arbeitsplätze von der NE-Metallindustrie ab. Damit betrug die Beschäfti-

gungswirkung in Deutschland etwa 250.000 Arbeitsplätze. Die durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten entwickelte sich in den einzelnen NE-Metallbranchen folgendermaßen: In der Erzeugung und der ersten Bearbeitung (Halbzeug) stieg die Anzahl der Beschäftigten um ein Prozent auf etwa 57.000 Beschäftigte und bei den NE-Metallgießereien um knapp fünf Prozent auf gut 31.000 Beschäftigte. Die Feuerverzinkungsindustrie stabilisierte die Beschäftigtenzahl bei knapp 5.000 Beschäftigten. In der Aluminiumweiterverarbeitung erhöhte sich die Beschäftigung leicht um ein Prozent auf gut 15.000 Beschäftigte.

## BESCHÄFTIGTE



Die **Produktion** der NE-Metallindustrie sank im Jahr 2012 um vier Prozent auf 7,8 Millionen Tonnen gegenüber dem Vorjahr. Dabei war das Minus in der NE-Metallerzeugung in Höhe von zwei Prozent auf 2,4 Millionen Tonnen noch moderat. Die Fertigung von Halbzeug (erste Bearbeitungsstufe) ging um vier Prozent auf rund 4,1 Millionen Tonnen zurück, und sowohl die Produktion der NE-Gießereiindustrie als auch die Ausbringungsmenge der Aluminiumweiterverarbeitung sanken jeweils um fünf Prozent auf 925.000 Tonnen bzw. 345.000 Tonnen.

Auch der **Außenhandel** ging im Berichtsjahr zurück. Die Einfuhren von Metallen wiesen im Jahr 2012 ein Minus in Höhe von 4,5 Prozent auf 3,9 Millionen Tonnen aus. Die Exporte von Metallen gingen um 3,5 Prozent auf 950.000 Tonnen zurück. Die exportabhängige Halbzeugindustrie spürte die rückläufige Nachfrage im Rahmen der Schulden- und Finanzkrise in der Eurozone besonders. Demnach gingen die Ausfuhren um fünf Prozent auf 2,4 Millionen Tonnen zurück. Dem standen Importe von 1,7 Millionen Tonnen (minus acht Prozent) gegenüber.

Der **Umsatz** der NE-Metallindustrie ging im Jahr 2012 zurück, allerdings mit unterschiedlicher Intensität in den einzelnen Teilbranchen. Der Branchengesamtumsatz sank um 8 Prozent auf gut 50 Milliarden Euro. Dies lag nicht nur an der rückläufigen Nachfrage, sondern auch an den im Durchschnitt niedrigeren Metallnotierungen an der London Metal Exchange (LME) im Jahr 2012 gegenüber dem Vorjahr. Während die Erzeugung und die erste Bearbeitung (Halbzeug) ein Minus in Höhe von neun Prozent auf 41 Milliarden Euro aufwiesen, stieg der Umsatz der NE-Metallgießereien um ein Prozent auf knapp sechs Milliarden Euro. Der Umsatz der Aluminiumweiterverarbeitung sank um knapp fünf Prozent auf drei Milliarden Euro, und der Umsatz der Feuerverzinkungsindustrie ging um drei Prozent auf 600 Millionen Euro zurück.

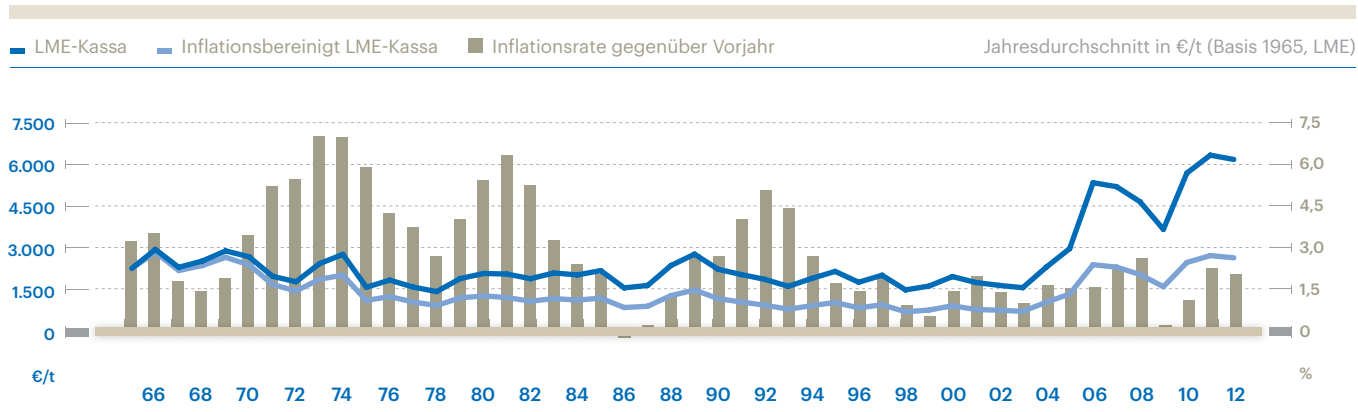
## PREISRÜCKGÄNGE BEI ALLEN NE-METALLEN

Seit den Tiefstständen der Metallnotierungen an der Londoner Metallbörse zum Jahreswechsel 2008/2009 belebten sich die durchschnittlichen Monatsnotierungen auch unter dem Einfluss von Finanzinvestoren teils deutlich. Nach zwischenzeitlichen Höchstständen in der ersten Jahreshälfte 2011 sind sie bis Ende 2012 deutlich zurückgegangen (Jahresdurchschnittspreise in Euro je Tonne 2012 im Vergleich zu 2011) um:

|           |             |
|-----------|-------------|
| NICKEL    | -17 Prozent |
| ZINN      | -12 Prozent |
| ALUMINIUM | -9 Prozent  |
| BLEI      | -7 Prozent  |
| ZINK      | -4 Prozent  |
| KUPFER    | -2 Prozent  |

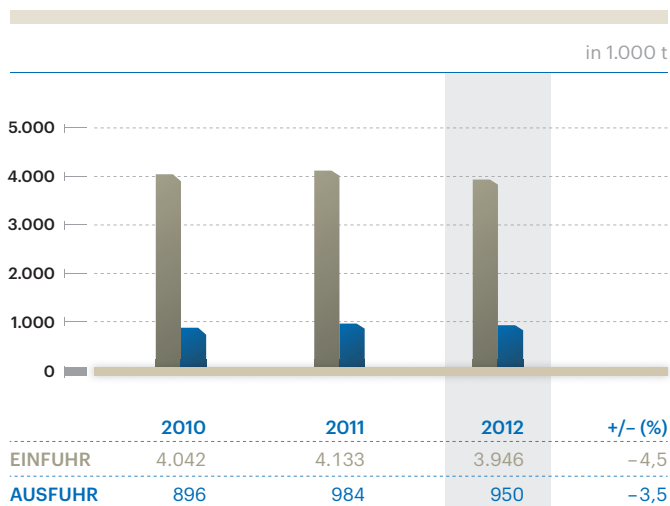
Die dennoch nach wie vor hohen Rohstoffpreise werden allorts beklagt. Die gestiegene Nachfrage nach Erzen, Metallen, Halbzeug und Schrotten in Asien, insbesondere in China, stützt die hohen Preise und stellt das Thema Verfügbarkeit bzw. Zugänglichkeit von Erzen in den Fokus. Die Bundesregierung hat sich in diesem Zusammenhang stark engagiert und unter anderem Partnerschaften mit der Mongolei und Kasachstan vereinbart, um deutschen Unternehmen die Versorgung langfristig zu erleichtern. Unabhängig davon unterliegen die Rohstoffpreise starken Schwankungen, die vor allem durch spekulative Elemente getrieben werden. Betrachtet man die Preisentwicklung für das Metall Kupfer jedoch unter Berücksichtigung der Inflation seit 1965, so stellt man fest, dass sich die Preise an der Londoner Metallbörse in dem Zeitraum nur relativ wenig geändert haben. Sogar die Hochpreisphasen der Jahre 2006 bis 2008 und 2010 bis 2012 liegen unter dem Höchstwert im Jahr 1966.

## KUPFERNOTIERUNGEN – INFLATIONSBEREINIGT



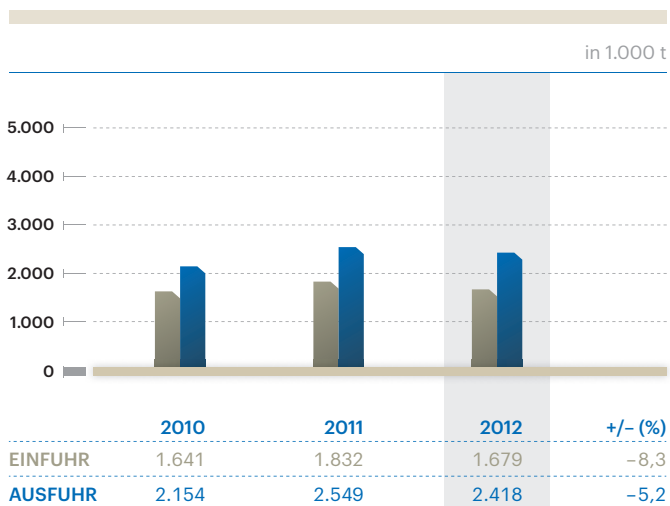
Quellen: global-rates.com, London Metal Exchange, London, und eigene Berechnungen.

## NE-METALLE: AUSSENHANDEL



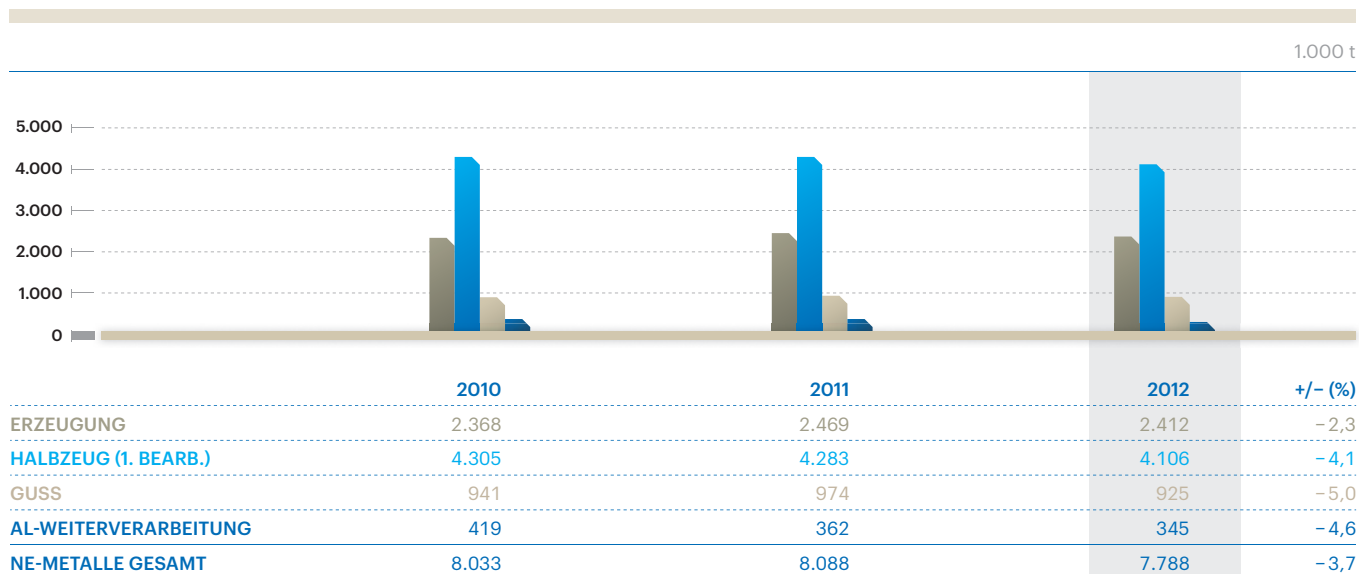
Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; 2010 und 2011: endgültig, 2012: vorläufig.

## NE-METALLHALBZEUG: AUSSENHANDEL

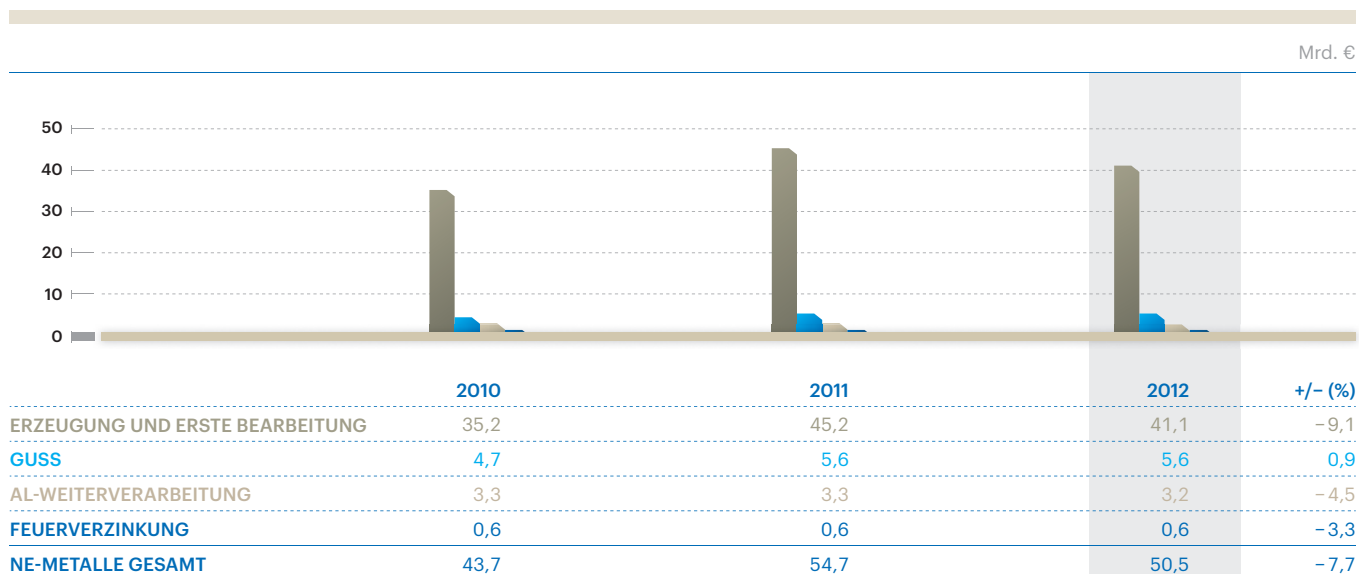


Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; 2010 und 2011: endgültig, 2012: vorläufig.

## PRODUKTION



## UMSATZ



Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; eigene Erhebungen; Zahlen gerundet.

# DIE ENTWICKLUNG NACH NE-METALLBRANCHEN

*Die NE-Metallindustrie gliedert sich nach den Metallgruppen (Leichtmetalle, Buntmetalle, Seltenmetalle) und den Produktionsstufen (Erzeugung, Halbzeug, Aluminiumweiterverarbeitung und Guss).*

## ALUMINIUMINDUSTRIE – WACHSTUMSDYNAMIK LÄSST ENDE 2012 SPÜRBAR NACH

Die Erwartungen an die Aluminiumkonjunktur des Jahres 2013 sind verhalten optimistisch. Noch im zweiten Halbjahr 2012 mussten die deutschen Aluminiumerzeuger ihre Produktion zurückfahren. Grund war vor allem die Verunsicherung der Kunden über den weiteren Konjunkturverlauf. Erschwerend kam die angespannte Lage in den südlichen Mitgliedstaaten der Europäischen Union hinzu. Dies verringerte die Exportchancen und führte zu einer steigenden Importkonkurrenz. Somit stellte die deutsche Aluminiumindustrie im Gesamtjahr 2012 weniger her als im Vorjahr. Die Produktion ging in nahezu allen Bereichen der Aluminiumbranche zurück.

Gut eine Million Tonnen **Rohaluminium** wurden im Berichtsjahr 2012 erzeugt. Damit ging die Produktion um zwei Prozent gegenüber 2011 zurück. Während die Produktion im Bereich Primäraluminium im Vorjahresvergleich um fünf Prozent auf 410.000 Tonnen fiel, blieb die Ausbringungsmenge im Bereich Recyclingaluminium mit 635.000 Tonnen stabil.

Die Erzeugung von **Aluminiumhalbzeug** (erste Bearbeitung zu Walzprodukten, Strangpressprodukten, Drähten und Schmiedeteilen) belief sich im Jahr 2012 auf 2,4 Millionen Tonnen. Gegenüber 2011 ist dies ein leichter Rückgang von einem Prozent.

In der **Aluminiumweiterverarbeitung** wurden im Jahr 2012 etwa 345.000 Tonnen hergestellt. Das Produktionsvolumen sank damit gegenüber dem Vorjahr um fünf Prozent. Die Rück-

gänge in den Bereichen „Folien und dünne Bänder“ sowie „Metallpulver“ fielen mit fünf beziehungsweise vier Prozent deutlich stärker aus als im Bereich „Tuben, Aerosol- und sonstige Dosen“ mit einem Rückgang von zwei Prozent.

Die **Bedeutung des Aluminiumrecyclings** nimmt weiter zu. Dies gilt zum einen vor dem Hintergrund des fortschreitenden Abbaus von Primäraluminiumkapazitäten in der EU 27. Zum anderen liefert das Schließen von Rohstoffkreisläufen einen wesentlichen Beitrag zur Rohstoffversorgung und zu einer nachhaltigen Entwicklung. Weniger optimistisch stellt sich die Aluminiumschrottversorgung dar. Der Rohstoffhunger asiatischer Staaten – allen voran Chinas – ist eine Belastung. Daher bleibt die Sicherung der Schrottversorgung in Europa auch in Zukunft eines der wesentlichen Themen der Aluminiumrecyclingindustrie. Die Geschäftsentwicklung blieb im ersten Quartal 2013 hinter den Erwartungen zurück. Dies liegt in der hohen Bedeutung der Automobilindustrie für die Aluminiumrecyclingbranche begründet. Als wichtigster Abnehmer für Aluminiumgusslegierungen hat die Automobilindustrie im Jahr 2012 mit knapp 5,4 Millionen in Deutschland produzierten Pkw zwar ein hohes Niveau erreicht. Dennoch konnte dieses im ersten Quartal 2013 von den Autobauern nicht wieder erreicht werden: Die Pkw-Inlandsproduktion sank im ersten Quartal des laufenden Jahres um elf Prozent gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal. Gleichwohl gibt die Jahresprognose des deutschen Automobilverbandes Anlass zu der Hoffnung auf eine solide Weiterentwicklung des Marktes für recyceltes Aluminium.

Die **Aluminiumnotierungen** an der LME haben mit zunehmender konjunkturellen Verunsicherung nachgegeben. Der monatliche Durchschnittspreis für Aluminium sank seit seinem zwischenzeitlichen Hoch bei 1.846 Euro je Tonne im April 2011 um 14 Prozent auf 1.591 Euro je Tonne im Dezember 2012.

## BUNTMETALLINDUSTRIE – KONJUNKTUREINTRÜBUNG IM VERLAUF VON 2012

Die Konjunktur der deutschen Buntmetallindustrie, zu der Erzeuger und Weiterverarbeiter von Kupfer, Zink, Blei, Zinn, Nickel und Seltenmetallen gehören, trübte sich im Verlauf des Jahres 2012 merklich ein. Für das Jahr 2013 erwartet die Branche insgesamt eine Stagnation der Produktion. Einzelne Teilbranchen entwickelten sich allerdings sehr uneinheitlich. Dabei spielten die unterschiedlichen Konjunkturzyklen der wichtigsten Abnehmerindustrien ebenso eine Rolle wie die Stufe in der Wertschöpfungskette oder metallpreisbedingte Substitution.

Die Fertigung der **Buntmetallerzeuger** sank im Jahr 2012 um drei Prozent auf knapp 1,4 Millionen Tonnen gegenüber den Zahlen aus dem Vorjahr.

Die deutsche **Kupferindustrie** hat sich im Jahr 2012 vergleichsweise gut behauptet. Im ersten Halbjahr waren wesentliche Abnehmerbranchen, wie die Elektro- und die Automobilindustrie, noch gut beschäftigt. Ab Sommer 2012 zeigte sich jedoch bei Abnehmern von Kupferprodukten eine wachsende Risikoaversion, die sich in kurzfristigem Bestellverhalten äußerte.

Die globale Nachfrage nach raffiniertem Kupfer stieg in 2012 um drei Prozent auf 20,5 Millionen Tonnen. Allein rund 40 Prozent des Bedarfs entstanden in China. Die Weltproduktion hielt mit einem Wachstum von zwei Prozent auf 20,1 Millionen Tonnen nicht ganz Schritt. So entstand ein Produktionsdefizit an raffiniertem Kupfer von 340.000 Tonnen. Maßgeblich hierfür waren Produktionsausfälle, technische Störungen und Wartungsstillstände. Entsprechend war die Auslastung der weltweiten Hüttenkapazitäten in 2012 mit 79 Prozent nur gering. Chinesische Importe von raffiniertem Kupfer lagen insgesamt auf hohem Niveau und stützten den Weltmarkt. Allerdings fand ein beträchtlicher Bestandsaufbau in China statt. In 2013 dürfte eine verstärkte chinesische Nachfrage infolge der beschlossenen Investitionsprogramme voraussichtlich eine schwächere Entwicklung in Europa und den USA kompensieren. Für die zweite Hälfte 2013 wird mit einem leichten Überschuss von raffiniertem Kupfer am Weltmarkt gerechnet.

Das verfügbare Angebot an Kupferkonzentrat litt zunächst unter Streiks in der Minenindustrie, verbesserte sich dann aber im Jahresverlauf 2012. Die International Copper Study Group, ICSG, rechnet bis 2016 mit einem jährlichen Kapazitätsanstieg von durchschnittlich acht Prozent durch den Produktionsbeginn neuer Minenprojekte. Der europäische Altkupfermarkt wies 2012 eine gute Mengenverfügbarkeit auf.

Die **Kupfernotierungen** an der LME gingen von 7.230 Euro je Tonne im Durchschnitt des Monats Februar 2011 – ihrem zwischenzeitlichen Hoch – um 21 Prozent auf 5.739 Euro je Tonne im Dezember 2011 zurück. Auf diesem leicht abgesenkten, aber im Langfristvergleich dennoch hohen Niveau hielten sie sich in 2012 relativ stabil. Im Dezember 2012 lagen die Kupfernotierungen bei 6.070 Euro je Tonne – plus sechs Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat. Die globalen Kupferbestände in den Lagerhäusern der Metallbörsen und in Zolllagern nahmen ab und waren regional ungleichmäßig verteilt. Der überwiegende Teil lagerte in Asien. Insgesamt befanden sich in den Lagerhäusern der LME im Dezember 2012 durchschnittlich 321.000 Tonnen Kupfer nach 372.000 Tonnen im entsprechenden Vorjahresmonat. Bei der New Yorker Comex kam es nach einem Hoch von 83.000 Tonnen Ende Februar 2012 zu einem Abbau auf 64.000 Tonnen Ende Dezember 2012. Die Shanghai Future Exchange verzeichnete ihr Jahreshoch bei 225.000 Tonnen Mitte März 2012. Ende Dezember 2012 waren noch 205.000 Tonnen eingelagert.

Bei der **Primärverhüttung von Zink** war der Markt bis zum Herbst des Jahres 2012 von einer stabilen Nachfrage geprägt. Im vierten Quartal 2012 machte sich auch in Deutschland der Rückgang der Wirtschaftsleistung in Europa bemerkbar, was zu einer reduzierten Nachfrage nach Zink für die Galvanisierung von Stahlblechen führte. Die Versorgung mit Zink-Konzentraten war insgesamt zufriedenstellend. Für das Jahr 2013 wird in Erwartung einer sich leicht erholenden Konjunktur mit einer verbesserten Nachfrage nach Zinkprodukten gerechnet. Auch wenn es wiederum einen Überschuss in der Zinkproduktion geben wird, rechnen Analysten im Vergleich zum Vorjahr mit anziehenden Preisen an der Londoner Metallbörse.

Die **Zinknotierungen** an der LME sanken nach ihrem zwischenzeitlichen Hoch bei 1.806 Euro je Tonne im Durchschnitt des Monats Februar 2011 um 15 Prozent auf 1.535 Euro je Tonne im Januar 2012. Im Verlauf des Berichtsjahres 2012 blieben die Zinknotierungen relativ stabil und lagen im Dezember 2012 bei 1.553 Euro je Tonne – ein Prozent höher als im Januar. Die Be-

stände in den Lagerhäusern der LME stiegen im Jahresverlauf um etwa 400.000 Tonnen (beinahe 50 Prozent) auf mehr als 1,2 Millionen Tonnen Ende 2012 – ein neuer Höchststand. Zusammen mit den Beständen der Lagerhäuser in Shanghai betrugen sie mehr als 1,5 Millionen Tonnen.

Die Nachfrage nach **raffiniertem Blei und Bleilegierungen** blieb in Europa auf einem hohen, wenn gleich leicht rückläufigen Niveau. Zuletzt wurden Lagerbestände abgebaut. Der derzeitige Bestand von etwa 51 Millionen Kraftfahrzeugen in Deutschland sorgte für keine nachhaltige Belebung im After-Sales-Market. Auch rückläufige Zulassungszahlen von Neuwagen gegenüber den Vorjahresmonaten, vornehmlich in den südeuropäischen Staaten der EU, lassen eher auf eine ruhigere Marktentwicklung schließen. Andererseits sorgen aktuelle technische Entwicklungen, wie Start-Stopp-Systeme, EFB (Enhanced Flooded Battery) und AGM-Batterien (Absorbent Glass Mat), dafür, dass die Nachfrage nach Blei und Bleilegierungen nicht nachhaltig abfällt. Mittelfristig ist sogar mit einem erhöhten Bedarf zu rechnen. Wachstumsimpulse werden aus China und Indien erwartet. Alles in Allem herrscht momentan eine positive Stimmung am Markt. Die Versorgungslage der europäischen Sekundärbleihütten mit Altbatterieschrott blieb Ende 2012 angespannt. Im Jahr 2012 wurden in Europa gut 1,8 Millionen Tonnen raffiniertes Blei produziert – ein Prozent mehr als im Vorjahr. Weltweit lag die Produktion 40.000 Tonnen über der Verwendung des Metalls.

Die **Bleilotierungen** an der LME gingen von 1.949 Euro je Tonne im Durchschnitt des Monats Januar 2011 – ihrem zwischenzeitlichen Hoch – bis Dezember 2011 um 21 Prozent auf 1.531 Euro je Tonne zurück. Im Jahresverlauf 2012 entwickelten sie sich leicht nach oben auf 1.734 Euro je Tonne im Dezember 2012, das sind 13 Prozent mehr als im Vorjahresmonat. Nachdem die Bleibestände an der LME im Verlauf des Jahres 2012 bis auf 267.000 Tonnen im September 2012 abgebaut wurden, war zuletzt eine Korrektur nach oben zu sehen auf 318.000 Tonnen im Dezember 2012.

Die Produktion der **Buntmetallhalbzeughersteller** (erste Bearbeitung zu Bändern, Blechen, Stangen, Profilen, Rohren und Draht) sank im Jahr 2012 um acht Prozent auf 1,7 Millionen Tonnen gegenüber dem Vorjahr. Allerdings war die Konjunktur in den verschiedenen Halbzeugsparten sehr unterschiedlich.

So verringerte sich die Produktion von **Halbzeug aus Kupfer und Kupferlegierungen** um fünf Prozent auf 848.000 Tonnen (ohne Leitmaterial). In Abhängigkeit von den Konjunk-

turverläufen wichtiger Abnehmerbranchen wie der Automobilindustrie, der Elektrotechnik- und Elektronikindustrie sowie des Maschinen- und Anlagenbaus entwickelte sich auch die Nachfrage nach Halbzeug aus Kupfer und Kupferlegierungen im Jahresverlauf deutlich zurück. Nach einem auskömmlichen ersten Halbjahr hatten viele Hersteller das Gefühl, ihre Kunden würden aus dem Sommerurlaub gar nicht mehr zurückkommen. Dabei wirkte die Bauindustrie eher stabilisierend. Erst zu Jahresbeginn 2013 erholte sich die Nachfrage spürbar. Die Hersteller von Halbzeug aus blankem Kupferleitmaterial verzeichneten sogar ein Minus von zwölf Prozent auf 651.000 Tonnen.

Die Fertigung von **Halbzeug aus Zink, Blei, Zinn, Nickel und deren Legierungen** ging um sieben Prozent auf gut 194.000 Tonnen zurück. Dabei profitierte Halbzeug aus Zink und Zinklegierungen noch von der robusten Entwicklung der Bauindustrie. Halbzeug aus Blei und Bleilegierungen steht in der Bauindustrie zwar weiterhin unter Druck. Stabilisierend wirkten allerdings Abnehmerbranchen wie Strahlen- und Schallschutz sowie Kraftwerksbau. Halbzeug aus Nickel und Nickellegierungen läuft der Entwicklung anderer Buntmetallhalbzeughersteller zeitlich nach. Im Berichtsjahr 2012 zehrte die Branche im besonderen Maße von der robusten Konjunktur in der Luft- und Raumfahrtindustrie. Die Geschäftsaussichten für das Jahr 2013 sind verhalten optimistisch.

Die **Nickelnotierungen** an der LME sanken von 20.701 Euro je Tonne im Durchschnitt des Monats Februar 2011 – ihrem zwischenzeitlichen Hoch – um ein Drittel auf 13.774 Euro je Tonne im Dezember 2011. Im Verlauf des Berichtsjahres 2012 blieben sie vergleichsweise stabil. So betrug der Rückgang auf 13.269 Euro je Tonne im Dezember 2012 gegenüber dem Vorjahresmonat keine vier Prozent.

## NE-METALLGIESSEREIEN – PRODUKTIONSRÜCKGANG UM FÜNF PROZENT IN 2012

In der deutschen NE-Metallgießerei-Industrie lagen Nachfrage und Produktion im Jahr 2012 deutlich unter dem 2011er Niveau. Die Branchenkonjunktur war im vergangenen Jahr zweigeteilt – wie in der Hauptkundenbranche, dem Fahrzeugbau: In den ersten sechs Monaten lag die Fertigung auf dem hohen Niveau von 2011. Im zweiten Halbjahr musste die Produktion an die reduzierten Abrufe der Automobil- und Zulieferindustrie angepasst werden. Entsprechend fiel die Fertigung unter die jeweiligen Vorjahreswerte. Somit sank die Produktion im Jahresdurchschnitt 2012 um fünf Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Dominanz des Aluminiumgusses kommt hier deutlich zum Tragen. Bei den Kupfer- und Zinkwerkstoffen zeigte sich demgegenüber das zweite Halbjahr etwas stabiler als die ersten sechs Monate. Die Aluminiumgießereien verbuchten im Jahr 2012 mit 863.000 Tonnen um neun Prozent geringere Auftragseingänge als in 2011. Magnesiumguss lag in den Auftragsbüchern mit knapp 19.000 Tonnen um gut zwei Prozent höher als im Vorjahr. Kupfergusskomponenten erreichten in der Nachfrage 85.000 Tonnen, drei Prozent weniger als im Jahr 2011. Gießereien, die Zinklegierungen verarbeiten, verzeichneten mit 37.000 Tonnen einen um drei Prozent höheren Auftragseingang. Die Ausfuhren von NE-Metallguss insgesamt lagen mit 137.000 Tonnen um knapp fünf Prozent höher als in 2011. Die Exportquote verharrte bei 15 Prozent. Mehr als drei Viertel des Ausfuhrvolumens entfallen auf Fahrzeugbaukomponenten. Die Auftragsreserven lagen Ende Dezember 2012 mit knapp 401.000 Tonnen um 15 Prozent höher als im Dezember 2011.



### AUTOR

Oliver Eisenberg erstellt Konjunktur- und Quartalsberichte für die WVM. Sie erreichen ihn unter [eisenberg@GDB-online.org](mailto:eisenberg@GDB-online.org)

## FEUERVERZINKUNGSINDUSTRIE – AUF HOHEM NIVEAU LEICHT RÜCKLÄUFIGE MENGEN IN 2012

Die deutsche Stückverzinkungsindustrie verzinkte im Jahr 2012 rund 1,9 Millionen Tonnen Stahl und verfehlte damit die Tonnage des Rekordjahres 2011 nur knapp um etwa drei Prozent. Damit bewegte sich die Branche mengenmäßig weiter auf einem hohen Niveau. Der Branchenumsatz sank im Jahr 2012 ebenfalls um rund drei Prozent auf geschätzte 620 Millionen Euro. Die deutsche Feuerverzinkungsindustrie beschäftigte im Jahr 2012 mehr als 4.800 Mitarbeiter in gut 160 Verzinkereien. Die Erwartungen der Stückverzinker an das Jahr 2013 sind gedämpft positiv. So gehen die Prognosen der deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute für das Jahr 2013 von Zuwächsen im Bereich der Bauinvestitionen aus, während die Ausrüstungsinvestitionen mehr oder weniger stagnieren dürften. Die Feuerverzinkungsindustrie hofft, auch weiterhin von der robusten Entwicklung der Baukonjunktur zu profitieren. Weitere Wachstumsimpulse werden im Rahmen des Ausbaus der Stromnetze erwartet.

## AUFTEILUNG TONNAGEMENGE FEUERVERZINKUNGSINDUSTRIE

|                            |            |
|----------------------------|------------|
| BAUWESEN                   | 51 Prozent |
| INDUSTRIEAUSRÜSTUNGEN      | 12 Prozent |
| TRANSPORTWESEN/FAHRZEUGBAU | 12 Prozent |
| GARTENBAU/LANDWIRTSCHAFT   | 6 Prozent  |
| STRASSEN AUSSTATTUNG       | 7 Prozent  |
| VER-/ENTSORGUNG            | 4 Prozent  |
| SONSTIGE                   | 8 Prozent  |

Kunden der mittelständisch geprägten Industrie sind Stahlbauer, Schlosser sowie Serienteilehersteller. Feuerverzinkt werden nahezu alle Stahlanwendungen im Außenbereich. Hierzu gehören beispielsweise Schutzplanken, Balkongeländer, Treppenanlagen, Pkw-Anhänger, Lkw-Auflieger, Stahlhallen, moderne Stahl-Glas-Architektur und Parkhäuser.

## DIE DEUTSCHE NE-METALLINDUSTRIE IN ZAHLEN

Tabelle 1

### KENNZAHLEN DER DEUTSCHEN NE-METALLINDUSTRIE

|                                                                             | 2010           | 2011           | 2012           | +/- (%)     |
|-----------------------------------------------------------------------------|----------------|----------------|----------------|-------------|
| <b>BESCHÄFTIGTE Anzahl</b>                                                  |                |                |                |             |
| Erzeugung und erste Bearbeitung                                             | 56.420         | 56.750         | 57.285         | 0,9         |
| Guss                                                                        | 28.177         | 30.097         | 31.490         | 4,6         |
| Aluminiumweiterverarbeitung                                                 | 15.200         | 15.000         | 15.200         | 1,3         |
| Feuerverzinkungsindustrie                                                   | 4.750          | 4.800          | 4.800          | 0,0         |
| <b>GESAMT</b>                                                               | <b>104.547</b> | <b>106.647</b> | <b>108.775</b> | <b>2,0</b>  |
| <b>PRODUKTION 1.000 t</b>                                                   |                |                |                |             |
| Erzeugung                                                                   | 2.368          | 2.469          | 2.412          | -2,3        |
| Halbzeug (erste Bearbeitung)                                                | 4.305          | 4.283          | 4.105          | -4,2        |
| Guss                                                                        | 944            | 978            | 931            | -4,8        |
| Aluminiumweiterverarbeitung                                                 | 364            | 362            | 344            | -4,8        |
| <b>GESAMT</b>                                                               | <b>7.981</b>   | <b>8.092</b>   | <b>7.792</b>   | <b>-3,7</b> |
| <b>AUSSENHANDEL 1.000 t</b>                                                 |                |                |                |             |
| <b>EINFUHR</b>                                                              |                |                |                |             |
| Erzeugung                                                                   | 4.042          | 4.133          | 3.946          | -4,5        |
| Halbzeug                                                                    | 1.641          | 1.832          | 1.679          | -8,3        |
| <b>AUSFUHR</b>                                                              |                |                |                |             |
| Erzeugung                                                                   | 896            | 984            | 950            | -3,5        |
| Halbzeug                                                                    | 2.154          | 2.549          | 2.418          | -5,2        |
| <b>UMSATZ Mrd. €</b>                                                        |                |                |                |             |
| Erzeugung und erste Bearbeitung                                             | 35,2           | 45,2           | 41,1           | -9,1        |
| Guss                                                                        | 4,7            | 5,6            | 5,6            | 0,9         |
| Aluminiumweiterverarbeitung                                                 | 3,3            | 3,3            | 3,2            | -4,5        |
| Feuerverzinkungsindustrie                                                   | 0,6            | 0,6            | 0,6            | -3,3        |
| <b>GESAMT</b>                                                               | <b>43,7</b>    | <b>54,7</b>    | <b>50,5</b>    | <b>-7,7</b> |
| <b>NE-METALLPREISE AN DER LONDON METAL EXCHANGE Jahresdurchschnitt, €/t</b> |                |                |                |             |
| Aluminium                                                                   | 1.637          | 1.720          | 1.569          | -8,8        |
| Kupfer                                                                      | 5.691          | 6.335          | 6.182          | -2,4        |
| Blei                                                                        | 1.614          | 1.722          | 1.603          | -6,9        |
| Zink                                                                        | 1.623          | 1.575          | 1.514          | -3,9        |
| Zinn                                                                        | 15.412         | 18.673         | 16.386         | -12,2       |
| Nickel                                                                      | 16.471         | 16.397         | 13.626         | -16,9       |
| <b>EDELMETALLPREISE Jahresdurchschnitt, €/kg</b>                            |                |                |                |             |
| Gold                                                                        | 29.827         | 35.930         | 41.660         | 15,9        |
| Silber                                                                      | 495            | 839            | 782            | -6,8        |
| Platin                                                                      | 39.121         | 39.135         | 38.969         | -0,4        |
| Palladium                                                                   | 12.885         | 16.695         | 16.118         | -3,5        |

Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; Dow Jones, NE-Metalle; Metals Week; GDA, GDB, BDG; Zahlen gerundet; 2012 vorläufig.

Tabelle 2

## PRODUKTION NACH METALLEN

|                                                      | 2010<br>in t | 2011<br>in t | 2012<br>in t | +/- (%) |
|------------------------------------------------------|--------------|--------------|--------------|---------|
| <b>NICHTEISEN-METALLE GESAMT</b>                     | 7.980.840    | 8.091.987    | 7.792.315    | -3,7    |
| <b>ALUMINIUM<sup>1,3</sup></b>                       | 4.644.668    | 4.715.146    | 4.603.319    | -2,4    |
| Aluminium aus Erz                                    | 402.476      | 432.472      | 410.413      | -5,1    |
| Aluminium aus Recycling                              | 611.139      | 634.441      | 634.995      | 0,1     |
| Halbzeug aus Al und Al-Legierungen                   | 2.451.027    | 2.438.211    | 2.406.893    | -1,3    |
| Leitmaterial aus Al und Al-Legierungen               | 4.175        | 4.796        | 4.432        | -7,6    |
| Aluminiumguss                                        | 812.229      | 843.745      | 802.501      | -4,9    |
| Folien und dünne Bänder                              | 299.743      | 294.854      | 280.186      | -5,0    |
| Tuben, Aerosol- und sonstige Dosen                   | 38.596       | 40.636       | 39.839       | -2,0    |
| Metallpulver                                         | 25.283       | 25.991       | 24.060       | -7,4    |
| <b>MAGNESIUM<sup>3</sup></b>                         | 14.859       | 14.890       | 16.445       | 10,4    |
| Magnesiumguss                                        | 14.859       | 14.890       | 16.445       | 10,4    |
| <b>KUPFER<sup>2,3</sup></b>                          | 2.471.627    | 2.457.567    | 2.293.694    | -6,7    |
| raffiniertes Kupfer                                  | 704.247      | 708.816      | 682.132      | -3,8    |
| Kupfergusslegierungen                                | 35.005       | 35.119       | 34.744       | -1,1    |
| Halbzeug aus Cu und Cu-Legierungen                   | 930.148      | 894.978      | 848.291      | -5,2    |
| Leitmaterial aus Cu und Cu-Legierungen               | 725.060      | 736.137      | 651.198      | -11,5   |
| Guss aus Cu und Cu-Legierungen                       | 77.167       | 82.517       | 77.330       | -6,3    |
| <b>ZINK<sup>3</sup></b>                              | 40.188       | 36.850       | 34.772       | -5,6    |
| Guss aus Zink und Zinklegierungen                    | 40.188       | 36.484       | 34.772       | -5,6    |
| <b>ANDERE BUNTMETALLE<sup>2</sup></b>                | 809.498      | 867.533      | 844.085      | -2,7    |
| Erzeugung von Zink, Blei, Zinn und deren Leg.        | 614.703      | 658.271      | 649.673      | -1,3    |
| Halbzeug aus Zink, Blei, Zinn, Nickel und deren Leg. | 194.795      | 209.262      | 194.411      | -7,1    |

Quellen:

1 Gesamtverband der Aluminiumindustrie

2 Gesamtverband der Deutschen Buntmetallindustrie

3 Bundesverband der Deutschen Gießerei-Industrie, 2012: vorläufig.

Tabelle 3

## PRODUKTION NACH PRODUKTIONSSTUFEN

|                                                | 2010<br>in t | 2011<br>in t | 2012<br>in t | +/- (%) |
|------------------------------------------------|--------------|--------------|--------------|---------|
| <b>NICHTEISEN-METALLE GESAMT</b>               | 7.980.840    | 8.091.987    | 7.792.315    | -3,7    |
| <b>ERZEUGUNG<sup>1, 2</sup></b>                | 2.367.570    | 2.469.119    | 2.411.957    | -2,3    |
| Aluminium aus Erz                              | 402.476      | 432.472      | 410.413      | -5,1    |
| Aluminium aus Recycling                        | 611.139      | 634.441      | 634.995      | 0,1     |
| <b>ALUMINIUM GESAMT</b>                        | 1.013.615    | 1.066.913    | 1.045.408    | -2,0    |
| raffiniertes Kupfer                            | 704.247      | 708.816      | 682.132      | -3,8    |
| Kupfergusslegierungen                          | 35.005       | 35.119       | 34.744       | -1,1    |
| Zink, Blei, Zinn und deren Legierungen         | 614.703      | 658.271      | 649.673      | -1,3    |
| <b>BUNTMETALLE GESAMT</b>                      | 1.353.955    | 1.402.206    | 1.366.549    | -2,5    |
| <b>HALBZEUG<sup>1, 2</sup></b>                 | 4.305.205    | 4.283.384    | 4.105.225    | -4,2    |
| Al und Al-Legierungen                          | 2.451.027    | 2.438.211    | 2.406.893    | -1,3    |
| Al-Leitmaterial                                | 4.175        | 4.796        | 4.432        | -7,6    |
| <b>ALUMINIUM GESAMT</b>                        | 2.455.202    | 2.443.007    | 2.411.325    | -1,3    |
| Cu und Cu-Legierungen                          | 930.148      | 894.978      | 848.291      | -5,2    |
| Cu-Leitmaterial                                | 725.060      | 736.137      | 651.198      | -11,5   |
| <b>KUPFER GESAMT</b>                           | 1.655.208    | 1.631.115    | 1.499.489    | -8,1    |
| <b>ANDERE BUNTMETALLE</b>                      | 194.795      | 209.262      | 194.411      | -7,1    |
| <b>BUNTMETALLE GESAMT</b>                      | 1.850.003    | 1.840.377    | 1.693.900    | -8,0    |
| <b>GUSS<sup>3</sup></b>                        | 944.443      | 978.002      | 931.048      | -4,8    |
| Aluminium                                      | 812.229      | 843.745      | 802.501      | -4,9    |
| Magnesium                                      | 14.859       | 14.890       | 16.445       | 10,4    |
| <b>LEICHTMETALLGUSS GESAMT</b>                 | 827.088      | 858.635      | 818.946      | -4,6    |
| Kupfer und Kupferlegierungen                   | 77.167       | 82.517       | 77.330       | -6,3    |
| Zink und Zinklegierungen                       | 40.188       | 36.850       | 34.772       | -5,6    |
| <b>BUNTMETALLGUSS GESAMT</b>                   | 117.355      | 119.367      | 112.102      | -6,1    |
| <b>ALUMINIUMWEITERVERARBEITUNG<sup>1</sup></b> | 363.622      | 361.481      | 344.085      | -4,8    |
| <b>FOLIEN UND DÜNNE BÄNDER</b>                 | 299.743      | 294.854      | 280.186      | -5,0    |
| <b>TUBEN, AEROSOL- UND SONSTIGE DOSEN</b>      | 38.596       | 40.636       | 39.839       | -2,0    |
| <b>METALLPULVER</b>                            | 25.283       | 25.991       | 24.060       | -7,4    |

Quellen:

1 Gesamtverband der Aluminiumindustrie.

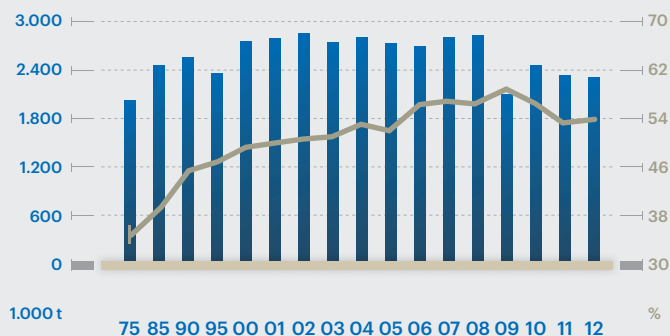
2 Gesamtverband der Deutschen Buntmetallindustrie.

3 Bundesverband der Deutschen Gießerei-Industrie, 2012: vorläufig.

Grafik 4

## RECYCLING-ANTEIL AN DER NICHTEISEN-METALLPRODUKTION

■ Produktion von NE-Metallen ■ Recyclingquote

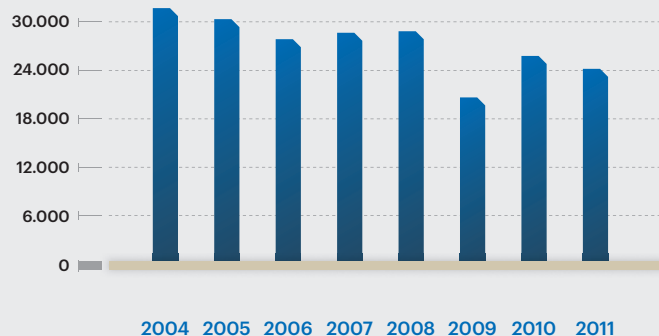


Quellen: GDA, GDB; ab 2009 geänderte Datengrundlage

Grafik 5

## NE-METALLINDUSTRIE: ENERGIEEINSATZ

in Mio. kWh



Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Tabelle 6

## NE-METALLINDUSTRIE\*: ENERGIEEINSATZ

in Mio. kWh

|                        | 2004   | 2005   | 2006   | 2007   | 2008   | 2009   | 2010   | 2011   |
|------------------------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|
| ENERGIEART             |        |        |        |        |        |        |        |        |
| Strom                  | 18.179 | 17.911 | 15.937 | 16.575 | 17.313 | 11.089 | 13.656 | 13.265 |
| Gas                    | 10.274 | 9.780  | 9.777  | 9.402  | 9.018  | 7.599  | 8.992  | 8.821  |
| Mineralölprodukte      | 956    | 2.485  | 2.084  | 2.633  | 2.181  | 1.628  | 2.277  | 1.337  |
| Steinkohle             | 0      | 0      | 0      | 0      | 210    | 191    | 312    | 361    |
| Braunkohle             | 0      | 0      | 0      | 0      | 0      | 0      | 82     | 112    |
| Fernwärme              | 112    | 87     | 0      | 2      | 94     | 148    | 178    | 108    |
| Erneuerbare Energien   | 0      | 0      | 0      | 0      | 0      | 0      | 0      | 0      |
| Industrieabfall        | 0      | 0      | 0      | 0      | 0      | 0      | 0      | 0      |
| Sonstige Energieträger | 2.087  | 0      | 0      | 0      | 0      | 0      | 0      | 0      |
| SUMME                  | 31.608 | 30.263 | 27.798 | 28.612 | 28.816 | 20.655 | 25.497 | 24.004 |

\* Erzeugung und erste Bearbeitung, Guss.

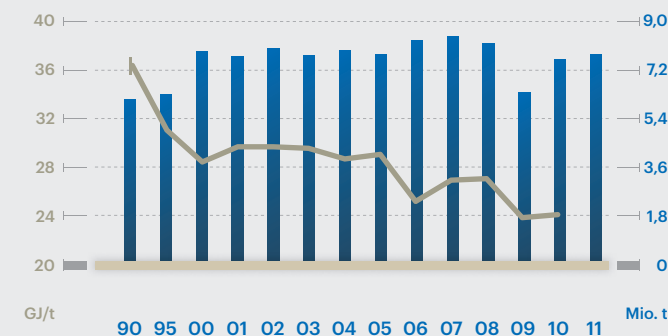
Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

Grafik 7

## ENERGIEEFFIZIENZ IN DER PRODUKTION

■ spez. Energieeinsatz

■ NE-Metallproduktion (Erzeugung, Halbzeug, Guss)



– kontinuierliche Senkung des spezifischen Energieeinsatzes seit 1990

– wachsendes Gewicht von Metallbearbeitung und Recycling

Quellen: RWI-Monitoring-Berichte; eigene Erhebungen

Tabelle 8

## CO<sub>2</sub>-EMISSIONEN: DIREKT + INDIREKT

|     | Spezifischer<br>Energieeinsatz<br>GJ/t | Minderung spez.<br>Energieeinsatz<br>% | CO <sub>2</sub> -Emissionen<br>Mio. t | Spezifische CO <sub>2</sub> -<br>Emissionen<br>kg CO <sub>2</sub> /t | Minderung spez. CO <sub>2</sub> -<br>Emissionen<br>% | NE-Metall-<br>produktion<br>Mio. t |
|-----|----------------------------------------|----------------------------------------|---------------------------------------|----------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------|------------------------------------|
| 90* | 36,6                                   |                                        | 14,6                                  | 2.378                                                                |                                                      | 6,138                              |
| 95  | 31,1                                   | 15,0                                   | 12,9                                  | 2.005                                                                | 15,7                                                 | 6,317                              |
| 00  | 28,4                                   | 22,3                                   | 14,3                                  | 1.816                                                                | 23,6                                                 | 7,878                              |
| 01  | 29,6                                   | 19,0                                   | 14,6                                  | 1.893                                                                | 20,4                                                 | 7,693                              |
| 02  | 29,6                                   | 19,0                                   | 14,5                                  | 1.892                                                                | 20,4                                                 | 7,991                              |
| 03  | 29,5                                   | 19,4                                   | 14,3                                  | 1.868                                                                | 21,5                                                 | 7,737                              |
| 04  | 28,6                                   | 21,7                                   | 14,4                                  | 1.814                                                                | 23,7                                                 | 7,930                              |
| 05  | 29,0                                   | 20,6                                   | 14,3                                  | 1.834                                                                | 22,9                                                 | 7,797                              |
| 06  | 25,1                                   | 31,5                                   | 13,1                                  | 1.583                                                                | 33,4                                                 | 8,292                              |
| 07  | 26,9                                   | 26,4                                   | 14,4                                  | 1.701                                                                | 28,5                                                 | 8,441                              |
| 08  | 27,0                                   | 26,2                                   | 14,0                                  | 1.709                                                                | 28,1                                                 | 8,206                              |
| 09  | 23,8                                   | 35,0                                   | 9,0                                   | 1.420                                                                | 40,3                                                 | 6,370                              |
| 10  | 24,0                                   | 34,4                                   | 10,9                                  | 1.430                                                                | 39,9                                                 | 7,614                              |

\* Referenzjahr ist 1990

Quelle: RWI-Monitoring-Berichte

Tabelle 9

## AUSSENHANDEL DER DEUTSCHEN NE-METALLINDUSTRIE

|                            | 2010      | 2011      | 2012      | +/- (%) |
|----------------------------|-----------|-----------|-----------|---------|
|                            | in t      | in t      | in t      |         |
| <b>ALUMINIUM</b>           |           |           |           |         |
| <b>EINFUHR</b>             |           |           |           |         |
| Bauxit                     | 2.021.173 | 2.436.626 | 2.776.982 | 14,0    |
| nicht legiert              | 822.098   | 771.392   | 729.140   | -5,5    |
| Primärlegierungen          | 1.029.231 | 1.159.506 | 1.132.193 | -2,4    |
| Sekundärlegierungen        | 641.987   | 652.169   | 614.166   | -5,8    |
| Bearbeitungsreststoffe     | 69.128    | 77.014    | 128.744   | 67,2    |
| Schrott                    | 431.748   | 463.698   | 447.046   | -3,6    |
| Halbzeug                   | 1.300.210 | 1.438.875 | 1.308.275 | -9,1    |
| <b>AUSFUHR</b>             |           |           |           |         |
| nicht legiert              | 72.919    | 83.606    | 42.580    | -49,1   |
| Primärlegierungen          | 190.626   | 163.303   | 131.716   | -19,3   |
| Sekundärlegierungen        | 194.459   | 251.536   | 229.740   | -8,7    |
| Bearbeitungsreststoffe     | 144.383   | 161.245   | 171.668   | 6,5     |
| Schrott                    | 694.223   | 793.166   | 796.767   | 0,5     |
| Halbzeug                   | 1.116.662 | 1.535.279 | 1.488.506 | -3,0    |
| <b>KUPFER</b>              |           |           |           |         |
| <b>EINFUHR</b>             |           |           |           |         |
| Kupfererze u. -konzentrate | 1.121.344 | 1.136.103 | 1.215.273 | 7,0     |
| zum Raffinieren            | 62.474    | 68.147    | 45.673    | -33,0   |
| raffiniert                 | 756.694   | 774.400   | 738.413   | -4,6    |
| Schrott                    | 623.894   | 653.420   | 654.959   | 0,2     |
| Halbzeug                   | 266.205   | 295.943   | 282.468   | -4,6    |
| <b>AUSFUHR</b>             |           |           |           |         |
| nicht legiert              | 138.192   | 201.024   | 276.797   | 37,7    |
| legiert                    | 13.760    | 12.449    | 14.348    | 15,3    |
| Schrott                    | 587.306   | 588.723   | 587.773   | -0,2    |
| Halbzeug                   | 986.493   | 961.027   | 877.243   | -8,7    |
| <b>BLEI</b>                |           |           |           |         |
| <b>EINFUHR</b>             |           |           |           |         |
| Bleierze u. -konzentrate   | 183.074   | 205.465   | 228.444   | 11,2    |
| zum Raffinieren            | 87.976    | 29.686    | 27.980    | -5,7    |
| raffiniert                 | 71.261    | 86.214    | 86.316    | 0,1     |
| Schrott                    | 39.501    | 36.412    | 28.059    | -22,9   |
| Halbzeug                   | 1.938     | 4.863     | 6.372     | 31,0    |
| <b>AUSFUHR</b>             |           |           |           |         |
| nicht legiert              | 160.284   | 160.252   | 146.370   | -8,7    |
| legiert                    | 40.537    | 26.712    | 21.703    | -18,8   |
| Schrott                    | 10.094    | 13.517    | 7.980     | -41,0   |
| Halbzeug                   | 26.960    | 25.155    | 19.658    | -21,8   |

2012: vorläufige Zahlen

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

Tabelle 10

# AUSSENHANDEL DER DEUTSCHEN NE-METALLINDUSTRIE

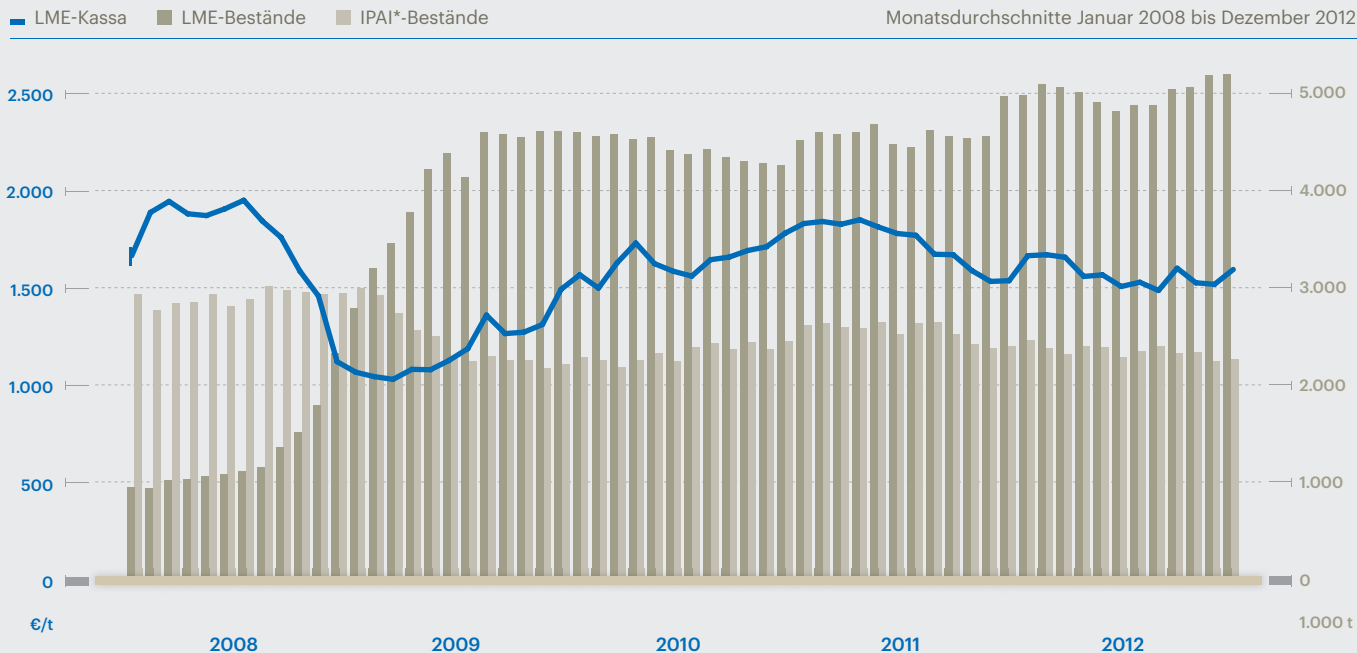
|                          | 2010    | 2011    | 2012    | +/- (%) |
|--------------------------|---------|---------|---------|---------|
|                          | in t    | in t    | in t    |         |
| ZINK                     |         |         |         |         |
| EINFUHR                  |         |         |         |         |
| Zinkerze u. -konzentrate | 293.580 | 344.106 | 324.954 | -5,6    |
| Fein- und Feinstzink     | 314.124 | 339.102 | 314.671 | -7,2    |
| Hüttenzink               | 58.119  | 47.031  | 43.115  | -8,3    |
| anderes Zink             | 66.739  | 70.570  | 64.368  | -8,8    |
| Schrott                  | 23.858  | 26.852  | 25.486  | -5,1    |
| Halbzeug                 | 58.954  | 67.966  | 66.439  | -2,2    |
| AUSFUHR                  |         |         |         |         |
| Fein- und Feinstzink     | 30.559  | 26.655  | 26.690  | 0,1     |
| Hüttenzink               | 22.467  | 27.697  | 31.003  | 11,9    |
| anderes Zink             | 31.972  | 31.196  | 29.231  | -6,3    |
| Schrott                  | 75.581  | 75.306  | 73.191  | -2,8    |
| NICKEL                   |         |         |         |         |
| EINFUHR                  |         |         |         |         |
| nicht legiert            | 69.429  | 68.130  | 73.275  | 7,6     |
| legiert                  | 8.535   | 11.923  | 23.041  | 93,3    |
| Reststoffe und Schrott   | 9.319   | 12.041  | 14.192  | 17,9    |
| Halbzeug                 | 12.393  | 22.898  | 13.994  | -38,9   |
| AUSFUHR                  |         |         |         |         |
| Halbzeug                 | 21.553  | 25.073  | 30.093  | 20,0    |
| ZINN                     |         |         |         |         |
| EINFUHR                  |         |         |         |         |
| nicht legiert            | 19.628  | 21.447  | 18.865  | -12,0   |
| legiert                  | 325     | 118     | 196     | 66,6    |
| Reststoffe und Schrott   | 1.490   | 1.604   | 461     | -71,3   |
| Halbzeug                 | 1.483   | 1.480   | 1.875   | 26,7    |
| AUSFUHR                  |         |         |         |         |
| Halbzeug                 | 2.576   | 2.749   | 2.395   | -12,9   |
| MAGNESIUM                |         |         |         |         |
| EINFUHR                  |         |         |         |         |
| in Rohform               | 33.280  | 33.058  | 34.594  | 4,6     |
| Reststoffe und Schrott   | 1.900   | 4.985   | 4.210   | -15,5   |

2012: vorläufige Zahlen

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

Grafik 11

## ALUMINIUM

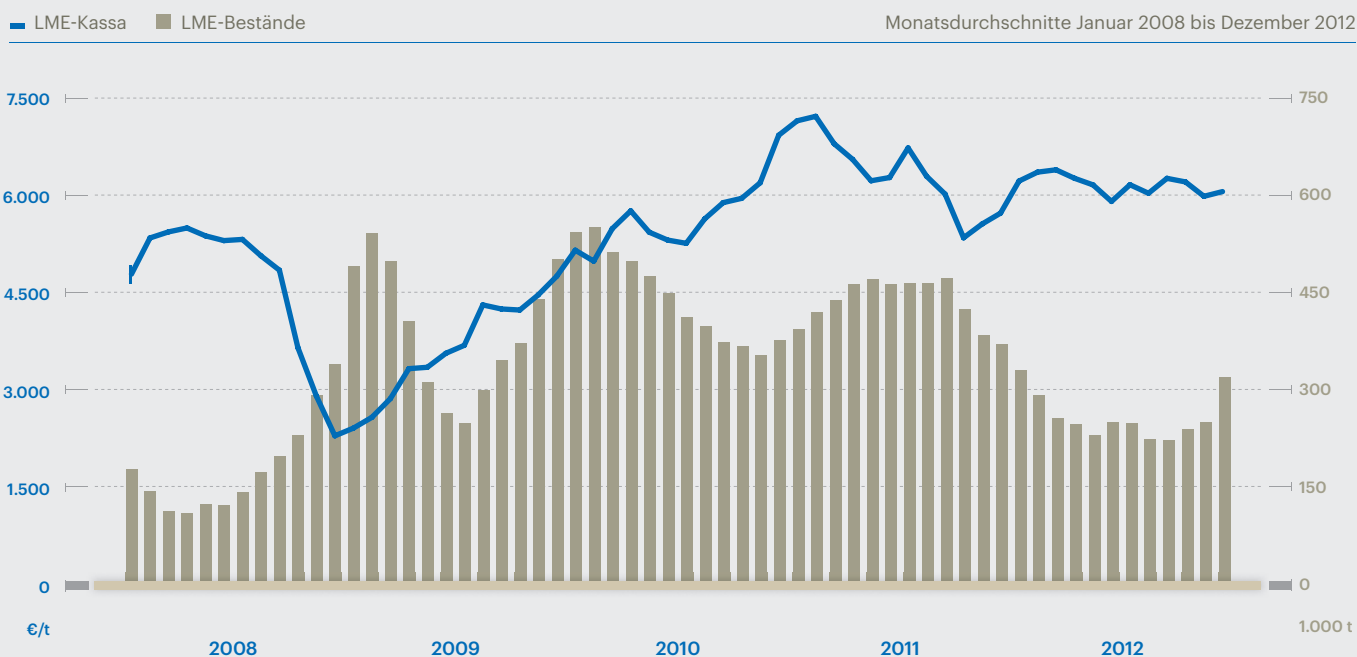


\* International Primary Aluminum Institute

Quelle: London Metal Exchange

Grafik 12

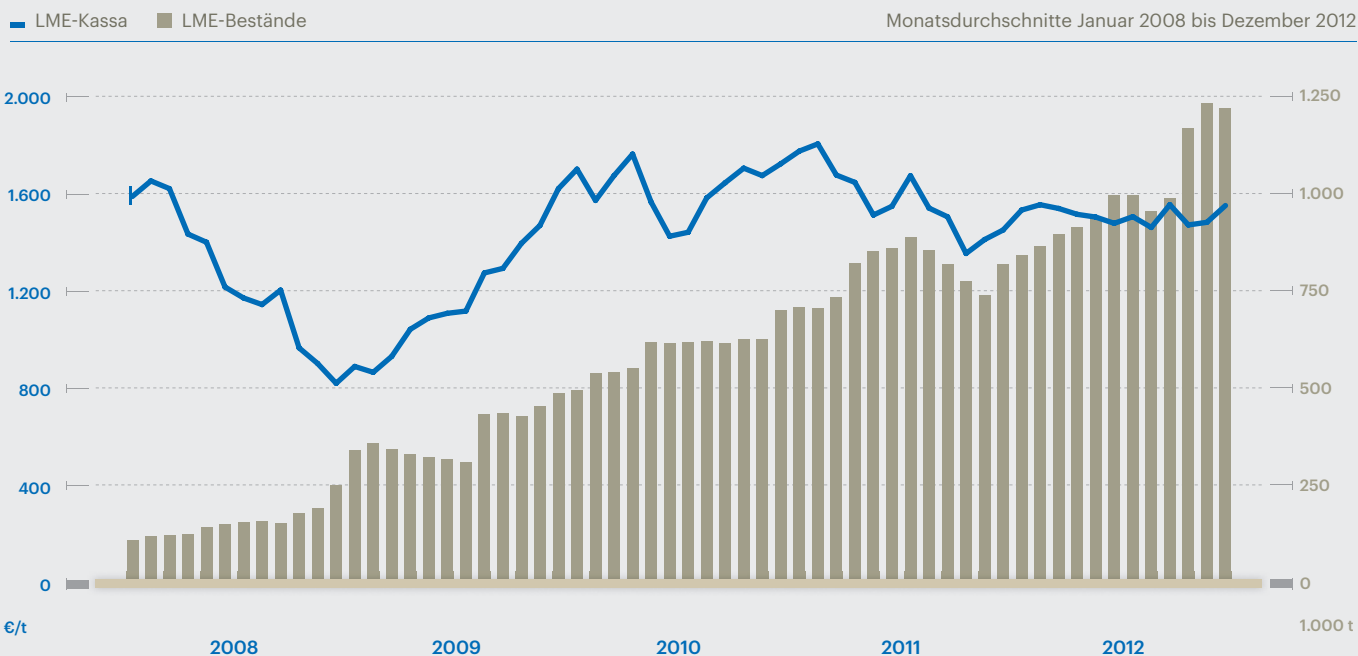
## KUPFER



Quelle: London Metal Exchange

Grafik 13

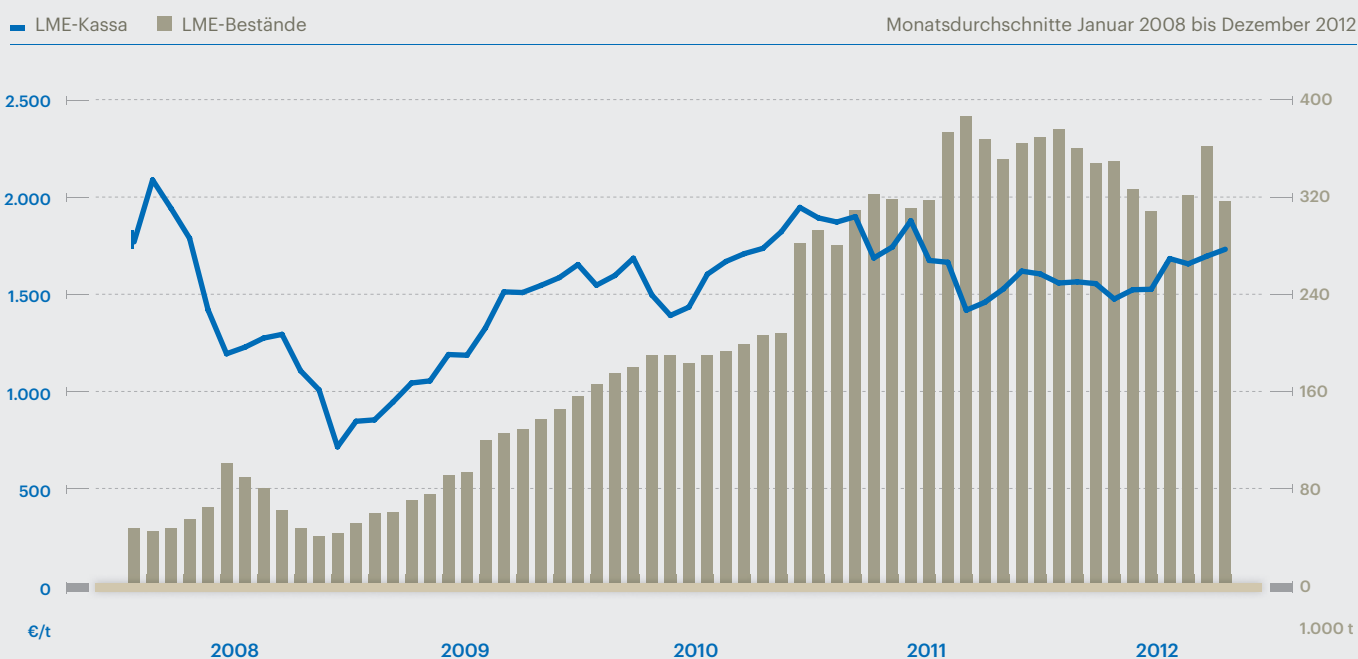
## ZINK



Quelle: London Metal Exchange

Grafik 14

## BLEI



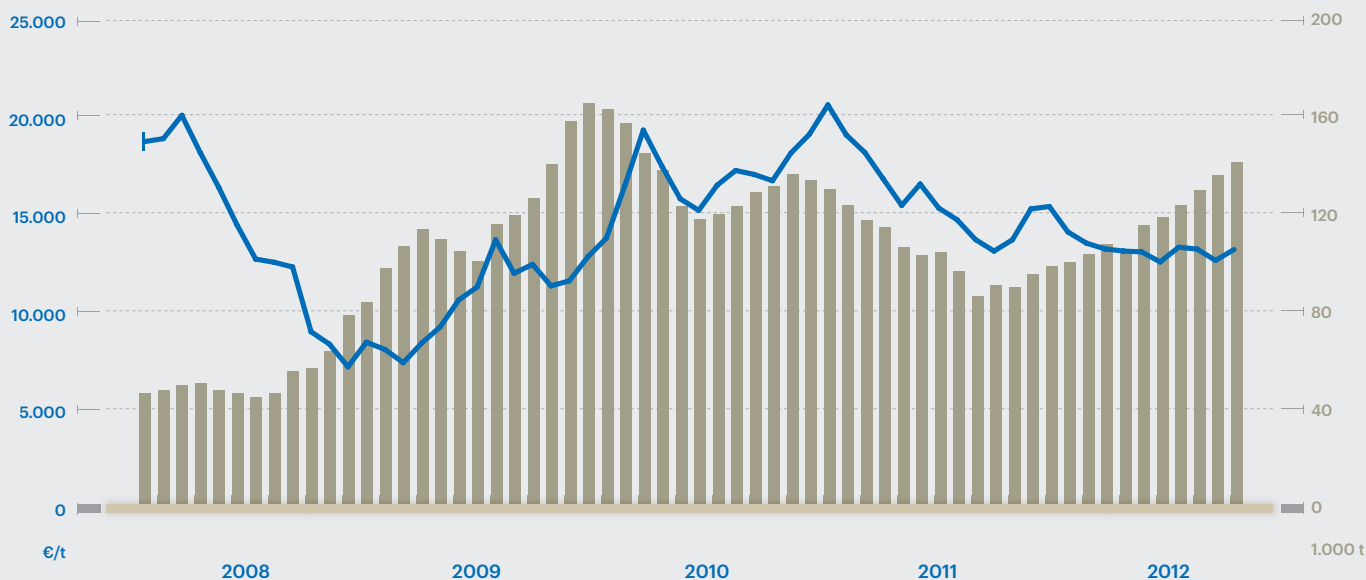
Quelle: London Metal Exchange

Grafik 15

## NICKEL

■ LME-Kassa ■ LME-Bestände

Monatsdurchschnitte Januar 2008 bis Dezember 2012



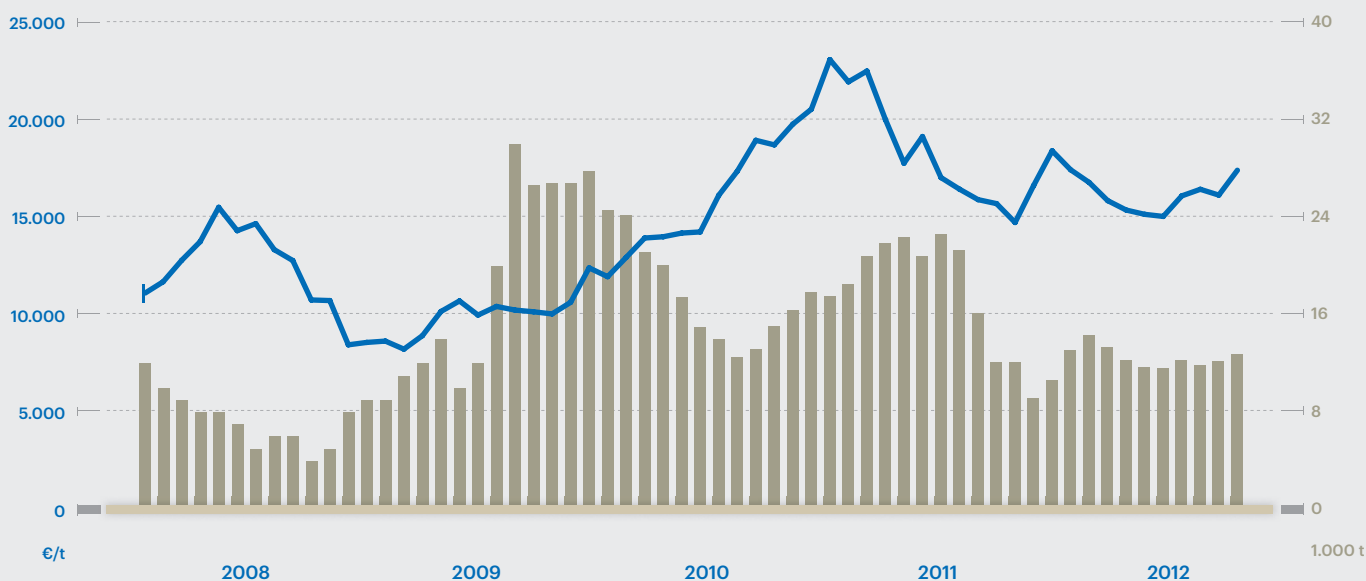
Quelle: London Metal Exchange

Grafik 16

## ZINN

■ LME-Kassa ■ LME-Bestände

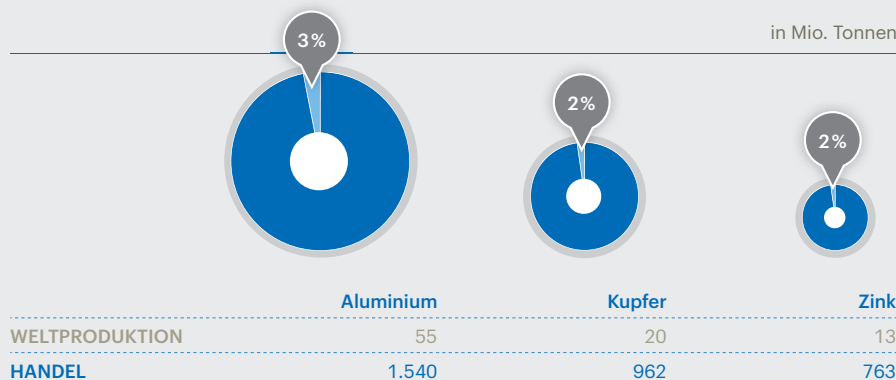
Monatsdurchschnitte Januar 2008 bis Dezember 2012



Quelle: London Metal Exchange

Grafik 17

## ANTEIL DER WELTPRODUKTION VERSCHIEDENER METALLE AN DEN LME-BÖRSENUMSÄTZEN IM JAHR 2012\*



\* Produktion aller Metalle aus primären und sekundären Rohstoffen;

Quellen: raffiniertes Aluminium, World Metal Statistics, World Bureau of Metal Statistics, Ware, Großbritannien, Stand: 14. März 2013; raffiniertes Kupfer, International Copper Study Group, Lissabon, Portugal; Zinkblöcke, International Lead and Zinc Study Group, Lissabon, Portugal; London Metal Exchange; eigene Berechnungen.

Grafik 18

## Globale Produktion der wichtigsten NE-Metalle im Jahr 2012

(in Millionen Tonnen)

|           |    |
|-----------|----|
| ALUMINIUM | 55 |
| KUPFER    | 20 |
| ZINK      | 13 |
| BLEI      | 11 |
| NICKEL    | 2  |

Produktion aller Metalle aus primären und sekundären Rohstoffen;

Quellen: raffiniertes Aluminium, World Metal Statistics, World Bureau of Metal Statistics, Ware, Großbritannien; raffiniertes Kupfer, International Copper Study Group, Lissabon, Portugal; Zinkblöcke und raffiniertes Blei, International Lead and Zinc Study Group, Lissabon, Portugal; raffiniertes Nickel, International Nickel Study Group, Lissabon, Portugal und eigene Berechnungen; Stand: 6. April 2013.

Grafik 19

## BLEI-PRODUKTION UND -VERWENDUNG NACH REGIONEN

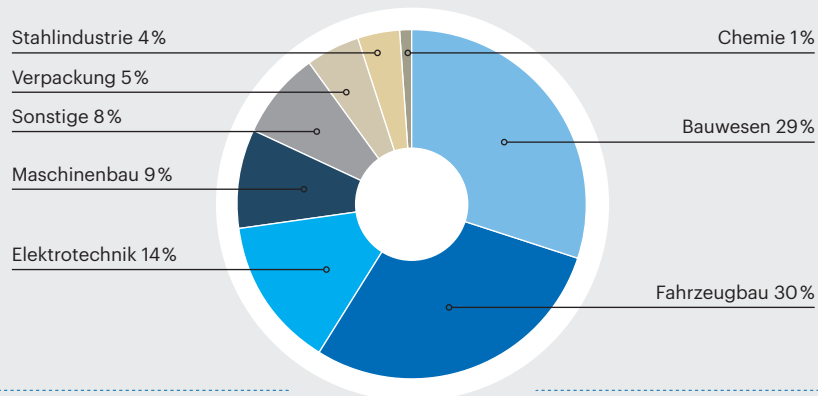
1.000 Tonnen

|        |            | 2010  | 2011   | 2012   |
|--------|------------|-------|--------|--------|
| EUROPA | Produktion | 1.720 | 1.748  | 1.771  |
|        | Verwendung | 1.637 | 1.618  | 1.589  |
| USA    | Produktion | 1.252 | 1.247  | 1.298  |
|        | Verwendung | 1.441 | 1.531  | 1.598  |
| CHINA  | Produktion | 4.158 | 4.648  | 4.646  |
|        | Verwendung | 4.171 | 4.632  | 4.628  |
| WELT   | Produktion | 9.817 | 10.592 | 10.622 |
|        | Verwendung | 9.796 | 10.437 | 10.582 |

Quelle: International Lead and Zinc Study Group (ILZSG), Lissabon, Portugal, 6. April 2013.

Grafik 20

## VERWENDUNGSGEBIETE: NE-METALLE

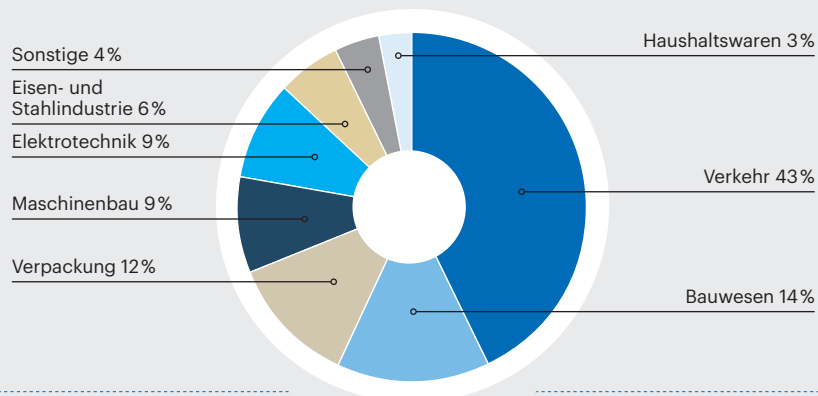


NE\*

Quellen: GDA, GDB, ILZSG, WBMS

Grafik 21

## VERWENDUNGSGEBIETE: ALUMINIUM

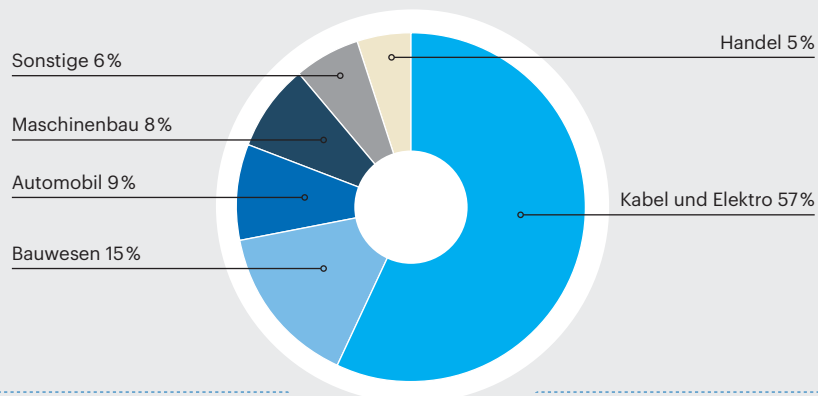


Al

Quelle: GDA

Grafik 22

## VERWENDUNGSGEBIETE: KUPFER

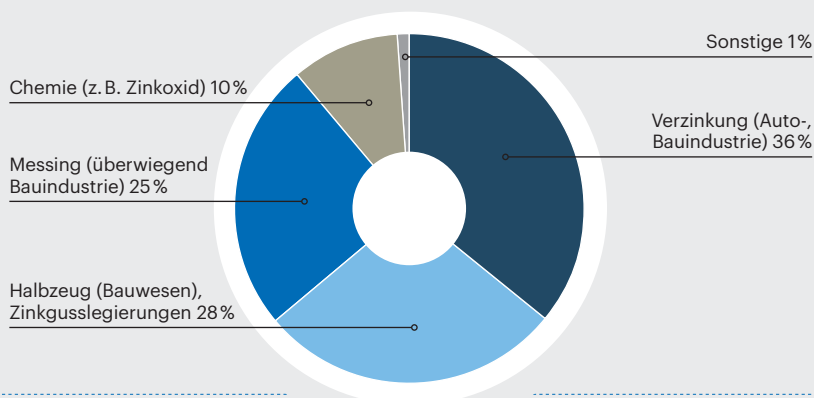


Cu

Quellen: GDB, IWCC

Grafik 23

## VERWENDUNGSGEBIETE: ZINK

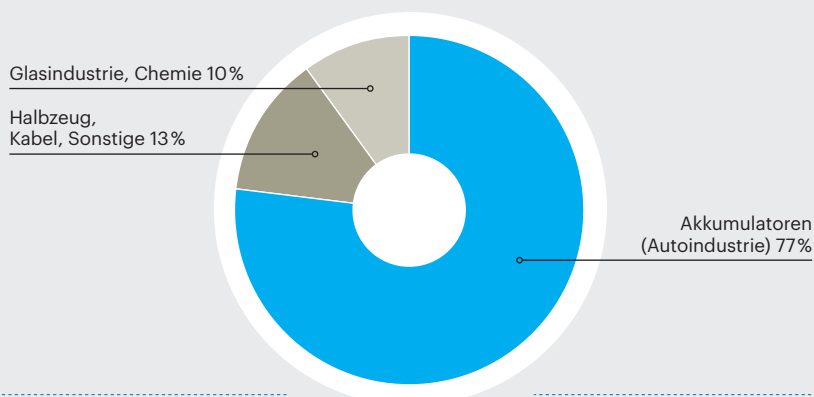


Zn

Quellen: GDB, ILZSG

Grafik 24

## VERWENDUNGSGEBIETE: BLEI

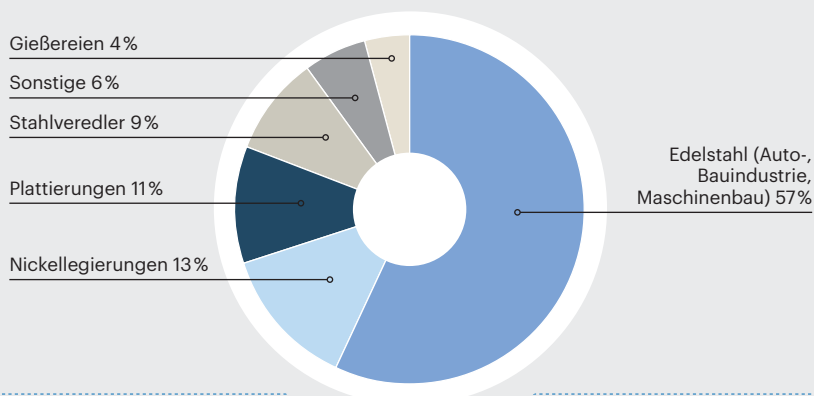


Pb

Quellen: GDB, ILZSG

Grafik 25

## VERWENDUNGSGEBIETE: NICKEL



Ni

Quellen: GDB, WBMS

## PRÄSIDIUM

### **Oliver Bell**

Hydro Aluminium Rolled Products GmbH,  
Grevenbroich  
Präsident

### **Friedrich W. R. Brökelmann**

F. W. Brökelmann Aluminiumwerke  
GmbH & Co. KG, Ense-Höingen  
Vizepräsident

### **Harald Kroener**

Wieland-Werke AG, Ulm  
Vizepräsident

### **Rupprecht Kemper**

Gebr. Kemper GmbH & Co. KG, Olpe  
Schatzmeister

### **Dr.-Ing. Erwin Flender**

Magma Gießereitechnologie GmbH,  
Aachen

### **Ulrich Grillo**

Grillo-Werke AG,  
Duisburg

### **Egon Mackowiak**

KME Germany GmbH & Co. KG,  
Osnabrück

### **Dr.-Ing. Hinrich Mählmann**

OTTO FUCHS KG,  
Meinerzhagen

### **Paul Niederstein**

Siegener Verzinkerei Holding GmbH,  
Bochum

### **Prof. Dr. Heiner Otten**

Diehl Metall Stiftung & Co. KG,  
Röthenbach

### **Heinz-Peter Schlüter**

TRIMET Aluminium SE,  
Essen

### **Peter Willbrandt**

Aurubis AG,  
Hamburg

### **Ralf Zimmermann**

Aleris Rolled Products Germany GmbH,  
Koblenz

## GESCHÄFTSFÜHRUNG

### **Martin Kneer**

Hauptgeschäftsführer  
(030) 72 62 07-115  
kneer@wvmetalle.de

### **Franziska Erdle**

Geschäftsführerin  
(030) 72 62 07-107  
erdle@wvmetalle.de

### **Dr. Matthias Simon (GDB)**

Geschäftsführer  
(030) 72 62 07-119  
simon@wvmetalle.de

### **Christian Wellner (GDA)**

Geschäftsführer  
(0211) 47 96-162  
christian.wellner@aluinfor.de

## ANSPRECHPARTNERINNEN UND ANSPRECHPARTNER

### **Rainer Buchholz**

(030) 72 62 07-120  
buchholz@wvmetalle.de  
Kreislaufwirtschaft, Abfallpolitik, Nachhaltigkeit, Produktpolitik, Initiative Zink

### **Melanie Dillenberg**

(030) 72 62 07-102  
dillenberg@metalleproklima.de  
Projektreferentin Unternehmensinitiative „Metalle pro Klima“

### **Oliver Eisenberg**

(030) 72 62 07-167  
eisenberg@GDB-online.org  
Konjunktur, Quartalsberichte, Betriebswirtschaftlicher Ausschuss

### **Franziska Erdle**

(030) 72 62 07-107  
erdle@wvmetalle.de  
Geschäftsführerin, Strategische Rohstoffpolitik, Außenwirtschaftspolitik, Mittelstandspolitik, Nationale Forschungspolitik, Zulieferfragen

### **Robert Hanslmeier**

(030) 72 62 07-121  
hanslmeier@metalleproklima.de  
Projektreferent Unternehmensinitiative „Metalle pro Klima“

### **Martin Kneer**

(030) 72 62 07-115  
kneer@wvmetalle.de  
Hauptgeschäftsführer

### **Rolf Kuby**

+32 (2) 5 02 19 88  
kuby@wvmetalle.de  
Leiter Europabüro, EU-Industriepolitik, Koordination EUROMETAUX-WVM, Internationale Forschungspolitik

### **Dirk Langolf**

(030) 72 62 07-111  
langolf@wvmetalle.de  
Kommunikation, Projektmanagement

### **Dr. Michael Niese**

(030) 72 62 07-182  
niese@wvmetalle.de  
Energie, Klimapolitik, Verkehrspolitik

### **Daniel Quantz**

(030) 72 62 07-181  
quantz@wvmetalle.de  
Boden, Wasser, Luft, Immissionsschutz, allgemeines Umweltrecht

### **Monika Setzermann**

(030) 72 62 07-177  
setzermann@wvmetalle.de  
Steuern, Finanzen, Controlling, Organisation

### **Dorothea Steiger**

(030) 72 62 07-138  
steiger@wvmetalle.de  
EU-Stoffpolitik / REACH, Konsortialmanagement

### **Dr. Martin Wieseke**

(030) 72 62 07-106  
wieseke@wvmetalle.de  
Arbeits- und Gesundheitsschutz, Gefahrstoffrecht, Unfallgeschehen

## ANSCHRIFTEN

### WirtschaftsVereinigung Metalle

Wallstraße 58/59, 10179 Berlin

Telefon (030) 72 62 07-1 00, Fax (030) 72 62 07-1 98

### Europabüro

Square Ambiorix 43, 1000 Brüssel, Belgien

Telefon +32 (2) 5 02 19 88, Fax +32 (2) 5 03 35 74

[info@wvmetalle.de](mailto:info@wvmetalle.de)

[www.wvmetalle.de](http://www.wvmetalle.de)

### Metalle pro Klima

Wallstraße 58/59, 10179 Berlin

Telefon (030) 72 62 07-1 02, Fax (030) 72 62 07-1 98

[info@metalleproklima.de](mailto:info@metalleproklima.de)

[www.metalleproklima.de](http://www.metalleproklima.de)

## MITGLIEDSCHAFTEN UND KOOPERATIONEN

Mitglied im Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI)

und im Dachverband der Metallindustrie Europas

EUROMETAUX (EM). Kooperation im Zusammenschluss der

Energieintensiven Industrien Deutschlands (EID).

## IMPRESSUM

### Herausgeber:

Martin Kneer, Hauptgeschäftsführer

WirtschaftsVereinigung Metalle, Berlin

### Redaktion:

Wieland Kramer, Wuppertal

### Konzeption & Gestaltung:

KDI Designagentur, Köln

### Druck:

DCM, Druck Center Meckenheim

Stand: Mai 2012

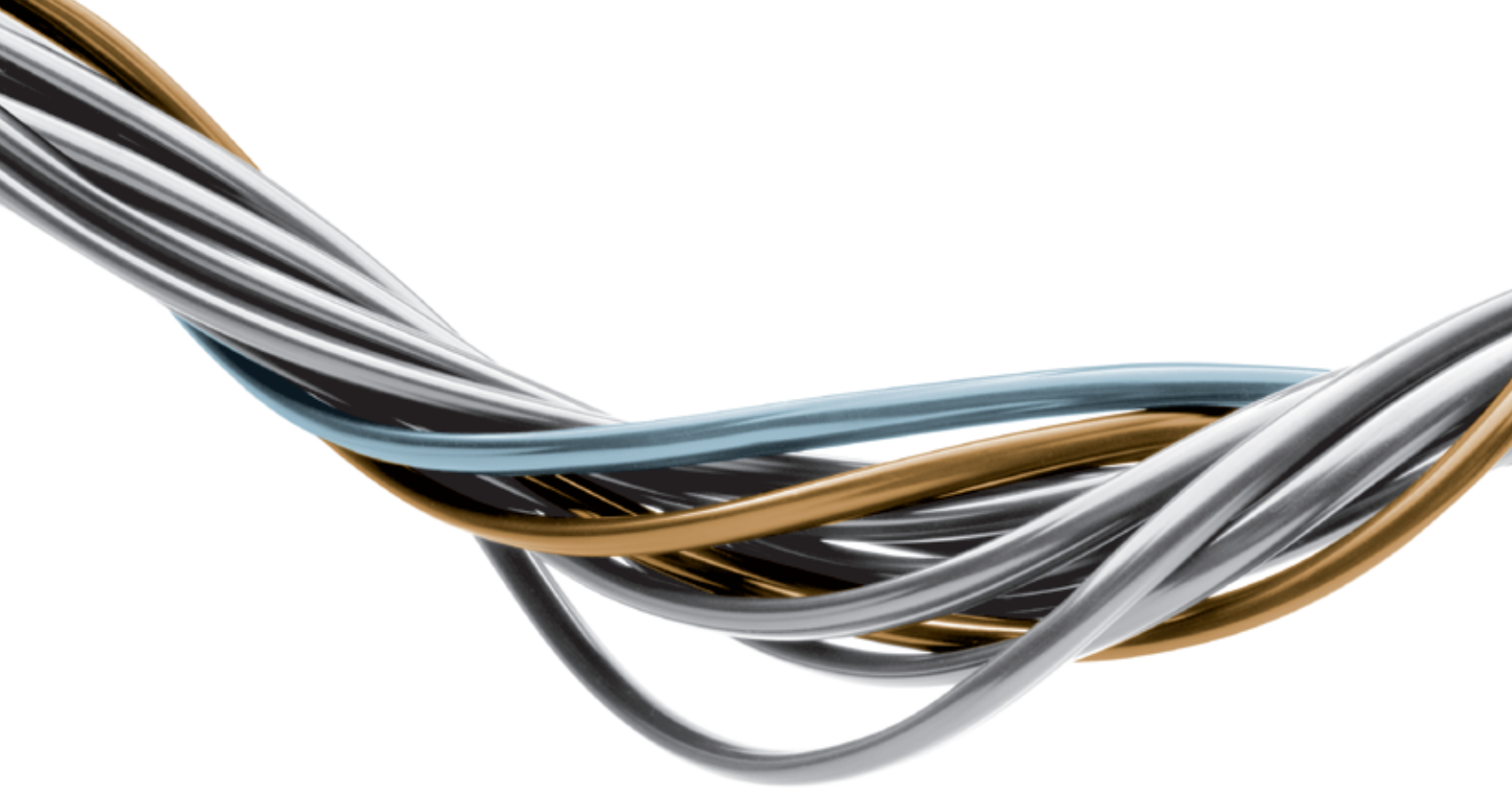
### Bildnachweis:

Aluminium Kurier (74), Aluminium-Werke Wutöschingen AG & Co. KG, Wutöschingen (24), Aurubis AG, Hamburg (67), Stephan Brendgen, Mannheim (18, 20, 22, 23, 27), ddp images GmbH, Hamburg (30), Gebr. Kemper GmbH & Co. KG Metallwerke, Olpe-Biggese (24), HHM/ Engel & Gielen (40), Hydro, Grevenbroich (64), Rheinzink GmbH & Co. KG, Datteln (36), Scholzalu Trading GmbH, Essingen (24), Shutterstock: Teun van den Dries (5), fuyu liu (6), ArtisticPhoto (6), T.W. van Urk (7), Lev Kropotov (8), Dusit (8), Carsten Medom Madsen (9), Christian Draghici (12), Pressmaster (12), Dmitrijs Dmitrijevs (13), WDG Photo (14), Alexander Gordeyev (15), Vladimir Melnik (15), YorkBerlin (16), C.K.Ma (17), Olga Nikonova (48), Andriano (48), pryzmat (48), somchai (48), chinahbzyg (48); Siegener Verzinkerei Holding GmbH, Bochum (24), Siemens AG, München (72), TRIMET Aluminium SE, Essen (58), arne vollstedt [fodis.de](http://fodis.de) (78), Wieland-Werke AG, Ulm (50, 54), WVM Berlin (2, 10, 17, 35, 39, 45, 49, 53, 57, 63, 69, 75, 77, 79, 102, 117)

NE-Metalle  
sind modernes  
Leben

Das Industrieland  
Deutschland stärken

Wir – das Team für die Nichteisen-Metallindustrie.  
Die WirtschaftsVereinigung Metalle.



---

Die Nichteisen(NE)-Metallindustrie erzeugt und bearbeitet als Schlüsselindustrie Werkstoffe, die Lösungen für die Herausforderungen der Gesellschaft ermöglichen.



---

Sparen Sie Zeit und lesen Sie den Geschäftsbericht und weitere Informationen online.

Scannen Sie den Code einfach mit der Smartphone-Kamera ein. Das geht zum Beispiel mit den folgenden kostenlosen Apps:

iPhone > AppStore > RL Classic

Android > Market > QR Droid

Blackberry > App World > QR Code Scanner

---

... ebenso finden Sie den WVM Geschäftsbericht in einer Version für Apple- und Android-Geräte in den jeweiligen Online-Stores.

